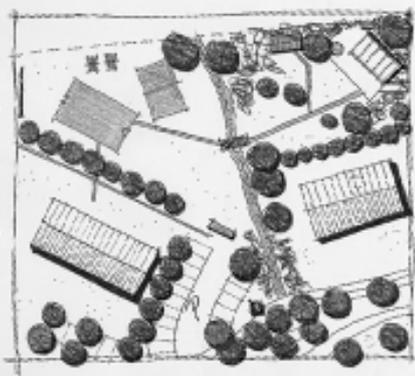


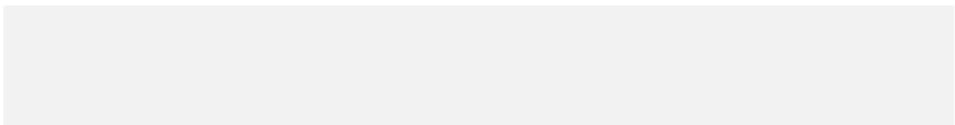
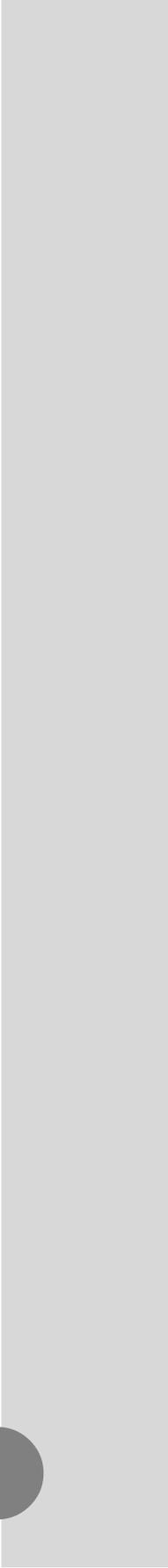
Lebensräume mit Kindern und für Kinder schaffen

*“Möglichkeiten und Grenzen der Beteiligung von Kindern in der Bebauungsplanung und Umsetzung in den Bebauungsplan unter besonderer Berücksichtigung von alters- und geschlechtsspezifischen Bedürfnissen“
entwickelt aus einer empirischen Untersuchung unter Mitwirkung von 92 Kindern und Jugendlichen*



Dipl.- Ing. Christine Halfmann

Universität Kaiserslautern 1999
D 386



Christine Halfmann

Lebensräume mit Kindern und für Kinder schaffen

“Möglichkeiten und Grenzen der Beteiligung von Kindern in der Bebauungsplanung und Umsetzung in den Bebauungsplan unter besonderer Berücksichtigung von alters- und geschlechts-spezifischen Bedürfnissen” entwickelt aus einer empirischen Untersuchung unter Mitwirkung von 92 Kindern und Jugendlichen

Vom Fachbereich Architektur/Raum- und Umweltplanung/ Bauingenieurwesen der Universität Kaiserslautern zur Verleihung des akademischen Grades Doktor-Ingenieur (Dr.-Ing.) genehmigte Dissertation.

Dekan: Prof. Dr. Willy Spannowsky

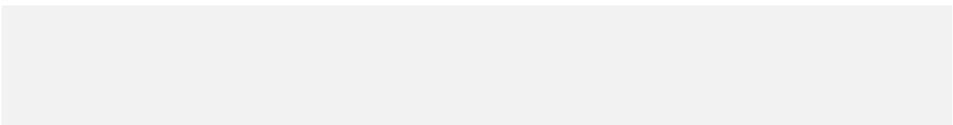
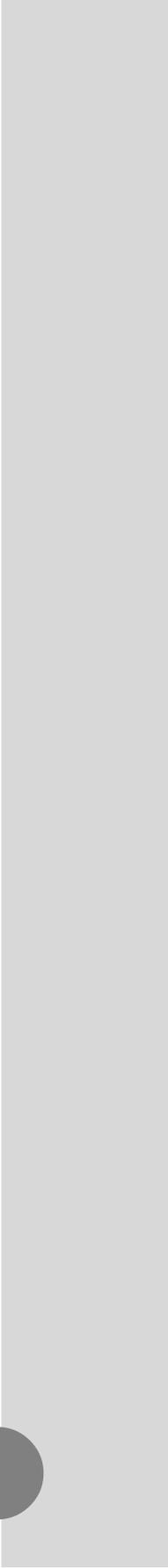
Promotionskommission:

Vorsitzender: Prof. Dr.-Ing. Hanns Dennhardt

1. Berichterstatter: Prof. Dipl.-Ing. Albert Speer

2. Berichterstatter: Prof. Dipl.-Ing. Hanns Stephan Wüst

Tag der mündlichen Prüfung: 14.12.99



Danksagung

Diese Arbeit zu schreiben war für mich besonders wichtig, da ich zwei Töchter habe, für deren Zukunft ich mitverantwortlich bin und für die ich mit dieser Arbeit einen Beitrag leisten möchte. Ich bedanke mich bei meinem Mann Stefan Metz, der mich während der Erstellung meiner Arbeit immer unterstützt hat, bei meinen Kindern, die mich dazu inspiriert haben und bei Christa Lauter, mit der ich viele interessante Gespräche geführt habe.

**Wissen allein ist eben nicht Macht und die Seele
nimmt Schaden, wenn die Träume vernachlässigt
werden.**

(nach Cornelia Nitsch)

Lebenslauf

Christine Halfmann, geb. 10.2.61 in Otterbach, Pfalz
Deutsche Staatsangehörigkeit
Verheiratet, zwei Töchter

1971 - 1980 Staatliches Gymnasium am Rittersberg Kaiserslautern
1980 - 1985 Studium
Raum- und Umweltplanung, Universität Kaiserslautern
10/1982 Vordiplom
10/1985 Diplom
1985 - 1988 Stadtplanerin, Planungsbüro Kaiserslautern
1988 - 1990 Städtebaureferendariat in Rheinland-Pfalz
1991 - 1994 Sachgebietsleiterin im Stadtplanungsamt Wiesbaden
seit 07/1994 Selbständig

Ich habe an der Universität Kaiserslautern von 1980 - 1985 Raum- und Umweltplanung studiert und das Studium erfolgreich abgeschlossen. Während des Studiums und mit meiner Diplomarbeit über die 50er Jahre setzte ich Akzente im Forschungsbereich. Dabei arbeitete ich an einigen Veröffentlichungen im Lehrgebiet Landschafts- und Grünordnungsplanung an der Universität Kaiserslautern mit. Nach Abschluss meines Studiums 1985 war ich zunächst in einem Stadtplanungsbüro in Kaiserslautern beschäftigt und begann im Herbst 1988 mit dem Städtebaureferendariat in Rheinland-Pfalz. In dieser Zeit erarbeitete ich eine Abhandlung über die Siedlungsentwicklung der 30er Jahre in Kaiserslautern.

Von April 1991 bis Juni 1994 war ich in Wiesbaden im Stadtplanungsamt als Sachgebietsleiterin tätig. Dort betreute ich verschiedene Bebauungspläne, Rahmenplanungen und Dorferneuerungskonzepte. Seit 1994 führe ich ein eigenes Büro. Schwerpunkte meiner Arbeit sind dabei zum einen alle städtebaulichen Planungen von der Flächennutzungsplanung, über die Sanierungsberatung bis zu Rahmenplanungen und Bebauungsplänen, zum anderen bearbeitete ich für die unterschiedlichen Ministerien in Rheinland-Pfalz Projekte, die sich mit der Umsetzung von Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen und deren Beteiligung beschäftigen.

Seit 1998 betreue ich verschiedene Workshops und Veranstaltungen die sich mit der Lokalen Agenda 21 auseinandersetzen. Die Verbindung von gestalterischen Aspekten und der Moderation von Planungsabläufen hat damit in den vergangenen Jahren meine Arbeitsfelder bestimmt und spiegelt sich in der eingereichten Arbeit wider. Die weiteren Projekte sind meinem Werkverzeichnis zu entnehmen.

Lebensräume mit Kindern und für Kinder schaffen

“Möglichkeiten und Grenzen der Beteiligung von Kindern in der Bebauungsplanung und Umsetzung in den Bebauungsplan unter besonderer Berücksichtigung von alters- und geschlechtsspezifischen Bedürfnissen” entwickelt aus einer empirischen Untersuchung unter Mitwirkung von 92 Kindern und Jugendlichen

1. Einleitung

1.1 Ausgangssituation

- 1.1.1 Politische Partizipation
- 1.1.2 Bürgerbeteiligung in der Planung
- 1.1.3 Aktueller Diskussionsstand

1.2 Forschungsstand

1.3 Laufende Forschungsprojekte und Forschungserfordernis

- 1.3.1 Laufende Forschungsprojekte
- 1.3.2 Forschungserfordernis

1.4 Begriffsdefinition

- 1.4.1 Raum
- 1.4.2 Bedürfnisse

1.5 Forschungsthese

1.6 Forschungskonzeption

2. Kindheit im Wandel und die Bedeutung für die Beteiligung

2.1 Geschichtlicher Rückblick

2.2 Veränderungen der Haushalts- und Familienstruktur

- 2.2.1 Single-Haushalte in der Stadt - Familien auf dem Lande
- 2.2.2 Trend zur 1-Kind-Familie
- 2.2.3 Abnahme der Gesamtkinderzahl nach 2000

2.3 Auswirkungen auf die Beteiligung und die Bauleitplanung

3. Stufen der Kindheit

3.1 Merkmale der einzelnen Altersstufen

3.1.1 Räumliche Fähigkeiten der Kinder und Jugendlichen

3.1.1.1 Kognitive Theorie

3.1.1.2 Konstruktivistische Theorie

3.2 Einteilung der Altersgruppen

3.2.1 Altersgruppe 0-3 Jahre

3.2.2 Altersgruppe 3-6 Jahre

3.2.3 Altersgruppe 6-10 Jahre

3.2.4 Altersgruppe 10-14 Jahre

3.2.5 Altersgruppe 14-18 Jahre

3.3 Unterschiede zwischen weiblicher und männlicher Kindheit und Auswirkungen auf das räumliche Verhalten

3.3.1 Biologische Ansätze

3.3.1.1 Hormonelle Unterschiede

3.3.1.2 Gehirn

3.3.2 Sozialisation

3.3.2.1 Aggressions- (Testosteron-) theorie

3.3.2.2 Spielzeugtheorie

3.3.2.3 Gruppeneinfluss

3.3.2.4 Elterneinfluss

3.4 Auswirkungen auf die Bauleitplanung und die Beteiligung

4. Sensibilisierung, Unterrichtung und Beteiligung von Erwachsenen

4.1 Begriffsdefinitionen

4.2 Auswahlkriterien

4.3 Methoden zur Sensibilisierung

4.3.1 Erkunden von Interessen und Meinungen

4.3.1.1 Familienbefragung

4.3.1.2 Beteiligung der Verwaltung und der politischen Gremien /Fraktionen

4.3.2 Information geben, Meinungen bilden

4.3.2.1 Ausstellung

4.3.2.2 Faltblatt

4.3.2.3 Presse und Lokalsender

4.3.2.4 Kurse und Seminare

4.3.3 Beteiligungsverfahren

Formelle Verfahren

4.3.3.1 Vorgezogene Bürgerbeteiligung

4.3.3.2 Bürgerbeteiligung

4.3.3.3 Beiräte und Ausschüsse

Informelle Verfahren

4.3.3.4 Eigentümerversammlung

4.3.3.5 Arbeitskreis

4.3.3.6 Planungszelle

4.4 Wirksamkeit der Verfahren/Methoden zur Sensibilisierung und Unterrichtung

5. Kinder- und Jugendlichenbeteiligung

5.1 Gesetzliche Grundlagen

5.2 Mitreden - Formen der Kinder- und Jugendlichenbeteiligung

5.2.1 Verwaltungszentrierte Formen

5.2.1 Projektbezogene Formen

5.2.3 Offene Formen

5.2.4 Parlamentarische Formen

5.3 Mitplanen - Methoden der Kinder- und Jugendlichenbeteiligung

5.3.1 Anforderungen an die Methoden

5.3.1.1 Wissenschaftliche Anforderungen

5.3.1.2 Planungspraktische Anforderungen

5.3.2 Sozialwissenschaftliche und pädagogische Methoden

5.3.2.1 Protokoll

5.3.2.2 Befragung

5.3.2.3 Rollenspiel

5.3.2.3 Gruppendiskussion

5.3.3 Konventionelle Methode - Unterrichtsprojekt

5.3.4 Neuere Methoden

5.3.4.1 Spurensicherung

5.3.4.2 Zukunftswerkstätten

5.3.4.3 Modellbau

5.4 Kritische Beurteilung bzw. Wirksamkeit der Methoden

6. Aufbau der empirischen Untersuchung

6.1 Zielsetzung

6.2 Vorgehensweise

6.2.1 Einstiegsphase

6.2.2 Kritikphase

6.2.3 Phantasiephase

6.2.4 Abschlussbesprechung

6.3 Bestimmung der Untersuchungsinhalte

6.3.1 Städtebauliche Kriterien

6.3.1.1 Nutzung

6.3.1.2 Baustruktur

6.3.1.3 Bautypologie/Gestaltung

6.3.1.4 Straßen- und Platzräume (Stadträume)

6.3.1.5 Grün- und Freiflächen

6.3.1.6 Gebäudeanordnung

„Soziale Raumprägung“

6.3.2 Unterschiede und Gemeinsamkeiten von Mädchen und Jungen

7. Modellbaudurchführung

7.1 Kindergartenkinder

7.2 Drittes Schuljahr

7.3 Sechstes Schuljahr, Hauptschule

7.4 Neuntes Schuljahr, Integrierte Gesamtschule

7.5 Zwölftes Schuljahr

8. Ergebnisauswertung

8.1 Städtebauliche Ergebnisse

8.1.1 Nutzung

8.1.1.1 Ergebnisse aus der Beteiligung

8.1.1.2 Diskussion der Ergebnisse im städtebaulichen Kontext

8.1.2 Baustruktur und Gestaltung

8.1.2.1 Ergebnisse aus der Beteiligung

8.1.2.2 Diskussion der Ergebnisse im städtebaulichen Kontext

8.1.3 Straßen- und Platzräume

8.1.3.1 Ergebnisse aus der Beteiligung

8.1.3.2 Diskussion der Ergebnisse im städtebaulichen Kontext

8.1.4 Grün- und Freiflächen

8.1.4.1 Ergebnisse aus der Beteiligung

8.1.4.2 Diskussion der Ergebnisse im städtebaulichen Kontext

8.2 Unterschiede und Gemeinsamkeiten bei Jungen und Mädchen

8.3 Gegenüberstellung der Zielsetzungen und der Beteiligungsergebnisse

8.3.1 Fähigkeiten der Kinder und Jugendlichen

8.3.2 Bedürfnisse der Altersstufen

8.3.3 Verhalten von Mädchen und Jungen

8.3.4 Kritische Auseinandersetzung mit den gewählten Methoden

8.3.4.1 Anwendungsmöglichkeiten

8.3.4.2 Äußere Rahmenbedingungen

8.3.4.3 Einschätzung der Kinder und Jugendlichen

9. Handlungsfelder

9.1 Sensibilisierung der Erwachsenen

9.1.1 Politische Gremien und Verwaltung

9.1.2 Ausbildung der Planerinnen und Planer

9.1.3 Stadtplanung als Querschnittsaufgabe im Lehrplan von Schulen und Kindergärten

9.2 Umsetzung der Bedürfnisse von Mädchen und Jungen in die Bauleitplanung

9.2.1 Möglichkeiten des Baugesetzbuches

9.2.2 Integration der Bedürfnisse von Mädchen in die Bauleitplanung

9.2.3 Ergänzung des §9 Baugesetzbuch

9.3 Kinderverträglichkeitsprüfung

9.3.1 Gesetzliche Verankerung im Baugesetzbuch

9.3.2 Verwaltungsvorschrift

9.3.3 Anwendungsbereich

9.3.4 Rolle der einzelnen Akteurinnen und Akteure

9.3.4.1 Politikerinnen und Politiker

9.3.4.2 Verwaltung

9.4 Aufbau eines Verfahrens zur Sensibilisierung der Erwachsenen und Beteiligung von Kindern und Jugendlichen

9.4.1 Vorbehalte

9.4.2 Chancen der Beteiligung

9.4.3 Aufbau eines Beteiligungsverfahrens

9.4.3.1 Beteiligung in bestehenden Gebieten

9.4.3.2 Beteiligung in neuen Siedlungsgebieten

10. Zusammenfassung

11. Literaturangaben

12. Quellennachweis

Städtebau und Architektur betreffen die engste räumliche Umgebung jedes einzelnen Menschen.

1.1 Ausgangssituation

Die Auseinandersetzung mit der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an Planungsaufgaben ist in einem engen Zusammenhang mit den sich ändernden gesellschaftlichen, sozialen und politischen Rahmenbedingungen der letzten Jahre und der Kinderpolitik seit Beginn der 90er Jahre zu sehen. Der Ursprung dieser Diskussion liegt in der Erwachsenenbeteiligung. Unterschieden werden kann zwischen der Partizipation im politischen Bereich und der Beteiligung im planerischen Bereich.

1.1.1 Politische Partizipation

„Der Begriff der politischen Partizipation entstammt der Politikwissenschaft. Nach der in der Literatur weitgehend akzeptierten Definition sind unter politischer Partizipation jene Verhaltensweisen von Bürgern/Bürgerinnen zu verstehen, die sie allein oder mit anderen freiwillig mit dem Ziel unternehmen, Einfluss auf politische Entscheidungen auszuüben.“¹ Die sozio-politischen Wurzeln der Partizipationsbewegung lassen sich in Amerika finden. Hier stellten Soziologen und Politologen eine „zunehmende Entfremdung zwischen Führung und Geführten sowie zwischen Regierenden und Regierten in Politik und Wissenschaft fest und forderten ein Mehr an Partizipation.“²

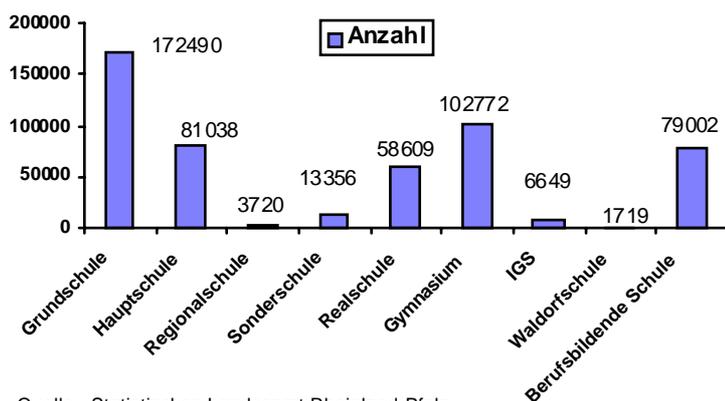
Demzufolge wurde Partizipation als „Legitimationskrise des repräsentativen-parlamentarischen Systems in Deutschland“ betrachtet, deren logische Konsequenz die Partizipationseuphorie in den 60er und 70er Jahren war.³ Bis zu diesem Zeitpunkt war das Verhältnis der Bevölkerung in der Bundesrepublik durch eine Distanz zur Politik gekennzeichnet, die zurückzuführen ist auf den Wiederaufbau, den materiellen Wohlstand und die Akzeptanz traditioneller, politischer Werte. Dieser Zustand wurde mit der großen Koalition beendet. Das Fehlen einer Konkurrenz unter

den politischen Parteien führte letztlich zu einer Protestbewegung, die zunächst an Universitäten laut wurde. „In Reaktion auf diese Bewegung wurde Partizipation und Demokratisierung zum politischen Programm, die durch die Formel „Mehr Demokratie wagen“, die Willy Brandt zugeschrieben wird, gekennzeichnet ist.“⁴⁴ „Das Zauberwort Partizipation kennzeichnet eine Bewegung zu beispiellosen Umbrüchen in der „politischen Kultur des Gesellschaftsprotestes.“⁴⁵ Das breite Spektrum, auf das die Partizipation einwirkt, entspricht in seinem Zielbild weitgehend dem Demokratisierungsbegriff der 70er Jahre, in denen es zu einem „Demokratisierungsrusch“ kam. Die Partizipationsentwicklung ist dabei in engem Zusammenhang mit den nachfolgenden Faktoren zu sehen.

Erhöhung des Bildungsniveaus

Ein wesentliches Merkmal gesellschaftlicher Modernisierung ist die Erhöhung des Bildungsniveaus der Bevölkerung. Als ein Indikator dafür kann der Bevölkerungsanteil mit Gymnasial- und Hochschulabschluss gesehen werden.

Schulabschlüsse in Rheinland-Pfalz



Quelle : Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Stand Dez. 1996 Darstellung: C. Lauter

Nach Erkenntnis der Partizipationsforschung steht dies mit der Teilnehmerate an der Beteiligung in engem Zusammenhang. „Seit 1950 stieg der Anteil von Besuchern höherer Schulen und Hochschulen ständig an, während die Zahl der Volksschüler absolut und relativ abnahm.“⁴⁶

Die stärkste Veränderung trat zwischen 1970 und 1980 ein. Diese Erhöhung des Bildungsniveaus führte auch zu einer Zunahme der Partizipationsrate.

Veränderungen der Wirtschafts- und Beschäftigungsstruktur

Ein weiterer Indikator ist die Veränderung des Wirtschaftssystems, der sich mit dem „Übergang zur Dienstleistungsgesellschaft“ beschreiben lässt. Damit verbunden ist eine Wohlstandssteigerung, die man anhand des Bruttosozialproduktes messen kann. Der Wert der verbrauchten und produzierten Güter stieg von 1950 - 1980 um das Vier- bzw. Zehnfache an. In der Wirtschafts- und Berufsstruktur zeigt sich der Übergang von einer Industrie- zu einer Dienstleistungsgesellschaft. Seit Mitte der 70er Jahre nimmt der Dienstleistungssektor zu, während der Land- und Forstwirtschaftssektor an Bedeutung verliert. „In



Quelle: Eigenes Fotoarchiv

Rheinland-Pfalz ging die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe seit 1985 von 64.270 auf 40.250 im Jahre 1997 zurück.“⁷

Die Entwicklung von neuen Beteiligungsformen geht und ging eher von Städten aus und wird in den ländlichen Raum transportiert. Dies zeigt sich derzeit z.B. auch in der Verbreitung der Lokalen Agenda, die zunächst in Städten an Bedeutung gewinnt. Kommunalpolitik, insbesondere auf dem Land, war die Domäne der Landwirte und früher mit dem Dorfleben und den Familien eng verbunden. Auch heute noch werden viele Entscheidungen am dörflichen Stammtisch getroffen.

„Die Auswirkungen des Wanderungsprozesses auf das Partizipationsverhalten sind nicht eindeutig zu bestimmen.“⁸ Festzuhalten ist aber, dass sich die eher konservative, dörfliche Gemeinschaft neuen Entwicklungen nicht entziehen kann.

Dies bedeutet:

- neue Kommunikationsformen nehmen Einfluss auf das dörfliche Zusammenleben,
- der Zuzug aus der Stadt bringt neue und andere Ideen,
- Neubürgerinnen und Neubürger wollen politisch mitreden und verändern die gewachsenen Strukturen, wenn auch nur langsam.

Verstädterung der Gesellschaft

Der Rückgang der Zahl der Beschäftigten in der Landwirtschaft ist ein Aspekt des gesellschaftlichen Wandels, den man als Verstädterung bezeichnet, der nicht nur wirtschaftliche Veränderungen bewirkt, sondern auch das menschliche Zusammenleben beeinflusst.

Damit verbunden sind:

- ◆ Abnahme sozialer Kontrolle,
- ◆ Abnahme des Interesses an der Gemeinschaft insbesondere die Bereitschaft sich zu engagieren,
- ◆ Zunahme räumlicher und sozialer Mobilität,
- ◆ Zunahme der Anonymität des Einzelnen; Familie und Kirche, zentrale Werte der Vergangenheit, stehen nicht mehr im Mittelpunkt.⁹

Optimale Voraussetzungen für ein hohes Maß an Beteiligung gibt es in Mittel- und Kleinstädten, wo die hemmenden Begleiterscheinungen der Verstädterung (Anonymität, schwache Gemeindebindung) nicht ausgebildet sind und gleichzeitig weniger Vorurteile bestehen, als im ländlichen Raum. Dies erklärt auch, warum die Städte in vielen Bereichen eine Vorreiterrolle übernehmen.

Einzeln betrachtet wären diese gesellschaftlichen Veränderungen nur von begrenzter Bedeutung für die zunehmende Partizipation, zusammen nahmen sie jedoch beträchtlichen Einfluss. Eine wichtige Rolle spielen auch das Fernsehen und die sonstigen Medien, die eine bessere Information der Bevölkerung gewährleisten und die in einem erheblichen Maße zur Meinungsbildung beitragen.

1.1.2 Bürgerbeteiligung in der Planung

Auch im Planungsbereich lassen sich ab 1945 verschiedene Stufen der Beteiligungsintensität unterscheiden, die eng mit den politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen zusammenhängen.

Vorphase

In der Phase von 1945-1960 waren die Aufbaugesetze für die Festlegung der Baugebiete und Bauklasseneinteilungen verantwortlich. Diese von den Ländern 1948 und 1949 erlassenen Gesetze schafften zwar die Grundlage für einen schnellen Wiederaufbau, sahen auch eine vollständige und verbindliche Planung der gesamten städtebaulichen Bodennutzung vor, beschränkten sich aber darauf mögliche Entwicklungen zu koordinieren. Mit zunehmenden Planungstätigkeiten genügte die Form damaliger Beteiligung nicht mehr. Kritik wurde insbesondere am Zeitpunkt der Beteiligung geübt, zu dem auf das Planungsgeschehen kein Einfluss mehr genommen werden konnte. Außerdem kamen fast nur die Interessen der Grundstückseigentümer zur Geltung.

Erste Generation 1960

Die entscheidende Veränderung trat mit dem Bundesbaugesetz von 1960 ein, das einen gewissen Grad an Öffentlichkeitsbeteiligung vorsah. In § 2 Abs. 6 BBauG (Bundesbaugesetz) a. F. war zwingend geregelt, dass bereits vollständig ausgearbeitete Entwürfe öffentlich ausgelegt werden müssen. Bei größeren Änderungen musste eine erneute Auslegung stattfinden. Die Rechtswirksamkeit der Bauleitpläne hing von der Verbesserung dieser Vorschrift ab, mit der die Öffentlichkeitsbeteiligung erheblich verbessert wurde.

Zweite Generation 1976

Bürgerbeteiligung in der Planung war in logischer Konsequenz der unter 1.1.1 genannten Faktoren in den 70er/80er Jahren ein großes Thema, „mehr als zwei Jahrzehnte wurde über das Thema heftig diskutiert.“¹⁰ Um zu verhindern, dass über die Köpfe der Betroffenen hinweg Ent-



Quelle: Eigenes Archiv

scheidungen getroffen werden, wurden Beteiligungsrechte eingeräumt, die garantieren sollen, dass im Städtebau verfahrensmäßig gesicherter Einfluss auf den Entscheidungsprozess genommen werden kann. „Die städtebaupolitischen Zielsetzungen des Bundes, die eine Grundlage der Bürgerbeteiligungsregelung bilden, sind im Städtebaubericht von 1970 der Bundesregierung formuliert, der die Ziele des Städtebaus, der Stadtentwicklung und Bürgerbeteiligung aus den Grundwerten der Verfassung entnimmt.“¹¹

Nur 25 Jahre nach Ende des 3. Reiches bringt dieser Bericht zum Ausdruck, dass es darum geht:

- ◆ mehr Demokratie zu wagen,
- ◆ dem kritischen Bedürfnis nach Information zu genügen,
- ◆ darauf hinzuwirken, den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit zu geben, an der Gestaltung von Staat und Gesellschaft mitzuwirken,
- ◆ die Bedürfnisse der Einzelnen und verschiedener Gruppen vorausschauend zu ermitteln und eine gerechtere Abwägung zu ermöglichen,
- ◆ das Miteinander von Planerinnen/Planern und Betroffenen zu verbessern.¹²

Die Mitwirkung soll bereits bei der Zielfindung einsetzen, was voraussetzt, dass ein großes Maß an Information und Wissen bei allen Beteiligten vermittelt wird. Die Novelle des BBauG 1976 führte mit dem § 2a BBauG (Bundesbaugesetz) ein zweistufiges Beteiligungsverfahren in die Bauleitplanung ein. Ein Hauptanliegen der Novelle von 1976 war damit, „die vorgezogene Bürgerbeteiligung“ als Gegengewicht zu den erweiterten Planungsbefugnissen und Eingriffsrechten des Staates rechtlich zu sichern.¹³ Dieses zweistufige Verfahren wird heute in § 3 BauGB (Baugesetzbuch) geregelt. Danach spielen vor allem der Zeitpunkt und die Inhalte der Planung eine wesentliche Rolle.

Zeitpunkt

Die im Baugesetzbuch geregelte Frühzeitigkeit der Bürgerbeteiligung ist zu einem Zeitpunkt durchzuführen, an dem die Planung zwar bereits ausreichend konkret, aber noch nicht so verfestigt ist, dass keine Spielräume mehr bestehen. Damit soll erreicht werden, dass in der Vergangenheit aufgetretene Schwierigkeiten und Reibungsverluste vermieden werden.¹⁴

Inhalte

Bei der Bürgerbeteiligung sollen Ziel und Zweck der Planung, sich wesentlich unterscheidende Lösungen, auch diejenigen zu denen eine Gemeinde nicht neigt, sowie die voraussichtlichen Auswirkungen angegeben/dargestellt/ offengelegt werden. Neben der Information ist die Gelegenheit zur Erörterung und Diskussion zu geben oder darauf hinzuweisen, dass dies auch in nicht öffentlicher Form bei der Gemeindeverwaltung erfolgen kann. Dazu muss ein kompetenter Gesprächspartner zur Verfügung stehen. Bürgerin/Bürger im Sinne der vorliegenden gesetzlichen Regelung ist dabei „jedermann“. Im Gegensatz zur Bürgerbeteiligung nach § 3 (2) Baugesetzbuch führt eine Verletzung der Rechtsvorschriften zur vorgezogenen Bürgerbeteiligung, jedoch nicht dazu, dass die Satzungen nach dem Baugesetzbuch nicht rechts-wirksam werden.

Fehlende Beteiligung kann jedoch Bauvorhaben zum Scheitern bringen bzw. zu kostspieligen Umplanungen führen, die ein aufwendiges Verfahren oder eine grundsätzlich neue Konzeption zur Folge haben.

Mit der quantitativen Zunahme der Beteiligung lässt sich eine weitere Entwicklung beobachten, nämlich die Vielfalt der unterschiedlichen Interessensvertretungen, die sich neben den politischen Vertretungen etabliert haben. Die Belange einzelner Gruppen, beispielsweise von Fahrradfahrern und Fußgängern, Behinderten (Thema: Behindertengerechtes Bauen), Frauen (Frauengerechtes Bauen, Anerkennung als Träger öffentlicher Belange) usw., werden dadurch stärker zum Ausdruck gebracht. Die Bedürfnisse all dieser Gruppen haben zum einen dazu geführt, dass die Planungsaufgaben immer komplexer werden, zum anderen ist die Planung auch bedarfsgerechter geworden und obliegt nicht mehr allein den Vorstellungen der Planerinnen und Planer.

Diese zweite Generation der Bürgerbeteiligung „geht über Anhörung und Information hinaus. Sie ist um Aktivierung bemüht. Zielgruppen werden direkt angesprochen, auch artikulationsschwache Gruppen sollen motiviert werden, an Erörterungen teilzunehmen. ... Diese Strategie „der aufsuchenden Beteiligung und der umfassenden Öffentlichkeitsarbeit soll also aktivieren, will die Bürger für eine Planungsaufgabe interessieren und

wo möglich zu Anregungen und aktivem Mittun animieren.“¹⁵ Dieser Mitwirkungsmöglichkeit sind natürlich auch Grenzen gesetzt. Zum einen durch die Menge der Betroffenen, von denen jeder seine Ziele formuliert, zum anderen durch die Gesetzeslage.

1.1.3 Aktueller Diskussionsstand

„Nach einem Beachtungstief in den 80er Jahren, und einer Hoch-Zeit von Bürgerinitiativen hat die Bürgermitwirkung nicht zuletzt durch die friedliche Revolution von 1989 einen neuen mentalen Schub erhalten.“¹⁶ Das Thema taucht jetzt in einem anderen Zusammenhang wieder auf. Dabei sind vor allem zwei Diskussionsschwerpunkte zu erkennen bei denen Beteiligung erhebliche Bedeutung gewonnen hat.

Politikverdrossenheit

Es ist „von Staats- und Politikverdrossenheit die Rede, gegen die man mit mehr Beteiligung angehen müsse.“¹⁷ „Festzuhalten ist jedoch, dass Politik- und Politikerverdrossenheit nicht ihre Ursache haben in einer Zunahme politischen Desinteresses oder gar in einer generellen Verweigerungshaltung der Bevölkerung gegenüber Politik, vielmehr stellen sie eine bewusste Forderung von Teilen der Bevölkerung nach anderen - direkten - Formen politischer Beteiligung dar.“¹⁸ Mündige Bürger und Bürgerinnen, die bereit sind, Aufgaben und Pflichten in ihrer Gemeinde zu übernehmen, müssen die Möglichkeit haben, Mitsprache zu praktizieren. Dazu müssen aber die Vorgänge in der Gemeinde bekannt und die Gelegenheit vorhanden sein, Anregungen zu geben. Dies sollte zu einem Zeitpunkt erfolgen, an dem noch Einfluss auf anstehende Entscheidungen genommen werden kann. Dieser Entwicklung muss in allen Bereichen Rechnung getragen werden.

Verwaltungsreform und Leistungsverwaltung

Nicht nur die Gesellschaft, sondern auch der Staat hat sich verändert. Zunehmende Technisierung und die Verkomplizierung der Abläufe machen eine Lenkung und Planung notwendig. Es findet ein Wandel des sozialen Rechtsstaates, von der „Eingriffsverwaltung“, hin zur

„Leistungsverwaltung“ statt. Die Planungsaufgaben wachsen und werden komplizierter. Verwaltungskontrolle und -koordination werden zu einer wichtigen Aufgabe. Die Beteiligung „gewinnt neue Aktualität im Rahmen der Verwaltungsreform. In Zukunft wird es sich keine Gemeinde und keine Stadt mehr leisten können, über die Köpfe ihrer Bürgerinnen und Bürger zu planen. Mehr noch: Verwaltungen werden darauf angewiesen sein, das Potential ihrer „Kundschaft“ zu fördern und zu nutzen.“¹⁹ Zu diesem Potential gehören auch Kinder und Jugendliche, die fast 20% der Bevölkerung ausmachen und deren Kompetenz genutzt werden muss. Dies hat die Kinderpolitik erkannt.

1.2 Forschungsstand

Untersuchungen zur Kinderbeteiligung

„ In den vergangenen zehn Jahren ist mit der Kinderpolitik ein neues Politikfeld entstanden. 1991 findet der Begriff „Kinderfreundlichkeit“ zum ersten Mal Eingang in die Gesetzgebung (Strafgesetzbuch VIII).“²⁰ Die Diskussion ist dabei sehr vielschichtig, „vor allen Dingen scheint die vehemente Debatte um die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen auch als Reaktion auf eine Krise. Denn alle seriösen Untersuchungen deuten auf eine massive Vertrauenskrise von Kindern und Jugendlichen gegenüber institutionalisierter Politik hin.“²¹ Diese Altersgruppe lehnt dabei die abstrakte Politik ab, wäre aber bereit sich für konkrete greifbare Themen zu engagieren.

Aktuelle Planungen prägen die unterschiedlichsten Ebenen, nehmen damit Einfluss auf die Kinder und Jugendlichen und bieten gleichzeitig die Möglichkeit sich konkret einzumischen. Damit verbunden ist die Frage, wie neben den üblichen Beteiligungsformen - Bauausschuss, Gemeinderat, Versammlung - auch diese Bevölkerungsgruppe in den Planungsprozess integriert werden kann. „ Seit den Anfängen der Partizipation von Kindern und Jugendlichen bei Entscheidungen in ihrem Lebensumfeld hat sich ein Puzzle von Beteiligungsformen entwickelt. Bei aller experimenteller Unterschiedlichkeit herrscht Konsens darin, dass die simple Übertragung von Politikkonzepten aus der Erwachsenenwelt kontraproduktiv wirkt“²², denn die für Erwachsenen

entwickelten Formen und Methoden übersteigen den Erfahrungshorizont dieser Gruppe - daher sind andere Methoden anzuwenden.

Einen Überblick über die Beteiligungsformen und -felder bietet eine Umfrage der Landesbausparkasse von 1995 (LBS veröffentlicht in Schröder R.: Kinder reden mit), die in ganz Deutschland durchgeführt wurde, mit dem Ziel möglichst viele Formen der Kinderbeteiligung in Politik, Stadtplanung und -gestaltung aufzuzeigen.

Ergebnis ist, dass die wichtigsten Themen, an denen Kinder und Jugendliche beteiligt werden, vier Lebensbereichen zuzuordnen sind. Spielplatz und Spielumfeld stehen an erster Stelle, gefolgt von Schule, Schulhof, Kindergarten. An dritter Stelle folgt Verkehr und Wohnumfeld bzw. Wohnbereich. Stadtplanung, Umwelt und Freizeitgestaltung werden seltener genannt. Gründe für die Nennungen sind, dass es sich um unmittelbare Lebensbereiche der Kinder handelt, die diese auch überblicken können. In einer Wickert-Umfrage durch das Deutsche Kinderhilfswerk von 1996 sind 90% der Erwachsenen der Meinung, dass Jugendliche (über 14 Jahre) in die Planung der Zukunft miteinbezogen werden müssen. Bei den Kindern bis 14 Jahre sind es nur 57% der Bevölkerung, die diese Frage mit ja beantworten. An erster Stelle stehen hier die Beteiligung bei Kinder- und Jugendzentren (25%), Umweltschutz (22%), Verbesserung der kindlichen Lebenswelt (19%), im Sozialbereich (16%) sowie Planung von Wohngebieten (9%) und Planung von Straßen (8%). Allerdings ist man auch der Meinung, die Kinder müssten über das notwendige Wissen bezüglich ihres Umfeldes verfügen, das ihnen von Eltern, Schulen, Jugendverbänden, der Kirche und der Kommune vermittelt wird.²³

In Rheinland-Pfalz liegt eine Untersuchung der rheinland-pfälzischen Landesregierung aus dem Jahre 1998 vor, bei der eine Umfrage unter Kreis-, Stadt- und Verbandsgemeindeverwaltungen durchgeführt wurde mit dem Ziel „verbindliche Aussagen zu erhalten, ob und in welcher Vielzahl die unterschiedlichen Partizipationsformen in den rheinland-pfälzischen Kommunen vorhanden sind.“²⁴ Insgesamt haben 182 Kommunen geantwortet. „Die Ergebnisse zeigen, dass Kinderpolitik und Kinderbeteiligung noch weitgehend unsystematisch erfolgen und damit auch die notwendige Nachhaltigkeit erst erreicht werden kann, wenn Kinderbeteiligung verstetigt wird und in alle relevanten Entscheidungs- und Gestaltungsverfahren integriert wird.“²⁵

Erfahrungen über eine Beteiligung von Kindern und Jugendlichen liegen auch aus anderen europäischen Ländern vor. In Dänemark startete im Frühjahr 1990 ein Projekt, das den Kindern konkrete Möglichkeiten zur Mitbestimmung und Mitverantwortung in der Umgebung, im Alltag und im Leben allgemein geben sollte. Fünf Gemeinden nahmen an diesem Projekt teil, das über zwei Jahre lief und bei dem Kinder in den unterschiedlichsten Bereichen beteiligt waren. Beispielsweise übernehmen an dänischen Schulen und Bibliotheken die Schülerinnen und Schüler die Auswahl der zu beschaffenden Bücher, da sie besser wissen, was ihre Altersgruppe interessiert.

Gemeindegröße und Initiatoren

In der o.g. Untersuchung wurde auch festgestellt, dass mit „abnehmender Größe einer Kommune andere als parlamentarische, institutionelle Beteiligungsformen relevant sind.“²⁶ Dies deckt sich mit der Untersuchung von Schröder, der feststellte, dass die Mehrzahl der Beteiligungen von Städten und Gemeinden ausgeht. Weitere Initiatoren sind Kinder, Eltern und Vereine. Damit wird die überwiegende Beteiligung durch hauptamtliche Kräfte, in der Regel das Jugendamt, durchgeführt. Private Unternehmen wie Planungsbüros sind nur in einigen wenigen Fällen vertreten.²⁷ Dies könnte damit zusammenhängen, dass Planerinnen und Planer nur selten über entsprechende Beteiligungsformen informiert sind und oft die Kenntnisse über diese Altersgruppen fehlen. Hinzu kommt, dass im Städtebau eher der Begriff der „StadtbauKunst“ im Vordergrund steht, als die Bedürfnisse der verschiedenen Bewohnerinnen-/Bewohnergruppen. Ein weiterer Punkt ist, dass es für die Beteiligungsverfahren mit Kindern und Jugendlichen keine finanziellen Regelungen gibt, was bedeutet, dass weitere Kosten zu dem Bebauungsplanverfahren entstehen. Eine Regelung ist in der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure nicht vorgesehen und muss entsprechend kalkuliert werden.

Altersgruppe

Interessanterweise wurde in dieser Untersuchung auch festgestellt, dass die meisten Beteiligungsformen sich an die Altersgruppe der 10-14jährigen und der 6-10jährigen richten.

Die Altersgruppe der über 14jährigen ist deutlich geringer vertreten, ebenso die Kindergartenkinder. Dies könnte mit dem schwierigeren Umgang mit den beiden Altersgruppen zusammenhängen und der besonders im Kindergartenalter notwendigen Interpretation der Ergebnisse.

Formen und Methoden

Formen und Methoden zur Kinder- und Jugendlichenbeteiligung wurden in verschiedener Hinsicht entwickelt und angewendet. Der Amerikaner Roger Hart setzte zum ersten Mal bei einer Befragung von Kindern Modellbauelemente ein. In Herten wurde Anfang der neunziger Jahre mit der Universität Berlin im Rahmen des Forschungsprojektes „Entwicklungspsychologische Stadtforschung und Umweltplanung“ dieser Ansatz „Modellbau mit Kindern“ aufgegriffen. In dieser Studie wurden 68 Kinder in drei Altersgruppen an einer bestehenden Wohngebietsgestaltung beteiligt. Diese Studie war für die Praxis der Kinderbeteiligung von Bedeutung, da mit dem Modellbau eine Partizipationsmethode eingesetzt wurde, die Kinder als Partner akzeptiert und deren Ergebnisse auch praktische Relevanz haben. Dies steht im Gegensatz zu früheren Methoden, die das Verhalten und die Fähigkeiten der Kinder als wissenschaftliches Problem begriffen, mit unterschiedlichen Methoden auch wissenschaftliche Erkenntnisse gewannen, die jedoch keine Auswirkungen auf die Praxis hatten. ²⁸

Apel und Pach entwickelten eine Methode der Fotostreifzüge, die Erkenntnisinteressen und handlungsrelevanten Praxisbezug verbindet. ²⁹ Hier führen Kinder durch ihren Stadtteil und definieren die Bedeutung der verschiedenen Orte. Eine ausführliche Zusammenstellung von Verfahren, Formen und Methoden der Beteiligung wurde in der Gemeinschaftsarbeit von Bischoff, Selle und Sinning vorgenommen. Diese entwickelten eine Systematisierung, die über das Erkunden von Meinungen, Meinung bilden, Beteiligen bis zum Kooperieren reicht und auf die in dieser Arbeit Bezug genommen wird. Ihre Einschätzung der unterschiedlichen Formen und Methoden im Planungsprozess wird jedoch nur auf die Beteiligung von Erwachsenen bezogen. Festgestellt werden kann, dass es zwar verschiedene Ansätze zur Kinder- und Jugendlichenbeteiligung gibt, dies aber immer auf freiwilliger Basis und meist aus soziologischer und politischer Motivation heraus erfolgt und fast immer von Jugendämtern durchgeführt wird.

1.3 Laufende Forschungsprojekte und Forschungserfordernis

1.3.1 Laufende Forschungsprojekte

Bisher wurde vornehmlich die Situation von Kindern und Jugendlichen in der Stadt betrachtet. Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an Planungsprozessen wurde bisher in anderen Städten und Gemeinden in Deutschland immer in Verbindung mit bestehenden Gebieten durchgeführt.³⁰ Beteiligung an stadtplanerischen Projekten umfasst dabei die Umgestaltung bestehender Baugebiete oder Dörfer und die Übernahme von Ideen und Ansätzen in Rahmenpläne, speziell in Stadtteilrahmenpläne. Beispiele dafür finden sich in Köln, Düsseldorf und Herten. In Herten wurde die Initiative Pro Kids gegründet, die sich eine Verbesserung der Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen zum Ziel gesetzt hat. In den Städten geht es dabei immer um eine praxisbezogene Beteiligung. Eine wissenschaftliche Aufarbeitung steht nicht im Vordergrund. Das Institut für Entwicklung- und Stadtforschung in Hannover hat eine Untersuchung über Kinderverträglichkeitsprüfungen vorgenommen, die die unterschiedlichen Vorgehensweisen in den Städten darstellt.

Das Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend prüft zusammen mit Prof. Stange eine „Beteiligungsspirale“ (dieser Begriff wurde auch von ihm geprägt), die zum Ziel hat Kinder und Jugendliche mit unterschiedlichen Methoden in der Dorferneuerung zu beteiligen. Das Projekt ist ein Forschungsprojekt, das zur Zeit in vier Gemeinden durchgeführt und mit Bundesmitteln gefördert wird. Für das Projekt liegen bisher nur erste Arbeitsergebnisse, aber keine umfangreiche wissenschaftliche Aufarbeitung vor. Bei diesem Projekt geht es weniger darum die politischen Entscheidungsträger einzubeziehen, die letztendlich für die Umsetzung und die Mittelbereitstellung verantwortlich, sowie in den politischen Gremien tätig sind, als vielmehr die Kinder und Jugendlichen einzubinden. Das Projekt wurde im Frühjahr 1998 begonnen.

1.3.2 Forschungserfordernis

Der Schwerpunkt der vorliegenden Untersuchungen lag zum einen in der Auseinandersetzung mit bestehenden Gebieten zum anderen in der Involvierung von Kindern und Jugendlichen bei einzelnen Projekten. Die verbindliche Bauleitplanung, zur Entwicklung von neuen Bau- bzw. Wohngebieten, wurde hingegen bisher kaum berücksichtigt. Definiert werden müssen auch die verschiedenen Funktionen der einzelnen Akteurinnen/Akteure, die innerhalb einer Kommune am Planungs-geschehen beteiligt sind, die aber auch unmittelbaren Einfluss auf die Entwicklung der Kinder und Jugendlichen nehmen. Die Untersuchungen von Prof. Stange sind zwar auf eine Aktivierung der gesamten Gemeinde ausgerichtet, zeigen aber nicht welche wichtige Funktionen Planerinnen/Planer, Erzieherinnen/Erzieher, Lehrerinnen/Lehrer und sonstige Leitfiguren in der Stadt oder in der Gemeinde übernehmen können. Es wird zwar betont, dass der politische Wille zur Kinderfreundlichkeit bekundet werden muss, aber die Einflussmöglichkeiten auf Kinder, Jugendliche und Erwachsene durch die verschiedenen „Leitfiguren“ wird nicht beleuchtet.

Festzustellen ist, dass:

- bisher die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen vornehmlich in bestehenden Gebieten durchgeführt wurde und meine Untersuchung dies auf die Ebene der verbindlichen Bauleitplanung ausdehnt.
- erste Erkenntnisse für die Beteiligung in der Dorferneuerung vorliegen, die Kinder, Jugendliche und Erwachsene in den Prozess einbeziehen will, aber die Funktion und die Möglichkeiten der einzelnen Akteure in den Städten und Gemeinden nicht hinterfragt wird.
- die gängige Praxis in der Bauleitplanung die Bürgerversammlung ist, bei der nur Erwachsene gehört werden. Methoden und Formen im Hinblick auf die Erwachsenenbeteiligung vorliegen, die mit in die Untersuchung eingearbeitet wurden, aber speziell unter dem Gesichtspunkt der Sensibilisierung betrachtet werden, um einen ganzheitlichen Beteiligungsansatz zu finden.
- der Bedürfnisbegriff in der Planung häufig verwendet wird, ohne dass der Raumbezug hergestellt wird.

Die Möglichkeiten des Baugesetzbuches zur Berücksichtigung der Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen und der Einfluss, der über die Bebauung auf sie ausgeübt wird, bleibt in den meisten Konzepten unberücksichtigt. Nachfolgend werden zunächst die Grundbegriffe definiert und abgegrenzt.

1.4 Begriffsdefinition

Der Zusammenhang zwischen Bedürfnissen und Raumerlebnis ist eine der grundlegenden Erfahrungen des Menschen, die in der Planung berücksichtigt werden müssen, da mit jeder Konzeption unmittelbarer Einfluss auf beide Bereiche genommen wird. Aus diesem Grunde werden zunächst diese Begriffe definiert und abgegrenzt.

1.4.1 Raum

„Der Begriff Raum ist abgeleitet aus dem germanischen Adjektiv ‘raum’ und wurde in Verbindung mit „weit“, „geräumig“ gebraucht.“³¹ Er wird in den verschiedenen Wissenschaften verwendet, diskutiert und spielt in der Philosophie, der Mathematik, der Physik und der Psychologie eine bedeutende Rolle. „Der Raum gehört zu den Urerlebnissen des Menschen. Während der kindlichen Entwicklung (Entwicklungspsychologie) erweitert und strukturiert er sich zugleich mit der Koordination der Möglichkeiten seiner sinnlichen Erfassung.“³² „Raum ist ebenso wie Zeit eine abstrakte Kategorie, die die Dinge, Handlungen oder Lebewesen in eine Ordnung bringt.“³³ Im Kontext von Bedürfnissen ist der Raumhorizont des Individuums bedeutsam.

Durch Stadtplanung oder Raumplanung werden Lebensräume geschaffen, die sich aus raumprägenden Elementen, wie z.B. Straßen und Häusern zusammensetzen. Stadtplanung greift damit direkt in die Lebenswelt und in den Lebensraum des Einzelnen ein. Bronfenbrenner definiert vier Raumhorizonte, Makro-, Exo-, Meso- und Mikrohorizonte der Raumbezogenheit sozialen Handelns.³⁴ Als Mikroraum wird der körpernahe Raum bezeichnet, der Raum, den das Individuum unmittelbar erfährt. In diesem Zusammenhang gewinnt die Frage nach der Auswirkung des Raumes auf das Verhalten des Einzelnen an Bedeutung.³⁵

Laut Mussel ist der städtische Raum, der verantwortliche Raum für die hier lebenden Menschen, für ihr Handeln und ihre Identität. Da Raum- und Umweltplanung in besonderem Maße an der Gestaltung der Umwelt beteiligt ist, und die Gruppe der Kinder und Jugendlichen auf der anderen Seite am stärksten durch die Planung betroffen ist, da sie besonders beeinflussbar sind, wird die besondere Verantwortung für diese Altersgruppe deutlich.

Für das Forschungsprojekt bedeutet dies, dass Kinder und Jugendliche zum einen die Möglichkeit haben, sich selbst aktiv an der Gestaltung zu beteiligen, zum anderen aber auch der Zusammenhang zwischen den Bedürfnissen und dem Raum hergestellt werden soll.

1.4.2 Bedürfnisse

„Mit der Thematik menschlicher Bedürfnisse befassen sich die unterschiedlichsten Wissenschaften, darunter auch die Planungswissenschaft. Der Bedürfnissbegriff, wie er im Baugesetzbuch steht und von den Planerinnen und Planern verwendet wird, ist ein „unordentlicher Begriff“³⁶, der im Widerspruch zu der an Ordnung orientierten Disziplin der Planung steht. Doch Planung muss ihre erklärten Zwecke aus der Gesellschaft beziehen, was gleichzeitig bedeutet, dass ein Bezug zu den Menschen hergestellt werden muss. Wie Mussel ausführt, stehen diese Bedürfnisse „nicht von Anfang an fest, sondern entwickeln sich in situativen und sozialräumlichen Kontexten und, was wichtig ist, in der Auseinandersetzung.“³⁷ Danach entwickeln Menschen immer dann kontextbezogene Bedürfnisse, wenn sie sich mit anderen auseinandersetzen müssen. Bedürfnisse werden ausdrückbar als Qualitäten und Defizite räumlicher Umwelten. Mussel stellt in ihrer Arbeit die These auf, dass von bedürfnisorientierter Planung nur dann gesprochen werden kann, wenn eine Auseinandersetzung über unterschiedliche Bedürfnisse und Interessen stattgefunden hat und die Menschen, um deren Bedürfnisse es geht an dieser Auseinandersetzung beteiligt waren. Wie sie weiter ausführt, ist es in Planungsprozessen kaum möglich, Bedürfnisse diskursiv zu ermitteln. In Situationen, in denen es keine unmittelbar Betroffenen gibt, z.B. bei der Herstellung einer neuen Siedlung, ist es auch kaum anders möglich, als Bedürfnisse stellvertretend aufgrund sekundärer Erfahrung und wissenschaftlich gewonnener Einsichten in die Planung einzubeziehen.³⁸

Ein Beispiel dafür ist in den Niederlanden zu finden, wo Bewohnergruppen angrenzender Gebiete in die Konzeption eines neuen Gebietes einbezogen wurden.

Wichtig ist also, dass in der Planung - als Prozess - den Menschen die Gelegenheit gegeben wird, ihre Bedürfnisse zu formulieren. Mussel geht in ihrer Arbeit auf die verschiedenen Bedürfnistheorien ein, auf deren Darstellung hier verzichtet werden soll. Wichtig für die Planung ist jedoch der Raumbezug, der bisher in allen Bedürfnistheorien vernachlässigt wurde.³⁹ Dabei spielt insbesondere der Nahraum und dessen Ausgestaltung für die weniger mobilen Altersgruppen, zu denen Kinder und Jugendliche gehören, eine Rolle, um deren Bedürfnisse und Umsetzung in die Bauleitplanung es in dieser Untersuchung geht.

1.5 Forschungsthesen

Die planerischen, gesellschaftlichen und politischen Veränderungen betreffen nicht nur das Leben der Erwachsenen sondern auch das der Kinder.

Kinder und Jugendliche wachsen in einer Welt auf, die von Erwachsenen angeblich nach ihren Bedürfnissen geplant und gebaut wird. In § 1 (5) des Baugesetzbuches wird gefordert, dass die Bedürfnisse der jungen Menschen in der Bauleitplanung zu berücksichtigen sind. Diese zu den einfachen Planungsleitsätzen gehörende Forderung macht deutlich, dass "die Gemeinde nicht frei abwägen darf, sondern sich gründlich mit den betroffenen Sachgebieten auseinandersetzen muss. Dies verlangt eine intensive Bestandsaufnahme..... und bedingt entsprechende, notfalls zu erwerbende, Fachkenntnisse."⁴⁰ Die Planungsleitsätze enthalten nach der anerkannten Rechtssprechung des Bundesverwaltungsgerichtes "unbestimmte Rechtsbegriffe, die einer uneingeschränkten rechtlichen Kontrolle der Genehmigungsbehörden und der Gerichte unterliegen."⁴¹ Auf der anderen Seite werden diese Bedürfnisse nicht näher konkretisiert und müssen daher aus den aktuellen sozialen und gesellschaftlichen Gegebenheiten abgeleitet werden. Diese müssen dann wiederum in der Planung berücksichtigt werden.⁴²

Planung ist auf die Zukunft ausgerichtet und auf eine ideale Entwicklung. Die Auswahl von Zielen, das Aufzeigen von Alternativen und die Anweisung zur rationellen Ausführung ist mit Bewertungen verbunden. Planung geht insofern immer mit Wertschätzungen einher.

Wissenschaft hingegen setzt ein wertfreies Vorgehen voraus um ein zuverlässiges Wissen zu erlangen.⁴³ „Es muss in diesem Zusammenhang aber eingeräumt werden, dass die Wertfreiheit wissenschaftlichen Handelns letztlich eine Normfestlegung ist, der man folgen oder auch nicht folgen kann.“⁴⁴ „Die räumliche Planung setzt im Unterschied zur wissenschaftlichen Forschung Werte. Aus diesem Grunde kann es grundsätzlich keine wissenschaftliche Planung, allenfalls eine wissenschaftlich fundierte Planung geben.“⁴⁵

Für eine Forschung, die wertfreie Aussagen liefern soll, ist der Zweck entscheidend. Je anwendungsbezogener Forschung ist, umso bedeutender kann sie für die räumliche Planung sein. Sie liefert Entscheidungsgrundlagen, kinderfreundlicher Städtebau ist mit Planung und damit mit Wertsetzungen verbunden, die sich auf die Wertschätzungen auswirken können.

Eine Abgrenzung muss zwischen der sozialwissenschaftlichen Grundlagenforschung und einem anwendungsorientierten Forschungsvorgehen vorgenommen werden. Hier soll auf die von Kromrey vorgelegte Unterscheidung zurückgegriffen werden. Sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung legt ihr Gewicht auf die Produktion und Vermehrung von möglichst allgemeingültigem Wissen, auf die verallgemeinbare Beschreibung (Diagnose) und Erklärung sozialer Sachverhalte und Zusammenhänge. ... Im Unterschied dazu soll anwendungsorientierte Forschung Ergebnisse liefern, die beim aktuellen Entscheidungsprozess verwertet werden können.“⁴⁶ Bei anwendungsorientierter Forschung leiten sich die behandelten Fragestellungen aus den Bedürfnissen der Praxis her und es steht die Anwendungspraxis im Vordergrund.

Im Gegensatz zu der Ergebnisdiskussion in der Grundlagenforschung, die vor anderen Wissenschaftlern zu vertreten ist, hat man bei anwendungsorientierten Projekten mit Praktikern zu tun.

Sicherlich kann dies zu Konflikten führen, da widerstreitende Anforderungen an das Forschungsprojekt gestellt werden. „Die Bedeutung wissenschaftlicher Erkenntnis für die räumliche Planung hängt davon ab, inwieweit das Planungsobjekt in seiner Struktur und in seinem Wirkungsgefüge untersucht und dabei die immanenten Gesetzmäßigkeiten erfasst werden konnten. Erkenntnisse sind dann von Bedeutung, wenn durch sie der gewünschte Sollzustand, auf den die Planung ausgerichtet ist, effektiv erreicht werden kann.“⁴⁷ Trotzdem sollen in dieser Arbeit die wissenschaftlichen Standards weitestgehend erfüllt werden, bzw. auf ihre Handhabbarkeit überprüft werden. Es werden dort Abstriche in Kauf genommen, wo die praxisorientierte Anwendung in den Hintergrund treten würde, da es Ziel dieser Arbeit ist für die Praxis verwertbare Erkenntnisse zu erlangen.

1. These „Altersstufen und Geschlecht“

Die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen in Bezug auf ihren unmittelbaren Nahraum, der durch den Bebauungsplan stark beeinflusst wird, stehen nicht im Vordergrund bei der Planungskonzeption. Kindheit und Jugend lassen sich in unterschiedliche Entwicklungsphasen einteilen und müssen sich folglich in den Ansprüchen an das Wohnumfeld und die Infrastruktureinrichtungen widerspiegeln.

Mädchen und Jungen unterliegen den verschiedensten Einflüssen, die Auswirkungen auf die unterschiedlichen Vorstellungen hinsichtlich ihrer Lebenswelt haben. Traditionelle Verhaltens- und Erziehungsmuster verstärken diese Tendenz noch und führen dazu, dass auch in der Bauleitplanung diese Aspekte zum Ausdruck gebracht aber nur ungenügend berücksichtigt werden.

2. These „Erwachsene sensibilisieren“

Die Bauleitplanung wird geprägt von gesetzlichen, technischen und gestalterischen Aspekten. Erwachsene treffen Entscheidungen für Bereiche, die besonders die jüngere Generation entscheidend prägen. Der Abstand zwischen der Erwachsenenwelt und der Kindheit führt dazu, dass in den Bauausschüssen und Gemeinderäten nicht die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen im Vordergrund stehen, da diese bei den meisten Erwachsenen nicht mehr präsent sind. Die Toleranz zwischen den einzelnen Altersgruppen nimmt dabei mit zunehmendem Alter ab.

Das herkömmliche Bauleitplanverfahren setzt voraus, dass sich Erwachsene für die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen einsetzen. Es werden Methoden und Formen benötigt, um Erwachsene für die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen zu sensibilisieren. Die Entscheidungsträger in einer Gemeinde sind ebenfalls in das Verfahren einzubinden. Die Beteiligungsschritte nach dem Baugesetzbuch können lediglich den Rahmen bilden sind aber nicht ausreichend.

3. These „Geeignete Verfahren anwenden und absichern“

Die übliche Erwachsenenbeteiligung überfordert Kinder und Jugendliche, da sie auf sehr stringente Überlegungen aufbaut und längere Verfahrensbetreuung und -begleitung erfordert. Kinder aber sind spontan und brauchen kurzfristige Erfolge um auch weiterhin an einer Sache interessiert zu sein.

Neben der Erwachsenenbeteiligung wird ein Verfahren benötigt, das Kindern und Jugendlichen in den verschiedensten Altersstufen in einer dem jeweiligen Entwicklungsstand angemessenen Art und Weise eine Mitsprache bei den unterschiedlichsten Planungsaufgaben ermöglicht. Kinder und Jugendliche sollen als Expertinnen und Experten in eigener Sache gehört werden. Es stellt sich also die Frage, ob eine gesetzliche Verankerung notwendig ist, um dies abzusichern.

1.6 Forschungskonzeption

Die Forschungskonzeption gliedert sich in drei Hauptteile auf, die an den vorgenannten Thesen orientiert sind.

Theoretischer Teil

In diesem Teil wird eine wissenschaftliche Aufarbeitung von vorhandenen Erkenntnissen im Hinblick auf die Kindheit und die Beteiligung von Erwachsenen und Kindern vorgenommen.

Kindheit im Wandel

Mit diesem Abschnitt wird die Veränderung der Kindheit aufgezeigt. Dies betrifft zum einen die Stellung der Kinder innerhalb der Familie, aber auch in der Gesellschaft und die damit verbundenen Folgen für die Kinder.

Es wird aber auch aufgezeigt, warum es zum einen notwendig ist, dass Planerinnen und Planer sich mit dieser Altersgruppe intensiv beschäftigen, zum anderen ein kinder- und familienfreundliches Umfeld gebraucht wird.

Stufen der Kindheit

Die Realisierung und Berücksichtigung von Bedürfnissen und Wünschen sowie die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen setzt voraus, dass entsprechende Kenntnisse vorhanden sind. Dabei sind insbesondere auch Unterschiede und Gemeinsamkeiten von Mädchen und Jungen von Bedeutung. Kritisch hinterfragt wird in diesem Zusammenhang auch der mögliche Einfluss des Umfeldes und der Umgebung auf die Kinder.

Auseinandersetzung mit Formen und Methoden zur Sensibilisierung und Beteiligung

Sensibilisierung der Erwachsenen

In das Bauleitplanverfahren sind Erwachsene in unterschiedlichster Funktion eingebunden und treffen weitreichende Entscheidungen. Das zweistufige Verfahren setzt ein entsprechendes Wissen über die Entwicklung der Kinder und deren Ansprüche an ihre Umgebung voraus. Die im allgemeinen üblichen zwei Beteiligungsstufen sind dafür nicht ausreichend. Um eine stärkere Sensibilisierung der Erwachsenen zu erreichen wurden verschiedene Formen und Methoden dargestellt und auf ihre Wirksamkeit überprüft. Ziel ist es dabei, möglichst viele Multiplikatorinnen und Multiplikatoren vorzubereiten und auszubilden, die die Interessen der Kinder und Jugendlichen in den Kommunen vertreten.

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen

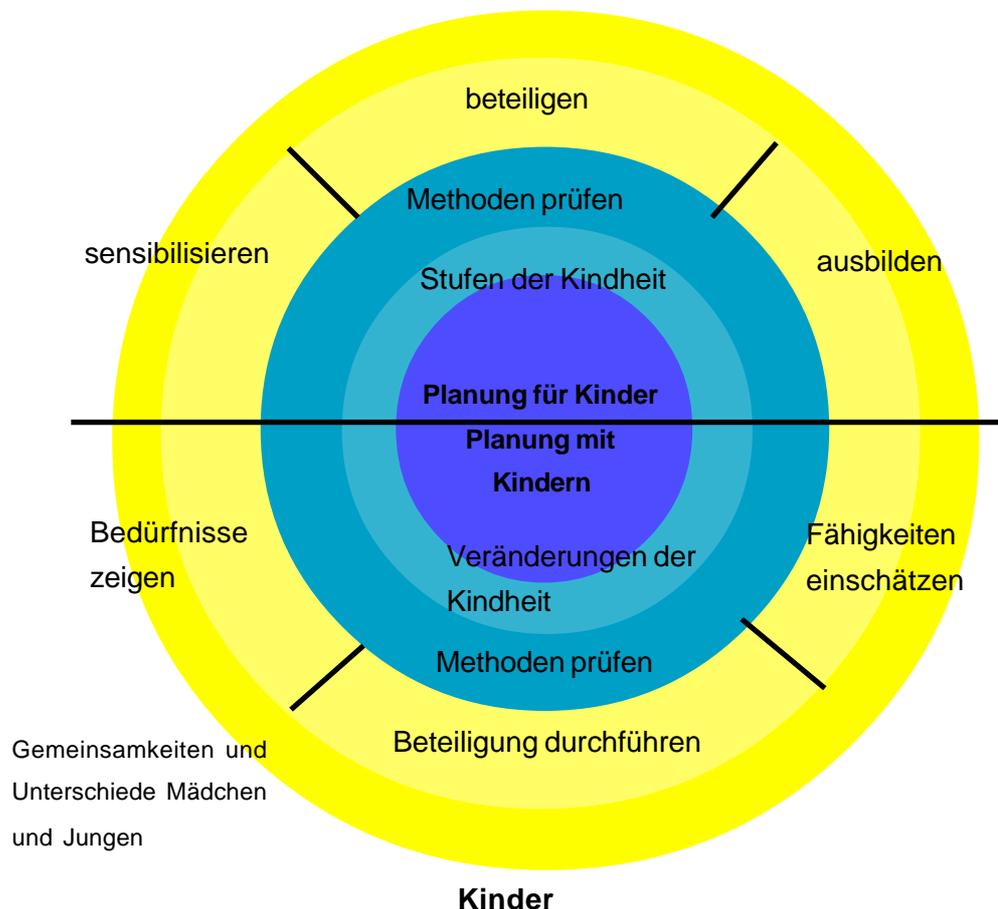
Auch für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen sind verschiedene Formen und Methoden sowohl im politischen als auch im planerischen Bereich bekannt. Diese werden dargestellt und anhand von Kriterien auf ihre Eignung für planerische Aufgaben kritisch überprüft und eingestuft.

Empirischer Teil

Seit 1996 wurde in einer Gemeinde mit Erwachsenen, Kindern und Jugendlichen gearbeitet, so dass die Ergebnisse einen konkreten Praxisbezug haben und die Methoden auf ihre Anwendungsmöglichkeiten untersucht wurden.

Forschungskonzeption und Arbeitsschritte

Erwachsene



Die Methoden, deren Eignung für die Kinder- und Jugendlichenbeteiligung im Hinblick auf die Bauleitplanung als besonders hoch eingestuft wurden, kamen im empirischen Teil zum Einsatz. Im Hinblick auf die verschiedenen Altersstufen wurde eine entsprechende Differenzierung vorgenommen. Ziel war es, die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen herauszuarbeiten, die Methode auf ihre Wirksamkeit zu überprüfen und entsprechende Empfehlungen für die Bauleitplanung und das Beteiligungsverfahren zu entwickeln. Die Ergebnisse werden im Hinblick auf den gesellschaftlichen und städtebaulichen Kontext einer kritischen Betrachtung unterzogen und mit anderen Studien verglichen.

Handlungsfelder

Aus den theoretischen Erkenntnissen und den praktischen Ergebnissen werden die unterschiedlichsten Handlungsfelder abgeleitet.

2

Beschäftigt man sich mit Kindern und Jugendlichen, so muss man auch ihre Stellung innerhalb der Familie und Gesellschaft betrachten und deren Veränderung im Laufe der Jahrhunderte.

Kindheit im Wandel und die Bedeutung für die Beteiligung

In den nachfolgenden zwei Kapiteln der Arbeit stehen Kindheit und Kinder im Vordergrund, beide werden in dieser Untersuchung unterschiedlich und in Anlehnung an Baacke verwendet. „Die Entwicklung von Kindern ist (vornehmlich) ein Thema der Entwicklungspsychologie; die Entwicklung der Kindheit hingegen beschäftigt sich mit historischen Prozessen, die Gesellschaften entstehen lassen, in denen ein bestimmter Abschnitt des menschlichen Lebens nach besonderen Vorsorgen und Absichten verläuft.“¹ „Gesellschaften halten von jeher für ihre Kinder eine je spezifische Form von Kindheit bereit.“² „Kindheit ist bei uns heute gleichsam in das Eigentum gesellschaftlicher Mächte übergegangen und wird von ihnen wesentlich bestimmt. Während Kinder also einerseits aus der Lebenswelt der Erwachsenen ausgegrenzt wurden, wird ihre Kindheit durch gesamtgesellschaftliche Tendenzen andererseits oft wirksam strukturiert und beeinflusst.“³ Dies kann direkt oder indirekt erfolgen. Indirekt überall dort, wo Entscheidungen der Regierungen und/oder gesetzliche Regelungen in den alltäglichen Umgang von Menschen durchschlagen. Direkte Formen von Vergesellschaftung sind unvermittelt zum Bestandteil moderner Kindheit geworden. Kindheit heute ist immer auch Konsum- und Medienkindheit. „In den letzten Jahren ist ein vehementes Interesse für die Geschichte der Kindheit, der Jugend und der Familie zu beobachten.“⁴ Die Untersuchungen der Kindheit und deren Geschichte werden von verschiedenen Wissenschaftlern wie z.B. Aries und de Mause beleuchtet, die dazu Thesen entwickelt haben, deren Darstellung und Diskussion jedoch nicht Gegenstand dieser Untersuchung ist, da hier nur die Aspekte der Kindheitsentwicklung betrachtet werden sollen, die Auswirkungen auf die Planung und die Beteiligung haben. Vor dem Hintergrund der geschichtlichen Entwicklung der Kindheit werden im Weiteren aktuelle Daten zur Familien- und Haushaltsstruktur sowie die Prognose für die nächsten 10 Jahre betrachtet. Eine Einschätzung der Auswirkungen auf die Bauleitplanung schließt dieses Kapitel ab.

2.1 Geschichtlicher Rückblick

In der vorindustriellen Zeit waren Kinder willkommene Arbeitskräfte. Die Familie bildete eine Wirtschafts- und Lebensgemeinschaft, zu der Kinder ihren Beitrag beisteuern mussten.

Gleichzeitig stellten sie die Kranken- und Altersabsicherung der Eltern dar. Das heißt aber nicht, dass auch alle Kinder willkommen waren, da eine zu große Zahl von Kindern auch zur sozialen Verelendung führen konnte. In dieser Zeit wurde

den Kindern keine besondere Aufmerksamkeit und Zuwendung zuteil; die Grundhaltung war im allgemeinen eher Gleichgültigkeit als Interesse.⁵ Die Soziologin E. Beck-Gernsheim unterscheidet vier Stadien, in der die Kindheit eine neue Dimension erhält, die z.T. auch ineinander greifen.



Quelle: Eigenes Fotoarchiv
Großfamilie in den 30er Jahren

1. Im 18. Jahrhundert wurde das Thema Bildung zu einem zentralen Ziel der Kindererziehung. Die Wurzeln dafür liegen zum einen in der Aufklärung, zum anderen im Übergang von der Ständegesellschaft in die sozial mobile Gesellschaft, in der Positionen nicht mehr vererbt, sondern durch eigene Leistungen errungen werden sollten. Eine umfassende Bildung wurde in dieser Zeit nur Kindern aus dem Bürgertum zuteil. Die Verantwortung dafür lag bei den Müttern. Wie Roosevelt vor einer Versammlung von Frauen sagte: „Die gute Mutter - und man kann keine wirklich gute Mutter sein, wenn man nicht eine kluge Mutter ist - ist für die Gesellschaft wichtiger als selbst der fähigste Mann.“⁶

2. Mit den Fortschritten in der Medizin zu Beginn des 18. Jahrhunderts waren auch erste Anweisungen für Mütter zur Behandlung ihrer Kinder verbunden und damit eine Veränderung der Mutterrolle. Die Mütter übernahmen weitgehend die alleinige Zuständigkeit für die Entwicklung und Versorgung der Kinder.

Ab Mitte des 19. Jahrhunderts wurde durch eine Aufklärungskampagne die Säuglingssterblichkeit eingedämmt. Mütter mussten auf die Ernährung und Hygiene der Kinder achten. Die Frauen des Bürgertums übernahmen diese Forderungen in erster Linie. Verfolgt man diesen Aspekt weiter, so fällt auf, dass zum Ende des 20. Jahrhunderts Frauen die Alleinverantwortung für die Ernährung ihrer Kinder haben, aber selten in Entscheidungen involviert sind, die in das Leben der Kinder eingreifen (BSE-Skandal, Vergiftung von Lebensmitteln). Dies trifft nicht nur für die Zeit nach der Geburt zu, sondern wird ihnen in zunehmendem Maße auch für die Schwangerschaft zugeordnet. Das Seelenleben des Ungeborenen soll von der Mutter bereits positiv beeinflusst werden, durch Vermeidung



Quelle: Geschichte des 20. Jahrhunderts S. 46
Kinder als Arbeitskräfte

von Stress, gesunde Ernährung und gezielte Übungen.

Parallel mit der Verbesserung der medizinischen Versorgung wurde auch der Einsatz der Kinder in der Arbeitswelt reguliert.

Nachdem 1839 das erste Jugendschutzgesetz erlassen wurde, durften Kinder ab 9 Jahren nur dann regelmäßig in Fabriken, Berg- oder Hüttenwerken arbeiten, wenn eine 3-jährige Schulzeit oder entsprechende Kenntnisse zu Grunde lagen. Kinder unter 16 Jahren leisteten zu dieser Zeit noch 10 Stunden Arbeit am Tag. 1853 kam es zu weiteren Einschränkungen. Fabrikarbeit wurde für Kinder erst ab 12 Jahren erlaubt, wobei Kinder unter 14 Jahren maximal 6 Stunden am Tag arbeiten durften.

3. Im 20. Jahrhundert kommt der psychische Aspekt der Kindheit noch hinzu. Urvertrauen contra frühkindliches Trauma⁷ war das Leitmotiv. 1903 wurde Kinderarbeit in Familienbetrieben im „Gesetz betreffend Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben“ geregelt. Danach durften Kinder unter 13 Jahren bzw. Volksschulpflichtige Kinder nicht regelmäßig arbeiten. Für bestimmte Gewerbebezüge gab es ein absolutes Kinderarbeitsverbot.

Die Reichsverfassung von 1919 regelte eine verbindliche 8-jährige Volksschule für alle Kinder. Das Jugendschutzgesetz von 1938 verbot allen Kindern unter 14 Jahren bzw. Volksschulpflichtigen Kindern regelmäßige Arbeit. Der technische Fortschritt machte darüber hinaus Kinderarbeit überflüssig. Die Erwerbstätigkeit von Kindern beschränkte sich auf Zeiten vor und nach dem Schulbesuch und bestand hauptsächlich in Botendiensten, Hilfe in der Landwirtschaft und Kinderhüten.

4. In der vierten Phase ist im ausgehenden 20. Jahrhundert eine Umweltorientierung zu beobachten. Ökologische Katastrophen und die Verschlechterung der allgemeinen Rahmenbedingungen führen dazu, dass Eltern und insbesondere Mütter, neue Anweisungen erhalten, wie sie die Kinder z.B. gegen Smog, gegen verseuchte Lebensmittel, und Umweltgifte schützen können. All diese Trends haben sich nicht abgelöst, sondern gegenseitig verstärkt und in der Konsequenz dazu geführt, dass Müttern die Alleinzuständigkeit für ihre Kinder angelastet wird.

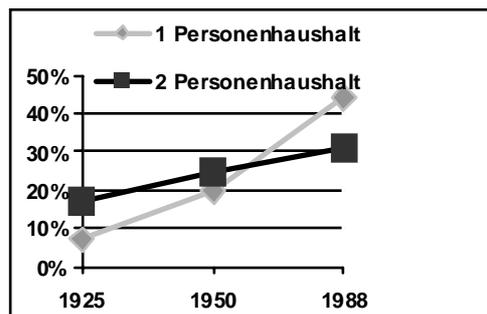
Nicht nur die Rolle der Frauen, sondern auch die der Kinder in der Familie hat sich verändert. Früher wurden sie als Hilfs- und Arbeitskräfte eingesetzt, in den 50er/60er Jahren halfen Kinder noch im Haushalt, im Garten oder in der Landwirtschaft. Mädchen waren dabei stärker eingebunden als Jungen, denen man bereits mehr Freiheiten zugestand. Heute ist es so, dass Kinder für kleinere Hilfen z.B. Autowaschen bezahlt werden. Während Kinder früher auch eine ökonomische Basis für die Eltern darstellten und mehrere in der Familie lebten, wird das Einzelkind für selbstverständliche Handgriffe bezahlt. Die Familie hat sich von einer Lebensgemeinschaft zu einer Freizeitgemeinschaft entwickelt.

2.2 Veränderungen der Haushalts- und Familienstruktur

Mit dem stärkeren Schutz und der Förderung der Kinder lassen sich verschiedene Entwicklungen beobachten, die für die Planung von Bedeutung sind.

2.2.1 Single-Haushalte in der Stadt - Familien auf dem Lande

Deutschland ist eine der reichsten Industrienationen und auf dem Weg zum kinderärmsten Land zu werden. Dies war nicht immer so. 1900 und 1925 waren 1- und 2-Personenhaushalte (7% bzw. 15-17,5%) in der Gesamtbevölkerung eher die Ausnahme. Der Anteil der Haushalte mit mehr als 5 Personen betrug 44 bzw. 33%. In den folgenden Jahren wurde der Trend zu Single- und 2-Personenhaushalten immer deutlicher. Bereits 1950 sind 20% aller Haushalte Single-Haushalte und 25% 2-Personenhaushalte. 1988 gab



Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Ergebnisse des Mikrozensus 1996; Darstellung C. Lauter

es in Westdeutschland 34,9% Singlehaushalte, 22,4% 2-Personenhaushalte ohne Kinder, 36,2 % Familien mit Kindern und 6,5% andere Mehrpersonenhaushalte in der Gesamtbevölkerung.⁸ In den Großstädten wird der Trend zu Single-Haushalten noch deutlicher: hier lebten 1988 in 44% aller Haushalte Singles, 31 % waren 2- und nur 25% 3- und Mehrpersonenhaushalte. Der Trend zum 1-Personenhaushalt lässt sich auch in Rheinland-Pfalz deutlich ablesen. Von 1985 bis 1995 stieg der Anteil von 27,8% auf 32,7%, bei einem gleichzeitigen Anstieg der Gesamtbevölkerung. Deutlich wird auch, dass Familien mit Kindern den ländlichen Raum als Wohnstandort bevorzugen. Sie müssen sich dabei zwischen längeren Anfahrtswegen zum Arbeitsplatz, zur Schule und einer schlechteren Infrastruktur und einem Haus mit Garten entscheiden.

„Bei der Güterabwägung entscheiden sich gerade Familien mit Kindern häufig für das Haus mit Garten.“⁹ Gründe dafür sind Wohnsicherheit, Vermögensbildung, gesündere Umwelt, Entfaltungsmöglichkeiten, Subsistenzwirtschaft, das Haus als höchstes Lebensziel und Lebensinhalt, familiengerechtere Wohnungen und erschwingliche Mieten.¹⁰ „Wohnen auf dem Lande in einem Einfamilienhaus ist also für viele Familien in unserer Gesellschaft ein reizvoller Gedanke. „Viele Dörfer expandierten alleine aufgrund ihrer Wohnfunktion - durch ihre Neubaugebiete und durch die Aufwertung des Wohnens in der sanierten alten Ortslage.“¹¹ Darüber hinaus spielt für Familien der soziale Kontakt eine große Rolle. „Gerade Familien mit mehreren Kindern schätzen eine gute Nachbarschaft; möchten als Nachbarn gleichfalls kinderliebende Familien - auch das prägt Wohnstandortentscheidungen.“¹²

2.2.2 Trend zur 1-Kind-Familie

Zwischen dem 14. und 16. Jahrhundert bekamen die Frauen sehr viele Kinder, unabhängig davon, ob sie aus der Unterschicht oder aus einer gehobenen Schicht waren. Während in den bäuerlichen und in den Handwerkskreisen oft gewartet wurde, bis die Hoffolge gesichert war, heiratete man in Adelskreisen üblicherweise sehr früh, um die Macht zu sichern. Folglich konnte die Fruchtbarkeitsspanne der Frauen je nach Heiratsdatum bis zu drei Jahrzehnte erreichen. Natürlich war damals die Sterblichkeit sowohl bei Erwachsenen als auch bei Kindern wesentlich höher, was die Zahl der überlebenden Kinder wiederum senkte. Die Einstellung der Männer zu diesem Thema kommt in einem Luther-Zitat sehr krass zum Ausdruck: „Ob sie sich aber auch müde und zuletzt tottragen, das schadet nicht. Lass sie sich nur tottragen, sie sind drum da.“¹³ Das Gebären war für verheiratete Frauen eine Pflicht, die unter Umständen tödlich ausgehen konnte, an der aber kein Weg vorbeiführte. Auch im 18. und 19. Jahrhundert waren viele Geburten die Regel. Dies kann in allen Schichten beobachtet werden. So gebar z.B. Kaiserin Maria Theresia von Österreich (1717-1780) 16 Kinder.¹⁴ Weitere Beispiele lassen sich leicht finden, würden aber den Rahmen dieser Untersuchung sprengen.

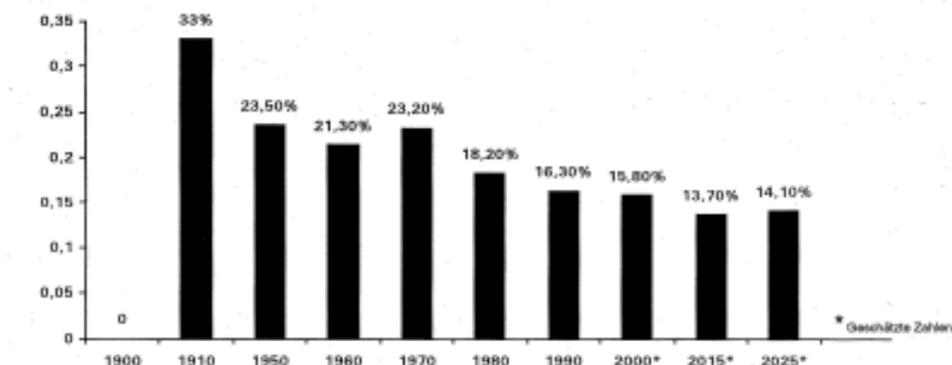
Das Ausmaß der Fruchtbarkeit wurde bis ins 20. Jahrhundert insbesondere für Frauen der Unterschicht durch harte Arbeit, schlechte Lebens- und Hygienebedingungen eingedämmt. Heute gehen die Geburtenzahlen zurück, die Geburtenquote in Deutschland ist von 4,1 im Jahre 1900 auf 1,3 im Jahre 1997 gesunken.¹⁵

Natürlich hat sich damit auch die Bedeutung des Kindes verändert und die Beziehung zwischen dem Wunschkind und der Mutter bzw. dem Vater. Die Familie als Haushaltsform von verheirateten Eltern mit Kindern ist nach wie vor die dominante Lebensform. 80% der Familien mit Kindern im Haushalt sind Ehepaarfamilien. Trotzdem lässt sich die Veränderung der Haushaltsstrukturen nicht verkennen. Nach Einschätzung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend lässt sich diese Zunahme jedoch nicht als Indikator für den Verfall der Familie ansehen. Vielmehr finden nach dieser Einschätzung Familienbeziehungen über Haushaltsgrenzen statt.¹⁶

Nach Angaben des Statistischen Landesamtes sind in Rheinland-Pfalz von insgesamt 1.531.200 (Stand 1996) Familien ca. 35% Ehepaare und ca. 8% Alleinerziehende mit Kindern. Weiterhin zeigen die Daten, dass 52% der Familien mit ledigen Kindern 1 Kind haben, 36% haben 2 und 12% haben 3 und mehr Kinder.

Über die Ursachen für diesen Trend sind sich Experten noch nicht ganz einig, es lassen sich jedoch bereits einige stichhaltige Erklärungen abgeben.

Anteil der Kinder im Wandel der Zeit



Quelle: „Der kleine Brockhaus“, Band1, 1952, „United World Population“ 1990, Zahlenkompaß 1993, Statistisches Bundesamt

In der kritischen Reflektion kann man also folgendes feststellen:

1. Der Trend ist nicht neu, sondern lässt sich bereits mit der fortschreitenden Industrialisierung in nahezu allen Industrienationen beobachten. In Deutschland ist er jedoch wirksamer und hat früher eingesetzt.

2. Geburtenrückgang und ökonomische Ursachen

„Wir leben in einer Wohlstandsgesellschaft.“¹⁷ Mit dem allgemeinen Einkommensanstieg sind zwei Wirkungen verbunden: er wirkt sich zunächst positiv auf den Kinderwunsch aus, der jedoch mit dem Anstieg der Kosten für das Kind wiederum aufgewogen wird. Unter Umständen kann die Kinderzahl bei steigender Nachfrage nach „Kinderqualität“ zurückgehen.

Als ein Grund für die Entscheidung gegen Kinder werden die finanziellen Belastungen genannt, die mit Kindern verbunden sind. Zum einen sind diese für Familien höher, zum anderen ist der Wohnraumbedarf größer und das zur Verfügung stehende Einkommen niedriger. Darüber hinaus hat ein Kind den Vorteil, dass der berufliche Spielraum für Frauen größer und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie leichter möglich ist.

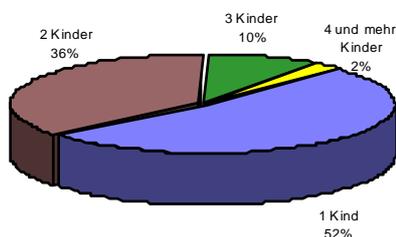
3. Wandel der verhaltensleitenden gesellschaftlichen Werte und Normen

In den letzten Jahrzehnten hat sich die Einstellung zur Ehe, zur Familie

und zu alternativen Lebensformen verändert, was insbesondere auf die Geburtenhäufigkeit langfristige Auswirkungen zu haben scheint. Die Institution der Ehe verliert an bindender Kraft und tritt in Konkurrenz mit kinderlosen Lebensformen.¹⁸

Indikatoren hierfür sind, die gestiegene Scheidungsrate, die geringere Zahl der Eheschließungen, die Erhöhung des

Familien nach Zahl der ledigen Kinder in der Familie



Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Ergebnisse des Mikrozensus 1996; Darstellung C. Lauter

Heiratsalters und die Zunahme der freien Partnerschaften. Bindungs- und Verantwortungsbereitschaft nehmen damit stetig ab.

4. Kinderfeindliches Klima und Geburtenrückgang

Der Zusammenhang zwischen einem kinderfeindlichen Klima und Wohnumfeld, das auf die Bedürfnisse der erwerbstätigen Erwachsenen zugeschnitten ist, den damit verbundenen negativen Erfahrungen und dem Rückgang der Kinderzahlen kann nicht ausgeschlossen werden. Entsprechende Forschungsergebnisse liegen jedoch nicht vor. Für die vorliegende Untersuchung soll daher die Tendenz und deren mögliche Konsequenzen für die Bauleitplanung kritisch betrachtet werden.

2.2.3 Abnahme der Gesamtkinderzahl nach 2000

Relevanz für das Thema hat die Vorausschau auf die Entwicklung der Kinderzahl in den nächsten Jahren. 1996 lebten in Rheinland-Pfalz 4.000.567 Einwohnerinnen und Einwohner, von denen 790.670 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren waren. Dies entspricht 19,76% der Gesamtbevölkerung. Davon lebten ca. 77,5% der Kinder und Jugendlichen in den Landkreisen und 22,5% in den kreisfreien Städten.

„Nach einer regionalen Bevölkerungsprognose des statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz wird die Zahl der Kinder insbesondere ab 10 Jahren landesweit bis zum Jahr 2005 um 8-9% gegenüber 1992 ansteigen.

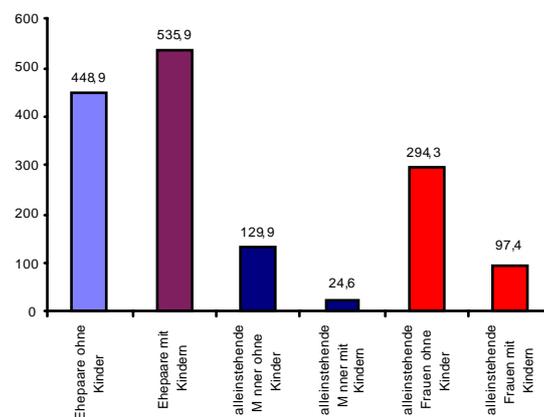
Demgegenüber wird die Zahl der Kinder unter 6 Jahren

aufgrund der geburtenschwachen Jahrgänge in den 70er

Jahren sinken. Es wird mit einer erheblichen Abnahme der Gesamtzahl der Kinder ab dem Jahr 2000 gerechnet.

Da bei allen Prognosen Annahmen zugrunde liegen, kann nur als weitestgehend sicher die Zunahme der Anzahl der älteren Kinder und Jugendlichen gelten, die bereits geboren sind.“¹⁹

Familien nach Familienzusammensetzung



Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Ergebnisse des Mikrozensus 1996; Darstellung C. Lauter

2.3 Auswirkungen auf die Beteiligung und die Bauleitplanung

Gesellschaftliche, soziologische und politische Veränderungen haben dazu geführt, dass über eine Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen in den unterschiedlichsten Lebensbereichen nachgedacht wird. Dies wäre noch zu Beginn des Jahrhunderts undenkbar gewesen, obwohl die Kinder damals mehr Aufgaben übernehmen mussten und auch früher erwerbstätig waren. Die Konsequenzen für die Bauleitplanung lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

1. Bessere Bildung

Kinder und Jugendliche sind heute besser ausgebildet als noch zu Beginn des Jahrhunderts. Dazu tragen die Medien entscheidend bei, die für eine bessere Information sorgen. Durch die bessere Bildung fordern Kinder und Jugendliche eine größere Mitsprache, die ihnen im politischen Bereich bereits eingeräumt wurde und der sich auch die Bauleitplanung nicht verschließen kann.

2. Veränderungen der Freizeit

Obwohl die Kinderzahlen zurückgehen, wird die Notwendigkeit gesehen, den Grün- und Freiflächen in Zukunft eine größere Bedeutung zuzumessen. Durch die Entbindung von häuslichen Aufgaben wird der Freizeitbereich eine immer größere Rolle für Kinder und Jugendliche spielen. Flächen sollten in ausreichender Menge und mit entsprechender Ausstattung zur Verfügung gestellt werden.

3. Rückgang der Kinderzahl und finanzielle Belastung

Die Entscheidung für oder gegen Kinder wird nicht selten aus finanziellen Überlegungen getroffen, denn immerhin ist für jedes Kind bis zum 18. Lebensjahr mit Ausgaben von rund DM 250.000,00 zu rechnen. Demgegenüber sind die Lebensbedingungen für Kinder und Familien schlechter als für Single-Haushalte, vor allem in den Städten. Die Schaffung von optimalen Wohn- und Lebensbedingungen muss daher aus meiner Sicht eine Aufgabe der Stadtplanung sein. Eine Möglichkeit dazu wäre eine entsprechende Bodenpolitik. Entweder sollte die Gemeinde günstiges Bauland zur Verfügung stellen oder eine Besteuerung von Grundstücken, die längere Zeit keiner Bebauung zugeführt werden, vornehmen, um einen entsprechenden Druck auf die Eigentümer auszuüben.

4. Wohnen auf dem Lande

Die Entwicklung, dass Familien mit Kindern aufs Land ziehen und Single-Haushalte eher in der Stadt zu finden sind, hat auch planerische Konsequenzen. Zum einen müssen in Städten zur Vermeidung von einseitigen Bevölkerungsstrukturen kindergerechte und familienfreundliche Rahmenbedingungen geschaffen werden. Dazu gehören Wohnungen ebenso wie Spiel- und Freiflächen und andere Infrastruktureinrichtungen in unmittelbarer Nachbarschaft. Für den ländlichen Raum gilt es die Standortvorteile zu nutzen und die Nachteile wie fehlende Arbeitsplätze und schlechtere Kinderbetreuungsangebote aufzuheben. Auch muss für Frauen auf dem Lande die Vereinbarkeit von Beruf und Familie besser realisierbar sein.

5. Zunahme der Altersgruppe 10 -14 Jahre

Die Einschätzung, dass nach dem Jahr 2000 die Zahl der sogenannten „Lücke-Kinder“, also die Altersgruppe zwischen 10 -14 Jahren, zunimmt, muss dazu führen, dass zum einen das Angebot für diese Altersgruppe überprüft und angepasst wird (wie in Kap. 3 dargestellt, fehlen hier Angebote), zum anderen sollte speziell diese Gruppe stärker in die Beteiligung eingebunden werden.

Kindheit im Wandel und die Bedeutung für die Beteiligung

Um Beteiligungsformen für Kinder und Jugendliche anzuwenden, ist es zunächst notwendig, die einzelnen Altersstufen und deren Merkmale zu kennen.

Im vorherigen Kapitel wurde deutlich, mit welchen Tendenzen in der Familien- und Haushaltsstruktur zu rechnen ist und welche Auswirkungen dies auf die Planung hat. Dieses Kapitel gliedert sich in zwei größere Themenkomplexe. Im ersten werden die einzelnen Altersstufen der Kinder betrachtet. Die Fähigkeiten der Kinder und Jugendlichen verändern sich entsprechend ihrem Alter. „Entwicklungstheorien sind die Domäne der Entwicklungspsychologie. Auch wenn die sich jeweils mit einzelnen Altersstufen (Phasen) befasst, geht sie doch heute durchweg von der nicht mehr bestrittenen Annahme aus, dass Entwicklung ein lebenslanger Prozess ist.“¹ Während man früher die Entwicklungsschritte an endogen bedingte „Schübe“ gebunden sah, neigt man heute in erster Linie dazu, auch die exogenen Faktoren als mitverantwortlich für die Entwicklung anzusehen. Trotz aller unterschiedlichen Theorien gelten folgende Annahmen als übergreifend konsensfähig: Entwicklung ist als eine Reife zu verstehen, die in Stufen oder Phasen gegliedert werden kann, deren Übergänge fließend sind. Eine einzelne Entwicklungsstufe kann dabei nicht übersprungen werden. Die zeitliche Zuordnung der Stufen ist nicht starr, sondern wird gesellschaftlich beeinflusst. Entscheidend für die Entwicklung ist dabei nicht nur die Zeit sondern auch der Raum. Es liegen verschiedene Theorien vor, die jeweils unterschiedliche Dimensionen menschlicher Entwicklung akzentuieren. Einige stellen stärker biologisch-medizinische Aspekte in den Vordergrund, andere sind psychologisch gebunden. Neuere Theorien werden von Sozialwissenschaftlern eingebracht und betonen die Umwelt und die Interaktion.

In der Untersuchung werden nicht alle Theorien diskutiert, vielmehr werden die kognitive und konstruktivistische Theorie, die sich mit dem räumlichen Verhalten beschäftigen, näher betrachtet.

Der zweite Themenbereich stellt die Kindheit von Jungen und Mädchen und die Einflüsse auf deren Entwicklung dar und diskutiert die möglichen städtebaulichen Einwirkungen und Veränderungsmöglichkeiten.

Aus der Betrachtung der Altersstufen und der Geschlechtsunterschiede lassen sich Informationen für die Stadtplanung und die Beteiligung ableiten, die bei der empirischen Untersuchung berücksichtigt werden.

3.1 Merkmale der einzelnen Alterstufen

3.1.1 Räumliche Fähigkeiten der Kinder und Jugendlichen

„Kinder und Jugendliche beziehen ihre Einblicke, Erfahrungen und praktischen Erlebnisse hauptsächlich aus ihrer unmittelbaren Umgebung.“² An dieser Stelle sollen verschiedene Theorien betrachtet werden, die sich mit den räumlichen Fähigkeiten der Kinder und Jugendlichen in den verschiedenen Altersstufen auseinandersetzen.

3.1.1.1 Kognitive Theorie

Von vielen Wissenschaftlern wie z.B. Piaget wird die kognitive Entwicklung der Kinder in vier Stufen eingeteilt:

1. **Sensomotorische Stufe:** Von der Geburt bis zum Alter von zwei Jahren. Sie markiert den Wechsel vom bewegungseingeschränkten zum stärker handelnden Kind. Im Alter von zwei Jahren lernen Kinder mit räumlichen Gesetzmäßigkeiten umzugehen.
2. **Präoperationale Stufe:** von 2 bis etwa 5 -7 Jahre. In dieser Zeit entwickeln Kinder die Fähigkeit, sich einen Raum außerhalb ihrer eigenen Aktionen vorzustellen. Das Wissen um räumliche Verhältnismäßigkeit etabliert sich ungefähr im Alter von 4 Jahren.
3. **Konkret operationale Stufe:** vom 7. bis zum 11. Lebensjahr. In dieser Zeit lernen die Kinder logisch zu denken. Sie sind in der Lage, die Welt aus Perspektiven unabhängig von ihrer eigenen zu sehen.
4. **Formal operationale Stufe:** im Alter von 11 - 13 Jahren. Kinder entwickeln die Fähigkeit, sich den Raum vollständig abstrakt vorzustellen.³

Piaget geht von einer geringen räumlichen Fähigkeit von Kindern aus, die nach seiner Meinung nicht nur nicht in der Lage sind, rational mit Karten zu arbeiten, sondern auch kein wahres Verhältnis zu Orten haben.

3.1.1.2 Konstruktivistische Theorie

Dem stehen andere Erkenntnisse gegenüber. In der heutigen Gesellschaft befassen sich Kinder schon sehr früh mit Umwelt und kommunalen Themen. Rolf Oerter, Professor an der Universität München sagt zu diesem Thema: „Auf der Verständnisebene des jeweiligen Entwicklungsniveaus können Kinder schon mindestens ab drei Jahren mitreden und mitbestimmen. Mit sechs bis sieben Jahren sind sie bereits ernstzunehmende Partner. Kinder sind von nahezu allen öffentlichen Planungen betroffen z.B. Verkehr, Stadtplanung, Bau von Spielplätzen usw.. All diese Entscheidungen betreffen Kinder und Jugendliche.“⁴ Dazu führt Blaut aus, dass Kinder im Alter von 3 Jahren auf Luftbildaufnahmen Wiedererkennungs- und kartographische Aufgaben lösen können.⁵ Gemäß den konstruktivistischen Theorien sind die Fähigkeiten zur räumlichen Koordination angeboren, und werden durch Exploration und zunehmende Erfahrungen immer weiter verbessert.⁶ Mussel und Muchow weisen ebenfalls auf den Einfluss des Umfeldes auf die räumliche Orientierung und Identitätsfindung hin.

Zwischen der kognitiven und der konstruktivistischen Theorie besteht demnach ein großer Unterschied, der durch den empirischen Teil der Arbeit überprüft werden soll. Welche Methoden dazu in Frage kommen, wird in Kapitel 5 untersucht. Für die Einteilung der Altersstufen werden von verschiedenen Forschern unterschiedliche Einteilungen vorgeschlagen. Die von Piaget wurde bereits oben dargestellt. Baacke differenziert zwischen der „frühen Kindheit“ (0 - 5 Jahre), der Kindheit (6 -12 Jahre) und dem Jugendalter (ab 13 Jahre). Diese Einteilung von Baacke erschien im Hinblick auf den empirischen Teil zu grob, da damit nur drei Altersstufen betrachtet werden. Die Soziologin Christine Mussel (1993) hat nach eigenen Aussagen „bei aller angebrachten Vorsicht und Unschärfe“ eine „nicht mehr ganz zeitgemäßen Klassifizierung nach Altersgruppen ab 4 - 6, 6 -10, ab 10 und ab 14 Jahren vorgenommen.“⁷ Nach der Definition der UN-Kinderkonvention gilt jeder Mensch als Kind, der das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hat. Das Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) definiert für einige seiner Leistungen als Kind, wer noch nicht 14 Jahre alt ist; wer älter, aber noch nicht volljährig ist, gilt als Jugendlicher. Ausgehend von diesen vorhandenen Einteilungen wurde wegen der:

1. körperlichen und geistigen Entwicklung der Kinder aufgrund vorliegender pädagogischer Untersuchungen,
2. Veränderungen der äußeren Umwelt z.B. Kindergarten und Schule, die unmittelbaren Einfluss auf die Entwicklung haben,
3. Untersuchung vorhandener Theorien und Ergebnisse, die im Hinblick auf städtebauliche Einflüsse entwickelt wurden, auf die Einteilung von Mussel zurückgegriffen. Aus soziologischen Gesichtspunkten wäre sicherlich eine andere Einteilung gleichermaßen nachvollziehbar. Da aber in der Untersuchung planerische Überlegungen im Vordergrund stehen, wurde diese Einteilung gewählt.

3.2 Einteilung der Altersgruppen

3.2.1 Altersgruppe 0 - 3 Jahre

In den ersten drei Lebensjahren sind die Kinder sehr stark auf die Hilfe der Erwachsenen angewiesen. Nachdem sie mit etwa einem Jahr laufen lernen, erkunden sie unermüdlich ihre Umgebung. Dies wird sich zunächst auf die Wohnung und - falls vorhanden - auf das unmittelbare Wohnumfeld, also den Garten und vielleicht den Vorgarten erstrecken. Bei einer Untersuchung unter 30 Familien mit Kindern, die ich im Rahmen eines Forschungsprojektes 1996 durchführte, wurden die Straße und der Spielplatz als liebster Aufenthaltsort der Kinder genannt.⁸ In einem geschützten Umfeld können sie hier erste Erfahrungen sammeln und ihre Lebenswelt systematisch erkunden.

Diese Räume spielen auch für Erwachsene eine wichtige Rolle.

Waren die Frauen oft bis zur Geburt der Kinder berufstätig, so wird dies meist abrupt unterbrochen. Neben die Freude über die Geburt des Kindes tritt bei vielen die Frustration über die plötzliche Isolierung und den Abbruch des Kontaktes zur bisherigen Arbeitswelt. Wenn die Familie nicht am Wohnort lebt, was heute häufig der Fall ist, bedeutet dies, dass neue Kontakte aufgebaut werden müssen. Hier spielen örtliche Einrichtungen und Freizeitangebote eine entscheidende Rolle. Daneben muss im unmittelbaren Wohnumfeld ein gefahrloser Aufenthalt möglich sein, damit hier Kontakte geknüpft werden können.

3.2.2 Altersgruppe 3 - 6 Jahre

Für viele Kinder beginnt mit drei Jahren ein neuer Abschnitt. Voller Stolz wird berichtet: "Ich bin jetzt ein Kindergartenkind". Der Kindergarten nimmt für sie die zentrale Stelle ein. Die Kinder lernen:

- ◆ sich in Gruppen zurechtzufinden,
- ◆ neuen Umgang mit zunächst fremden Erwachsenen,
- ◆ die räumliche Orientierung im Kindergarten,
- ◆ einen neuen Tagesrhythmus und vieles mehr kennen.

Der körperliche und geistige Entwicklungszustand der bis 6-jährigen ist durch folgendes geprägt:

- ◆ Erst Dreijährige können ihre Laufgeschwindigkeit selbst bestimmen.
- ◆ Der Gleichgewichtssinn ist erst mit fünf Jahren ausgeprägt.
- ◆ Kinder mit einer Körpergröße von etwa einem Meter können nicht über ein parkendes Auto hinwegsehen und werden auch hinter anderen Gegenständen nicht gesehen.
- ◆ Kinder wissen nicht, dass ein Auto einen Bremsweg hat.
- ◆ Beim Überqueren der Fahrbahn können Kinder aufgrund ihrer Größe auch nur kleinere Strecken zurücklegen. Kinder sind durch die vielen Reize oft überfordert, können wichtige nicht von unwichtigen unterscheiden (selektive Wahrnehmung).
- ◆ Kinder sind langsamer und beobachten auch länger als Erwachsene.
- ◆ Sich fortbewegende Objekte werden nur an der Körperbewegung erkannt - ein Auto behält seine Form, ob es fährt oder steht.
- ◆ Entfernungen können nur schwer eingeschätzt werden.
- ◆ Das Gehör ist noch nicht voll ausgeprägt. Geräusche können daher nicht immer geortet werden.
- ◆ Kinder handeln insgesamt Ich-bezogen. ⁹

Die Summe dieser Faktoren zeigt, wie schwer es Kindern dieser Altersgruppe fallen muss, sich im Straßenverkehr und einer Umwelt zurecht zu finden, die auf Erwachsene ausgerichtet ist.

3.2.3 Altersgruppe 6 - 10 Jahre

Der oben beschriebene Entwicklungszustand der Kinder trifft z.T. auch noch für Kinder bis 10 Jahre zu. Selbst 9-jährige können oft links und rechts noch nicht unterscheiden. Erst ab diesem Alter dürfen Kinder mit dem Fahrrad die Straße benutzen und müssen dafür sogar eine Prüfung ablegen. Nicht die Verkehrsregeln werden kindgerecht gestaltet, sondern die Kinder müssen sich dem Auto unterordnen.

Darüber hinaus ist der Entwicklungszustand in diesem Alter durch folgende Merkmale gekennzeichnet:

- ◆ Kinder verhalten sich wesentlich impulsiver, spontaner und undifferenzierter als Erwachsene,
- ◆ Kinderspiele sind Bewegungsspiele und vielfach unkontrollierbar und nicht vorhersehbar,
- ◆ die Fähigkeit zur Konzentration ist noch nicht so weit ausgebaut,
- ◆ Mißverständnisse und Fehlinterpretationen sind durch den Entwicklungsstand erklärbar,
- ◆ Erwachsene sind sich über die Wirkung von abstrakten Ermahnungen nicht im Klaren. ¹⁰

Die mangelnde Kenntnis über die Fähigkeiten der Kinder erklärt auch, warum in Deutschland so viele Kinder (mehr als in anderen Ländern) im Straßenverkehr verunglücken. Besonders häufig betrifft dies Grundschul Kinder zwischen 9 und 10 Jahren und hier liegt wiederum der Anteil der Jungen über dem der Mädchen. ¹¹

3.2.4 Altersgruppe 10 - 14 Jahre

Die Gruppe der über 10-jährigen hat man in der Literatur auch als „Lücke-Kinder bezeichnet, was folgendermaßen begründet wird ¹² :

„Die Altersgruppe der 10 - bis 14-jährigen stellt in manchen psychologischen Entwicklungstheorien und in der Alltagserfahrung der Eltern eine Übergangsphase dar. Die Kinder sind noch nicht ganz Jugendliche und die Jugendlichen nicht mehr ganz Kinder. Sie befinden sich in einer Lücke. Diese Altersgruppe scheint im Rahmen der öffentlichen Erziehung nicht vorgesehen; hier klafft auf Seiten des staatlichen Betreuungssystems eine Lücke; zwar ist der Hort nominell für die Betreuung von Schulkindern bis zum 14. Lebensjahr gedacht und die Arbeit der Freizeitheime sollte spätestens bei den Vierzehnjährigen beginnen. Die Praxis zeigt aber, dass die Hortkinder mit etwa 10 Jahren den Jüngeren Platz machen müssen und die meisten Jugendfreizeiteinrichtungen ihre Angebote schwerpunktmäßig auf die Jugendlichen ab 16 Jahren ausrichten.“

¹³ Bemerkenswerterweise hat eine Untersuchung von Björklid ergeben, dass im Wesentlichen nur Kinder zwischen 4 und 12 Jahren draußen spielen. Ab diesem Alter nimmt das Interesse an der Wohnumgebung ständig ab.¹⁴ In dieser Übergangsphase von der Kindheit zur Jugend beginnt meist ein erster Ablösungsprozess von der Familie und eine stärkere Hinwendung zu Freunden.

Abgrenzungsversuche zu Bezugspersonen und Konflikte mit Autoritäten auf der Suche nach einer eigenen Identität begleiten diese Phase. In der 12. Shell Jugendstudie „Jugend '97“ werden von den befragten 12 - 14-jährigen folgende Probleme genannt:

- ◆ Schul- und Ausbildungsprobleme,
- ◆ Probleme mit Personen im unmittelbaren Umfeld,
- ◆ Drogenprobleme,
- ◆ Gesundheitsprobleme,
- ◆ mangelnde Freizeitgelegenheiten.

Gerade in diesem Kontext stellt diese Altersgruppe besondere Anforderungen an die Eltern, Erzieherinnen/Erzieher, Politikerinnen/Politiker, aber auch an die Planerinnen/Planer.

3.2.5 Altersgruppe 14 - 18 Jahre

Durchgängig beklagen sich Wissenschaft und Politik über die wachsende Distanz dieser Altersgruppe zur Politik.

Politikverdrossenheit birgt aber auch sozialen Sprengstoff. Der Erziehungswissenschaftler K. Hurrelmann zeichnet ein beängstigendes Szenario: „Aus der aktuellen Politikverdrossenheit würde zunehmend eine allgemeine Politikverdrossenheit werden, die schließlich in eine Staats- und Lebensverdrossenheit übergehen könnte.“¹⁵



Quelle: Eigenes Archiv

gegebene Interesse nicht mehr in politischem Engagement in den traditionellen Formen aus.“¹⁶

Das Schlagwort Partizipation ist in aller Munde. Gründe dafür sind vielfältig: Ein Teil der jungen Generation hat Schwierigkeiten mit den politischen Prozessen. Kritik und Skepsis gegenüber allem sind an der Tagesordnung.

Nimmt man zu diesen Aussagen noch die Zustandsbeschreibung der 17 Millionen Jugendlichen in Deutschland, so wird deutlich, dass dringend etwas für die Jugendlichen getan werden muss.

- ◆ Jeder dritte Schüler nimmt regelmäßig Medikamente.
- ◆ 500.000 Kinder und Jugendliche trinken regelmäßig Alkohol.
- ◆ Jeder vierte junge Mensch ist psychisch oder psychosomatisch gestört.

Bereit zum Selbstmord

BREMEN (dpa) – Jugendliche zwischen zwölf und 17 Jahren sind in alarmierend hoher Zahl zum Selbstmord bereit. Das geht aus einer Studie der Universität Bremen hervor. Danach haben 50 von 1.058 befragten Jugendlichen versichert, sich das Leben zu nehmen. Fast jeder zehnte Schüler hat zumindest an Selbstmord gedacht. Für die Studie wurden Jugendliche an 39 Schulen im Land Bremen befragt. Nach der Studie leiden Mädchen häufiger unter Depressionen und Ängsten als Jungen. Außerdem reagieren sie sensibler auf Einseitigkeiten im sozialen Umfeld.

Quelle: Allgemeine Zeitung vom 17.8.98

Doch es gibt auch hoffnungsvolle Befunde:

„Fast alle Untersuchungen der jüngsten Zeit kommen zum Ergebnis, dass Jugendliche in einer Weise politisch interessiert und vom politischen Geschehen betroffen sind, wie wahrscheinlich nie zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik.“

Nur drückt sich dieses zweifellos

3

- ◆ Jeder dritte Jugendliche denkt mindestens einmal ernsthaft an Selbstmord.
- ◆ Ca. 2000 Jugendliche bringen sich in Deutschland jährlich um. Unter den 16 - 20jährigen ist Selbstmord die zweithäufigste Todesursache.¹⁷ Diese erschreckenden Zahlen zeigen, wie wichtig es ist, den Jugendlichen einen Halt zu geben und Alternativen aufzuzeigen. Dazu gehört auch eine sinnvolle Partizipation, die sich den jeweiligen Altersstufen anpasst.

Die Ausführungen machen deutlich, dass eine Beteiligung von Kindern frühestens im Kindergarten beginnen kann, da erst dann entsprechende verbale, geistige und handwerkliche Fähigkeiten vorhanden sind. Es wird aber auch deutlich, welche Probleme Kinder mit ihrer Umgebung z.B. dem Autoverkehr haben, den sie nicht richtig einordnen können. Durch die Entwicklung erweitert sich auf der anderen Seite der Aktionsraum von der Wohnung, über den Garten, die Straße, Besuche in der Nachbarschaft bis die Mobilität völlig selbständig möglich ist. Stadtplanung und Beteiligung müssen auf diese Fähigkeiten und Entwicklungen reagieren.

3.3 Unterschiede zwischen weiblicher und männlicher Kindheit und Auswirkungen auf das räumliche Verhalten

„Kinder werden nicht als Mädchen oder Jungen geboren, sondern dazu erzogen.“ Ursula Scheu (1981)

Die Diskussion über die Geschlechtsunterschiede und der Zusammenhang mit Städtebau und Architektur wurde in diese Untersuchung mitaufgenommen, da diese sowohl politisch, gesellschaftlich, soziologisch als auch planerisch geführt wird. „Politische Partizipation von Frauen wird in der wissenschaftlichen Diskussion mit unterschiedlichen Argumenten legitimiert.

1. Der von Helge Pross vertretene Ansatz beruft sich auf die generellen Mitwirkungsrechte aller im Rahmen der Demokratie und insbesondere darauf, dass Frauen einen rechtmäßigen Anspruch auf die gleiche Mitwirkung wie Männer haben.
2. Der zweite Argumentationsstrang geht von der Hypothese der weiblichen „Andersartigkeit“ aus. Frauen hätten danach wegen ihrer Lebenssituation eine differenzierte Erkenntnisbasis, aufgrund derer sie an entscheidender Stelle am politischen Prozess teilnehmen müssten.
3. In der dritten Argumentationskette, wird von einem Interessenkonflikt zwischen Männern und Frauen ausgegangen, der im Ergebnis zu männlich dominierten Wertvorstellungen im politischen System und seinen Institutionen geführt habe und durch gleichwertige Partizipation von Frauen korrigiert werden müsse.“¹⁸ In den vergangenen Jahren wurde dieses Thema sowohl in zahlreichen Veröffentlichungen als auch in städtebaulichen Wettbewerben aufgegriffen. Wettbewerbe wurden z.B. in Wiesbaden, IBA Emscher Park durchgeführt und auch realisiert. Untersuchungen von Flade/Kustor (1998) setzen sich intensiv mit dem Freizeitverhalten von Mädchen und Jungen auseinander. Vom Ministerium für Kultur, Jugend, Familie und Frauen in Rheinland-Pfalz wurde ein Partizipationsprojekt „Mädchen mischen mit“ durchgeführt. „Ein wesentliches Ergebnis aller genannten bisherigen Untersuchungen ist, dass es spezifische Interessen von Frauen in der Planung gibt, die nur durch ihre Intervention und Beteiligung an Planungsprozessen Berücksichtigung finden.

Erfahrungen zeigen, dass in gemischgeschlechtlichen Interessengruppen Frauenbelangen kaum Priorität eingeräumt wird.“¹⁹ Diese Beispiele zeigen, dass auf den unterschiedlichsten Ebenen an einer Gleichstellung von Mädchen und Jungen gearbeitet wird, um den unterschiedlichen Bedürfnissen, deren Ursprung in den folgenden Ausführungen nachgegangen wird, Rechnung zu tragen. Nicht zuletzt ist auch die Diskussion um eine Anerkennung der Gleichstellungsbeauftragten als Trägerin öffentlicher Belange, in diesen Kontext einzuordnen.

Die nachfolgenden Betrachtungen der Geschlechtsunterschiede und -gemeinschaften sind dabei keineswegs abschließend oder unter dem Anspruch der soziologischen Aufarbeitung zu sehen, sondern erfolgen unter planerischen Gesichtspunkten mit dem Ziel, wichtige Informationsquellen für die Bauleitplanung und die Beteiligung aufzuarbeiten. Es werden dabei sowohl die angeborenen als auch die äußeren Einflüsse betrachtet, die zu einer Entwicklung von mädchen- oder jungenhaftem Verhalten und den an das Wohnumfeld verbundenen Ansprüchen führen können.

3.3.1 Biologische Ansätze

3.3.1.1 Hormonelle Unterschiede

Die Unterschiede zwischen den Geschlechtern sind zum einen chromosomal, zum anderen hormonell bedingt. Im Mittelpunkt biologischer Theorien steht die Untersuchung hormoneller Prozesse und wie sie in der Pubertät Bedeutung für die Entwicklung kognitiver, insbesondere räumlicher Wahrnehmungsfähigkeiten erlangen.²⁰ Da sich während der Pubertät das hormonelle Geschehen verändert, müsste bei einem Zusammenhang zwischen Sexualhormonen und Verhalten der Geschlechtsunterschied nach der Pubertät deutlicher heraustreten. Nach Leopold wurden 100 Studien durchgeführt, die Leistungsvorteile von Männern/Jungen hinsichtlich des Raumvorstellungsvermögens (RVV) feststellen. Diese Unterschiede treten jedoch kaum bis zum Beginn der Pubertät auf. Ab dem Pubertätsalter sind diese Unterschiede jedoch signifikant feststellbar²¹, was mit der hormonellen Umstellung erklärt wird.

„Bei einer Untersuchung des Hormonspiegels von Personen mit unterschiedlich gutem räumlichem Vorstellungsvermögen fanden Wissenschaftler heraus, dass Frauen mit hohem Androgenspiegel ein besseres Raumvorstellungsvermögen haben, als Frauen mit niedrigem Androgenspiegel. Bei Männern zeigte sich Gegenteiliges. Die Wissenschaftler folgern daraus, dass es einen optimalen Androgenspiegel gibt, bei dem das Raumvorstellungsvermögen am besten ist.“^{21a}

3.3.1.2 Gehirn

Neuere Studien ergaben, dass auch pränatale hormonelle Prozesse Einflüsse haben, da diese auf die Organisation des Gehirns einwirken.

Bereits während der Entwicklung des Fötus werden durch Geschlechtshormone Differenzierungen im Gehirn eingeleitet, die später für das Auftreten typisch männlicher bzw. weiblicher Verhaltensweisen wichtig sind.

„Die hormonellen Einflüsse bewirken unterschiedliches Nervenzellenwachstum, eine unterschiedliche Verschaltung der Gehirnzellen sowie Strukturierung des Gehirns.“²²

Das menschliche Nervensystem ist bilateral organisiert, was mit Sicherheit nachgewiesen ist. Aufgrund verschiedener Untersuchungen liegt die Annahme nahe, dass bei Männern eine größere Spezialisierung der rechten Hemisphäre für Wahrnehmungs- und Raumfunktionen vorliegt.²³ Dabei ist jedoch nicht geklärt, ob es sich um eine genetisch festgelegte oder durch Sozialisation entstandene Differenzierung handelt. Ein weiterer biologischer Faktor, mit denen der Geschlechtsunterschied erklärt wurde, sind die Hirnlateralisation und die Reifungsgeschwindigkeit. Die Forschungsergebnisse sind hier jedoch noch nicht eindeutig. Unterschiede lassen sich im Reifungsprozess feststellen, der bei Mädchen früher abgeschlossen ist als bei Jungen. Untersuchungen haben dabei gezeigt, dass „Langsamentwickler“ beiderlei Geschlechts bessere Leistungen zustande brachten, als die „Schnellentwickler“. Der negative Zusammenhang zwischen Reifungsprozess und räumlichen Fähigkeiten konnte dabei nicht endgültig geklärt werden.

3.3.2 Sozialisation

Im Folgenden werden einige Theorien dargestellt, die versuchen die Unterschiede zwischen Mädchen und Jungen zu erklären. Neben den biologischen Einflüssen spielen die sozialen Einflüsse eine entscheidende Rolle. Mädchen und Jungen erlernen geschlechtstypisches Verhalten durch Zustimmung und Unterstützung .

3.3.2.1 Aggressions- (Testosteron-) theorie

Spricht man von Unterschieden zwischen Mädchen und Jungen, so wird häufig die größere Aggressivität der Jungen



Quelle: Eigenes Archiv

hervorgehoben. In diesem Bereich hat die biologische Hypothese eine besondere Relevanz.

„Üblicherweise wird angenommen, dass Mädchen weniger aggressiv sind als Jungen, und viele Studien zeigen Ergebnisse, die diese Annahme festigen.“²⁴ Doch die Einstellung, dass Aggression ein Trieb ist, das Resultat eines angeborenen Mechanismus, gehört mittlerweile der Vergangenheit an, da es genauso viele Untersuchungen gibt, die zeigen, dass nicht ein zu hoher sondern ein geringer Testosteronspiegel mit Aggression korreliert.²⁵ Sozialisation spielt in diesem Zusammenhang eine entscheidende Rolle.

Die Untersuchungen haben dabei folgende Zusammenhänge hervorgebracht:

- ◆ Mädchen fliehen häufiger vor sozialen Attacken und beginnen diese seltener.
- ◆ Im sozialen Bereich unterscheiden sich Mädchen und Jungen hinsichtlich ihrer Unterwürfigkeit, Abhängigkeit und Aktivität.

- ◆ Anscheinend wird die Aggression von Jungen größer, wenn die Mütter sie ablehnen und bestrafen. Die soziale Schicht könnte ebenso eine Rolle spielen. Ebenso wurde in einer Untersuchung festgestellt, dass aggressive Jungen bei Gleichaltrigen weniger populär sind, während dies bei Mädchen keinen Unterschied macht.
- ◆ McGurk & Lewis stellten einen Zusammenhang zwischen der Geschwisterfolge und der Aggression her. Danach sind zweitgeborene Kinder meistens verbal aggressiver.
- ◆ Jungen wählen heftigere und destruktivere Spiele als Mädchen. Dabei sind jedoch wilde Spiele nicht mit Aggression gleichzusetzen.
- ◆ Schüler mit hoher Leistungsmotivation haben eine mehr nach außen gerichtete Aggression.²⁶

Dabei wird, wie Maccoby und Jacklin in einer Untersuchung feststellten, auf die Aggressivität der Kinder in Abhängigkeit zur Geschlechtszugehörigkeit reagiert. Lehrerinnen und Lehrer reagieren unterschiedlich auf Mädchen und Jungen²⁷, ohne sich dessen bewusst zu sein. Jungen werden danach mehr gelobt, besser instruiert und angeleitet, während Mädchen mehr Hilfestellungen erhalten.

Soziale Erwartungen bezüglich geschlechtsrollenadäquaten Verhaltens werden in sozialen Druck umgesetzt. Erwartungen, wie Jungen und Mädchen zu sein haben, wirken sich auch in einem anderen Umfeld aus. Für Jungen gelten dominantes Verhalten, Leistungsmotiviertheit und Führungsverhalten als adäquat, und es ist anscheinend gesellschaftlich geduldet, diese Ziele mittels aggressiver, antisozialer Verhaltensweisen durchzusetzen. So ist die Entstehung bestimmter unterschiedlich sozial gesteuerter Bedürfnisse für Mädchen und Jungen und für beide Geschlechter eine unterschiedlich gelernte Einsatzmöglichkeit aggressiven Verhaltens erklärbar. Wie bereits der Untersuchungsaufbau die Ergebnisse steuert, zeigt sich darin, dass nur ein Bruchteil der Untersuchungen sich mit den Aggressionen beider Geschlechter beschäftigt. Sollten hirnpfysiologische Unterschiede zwischen den Geschlechtern existieren, so werden diese durch äußere Einflüsse verändert. „In unserer Kultur scheint Aggression jedenfalls keine passende Variante weiblichen Verhaltens zu sein.“²⁸ Interessanterweise wird in den letzten Jahren zunehmend versucht das weibliche Selbstbewusstsein zu stärken, indem z.B. Selbstverteidigungskurse angeboten werden.

3.3.2.2 Spielzeugtheorie

Die unterschiedliche Einstellung gegenüber Mädchen und Jungen kommt dabei auch in der Wahl des Spielzeuges, der Heranziehung zu Arbeiten im Haushalt usw. zum Ausdruck. Wie stark die Rollentypisierung bei Spielgeräten und Spielen ist, zeigt eine Untersuchung von Benard/Schlaffer²⁹, die Lego- und Duplospiele untersucht haben. Gerade durch das Spielzeug erhalten die Mädchen unterschwellige Botschaften. Die von der Firma Lego entwickelten Serien Scala und Belville sollen besonders Mädchen ansprechen und sind in zarten Pastelltönen gehalten. Der Bausatz unterscheidet sich erheblich von anderen, die aus kleinen Bauteilen bestehen. Scala ist aus Fertigteilen zusammengesetzt. Jungen werden hingegen systematisch an komplexere Spiele herangeführt. Bei technischen Spielen werden Jungen besonders angesprochen, da kaum weibliche Figuren verwendet werden. Mädchen haben keinen Platz in technischen Bereichen sind auch so gut wie nie auf technischen Baukästen abgebildet.

Diese Spiele versuchen, frühzeitig zu prägen, verstärken Klischees und vermitteln Mädchen die Botschaft, dass sie nicht in der Lage sind komplexere Themen zu bewältigen.

Die Summe dieser Faktoren macht deutlich, wie stark die Prägung von Jungen und Mädchen bereits in den ersten Jahren ist. Den Kindern werden unterschiedliche Spielzeuge zugeordnet und sie werden je nach Geschlechtsstereotype beurteilt. Jungen werden männliche Qualitäten zugeschrieben (Unabhängigkeit, Aggressivität, Munterkeit) und Mädchen entsprechende weibliche (Anschmiegsamkeit, Passivität, Zartheit).

„Insgesamt gesehen führen sowohl die Spielzeug- als auch die Testosterontheorie zu geschlechtsspezifischen Vorurteilen; denn in beiden Fällen wird die Entwicklung der Kinder eingeschränkt.“³⁰ Bei allen Experimenten spielt dabei auch der Versuchsaufbau eine Rolle. „Allein die Tatsache, ob man in unserer Kultur Mädchen oder Junge ist, hat für den Einzelnen verschiedene Lerngeschichten zur Folge. Junge zu sein bedeutet, eine höhere Intensität des Lobes und der Bestrafung zu erhalten und während des Vorschulalters restriktivere Erfahrungen zu machen.“³¹

3.3.2.3 Gruppeneinfluss

Maccoby geht davon aus, dass sich unterschiedliche Verhaltensmuster bei Mädchen und Jungen in erster Linie aufgrund unterschiedlicher Spielstile und unterschiedlichen Dominanzverhaltens entwickeln, die sich in den "Peer-groups" herausbilden. Diese Verhaltensweisen treten nach dieser Theorie nicht bei Einzelpersonen, sondern erst in Gruppensituationen auf. „Der Gruppe der Gleichaltrigen kommt daher bei der Entwicklung geschlechtstypischer Verhalten eine große Bedeutung zu.“³² Interessanterweise wurde dabei festgestellt, dass Mädchen sich in gemischten Gruppen wesentlich passiver verhalten und häufiger Jungen die Initiative überlassen. Dies ist kein Persönlichkeitsmerkmal. In Gruppen wird vielmehr geschlechtstypisches Sozialverhalten antrainiert.

3.3.2.4 Elterneinfluss

Die Frage nach der Verursachung von Geschlechtsunterschieden wird seit einigen Jahren gemäßigter diskutiert, indem sowohl der genetische Aspekt als auch der Umgebungsfaktor berücksichtigt wird.

Dennoch wird für Mädchen und Jungen eine andere Grundhaltung eingenommen. Eine Untersuchung aus dem Jahre 1996 zeigt, dass 50% der werdenden Eltern lieber einen Jungen und nur 25% lieber ein Mädchen hätten. „Im Falle einer Jungengeburt lag das Glücksgefühl der Mütter bei 93%, Mädchen machten nur 56% glücklich. Fast die Hälfte der Mädchen beginnen ihr Leben als eine Enttäuschung für ihre Mütter.“³³

Auch heute noch ist der Wunsch nach einem „Stammhalter“ bei vielen Paaren stark ausgeprägt, obwohl dies nach dem neuen Namensrecht überhaupt nicht mehr der Fall sein müsste. Mit der Erwartungshaltung während der Schwangerschaft wird ein Prozess in Gang gesetzt, der auch nach der Geburt anhält. Untersuchungen haben dabei zu folgenden Ergebnissen geführt:

- ◆ Je nach Geschlechtseinstufung werden Kinder unterschiedlich beschrieben. Neben diesem Lernen in der Gruppe spielen natürlich auch die Eltern eine Rolle. „Mädchen und Jungen wird eine unterschiedliche Erziehung zuteil.

Eltern räumen Mädchen ab dem Schulalter und dann insbesondere ab der Pubertät zunehmend weniger Freiheit ein als Jungen.³⁴

Auch schätzen die Eltern ihre Kinder unterschiedlich ein: Mädchen werden für zarter und verletzbarer gehalten.

- ◆ Durch die Übertragung der Erwachsenenstereotypen erhalten die Kinder eine Resonanz auf eigenes Verhalten.
- ◆ Das Auffinden von Geschlechtsunterschieden bei Neugeborenen ist sehr schwierig und nach wie vor offen.
- ◆ Forschungen zeigen, dass Mütter von Mädchen und Jungen sich deutlich unterschiedlich verhalten. Mütter stimulieren Jungen mehr proximal und vokalisieren mehr bei Töchtern (distale Stimulation). Dies ändert sich erst mit 6 Monaten. Danach scheinen Mädchen auch mehr proximal stimuliert zu werden.
- ◆ Väter und Mütter verhalten sich unterschiedlich ihren Kindern gegenüber.³⁵

3.4 Auswirkungen auf die Bauleitplanung und die Beteiligung

Die Fähigkeiten und Ansprüche der Kinder in den unterschiedlichen Altersstufen machen im Verfahren ein differenziertes Vorgehen notwendig. Für die Altersgruppe bis 6 Jahre müssen daher die Eltern miteinbezogen werden.

Die Untersuchungen legen nahe, dass Mädchen und Jungen von Geburt an unterschiedlich behandelt werden und diese verschiedenen Verhaltensformen sehr wahrscheinlich auch der Geschlechtsstereotype entsprechen. Nach Voss lassen die bisherigen Forschungsergebnisse den Schluss zu, dass:

- ◆ „die Evidenz für Geschlechtsunterschiede insgesamt betrachtet recht gering ist und
- ◆ die bisherigen Forschungen ein klarer Beleg dafür sind, dass Unterschiede in (komplexen) kognitiven Leistungen modifizierbar sind, d.h. durch Lernprozesse weitgehend verändert werden können - in beiden Richtungen.“³⁶

Leopold wendet dies auch auf das Raumvorstellungsvermögen an, „die Entwicklung von Fähigkeiten zur Raumvorstellung sind wie andere kognitive Fähigkeiten, sowie Intelligenzfaktoren allgemein, erblich. Darüber hinaus wird von vielen Wissenschaftlern angenommen, dass die kognitiven Fähigkeiten, u.a. das räumliche Vorstellungsvermögen, trainierbar sind.“³⁷ Diese Ergebnisse verdeutlichen, wie wichtig es ist Mädchen und Jungen die gleichen Lebensbedingungen zu schaffen. Wenn sich die fehlenden Bewegungsmöglichkeiten und damit verbundenen Umwelterfahrungen auf das Raumvorstellungsvermögen auswirken, so bedeutet dies im Umkehrschluss, dass die Einschränkung der Mädchen auch ihr berufliches Spektrum einengt. Denn letztlich stellt sich die Frage, ob Raumvorstellungsvermögen, mathematische Fähigkeiten, Selbstsicherheit und Raumanerkennung nicht miteinander verbunden sind. Dies könnte auch erklären, warum Mädchen sich weniger für die technischen Bereiche interessieren. Räumliches Vorstellungsvermögen und damit verbundener Aufenthalt im öffentlichen Raum werden in dieser Untersuchung in einem engen Zusammenhang gesehen..

Durch optimale Umweltbedingungen für beide Geschlechter kann eine Voraussetzung für die gleichen beruflichen Ausgangsbedingungen geschaffen werden. In den folgenden Kapiteln wird daher untersucht, ob Mädchen sich aufgrund biologischer und soziologischer Einflüsse andere Umwelt- und Umfeldbedingungen wünschen als Jungen und damit die o.g. Beobachtungen und Schlussfolgerungen unterstützen. Für die Beteiligung bedeutet dies, dass Mädchen besonders aufgefordert werden müssen, damit sie ihre Vorstellungen zum Ausdruck bringen können. So lange es durch die Erziehenden keine Gleichbehandlung der Geschlechter gibt, müssen Mädchen- und Jungenbedürfnisse berücksichtigt werden.

4

Im Planungsverfahren geht es nicht nur darum Kinder und Jugendliche in geeigneter Weise einzubinden, vielmehr ist auch eine Sensibilisierung der Erwachsenen notwendig.

Das vorherige Kapitel setzte sich mit den Altersstufen und Fähigkeiten der Kinder auseinander. Ebenso wichtig ist es jedoch die im Planungs-geschehen involvierten Erwachsenen zu sensibilisieren und zu motivieren sich für Kinder und Jugendliche einzusetzen. Planungen werden heute durch gesetzliche Vorschriften, Normen, technische Bestimmungen und Vorgaben wesentlich beeinflusst. Selten werden insbesondere in der verbindlichen Bauleitplanung die späteren Nutzerinnen und Nutzer eingebunden. Der Planungsablauf sieht üblicherweise so aus, dass Planerinnen/Planer beauftragt werden ein Konzept zu entwickeln, die Verwaltung Beschlüsse vorbereitet, die verschiedenen Träger beteiligt werden und in den Sitzungen darüber beschlossen wird. Dies macht deutlich, dass nur Erwachsene in das Verfahren involviert sind. Kinder und Jugendliche sind daher darauf angewiesen, hier kompetente Vertreterinnen und Vertreter zu haben.

Viele Erwachsene vergessen oder verdrängen die Bedürfnisse dieser Altersgruppe, da die Altersdifferenz größer wird und die eigene Kindheit immer weiter zurückliegt. Um daher zu erreichen, dass die Entscheidungsträger sich für die Belange der Kinder und Jugendlichen einsetzen, ist zunächst eine Sensibilisierung für dieses Thema notwendig. Dieses Kapitel zeigt verschiedene Verfahren und Formen auf, mit denen dies erreicht werden soll. Die Verfahren werden anhand bestimmter Kriterien auf ihre Wirksamkeit - auch empirisch - geprüft und eine Empfehlung für den Einsatz in der Bauleitplanung gegeben. Es wurde ein entsprechender inhaltlicher Anforderungskatalog formuliert, der Bezug auf eine Untersuchung von Wolf, Lindner u.a. sowie Bischoff, Selle und Sinning und deren Untersuchung zu Verfahren und Methoden der Beteiligung nimmt, diesen aber weiterentwickelt und sich damit auch von den vorhandenen Untersuchungen abhebt. Dieser Katalog wurde im Hinblick auf das Ziel einer Sensibilisierung der Erwachsenen modifiziert, differenziert und weiterentwickelt.

4.1 Begriffsdefinition

Bevor auf die einzelnen Schritte eingegangen wird, sollen die Begriffe definiert und gegeneinander abgegrenzt werden.

Verfahren

Verfahren in der Bauleitplanung umfassen bestimmte Schritte, die rechtlich geregelt sind. Das Verfahren umfasst damit den Beteiligungsprozess. Fehlende Verfahrensschritte und Abwägungsfehler können überprüft werden.

Form

Unter Form ist ein Arbeitsschritt zu verstehen, für den wiederum eine bestimmte Methode oder Technik angewendet wird, um ihn zu gestalten.

Beteiligungsprozess

Es handelt sich dabei um einen Überbegriff, der mittels verschiedener Methoden und Techniken ausgefüllt werden kann.

Methoden und Techniken

„Die hier vorgestellten Methoden und Techniken stammen aus der Pädagogik und z.T. aus dem betriebswirtschaftlichen Projektmanagement. Dort ist ihre Kenntnis schon lange unverzichtbar.“¹

„In der praktischen Handhabung hängen die einzelnen Verfahren und Formen eng zusammen. Viele von ihnen werden parallel oder aufeinander aufbauend eingesetzt.“² Um eine Systematisierung der angewendeten Formen, Verfahren, Methoden und Techniken zu erreichen, wurde auf die Untersuchung von Bischoff, Selle und Sinning zurückgegriffen, die die Beteiligungs- und Kooperationsformen nach ihren primären Funktionen ordnen. Danach wird unterschieden in

1. Erkunden von Interessen und Meinungen

Es geht dabei darum, die Einstellung der am Planungsprozess Beteiligten, deren Wissen und Verhalten zu ergründen. Im Gegensatz zu Bischoff et al. werden dabei auch die Verwaltung und die politischen Gremien eingebunden, von denen wichtige Beiträge und Grundlagen zur Planung und Bestandsanalyse erwartet werden.

2. Information und Meinungsbildung

Es wird unterschieden zwischen Medien, die lediglich Informationen liefern und Veranstaltungen, bei denen auf dem dialogischen Kommunikationsweg Informationen und Meinungen ausgetauscht werden.

4

3. Mitwirken

Darunter ist die aktive Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger an Planungs- und Entwicklungsprozessen zu verstehen. Unterschieden wird in formal definierte, die gesetzlich definiert und administrativ verankert sind und informelle Formen und Verfahren.

In diesen drei Bereichen gibt es eine klare Rollenverteilung zwischen Fachleuten der Verwaltung (auch freie Planerinnen/Planer), die das Geschehen leiten und den Bürgerinnen und Bürgern, die beteiligt werden. Auf die von Bischoff et al. aufgeführte vierte Stufe der Kooperation wird bewusst verzichtet, da aufgrund der Planungshoheit der Gemeinde diese für das Verfahren verantwortlich ist. Außerdem ist dieser Bereich für die im Vordergrund stehende Sensibilisierung von Erwachsenen von geringerer Bedeutung. Er gewinnt jedoch bei der Ausführungsplanung an Bedeutung.

4.2 Auswahlkriterien

Die Auswahl der nachfolgenden Verfahren, Formen, Methoden und Techniken erfolgte nach verschiedenen Kriterien.

- ◆ Information erhalten

Jede Planungsaufgabe ist mit unterschiedlichen Rahmenbedingungen verbunden. Die Honorarordnung für Architekten und Ingenieure, nach der Bauleitplanverfahren abgerechnet werden, verlangt zu Beginn eine Klärung der Aufgabenstellung und eine Bewertung. Eine Planung für Kinder und Jugendliche setzt daher eine entsprechende Informationsbeschaffung voraus.

- ◆ Transparenz schaffen

Ebenso wichtig wie die Informationsbeschaffung ist eine Weitergabe derselben, damit die Bürgerinnen und Bürger über aktuelle Themen unterrichtet sind. Da insbesondere die Bauleitplanung von technischen und rechtlichen Bestimmungen geprägt wird, muss eine allgemein verständliche Sprache und Publikationsart gefunden werden, um allen Bevölkerungsschichten gerecht zu werden.

◆ Zahl der beteiligten Personen

Ziel der Information und Beteiligung muss es auch sein, möglichst viele und unterschiedliche Personengruppen anzusprechen und einzubinden. Dazu gehört, dass die Verwaltung und Politik nicht abwartet, bis sie konsultiert wird, sondern selbst aktiv auf die Bürgerschaft zugeht. Je nach Themenschwerpunkt werden dabei unterschiedliche Methoden anzuwenden und der geeignete Beteiligungszeitpunkt auszuwählen sein.

◆ Sensibilisierung

Für Erwachsene ist Kindheit und Jugend ein zurückliegender Zeitraum, dessen einzelne Stufen und die damit verbundenen Ansprüche nicht mehr präsent sind. Durch verschiedene Maßnahmen sollen diese in Erinnerung gebracht bzw. neue Entwicklungen aufgezeigt werden. Ziel ist es, dass sich Erwachsene stärker für die Belange der Kinder und Jugendlichen einsetzen.

◆ Multiplikatorinnen/Multiplikatoren

Sicherlich kann nicht erwartet werden, dass sich alle an Veranstaltungen Teilnehmenden sich gleichermaßen für Kinder und Jugendliche engagieren. Wichtig sind daher Schlüsselpersonen in einer Gemeinde, die sich aktiv für diese Gruppe einsetzen.

◆ Artikulation

Der Nachteil öffentlicher Veranstaltungen besteht darin, dass sich nur bestimmte Gruppen zu Wort melden und für viele die Hemmschwelle, sich an einer öffentlichen Diskussion zu beteiligen, hoch ist. Belange von Randgruppen können daher nicht genügend beachtet werden.

Gerade für schwächere Personengruppen wie Kinder und Jugendliche lässt sich hier keine Plattform finden. Erfahrungsgemäß melden sich auch Frauen in solchen Veranstaltungen kaum zu Wort, obwohl sie über umfangreiche Kenntnisse bezüglich der Entwicklung von Kindern und Jugendlichen verfügen.

Ausgehend von diesen Kriterien werden die nachfolgenden Verfahren, Methoden und Formen beschrieben und ihre Anwendungsbereiche aufgezeigt und bewertet. Die Methoden und Formen sind dabei keineswegs abschließend.

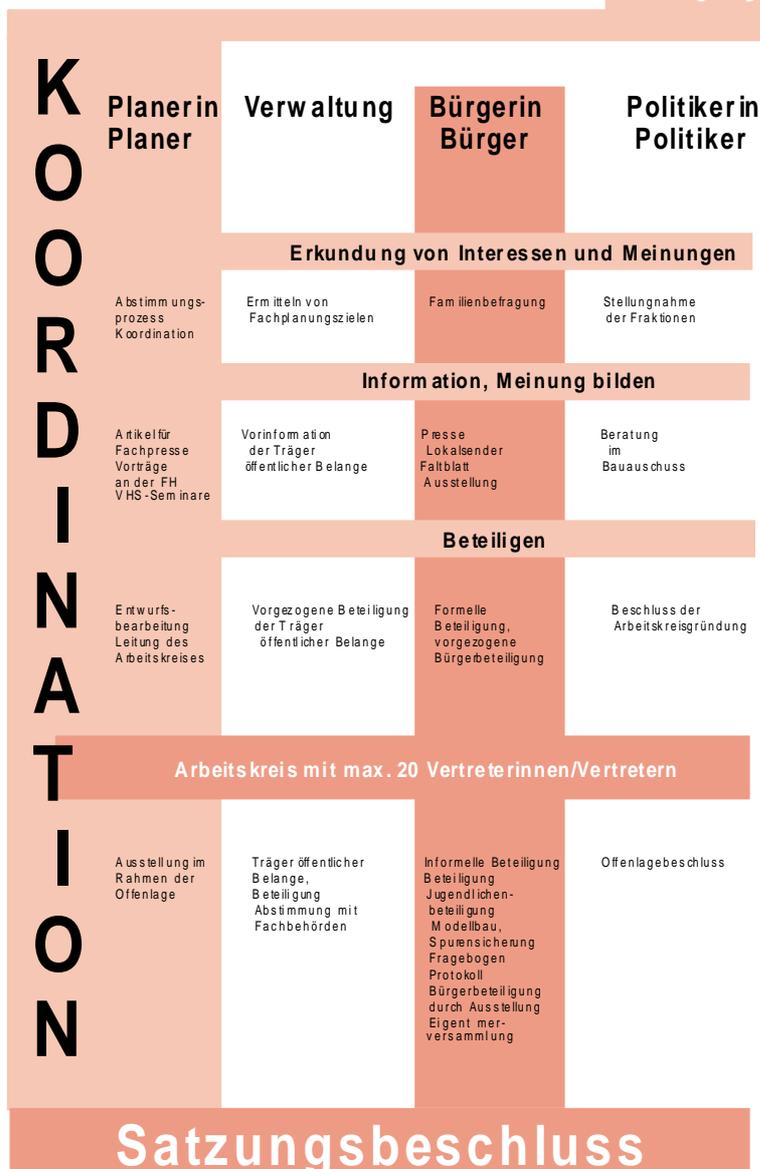
4

Sensibilisierung, Unterrichtung und Beteiligung von Erwachsenen

Übersicht zur Sensibilisierung und Unterrichtung der Erwachsenen im Bauleitplanverfahren

Bebauungsplanverfahren

Formen und Verfahren der Beteiligung



4.3 Methoden zur Sensibilisierung

4.3.1 Erkunden von Interessen und Meinungen

Zu Beginn des Planungsverfahrens, hierunter ist in dieser Untersuchung das Bebauungsplanverfahren zu verstehen, steht zunächst die Notwendigkeit, die Vorstellungen der Planungspartner und -partnerinnen für das Planungsgebiet zu eruieren. Die Methoden zeigen, welche Möglichkeiten einer Informationsbeschaffung es gibt, die über die Bürgerversammlung hinausgehen und garantieren, dass eine umfassende Information der Bürgerschaft erfolgt und gleichzeitig die Planerinnen und Planer vom Wissen der Bürgerinnen und Bürger profitieren.

4.3.1.1 Familienbefragung

Methode: Fragebogen und Interview

Um über ein bestimmtes Thema oder einen Personenkreis genauere Informationen zu erhalten, bietet sich die Erstellung eines Fragebogens an. Werden diese verschickt, ist bei den Rückantworten mit Rücklaufproblemen zu rechnen. Außerdem sind Interpretationsmöglichkeiten von Beginn an auszuschließen. Sinnvollerweise wird dieser Fragebogen in einem gemeinsamen Gespräch beantwortet (Interview), um so auch Eindrücke, die im Gespräch aufgenommen werden, in die Bearbeitung einfließen zu lassen.

Anwendungsbereich

Die Befragung von Kindern, Jugendlichen, Frauen, Senioren usw. bietet sich dann an, wenn für eine spezielle Gruppe geplant oder gebaut werden soll. Dies kann auch in bebauten Gebieten bei Um- und Neugestaltungen angewendet werden, da die Bewohnerschaft dann unmittelbar in den Prozess integriert werden kann. Befragungen stellen eine Grundlage für Planerinnen und Planer dar, auf denen ihr Konzept aufgebaut werden kann. Über den Umgang mit diesem Verfahren ist projektbezogen zu entscheiden.

4

4.3.2.2 Beteiligung der Verwaltung und der politischen Gremien/ Fraktionen

Methode: Schriftliche Stellungnahme und Beratung

Um nicht an den Ortsinteressen vorbeizuplanen, ist es sinnvoll, sowohl die Verwaltung als auch die politischen Gremien frühzeitig einzubinden. Eine schriftliche Zusammenstellung der Fraktionsvorstellungen zur städtebaulichen Entwicklung beugt späteren Mißverständnissen vor. Dies umfasst z. B. die Strukturierung des Gebietes mit Einzel-, Doppel- und Reihenhäusern, die bauliche Verdichtung, Höhenentwicklung, Integration der Ausgleichsflächen, die Straßenanbindung usw.. Die Zusammenstellung der Ergebnisse kann als Grundlage für die anschließende Diskussion im Gemeinderat oder Bauausschuss dienen. Ziel ist es:

1. gewählte Vertreterinnen und Vertreter rechtzeitig einzubinden,
2. eine intensive Beschäftigung mit dem Thema zu erreichen,
3. Kompromisse frühzeitig zu finden.

Verwaltung und Politikerinnen/Politiker müssen letztendlich in ihren Gemeinden die Entwicklung in allen Bereichen vertreten. Planerinnen/Planer aus freien Büros sind daher darauf angewiesen, hier kompetente Partner zu finden.

Anwendungsbereich

Durch die Stellungnahme kann eine wichtige Grundlage für die Bearbeitung gewonnen werden. Für Planerinnen und Planer bietet sich hier eine wichtige Informationsquelle, und der Entwurf wird auf eine breitere politische Basis gestellt. Diese Methode kann bei allen Planungsvorhaben angewendet werden. Das Zusammenfassen der Bedürfnisse von betroffenen Personenkreisen und den aus Verwaltung und Politik geäußerten Wünschen stellt einen wesentlichen Punkt des städtebaulichen Entwurfs dar. Die Aufgabe der Planerinnen und Planer wird in zunehmendem Maße darin bestehen, nicht nur als Fachleute tätig zu sein, sondern auch als Moderatorinnen und Moderatoren eine Rolle zu übernehmen. Die Balance, was städtebaulich fachlich wichtig ist und politisch vertreten wird, ist ein Aspekt, dem in Zukunft noch mehr Bedeutung zukommt.

4.3.2 Informationen geben, Meinungen bilden

4.3.2.1 Ausstellung

Ausstellungen sind eine Form der Bürgerinnen-/Bürgerinformation zur Darstellung aktueller gemeindlicher Planungen. Durch das Heranbringen der Planung an den Bürger und die Bürgerin kann ein weiterer Kreis von Interessierten angesprochen werden. Es besteht die Möglichkeit, mehr Akzeptanz bei aktuellen Planungen und der damit verbundenen kommunalpolitischen Entscheidung zu erreichen. Je früher dies erfolgt, um so größer dürfte der Erfolg sein.

Quelle: eigenes Fotoarchiv



Anwendungsbereich

Ausstellungen sollten dann gewählt werden, wenn Themen aktuell sind, die viele Menschen betreffen. Das Interesse an städtebaulichen Planungen ist bei Bürgerinnen und Bürgern groß. Dies zeigt sich z.B., wenn im Rahmen von örtlichen Veranstaltungen Projekte präsentiert werden. Gerade bei solchen Aktionen vor Ort besteht die Möglichkeit, Personengruppen für Planungen zu interessieren, die sich bei anderen Versammlungen z.B. Bürgerversammlungen nicht zu Wort melden. Bei einer ständigen Betreuung während der Ausstellungsdauer können hier vielfältige Informationen gesammelt werden, die dann wiederum in die Planung einfließen können.

Die Effektivität solcher Veranstaltungen kann erheblich gesteigert werden, wenn die Planung an einem Ort präsentiert wird, der ohnehin stark besucht wird. Die Planung wird zu den Bürgerinnen und Bürgern gebracht, die sie außerhalb von Amtsräumen begutachten können. Sicher wird damit ein breiteres Publikum erreicht, als wenn lediglich die gesetzlichen Formen der Bürgerbeteiligung durchgeführt werden.

4.3.2.2 Falblatt

Während mit Ausstellungen ein bilateraler Kommunikationsweg eingeschlagen wird, dienen Falblätter und Presse, Lokalsender und Kurse zur einseitigen Informationsweitergabe. Falblätter sind eine Möglichkeit, über Planungen und Verfahren in der Gemeinde zu informieren. Auf besondere Zielsetzungen kann ebenso hingewiesen werden, wie auf die umfassenden Beteiligungsformen während der Planungen. Die Bürgerinnen und Bürger können sich somit ein Bild von dem Zustandekommen und den Inhalten der Planungen in ihrer Gemeinde machen. Für eventuell anstehende Fragen werden Ansprechpartnerinnen und -partner genannt.

4.3.2.3 Presse und Lokalsender

Um möglichst viele Bürgerinnen und Bürger zu informieren, bietet sich die lokale Presse an. Lokale Medien sind für die Meinungsbildung vor Ort von großer Bedeutung. Aus diesem Grunde sollte bereits zu Beginn des Projektes die Öffentlichkeit durch Pressemitteilungen über das Vorhaben informiert werden.

Neben den Presseveröffentlichungen in Zeitungen können auch im lokalen Fernsehen Berichte über die anstehenden Planungen gesendet werden. Um den jeweiligen Projektstand zu verdeutlichen, sind Zwischenergebnisse ein geeignetes Medium. Die Transparenz des Planungsablaufes ist ein wichtiger Punkt, um Bürgerinnen und Bürger in örtliche Prozesse zu integrieren.

Neben den lokalen Zeitungen sind Fachzeitschriften über das Projekt zu informieren. Dies dient vor allem dazu, auch Fachleute über Projekte zu unterrichten. Zur stärkeren Sensibilisierung für das Thema bieten sich Universitäten, Fachhochschulen und Gemeinden an.

Anwendungsbereich

Vor allem aus Gründen der Transparenz bietet sich eine umfassende Pressearbeit an, auch um eventuellen Mißverständnissen in der Bevölkerung vorzubeugen.

4.3.2.4 Kurse und Seminare

Zur intensiveren Ausführung eines Themas bietet es sich an, neben der Bürgerinformation für Politikerinnen/Politiker und Planerinnen/Planer, Kurse und Seminare abzuhalten. Dazu können auch wichtige Multiplikatoren/Multiplikatorinnen im Ort wie z.B. Lehrer/Lehrerinnen, Erzieher/Erzieherinnen, Vereinsmitglieder eingeladen werden. Ein Mittel zur breiteren Öffentlichkeitsinformation sind Volkshochschulkurse in der Gemeinde.

Anwendungsbereich

Weiterbildungsangebote schaffen über die Gemeindegrenzen und die Sitzungen hinaus das Bewusstsein für bestimmte aktuelle gesellschafts-politische Aspekte. Darüber hinaus kann die Schulung von Ausschussmitgliedern zu einer verbesserten politischen Arbeit in der Gemeinde führen. Durch eine intensive Schulung soll erreicht werden, dass Personen in Schlüsselpositionen, die mit vielen Menschen Kontakt haben, aber auch innerhalb der Gemeinde oder Stadt Entscheidungen treffen und Einfluss nehmen, sich für die Belange von Kindern und Jugendlichen einsetzen.

4.3.3 Beteiligungsverfahren Formelle Verfahren

4.3.3.1 Vorgezogene Bürgerbeteiligung

Form: Bürgerversammlung nach § 3(1) Baugesetzbuch
Methode: Fachvortrag und Diskussion

Bereits in der Anfangsphase einer Planung kommt der vorgezogenen Bürgerbeteiligung eine wichtige Rolle zu. Zu diesem Zeitpunkt hat sich die Planung in der Regel noch nicht verfestigt, so dass Bürgerinnen und Bürger noch Einfluss nehmen oder aber durch ihr spezielles örtliches Wissen den weiteren Planungsprozess positiv beeinflussen können. Einer breiten Bürgerschaft werden alternative Konzepte und ihre Wirkungen vorgestellt. Die Bürgerinnen/Bürger können sich zu Wort melden und es besteht Gelegenheit zur Diskussion.

4

Während eines Monats können bei der Verwaltung die Planungen eingesehen und Bedenken und Anregungen vorgebracht werden.

Anwendungsbereich

Der Nachteil öffentlicher Veranstaltungen besteht darin, dass sich nur bestimmte Gruppen zu Wort melden und für viele die Hemmschwelle, sich an einer öffentlichen Diskussion zu beteiligen, hoch ist. Belange von Randgruppen können daher nicht genügend beachtet werden.

Gerade für artikulationsschwächere Personengruppen, wie Kinder und Jugendliche lässt sich hier keine Plattform finden. Erfahrungsgemäß melden sich auch Frauen in solchen Veranstaltungen kaum zu Wort. Die vorgezogene Bürgerbeteiligung in Form einer Bürgerversammlung ist nur als Teil eines umfassenden Informationsflusses sinnvoll.

4.3.3.2 Bürgerbeteiligung

Form: Offenlage für einen Monat nach § 3 Abs.2 Baugesetzbuch
Methode: Aushang/Bereitstellung der Planung zur Einsicht

Die Offenlage ist nach § 3 Abs.2 Baugesetzbuch gesetzlich festgeschrieben. Üblicherweise wird die Planung in den Amtsräumen für die Dauer von einem Monat zur Einsicht ausgelegt bzw. zur Einsicht bereitgehalten. Die Veröffentlichung erfolgt über die Zeitung.



Quelle: Amtsblatt der Gemeinde Böhl-Iggelheim

Anwendungsbereich

Durch die intensive Vorarbeit ist den Bürgerinnen und Bürgern die Planung bekannt. Probleme, die bestehen, können im Vorfeld ausgeräumt werden, so dass die Planung meist ohne große Schwierigkeiten in das weitere Verfahren gehen kann.

4.3.3.3 Beiräte und Ausschüsse

Form: Versammlung

Methode: Schriftliche und mündliche Stellungnahme

Neben Verwaltung und Gemeinderat sind in den rheinland-pfälzischen Gemeinden auch Beiräte und Ausschüsse tätig.

Beirat: In der Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz gibt es keine gesetzliche Regelung für die Bildung eines Beirates. Jedoch existieren in einigen Gemeindegremien Regelungen.

Ausschüsse: Gemäß § 44 Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz kann der Gemeinderat für bestimmte Aufgabenbereiche zur Vorbereitung seiner Beschlüsse oder zur abschließenden Entscheidung Ausschüsse bilden. Diese setzen sich entweder nur aus Ratsmitgliedern zusammen oder aus Ratsmitgliedern und sonstigen, wählbaren Bürgerinnen und Bürgern der Gemeinde, jedoch mindestens zur Hälfte aus Ratsmitgliedern.

Gerade im Bauleitplanverfahren ist der Bauausschuss in vielerlei Hinsicht als mitentscheidendes Gremium mit dieser Thematik befasst. Die Stellung von Beiräten und Ausschüssen ist sehr unterschiedlich. Im Hinblick auf bestimmte Bevölkerungsgruppen werden vielerorts spezielle Beiräte oder Ausschüsse (Jugendausschuss) eingerichtet³, die dann bei den entsprechenden Projekten tätig werden können.

Anwendungsbereich

Beiräte und Ausschüsse sind wichtige Gremien, in denen Entscheidungen vorbereitet werden. Damit es zu keinen Verzögerungen kommt, sollte die Planung mit ihnen abgestimmt sein.

4

Informelle Verfahren

4.3.3.4 Eigentümerbeteiligung

Form: Versammlung

Methode: Fachvortrag und Diskussion

Gerade im Hinblick auf spätere Einsprüche, vor allem im Umlegungsverfahren, sollten nach Erstellung der ersten städtebaulichen Konzeption die Eigentümerinnen und Eigentümer zu einer Versammlung eingeladen werden, um die Planungen vorzustellen. In diesen Versammlungen wird oft deutlich, dass hier die Einzelinteressen sehr stark vertreten werden und es letztendlich vor allem um die finanziellen Aspekte, sprich die Vermarktung der Grundstücke, geht.

Anwendungsbereich

Eigentümerinnen-/Eigentümerversammlungen sind meist sehr emotional und bedürfen einer sachlichen Leitung. Wegen der Transparenz des Verfahrens und im Hinblick auf die weiteren Verfahrensschritte sollte neben einer vorgezogenen Bürgerversammlung auch eine Eigentümerversammlung stattfinden.

4.3.3.5 Arbeitskreis

Form: Bürgerarbeitskreis

Arbeitsgruppen und Arbeitskreise sind immer wieder Gegenstand von heftigen Diskussionen in der Gemeinde. Die Vorbehalte dagegen sind immer noch groß und das nebenstehende Bild spiegelt die Einstellung vieler Gemeinderatsmitglieder wider.

Als negative Aspekte des Arbeitskreises wird oft angeführt:

- ◆ Die Entscheidungskompetenz des Bauausschusses oder Rates soll nicht eingeschränkt werden.
- ◆ Es kann die Gefahr bestehen, dass Eigentümer und Investoren sehr stark ihr Interesse einbringen und die Planung negativ beeinflussen.
- ◆ Der Bauausschuss sieht sich in seiner Kompetenz eingeschränkt.

Von planerischer Seite werden die Vorteile gesehen:

- ◆ Schaffung einer breiteren Basis für die Entscheidungen des Bauausschusses und Gemeinderates,
- ◆ Bündelung der Informationen von Bürgerinnen und Bürgern,
- ◆ Planungsvorbereitungen nicht nur durch Planerinnen/Planer und Verwaltung, sondern auch Integration der Bürgerinnen und Bürger.



Quelle: Helme Heine 1997

Bürgerinnen und Bürger sollten durch eine Veröffentlichung dazu aufgefordert werden, sich zur Teilnahme an dem Arbeitskreis zu melden. Die ideale Zusammensetzung eines Arbeitskreises besteht aus 15-20 Mitgliedern. So entsteht innerhalb der Gruppe ein Zusammenhalt und die Probleme können diskutiert werden. Alle Sitzungen sollten moderiert werden, um eventuell entstehende Spannungen auffangen zu können. Inhaltlich ist es notwendig, dass die Sitzungen gut durchgeplant sind, um anhand von unterschiedlichen Themenpunkten z.B. Grün, Baugestaltung, Architektur, Verkehr, eine gezielte Bearbeitung der Bebauungsplaninhalte vornehmen zu können. Während der einzelnen Veranstaltungen können unterschiedliche Methoden angewendet werden.

Anwendungsbereich

Die Arbeit in kleinen Gruppen vor Ort, in denen auch gewählte Vertreterinnen und Vertreter der örtlichen Parteien vertreten sind, bietet die Möglichkeit durch einen relativ kleinen Multiplikator eine breite Öffentlichkeit zu erreichen. Die intensive Beratung im Vorfeld wird sich bei den anschließenden Abstimmungen und Diskussionen positiv auswirken. Die örtlichen Kenntnisse der Bürgerinnen und Bürger werden sich auch auf die Entwurfsgestaltung niederschlagen. Die politische Arbeit erfährt darüber hinaus eine weit größere Legitimation, da der beteiligte Personenkreis wesentlich größer war.

4.3.3.6 Planungszelle

Die Planungszelle, von Dienel entwickelt, hat eine längere Tradition, die im Zusammenhang mit der Demokratisierungsbewegung zu sehen ist. Es handelt sich dabei, im Gegensatz zum Arbeitskreis, um eine Gruppe von Bürgerinnen und Bürgern, die nach dem Zufallsprinzip ausgewählt werden und für begrenzte Zeit mit einer Vergütung der Tätigkeit von ihren arbeitstäglichen Verpflichtungen freigestellt sind, um - assistiert von „prozessbegleitenden Fachleuten“ - Lösungen für vorgegebene, vorstrukturierte und lösbare Planungs- und Entwicklungsaufgaben zu erarbeiten.⁴ Man spricht dabei auch von Bürgergutachten.

Der Ablauf gliedert sich in drei Phasen:

1. Vorbereitungsphase
2. Durchführungsphase
3. Nacharbeit

Aufgrund des systematischen Zufallsverfahrens werden Personen im Alter von 18 bis 68 Jahre ermittelt, die vorher über die Inhalte des Verfahrens informiert werden. Die Teilnahme ist verbindlich und wird durch einen Arbeitsvertrag fixiert. Durch diese Durchmischung wird eher gewährleistet, dass auch Gruppen einbezogen werden, die ansonsten nicht an Planungsprozessen partizipiert hätten.

Anwendungsbereich

Durch die Vergütung wird den Teilnehmerinnen und Teilnehmern ein gewisser Stellenwert beigemessen. Die intensive Auseinandersetzung mit einem Themenkomplex ermöglicht der Teilnehmergruppe eine Kontrolle über Verwaltung und Politik und stärkt das Bewusstsein für politische Prozesse.⁵ Durch dieses Vorgehen können auch gezielt passive Bürgerinnen und Bürger in den Planungsprozess einbezogen werden.

Eine umfassende Beteiligung garantiert, dass Planungen öffentlich diskutiert werden und der Begriff des gläsernen Rathauses konkrete Gestalt annimmt.

Sicherlich sind die aufgeführten Verfahren, Methoden und Formen nicht abschließend, sondern zeigen nur einen Teil der Möglichkeiten auf, die zur Sensibilisierung möglich sind. Bewusst wurde auch auf das Mediationsverfahren verzichtet, das bei Konflikten angewendet wird, da dies dann zum Einsatz kommt, wenn z.B. zwischen den Vorstellungen der Kinder und den Interessen der örtlichen Industrie ein Konflikt entstehen würde, der im Bauleitplanverfahren gelöst werden muss.

4.4 Wirksamkeit der Verfahren/Methoden und Folgerungen für das Bauleitplanverfahren

Die Verfahren, Formen und Methoden werden nachfolgend auf ihre Wirksamkeit zur Sensibilisierung von Erwachsenen überprüft. Sie wurden im Hinblick auf ihre Übertragbarkeit untersucht und kritisch geprüft, auf der Basis der eigenen Erfahrungen und Anwendungen und in Konfrontation mit denselben.

◆ Information erhalten

Die Anwendung der verschiedenen Verfahren, Formen und Methoden zeigt, dass zur Erlangung von Informationen über bestimmte Zielgruppen sich solche anbieten und geeignet sind, die mit einem begrenzten Personenkreis arbeiten. ⁵Die Einbindung einer breiten Öffentlichkeit ist hingegen nicht geeignet. Dies ist verständlich, da besonders schwächere Gruppen nicht in der Lage sind, sich in großen öffentlichen Diskussionen zu äußern.

◆ Transparenz

Alle Aktionen, die auf einen größeren Personenkreis zielen, sind geeignet eine größere Transparenz zu erreichen. Insbesondere eine intensive Pressearbeit wird für eine größere Publizität sorgen. Dabei wird deutlich, dass ein kleiner Personenkreis bessere Informationen geben kann, während ein größerer Personenkreis inhaltlich weniger produktiv ist.

4

Sensibilisierung, Unterrichtung und Beteiligung von Erwachsenen

- ◆ Zahl der beteiligten Personen und Beteiligungszeitpunkt
Die Verfahren und Methoden sind breit gestreut und erreichen jeweils eine unterschiedliche Anzahl von Personen. Daher muss im Verfahren geprüft werden, wo die Schwerpunkte liegen sollen.
Je nach Form und Verfahren bieten sich unterschiedliche Zeitpunkte der Beteiligung an. Im Interesse der Kinder und Jugendlichen sollte die Information und Beteiligung möglichst frühzeitig ansetzen.

4:4 Wirksamkeit

	Familienbefragung / Interview	Verwaltung & Ausschüsse schriftliche Stellungnahme	Ausstellung	Faltblatt	Presse & Lokalsender	Kurse & Seminare	Vorgezogene Bürgerbeteiligung	Bürgerbeteiligung	Beirat & Ausschuss	Eigentümer	Arbeitskreis	Planungszelle
Information erhalten												
geeignet	X	X	X				X	X	X		X	X
ungeeignet				X	X	X				X		
Transparenz der Planung schaffen												
hohe Transparenz	X		X	X	X		X	X			X	X
geringe Transparenz		X				X			X	X		
Zahl der beteiligten Personen												
begrenzte Öffentlichkeit	X	X				X			X	X	X	X
breite Öffentlichkeit			X	X	X		X	X				
Beteiligungszeitpunkt												
Zielfindung	X	X					X		X			
Planung	X		X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Umsetzung	X										X	
Sensibilisierung												
langfristig	X		X			X			X		X	X
kurzfristig		X		X	X		X	X		X		
Multiplikatorinnen ausbilden												
hohe Möglichkeit						X					X	
geringe Möglichkeit	X	X	X	X	X		X	X	X	X		X
Verbesserung der Lebenssituation												
direkt	X	X							X			
mittelbar			X	X	X	X	X	X		X	X	X
Artikulationsmöglichkeit eröffnen												
direkt mitwirken	X	X					X	X	X	X	X	X
informierend			X	X	X	X						

Abb. Wirksamkeit der Verfahren/Methoden

◆ **Sensibilisierung**

Ausschüsse und Räte tragen die Verantwortung für die Bauleitplanung und nehmen unmittelbaren Einfluss darauf, indem sie die Entscheidungen treffen. Sie haben damit die Möglichkeit, die Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen zu verbessern. Das Schaffen von Verständnis für diese Altersgruppe kann mittelbar für eine Verbesserung der Lebenslage sorgen.

◆ **Multiplikatorinnen**

Die Weitergabe der Informationen kann dann besonders intensiv erfolgen, wenn ein kleiner Kreis ausgebildet wird. Dies kann über Kurse und Seminare sowie in Arbeitskreisen gezielt vorangetrieben werden. In begrenztem Maße bieten sich dazu auch Ausstellungen an.

◆ **Artikulation**

Je kleiner der Kreis der Beteiligten, desto besser ist die Artikulationsmöglichkeit für jeden Einzelnen und damit der Informationsgehalt.

Zur Sensibilisierung der Erwachsenen reichen die nach dem Baugesetzbuch geforderten Schritte der Bürgerbeteiligung nicht aus. Spezielle Themenkomplexe können intensiv nur in kleineren Gruppen bearbeitet werden, in denen alle das gleiche Rederecht haben und keine politische Profilierung im Vordergrund steht, wie dies leider häufig in öffentlichen Sitzungen oder Versammlungen der Fall ist. Dazu sind die Arbeitskreise sowohl für die inhaltliche Bearbeitung von speziellen Themen geeignet, als auch zur „Ausbildung“ von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, die in den Gemeinden in diesem Bereich weiterarbeiten. Wenn das Thema in der Gemeinde bekannt ist, kann in einem zweiten Schritt eine Moderatorinnen/Moderatorenschulung durchgeführt werden, um die Prozesse vor Ort zu begleiten.

4

Sensibilisierung, Unterrichtung und Beteiligung von Erwachsenen

5

Die Forderung nach Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an der Planung nimmt in den letzten Jahren einen immer größeren Raum ein. Gründe dafür sind zum einen das Kinder- und Jugendgesetz, der demokratischere Erziehungsstil, die frühere Reife der Kinder und nicht zuletzt der Einfluss der Medien.

Im vorherigen Kapitel wurden die Möglichkeiten aufgezeigt, wie Erwachsene sensibilisiert werden können, um eine „Planung für Kinder“ zu erreichen. In den folgenden Ausführungen wird aufgezeigt, welche Möglichkeiten und Grenzen es gibt, um eine „Planung mit Kindern“ zu erreichen. Die Idee und die Forderung nach einer Beteiligung von Kindern und Jugendlichen stammt nicht aus dem planerischen, sondern aus dem politischen Bereich. „In den vergangenen zehn Jahren ist mit der Kinderpolitik ein neues Politikfeld entstanden. 1991 findet der Begriff der „Kinderfreundlichkeit“ zum ersten Mal Eingang in die Gesetzgebung (Strafgesetzbuch VIII). Das Kinder- und Jugendhilfegesetz sieht ausdrücklich ein kinderpolitisches Mandat für die Kinder- und Jugendhilfe vor, das dazu beitragen soll, „positive Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien sowie eine kinder- und familienfreundliche Umwelt zu schaffen.“¹ 1979 im „Jahr des Kindes“ wurde vom Deutschen Kinderhilfswerk der „Diamantene Plan für Kinder“ veröffentlicht, der insgesamt 10 Punkte umfasst und insbesondere die Gemeinde als Öffentlichkeitsbereich von zentraler Bedeutung für das Kind auffordert aktiv zu werden.² So wird im politischen Raum mittlerweile über eine „Politik für Kinder“ und eine „Politik mit Kindern“ diskutiert.³ Diese Diskussion wird in der vorliegenden Untersuchung auf die Planung übertragen.

Begriffsbestimmung

„Bei der methodischen Verwendung des Partizipationsbegriffes wird grundsätzlich zwischen den Fällen der Nutzungspartizipation, der Planungsbeteiligung und des Mitredens in der Politik unterschieden. Partizipation als Methode ist dabei auch alters- und entwicklungsabhängig.“⁴

1. Mitreden

Für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen haben sich in der Praxis verschiedene Formen herausgebildet. Die Formen im politischen Raum werden vorgestellt, da sie als Ausgangslage für die Planungsmethoden betrachtet und auch auf einen möglichen Einsatz bzw. Übertragbarkeit überprüft werden.

2. Planungsbeteiligung

„Die Mitwirkung von Kindern an Planungen ist allein schon wegen der Umsetzungszeiträume und der Komplexität von Planungen der vielleicht schwierigste Bereich der Partizipationsmethodologie. Im Falle der Planungsbeteiligung ist von einer Pluralität der Partizipationsmethoden auszugehen.“⁵ Im Gegensatz zur politischen Ebene, auf der sich unterschiedliche Beteiligungsformen herausgebildet haben, tun sich Planerinnen und Planer schwer, Kinder und Jugendliche in ihre Arbeit zu integrieren. Dies liegt zum einen daran, dass in der Ausbildung nur wenig über den Umgang mit Kindern und Jugendlichen vermittelt wird, zum anderen wird das Verständnis dieser Bevölkerungsgruppe für ihre Umwelt unterschätzt.

3. Nutzungspartizipation

„Die Beteiligung von Kindern an der Nutzung ist weitgehend der Bereich, der in der Sozialpädagogik seit den siebziger Jahren unter den Begriffen Mitwirkung und Mitbestimmung in Einrichtungen diskutiert wurde. Er spielt bei der Gestaltung öffentlicher Räume oder öffentlicher Einrichtungen eine große Rolle.“⁶

Auf diesen Bereich der Nutzungspartizipation wird nicht näher eingegangen, da in dieser Untersuchung die Bauleitplanung im Vordergrund steht und sie vor allem in der Ausführung zum Einsatz kommt.

Bevor auf die unterschiedlichen Methoden bei der Planungsbeteiligung eingegangen wird, werden die rechtlichen Grundlagen untersucht, die als Basis für eine Beteiligung herangezogen werden können. Die Methoden werden zunächst beschrieben, um dann anhand von Kriterien den Einsatz in der Planung zu untersuchen. Im nächsten Schritt sollen dann im empirischen Teil diese Methoden zur Anwendung kommen.

5.1 Gesetzliche Grundlagen

Um eine Beteiligung durchzuführen, reicht selten eine freiwillige Basis. Daher werden zunächst die rechtlichen Grundlagen geprüft, die dazu herangezogen werden können.

UN-Kinderrechtskonvention

„Einen ersten Schritt in Richtung Eigenrechte für Kinder macht die in internationaler Zusammenarbeit entstandene UN-Kinderrechtskonvention.“⁵ Das „Übereinkommen über die Rechte des Kindes“ vom 20.11.1989, ist für Deutschland am 5. April 1992 in Kraft getreten. Dieses Recht will einen „rechtlichen Mindeststandard garantieren, der sich in die drei Kategorien Versorgung, Schutz und Partizipation untergliedern lässt. Die Partizipationsrechte sind ausdrücklich in Artikel 12, Artikel 13, Absatz 1 festgeschrieben :“⁷

Art. 12 Die Vertragsstaaten.... berücksichtigen die Meinung des Kindes angemessen und entsprechend seinem Alter und seiner Reife.

(2) mehr gehört zu werden.

Art. 13(1) Das Kind hat das Recht auf freie Meinungsäußerung.

Damit wird insbesondere auf kommunaler Ebene die Verpflichtung deutlich, hier entsprechende Beteiligungsformen zu fördern.

„Wahlrecht mit 16“

Grüne wollen Herabsetzung des Wahlalters

TRIER (lrs) - Die rheinland-pfälzischen Grünen haben ihre Landtagsfraktion aufgefordert, sich für die Einführung des Wahlrechts von 16 Jahren an einzusetzen. Zudem solle der Landesvorstand die Diskussion „Stärkung von Mitbestimmungsrechten von Kindern und Jugendlichen“ bis zur Bundestagswahl 1998 unter größtmöglicher Beteiligung der Öffentlichkeit organisieren, beschloß Parteiangaben zufolge der Landeshauptausschuß der Grünen gestern in Trier. Die Forderung nach einem Wahlrecht von 16 Jahren an ist be-

reits im Landtagswahlprogramm der Grünen enthalten. Bei der Veranstaltung kam es zum Schlagabtausch zwischen Grünen Nachwuchspolitikern in der Frage, wie der angestrebte Machtwechsel in Bonn gestaltet werden soll. Der Sprecher des Grünen Jugend und Mitautor des Papiers „75 junge Grüne für das alternative 21. Jahrhundert“, Sven Metzger, warf seinem bessischen Parteifreund und Mitautor eines anderen grünen Jugendpapiers, Mathias Wagner, „neoliberale Tendenzen“ nach Art der FDP vor.

Grundgesetz

Gemäß Art. 2 des Grundgesetzes haben Kinder die gleichen Grundrechte wie Erwachsene. In Art. 17 wird ausgeführt: „Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.“

Quelle: FAZ 18.10.98

„Die Stellung des Kindes als Inhaber eigener Grundrechte ergibt sich nur aus einer vom Bundesverfassungsgericht entwickelten Auslegung des Art. 6 in Verbindung mit Art. 1 und 2 des Grundgesetzes: Schutz der Menschenwürde und das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit gelten auch für Kinder.“⁸

Bürgerliches Gesetzbuch

Tritt heute die Volljährigkeit mit 18 Jahren ein, so war dies bis zum 31.12.1974 noch mit 21 der Fall. Es stellt sich also die Frage, ob dies nicht nochmals verändert wird. Mit Festlegung dieser Altersgrenze wird der Teil der Bevölkerung von Wahlen und z.T. auch von sonstiger Beteiligung ausgeschlossen, der immerhin 19 % der Gesamtbevölkerung ausmacht und langfristig von Entscheidungen betroffen ist. Leider ist es auch heute noch so, dass Politikerinnen und Politiker sich nur gegenüber ihren Wählerinnen und Wählern verantwortlich fühlen. Damit werden oft Entscheidungen getroffen, die nicht immer auf zukünftige Generationen Rücksicht nehmen.

Als erstes Bundesland hat Hessen das Wahlalter für die Kommunalwahl auf 16 Jahre gesenkt.

Kinder- und Jugendhilfegesetz

Die zu den Vereinten Nationen gehörenden Staaten sind aufgefordert, die Kinderrechte auch in ihrer nationalen Gesetzgebung zu verankern. „In Deutschland wird Kindern und Jugendlichen mit dem am 01.01.1991 eingeführten Kinder- und Jugendhilfegesetz ein verstärktes Mitspracherecht bei Angelegenheiten, die sie betreffen, eingeräumt.“⁹ Relevant sind insbesondere die §§ 8, 11 und 80.

§ 1 Abs. 3 Nr.4 fordert: „...positive Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien sowie eine kinder- und familienfreundliche Umwelt zu erhalten oder zu schaffen...“. Damit wird der Jugendhilfeplanung eine Querschnittsaufgabe zugesprochen, mit der die Planungen abzustimmen sind.

§ 8 Beteiligung von Kindern und Jugendlichen

(1) Kinder und Jugendliche sind entsprechend ihrem Entwicklungsstand an allen sie betreffende Entscheidungen der öffentlichen Jugendhilfe zu beteiligen.

Die in § 81 des Gesetzes genannte Zusammenarbeit mit anderen Stellen ist dabei nicht abschließend, sondern bietet die Grundlage für eine Kooperation mit den Akteurinnen und Akteuren im Planungswesen. Dies setzt aber auch voraus, dass Jugendämter in diese Prozesse involviert werden.

Baugesetzbuch

Das Baugesetzbuch (BauGB) bildet die Grundlage für die Bauleitplanverfahren. Gemäß § 1 Baugesetzbuch soll bei der Bauleitplanung eine nachhaltige städtebauliche Entwicklung gesichert werden. Dabei sollen folgende Punkte erfüllt berücksichtigt werden:

- ◆ die allgemeinen Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse und die Sicherheit der Wohn- und Arbeitsbevölkerung,
- ◆ die Wohnbedürfnisse der Bevölkerung bei Vermeidung einseitiger Bevölkerungsstrukturen, die Eigentumsbildung weiter Kreise der Bevölkerung insbesondere durch die Förderung kostensparenden Bauens und die Bevölkerungsentwicklung,
- ◆ die sozialen und kulturellen Bedürfnisse der Bevölkerung, insbesondere die Bedürfnisse der Familien, der jungen und alten Menschen und der Behinderten, die Belange des Bildungswesens und von Sport, Freizeit und Erholung.

Eine Definition der Bedürfnisse wird nicht gegeben. Diese sind vielmehr aus den aktuellen sozialen und gesellschaftlichen Gegebenheiten abzuleiten. Die im Baugesetzbuch genannten sozialen und kulturellen Bedürfnisse von jungen Menschen sollen daher in dieser Arbeit hinsichtlich ihrer alters- und geschlechtsspezifischen Bedürfnisse untersucht werden. Dies geschieht auch im Hinblick auf den geschichtlichen Zusammenhang. Die Verpflichtung zur Beteiligung der Jugendämter an der Planung lässt sich aus § 4 BauGB - Beteiligung der Träger öffentlicher Belange - nicht ableiten, da diese zunächst als solche anerkannt sein müssten.

Landesgesetz von Rheinland-Pfalz zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes

Durch dieses Gesetz wird das Kinder- und Jugendhilfegesetz in seiner Ausführung konkretisiert. §1 (3) führt aus: „Junge Menschen haben das Recht, sich in Angelegenheiten, die ihre Lebensbedingungen betreffen, an den zuständigen Jugendhilfeausschuss oder an den Landesjugendhilfeausschuss zu wenden.“

Gemeinde- und Kreistagsordnung von Rheinland-Pfalz

„In der rheinland-pfälzischen Gemeinde- und Kreistagsordnung gibt es eine Vielzahl von Beteiligungsbestimmungen, wie Unterrichtung und Beratung, Einwohnerversammlung, Fragestunden, Anregungen und Beschwerden und Einwohnerantrag, die alle für „Einwohner“ und damit auch für Kinder und Jugendliche gelten.“¹⁰ In § 16c (Beteiligung von Kindern und Jugendlichen) heißt es: „Die Gemeinde (der Landkreis) müssen bei Planungen und Vorhaben, die die Interessen von Kindern und Jugendlichen berühren, diese in angemessener Weise beteiligen. Hierzu soll die Gemeinde (der Landkreis) über die in diesem Gesetz vorgesehene Beteiligung der Einwohner hinaus geeignete Verfahren entwickeln und durchführen.“¹¹ Dieser Paragraph stärkt die Stellung der Kinder und Jugendlichen und nimmt die Gemeinden direkt in die Pflicht. Die Ausführungen machen deutlich, dass gesetzliche Grundlagen vorhanden sind, auf deren Basis eine Beteiligung durchgeführt werden kann. Es liegt an den politischen Verantwortlichen, der Verwaltung und den Planerinnen /Planern, diese auch zu nutzen.

Exkurs: Lokale Agenda 21

Beschäftigt man sich mit Beteiligung und Beteiligungsformen so muss auch die 1992 in Rio de Janeiro verabschiedete Agenda 21 in die Betrachtungen einbezogen werden, die einen weiteren Fortschritt für die Bürgerbeteiligung bedeutet.

„Nachhaltige Entwicklung“ ist das Schlagwort der 90er Jahre, das an Gestalt gewinnt. Die Grundlage für den Erdgipfel in Rio, an dem 180 Staats- und Regierungsvertreter/-innen teilnahmen, wurde 1972 während der Stockholmer Konferenz für menschliche Umwelt gelegt. „Im Jahr 1983 gründeten die Vereinten Nationen die Weltkommission für Umwelt und Entwicklung.“¹² Eckpunkte der Agenda 21 sind „die dauerhafte Erhaltung der Gesundheit, der Produktivität, des Schutzes unserer natürlichen Lebensgrundlagen, der Gerechtigkeit, der Beteiligung aller Betroffenen an Entscheidungen, des freien Handels und des Friedens.“¹³

Die Agenda 21 verlangt die Beteiligung aller Gruppen der Gesellschaft. Insbesondere müssen auch Jugendliche beteiligt werden, die von Entscheidungsprozessen meist ausgeschlossen sind: „Jugendliche sind von Entscheidungen der Älteren mit am nachhaltigsten betroffen, gleichzeitig aber durchaus in der Lage, eigene Vorstellungen zu entwickeln.“¹⁴ Beteiligung und Mitentscheidung können dazu dienen, mehr Demokratie zu verwirklichen.

Kap. 25 der Agenda 21 stellt dar, dass annähernd 30% der Weltbevölkerung Jugendliche sind. Aufgrund dieser Zahlen wird die Forderung formuliert: „Die Einbeziehung der heutigen Jugend in umwelt- und entwicklungspolitische Entscheidungsprozesse und ihre Beteiligung an der Umsetzung von Programmen ist mitentscheidend für den langfristigen Erfolg der Agenda 21.“¹⁵

Das Programm sieht als Handlungsgrundlage: „Es ist zwingend erforderlich, dass Jugendliche aus allen Teilen der Welt auf allen für sie relevanten Ebenen aktiv an den Entscheidungsprozessen beteiligt werden, weil dies ihr heutiges Leben beeinflusst und Auswirkungen auf ihre Zukunft hat. Zusätzlich zu ihrem intellektuellen Beitrag und ihrer Fähigkeit bringen sie einzigartige Ansichten ein, die in Betracht gezogen werden müssen. Ziel ist dabei, dass jedes Land in Absprache mit seiner Jugend und deren Organisationen einen Prozess in Gang bringt, der den Dialog zwischen der Jugend und der Regierung auf allen Ebenen fördert, und Mechanismen einsetzt, die der Jugend den Zugriff auf Informationen ermöglichen und ihr Gelegenheit gibt, ihre Ansichten zu Regierungsentscheidungen - einschließlich der Umsetzung der Agenda 21 - darzulegen.“¹⁶

„Die Regierungen sind also gehalten, die Meinung der Jugend einzuholen und sie an Entscheidungen teilhaben zu lassen, welche die Umwelt betreffen. Während der ganzen Schulzeit müssen die Kinder auch in bezug auf Umwelt und nachhaltige Entwicklung unterrichtet werden.“¹⁷ Diese Ausführungen zeigen auf die Möglichkeit einer Verbindung von Planung und Schule hin. Es wird aber auch aufgezeigt, wie die Einbindung von Kindern und Jugendlichen unabhängig von verbindlichen Planungen erfolgen kann.

„Lokale Agenda 21 und die Zielvorstellung einer zukunftsbeständigen Entwicklung von Gemeinden haben in hohem Maße, wenn auch nicht ausschließlich, mit städtebaulicher Entwicklung zu tun.“¹⁸ Längst umfasst „Städtebau“ nicht nur mehr baulich-architektonische Gestaltungsaspekte, sondern auch soziale und wirtschaftliche Fragestellungen und die unterschiedlichen Abhängigkeiten.

5.2 Mitreden - Formen der Kinder- und Jugendlichenbeteiligung

Mittlerweile haben sich in der Praxis bei der Beteiligung im politischen Bereich die unterschiedlichsten Formen herausgebildet, mit denen junge Menschen zur Mitarbeit motiviert werden sollen. Dabei lassen sich einige regionale Schwerpunkte erkennen:

In Baden-Württemberg sind die Jugendgemeinderäte eine weitverbreitete Form. In den nördlichen Bundesländern wird die offene Form angewendet, während es in Schleswig-Holstein ganz unterschiedliche Modelle gibt.¹⁹



Quelle: Rheinland-Pfalz vom 7.9.98

Auch in Rheinland-Pfalz wurden in den letzten Jahren Jugendgemeinderäte und andere Beteiligungsprojekte ins Leben gerufen, die beispielhaft aufgeführt werden. Insgesamt steht Rheinland-Pfalz jedoch noch am Anfang der Entwicklung.

Prinzipiell lassen sich verwaltungszentrierte, projektbezogene, offene und parlamentarische Formen unterscheiden.

5.2.1 Verwaltungszentrierte Formen

Bei den verwaltungszentrierten Formen vertreten Erwachsene die Belange der Kinder und Jugendlichen, da die verwaltungspolitischen Entscheidungen und Handlungsmuster zu komplex sind. Haupt- und ehrenamtliche Vertreterinnen und Vertreter setzen sich daher für die jungen Menschen ein. Zu den Modellen werden gerechnet: Kinderbeauftragte, Kinderanwalt, Kinderkommissionen und Kinderbüros.

Sie werden von der Kommune oder von freien Trägern eingerichtet. Ihre wichtigste Aufgabe ist es „niedrigschwellige, kindgerechte Ansprechstellen zu sein und in parteilicher Form die Interessen von Kindern und Jugendlichen zu vertreten. Sie sollen eine kontinuierliche Partizipation von Kindern und Jugendlichen sichern.“²⁰

Die Integration in bestehende Strukturen soll garantieren, dass die Wünsche der Kinder und Jugendlichen in den Verwaltungsablauf eingebunden werden. Der Nachteil dabei ist, dass sie auch in die Verwaltungsabläufe und Sachzwänge eingebunden sind. Sind sie bei freien Trägern angesiedelt, so sind sie unabhängiger von der Verwaltung, aber haben auch weniger Einfluss.

Hauptmerkmal dieser Form ist, dass sie eine Politik für Kinder fördern will, nicht jedoch eine Politik mit Kindern. Hier liegt auch der Hauptkritikpunkt. 1998 gab es in Rheinland-Pfalz „vier Kinderbüros: in Kaiserslautern, Koblenz, Trier und Puderbach. Kinderbeauftragte gab es in Puderbach und Deidesheim.“²¹

5.2.2 Projektbezogene Formen

Bei diesen Formen geht es darum, Kinder und Jugendliche in Projekte zu integrieren und auf eine unkomplizierte Weise ihre Meinungen und Wünsche zu erfahren. Meist sind konkrete Projekte innerhalb der Gemeinde der Auslöser für ein solches Vorgehen. Zu dieser Form gehört auch der empirische Teil der Arbeit und es werden dazu unter Punkt 5.3 verschiedene Methoden vorgestellt.

5.2.3 Offene Formen

Bei dieser Art der Beteiligung erhalten die Kinder und Jugendlichen an einigen Terminen im Jahr die Möglichkeit, mit Politikerinnen und Politikern und der Verwaltung ins Gespräch zu kommen. Eine Teilnahmebeschränkung gibt es dabei nicht. Es wird versucht, mittels einer möglichst kindgerechten Form mit den Kindern und Jugendlichen ins Gespräch zu kommen. Die Teilnahme steht allen offen und es gibt weder thematische Einschränkungen noch sonstige Regularien.



Quelle: Eigenes Archiv

Beispiele dafür sind: Runde Tische für Kinder, Bürgermeistersprechstunde, Kinder-/Jugendforum. Diese Form setzt voraus, dass sich junge Menschen gut, öffentlich und in einer größeren Runde artikulieren können, erlaubt aber auch viel Spontaneität. Ein Kritikpunkt bezieht sich auf die Länge der Prozesse, die bei einer unregelmäßigen Teilnahme nicht verfolgt werden können.

Die Umsetzung von Vorschlägen hängt wesentlich von der Bereitschaft der Politiker ab. Um eine gewisse Verbindlichkeit zu erreichen, sollten Anträge zu Projekten gefasst werden und auch die Bildung von Ausschüssen ist sinnvoll, in denen einzelne Kinder die Prozesse weiterverfolgen können. Die Kinder sollten auch von der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister über den Verlauf derselben unterrichtet werden.

Das Kinder- und Jugendzentrum Speyer erprobt seit 1996 die Partizipation von Kindern und Jugendlichen durch Kinder- und Jugendkonferenzen, einem Mailboxsystem, Projekten und Anhörungen. Die Einladung zu den Stadtteilkonferenzen erfolgt durch Handzettel. Anträge werden in den Jugendhilfeausschuss weitergeleitet. 1997 gab es in Rheinland-Pfalz 8 Kinder- und Jugendforen. ^{21a}



Quelle: Kinder- und Jugendzentrum Speyer

5.2.4 Parlamentarische Formen

Kinderparlamente und Jugendgemeinderäte werden zu der parlamentarischen Form gerechnet. Es ist die Form, die den Erwachsenen geläufig ist, da Kinder und Jugendliche ebenso wie sie wählen und ihre Abgeordneten in ein Parlament delegieren.

Die Initiative geht meist von der Verwaltung und der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister aus. Das Wahlverfahren orientiert sich an den Kommunalwahlen und die Wahlperiode beträgt meist zwei Jahre.

Wählen dürfen alle Kinder einer Gemeinde oder auch eines Stadtteiles. Das Wahlalter wird dabei oft vorgegeben. Um eine möglichst hohe Wahlbeteiligung zu haben, wird die Wahl auch an Schulen durchgeführt, was den Nachteil hat, dass damit die Freiwilligkeit eingeschränkt ist. Nach Einschätzung von M. Herrmann lässt sich das Ziel einer Motivation und Mobilisierung von Jugendlichen mit Jugendgemeinderäten nur bedingt erreichen. Jugendliche mit einfacher Schulbildung und einem geringen Artikulationsvermögen sind bei dieser Partizipationsform meist benachteiligt.²² Damit kommen Kinder und Jugendliche als Vertreterinnen und Vertreter in die Parlamente, die sich gut artikulieren können und die dann die Möglichkeit haben demokratische Instrumente, Strukturen und Arbeitsweisen kennenzulernen. Nach Einschätzung von M. Herrmann sind Jugendgemeinderäte weit weniger effizient als erhofft. Einen Jugendbeirat, der vom Kreistag eingesetzt wurde, gibt es in Altenkirchen seit 1995. Er setzt sich zusammen aus Schülerinnen und Schülern der weiterführenden Schulen des Kreises Altenkirchen. Die Vertreterinnen und Vertreter der Schüler müssen mindestens 13 Jahre alt sein und werden auf zwei Jahre gewählt. Bei den sechs Treffen im Jahr werden die Jugendlichen durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Jugendamtes unterstützt. Der Beirat soll gehört werden bevor der Kreistag sich mit jugendrelevanten Themen beschäftigt.²³

Für die Arbeit im stadtplanerischen Bereich bietet sich eine projektbezogene Beteiligung an, die zusammen mit örtlichen Gruppen z.B. dem Jugendgemeinderat durchgeführt werden kann. Hier ist auch der Einfluss der Erwachsenen am geringsten.

5.3 Mitplanen - Methoden der Kinder- und Jugendlichenbeteiligung

5.3.1 Anforderungen an die Methoden

An wissenschaftliche Methoden werden verschiedene Anforderungen gestellt. Zu den zentralen Kriterien gehören Objektivität, Zuverlässigkeit (Reliabilität) und Gültigkeit (Validität).²⁴ Diese wissenschaftlichen Anforderungen, sind jedoch im Hinblick auf die planungspraktischen Anforderungen, die im Vordergrund der Untersuchung stehen und auf die Anwendbarkeit der Methoden kritisch zu betrachten. Dies bedeutet, dass nicht alle Kriterien erfüllt werden müssen, sondern dass vielmehr planungsrelevante Kriterien zusätzlich herangezogen werden.

5.3.1.1 Wissenschaftliche Anforderungen

Objektivität

„Die Objektivität des Forschungsverfahrens bezeichnet die intersubjektive Nachprüfbarkeit der Ergebnisse. Sie ist nach Kleining bei qualitativen Verfahren dann gegeben, wenn der Forschungsvorgang nach den Regeln der Nachprüfbarkeit durch Dritte dokumentiert ist und wenn der Zusammenhang zwischen der Interpretation der Daten und den Daten selbst durch Dritte nachvollziehbar ist.“²⁵

Objektivität von Methoden erfordert die Trennung von Sach- und Wertebenen, da nur auf der Sachebene dem Anspruch auf Objektivität Rechnung getragen werden kann. Die Wertebene lässt sich allenfalls in Bezug auf die formal korrekte Anwendung von Bewertungsmethoden überprüfen.

Verlässlichkeit

„Führt das Forschungsvorhaben bei wiederholter Anwendung oder wenn es durch Dritte angewendet wird, zum gleichen Ergebnis, dann und dem Maße wird es als verlässlich (reliabel) bezeichnet. Kleining, der in Mussel zitiert wird, sagt dazu „Verlässlichkeit kann deswegen z.B. bei qualitativer Sozialforschung nur nach Abschluss des Such- und Findungsprozesses geprüft werden.“²⁶

Dieses Kriterium wird daher auch für die Methoden der Kinder und Jugendlichenbeteiligung nur bedingt relevant sein, da davon auszugehen ist, dass zwar die Bedürfnisse ähnlich sind, die Ergebnisse bei erneuter Anwendung aber variieren.

Gültigkeit

„Validität bedeutet, dass das Instrument tatsächlich misst, was es zu messen beansprucht.“²⁷ Zieht man hier wiederum die qualitative Sozialforschung heran, so ist ein Vergleich nur mit internen Daten möglich, während bei der quantitativen auch externe Daten herangezogen werden. Für die Planungswissenschaft ist aus meiner Sicht ein Heranziehen von externen Daten zur Überprüfung der Ergebnisse sinnvoll. Bezogen auf die Herausarbeitung der Anforderungen an die Planung bedeutet dies, dass die zu erfassenden Bedürfnisse in einem eindeutigen Zusammenhang mit den vorhandenen Umweltbedingungen stehen, da ansonsten eine planerische Beeinflussung nicht möglich ist.

Gültigkeitsbereich

Forschung besteht in der Diagnose und Erklärung objektiver Gegebenheiten in der Außenwelt. Die qualitative Sozialforschung definiert den Bereich für den ihre Erkenntnisse gültig sein sollen, nach seiner strukturellen Ähnlichkeit.²⁸ Strukturelle Ähnlichkeiten können in der Planungswissenschaft alle zukünftigen Neubaugebiete betreffen.

Übertragbarkeit

„Die Übertragbarkeit der Ergebnisse hängt vom Grad der strukturellen Ähnlichkeit zwischen den Forschungssituationen und vorfindbaren Kommunikationsstrukturen in der sozialen Wirklichkeit ab.“²⁹ Gruppen sollen daher keine künstlichen Gebilde sein, sondern nach Nießen Realgruppen. Davon kann bei der vorgenommenen Gruppeneinteilung ausgegangen werden. Es handelt sich dabei nicht um Realgruppen, sondern Gruppen, die einen gemeinsamen Erfahrungshintergrund haben. Dies trifft dann zu, wenn homogene Altersgruppen gebildet werden, da davon auszugehen ist, dass diese über einen ähnlichen Erfahrungs- und Wissensstand verfügen.

Nachvollziehbarkeit

„ Als ein weiteres Kriterium, dem eine wissenschaftliche Methode gerecht werden soll, wird verschiedentlich die Nachvollziehbarkeit genannt.“³⁰ Es handelt sich hierbei aber eher um ein nachgeordnetes Kriterium, das in gleicher Weise auch für den Prozess der Bewertung und Konzeptentwicklung gelten kann.

Die Nachvollziehbarkeit einer Beteiligungsmethode lässt sich unter formalen und materiellen Aspekten diskutieren. Zu den formalen Aspekten gehören die allgemeine Lesbarkeit, der Aufbau, die Struktur, die Dokumentation und die Präsentation der Ergebnisse. Der materielle Aspekt bezieht sich auf die Transparenz des Vorgehens. Dazu gehört z.B. die Offenlegung der Annahmen und Datengrundlagen.

Interviewer/-inneneinfluss

Dieses Problem tritt in jedem Forschungsprojekt auf. In dem vorliegenden Projekt wurde dies insoweit relativiert, als für jede Altersstufe eine Betreuung, bestehend aus mehreren Personen, zur Verfügung stand und damit keine Fixierung auf eine Person stattfinden konnte. Die Ergebnisauswertung aus den einzelnen Gruppen wurden nicht den Teilnehmenden zur Evaluation zurückgegeben, aber die Modellbaubeiträge in der Gruppe zur Diskussion gestellt und überprüft. Weiterhin wurden die Ergebnisse mit vorhandenen Forschungsergebnissen abgeglichen.

5.3.1.2 Planungspraktische Anforderungen

Eine Methode, die diesen Kriterien Rechnung trägt, ist noch nicht geeignet, für die Planungspraxis und für die Altersgruppe der Kinder und Jugendlichen. Unter planungspraktischen Erfordernissen ist zu verstehen

- „der Problembezug der Untersuchung,
- die Handhabbarkeit der Methode und
- die Eingrenzung der Inhalte auf den disziplinären Aufgabenbereich.“^{30a}

Eine wesentliche Voraussetzung für ein problemorientiertes Vorgehen ist eine präzise und umfassende Zweckbestimmung der Methode. Diese Zweckbestimmung sollte dabei im weiteren Verlauf der Untersuchung immer wieder überprüft werden. Diese Ausrichtung stellt sicher, dass auch die Auswertung und Analyse der Daten in der notwendigen Untersuchungsschärfe erfolgt.

Die Handhabbarkeit der Methode wird durch den inhaltlichen Detaillierungsgrad und durch die Art und Weise der Erfassung und des Meßniveaus bestimmt. Es gilt daher, diese Faktoren für den jeweiligen Einsatz so festzulegen und aufeinander abzustimmen, dass mit einem möglichst geringen Arbeitsaufwand optimale Untersuchungsergebnisse erzielt werden können.

In engem Zusammenhang mit dem Problembezug und der Handhabbarkeit der Methode und deren Auswertung, über diese aber hinausreichend, steht die Eingrenzung der Inhalte auf den planerischen Aufgabenbereich. Zwar wäre es unter dem Gesichtspunkt der Ganzheitlichkeit wichtig, alle Aspekte in die Auswertung einfließen zu lassen, dies würde jedoch eine einzelne Disziplin überfordern.

Aus diesem Grunde werden auch an eine Methode, die mit Kindern und Jugendlichen arbeitet, weitere Anforderungen zu stellen sein.

Anwendbarkeit auf alle Altersstufen

Wichtig für die projektbezogene Arbeit ist es den Einsatz der Methode zu einem möglichst frühen Zeitpunkt in die Planung einzubeziehen bzw. Kindern und Jugendlichen zu ermöglichen ihre Ideen und Wünsche zum Ausdruck zu bringen.

Spielerischer und kindgerechter Umgang

Gerade für die jüngeren Kinder muss eine ihrem geistigen und körperlichen Entwicklungsstand angemessene Methode zur Anwendung kommen, da sie komplizierte Sachverhalte noch nicht erfassen können. Zudem muss davon ausgegangen werden, dass sie erst ab einem gewissen Erfahrungsschatz eine kritische Auseinandersetzung mit der Umwelt führen können.

Beteiligte

Bei der Beteiligung sollten sich möglichst viele Kinder mit einem Thema beschäftigen, um dadurch vielfältige Ergebnisse zu erhalten und die Überprüfung auf eine breite Basis zu stellen.

Artikulation

Gerade im städtischen Raum weisen Klassen einen hohen Ausländeranteil auf. Diese Kinder, die häufig Sprachprobleme haben, sollen ebenso die Möglichkeit erhalten, ihre Wünsche und Vorstellungen einzubringen, wie schüchterne Kinder und solche, deren verbale Ausdrucksmöglichkeiten noch gering sind.

Verzicht auf Methoden der Erwachsenenbeteiligung

Die Methoden und Verfahren der Erwachsenenbeteiligung setzen ein systematisches und logisches Denken voraus. Die Prozesse sind mit längeren Sitzungszeiträumen verbunden. Erst Jugendliche sind jedoch in der Lage über längere Zeiträume einer intensiven Diskussion zu folgen. Die Methode muss daher für kürzere Zeiträume geeignet sein. Durch diese Anforderung wurden bereits zu Beginn verschiedene Methoden aus der weiteren Bearbeitung ausgeschlossen.

Die **Planungszelle** (Dienel), die im Kapitel der Erwachsenen-sensibilisierung vorgestellt wurde, wurde wegen der Kosten und der willkürlichen Zusammensetzung sowie damit verbundener Schwierigkeiten einer Übertragbarkeit nicht in die Untersuchung einbezogen.

Runde Tische sind nur für kleinere Gruppen anwendbar und nicht geeignet, umfangreiche Erkenntnisse über die verschiedenen Altersgruppen zu erlangen.

Foren, die alle 3-4 Wochen tagen, sind sehr kopflastig³¹ und eine Methode, die eher für Erwachsene geeignet ist. Ausgeschlossen wurde auch das klassische Repertoire der Bürgerbeteiligung nach den gesetzlichen Vorschriften des Baugesetzbuchs.³² Damit lassen sich die noch verbleibenden Methoden einteilen in:

1. sozialwissenschaftliche und pädagogische Methoden; dazu zählen Protokoll, Interview, Fragebogen, Rollenspiel und Gruppendiskussion,
2. konventionelle Methoden, dazu gehören Unterrichtsprojekte,
3. neuere Methoden wie Videofilme, Spurensicherung und Modellbau.³³

Dabei wird keineswegs der Anspruch erhoben, alle umfassend darzustellen. Die Methoden werden nachfolgend beschrieben und ihre Wirksamkeit bzw. Einsatzmöglichkeit eingestuft.

5.3.2 Sozialwissenschaftliche und pädagogische Methoden

5.3.2.1 Protokoll

Um die Eindrücke der Kinder und Jugendlichen näher zu erläutern, können die bei Begehungen oder im Modellbau gemachten Erfahrungen schriftlich fixiert werden. Daneben bietet sich aber auch die Möglichkeit,

Meiner Meinung nach war der Zeitrahmen gut bedacht. Die Vorgaben zu den einzelnen Baugebieten waren jedoch zu ausführlich, so daß die eigene Kreativität stark eingeschränkt war. Die anschließende Diskussion war zu einseitig. Die Materialvorgaben waren positiv, so daß wir unsere Ideen mit dem vorhandenen Material verwirklichen konnten. Der Modellbau hat mir sehr viel Spaß gemacht, da man nun die Theorie einmal umsetzen konnte. Ich glaube jedoch nicht, daß unsere Ideen verwirklicht werden, da die Struktur des Baugebiets schon ziemlich festgelegt ist.

- Die Idee an sich, finde ich gut. Legt den Bäuern die Freiheit selbst zu bestimmen wie sein Umfeld gebaut wird.
- Die Idee selbst war sehr interessant, sie gibt uns das Gefühl, daß unsere Meinung berücksichtigt wird.
- Ich finde aber auch, daß die Meinungen der einzelnen Beteiligten besser berücksichtigt werden sollte. Nicht, daß man nicht für den Bau sein eigenes Material, dafür nicht bekommt.
- Die Anzahl der Mitarbeiter (3) war optimal.

Quelle: Handschriftliche Texte von Schülerinnen

dass Planerinnen und Planer die Beobachtungen bei dem Projektablauf schriftlich fixieren. Ohne konkrete Fragestellung an die Kinder und Jugendlichen ist bei Protokollen mit Interpretationsschwierigkeiten zu rechnen.

5.3.2.2 Befragung

„Zweifelloos stellt die Befragung das weitaus am häufigsten eingesetzte Datenerhebungsinstrument dar, sei es in mündlicher Form als Interview, sei es als schriftliche (postalische) oder telefonische Befragung“.³⁴

Man unterscheidet zwischen standardisierter Befragung, bei der alle Befragten die gleichen Fragen erhalten, teil-standardisierter und nicht-standardisierter Befragung, die ohne Fragen auskommt.

Von der Befragung schlechthin kann nicht gesprochen werden, vielmehr weisen die einzelnen Varianten nochmals Besonderheiten auf. Bei den hier vorgestellten Varianten wird unterschieden zwischen dem Interview, bei dem Kinder interviewen und der Fragebogenbefragung, die Erwachsene mit Kindern durchführen.

Interview

„Das Interview stellt wohl die wichtigste mündliche Befragungsart dar. Dabei sind verschiedene Grade der Standardisierung denkbar. Während beim nicht-standardisierten Interview überhaupt kein Fragebogen verwendet wird, also sowohl die Frageformulierung als auch die Abfolge der Fragen dem Interviewer überlassen wird, liegt ein solcher beim teil-standardisierten Interview vor.“³⁵

Die Reihenfolge der Fragen ist dabei nicht fixiert, sondern entwickelt sich aus dem Gesprächsablauf. Beim standardisierten Interview hält man sich strikt an die Vorgaben.

Beispiel für eine Interviewdurchführung

Nach einem Vorgespräch mit dem Planer / der Planerin oder dem Moderator / der Moderatorin ziehen die Kinder in ihrem Dorf oder ihrer Stadt mit Mikrophon und Kassettenrekorder los und interviewen Kinder über ihr Spielverhalten oder ihre Lieblingsorte. Sicherlich wird dabei nicht der wissenschaftliche Anspruch an ein Interview eingehalten werden, trotzdem werden dadurch zahlreiche Informationen gesammelt, die ohne Zweifel einer Interpretation bedürfen. Kinder erleben ihre Umwelt auf ihre Weise. Sie müssen sich jedoch erst ihrer Wünsche bewusst werden und sie auch gegenüber anderen äußern.³⁶ Mit der Methode des Interviews können sie spielerisch über ihre Erfahrungen berichten und entdecken so ihre Umgebung neu. Gleichzeitig stellt das Interview eine Herausforderung dar und stärkt das Selbstbewusstsein der Kinder. Interviews werden z.B. von Prof. Stange in dem Forschungsprojekt zur Dorferneuerung des Bundes angewendet.

Fragebogen

„Ein Fragebogen ist ein Datenerhebungsinstrument, das aus einer Kollektion von Fragen besteht, mittels derer Informationen gewonnen werden sollen, welche gemäß dem „theoretischen Vorspann“ einer empirischen Untersuchung benötigt werden. So gesehen ist ein Fragebogen nichts anderes als die Übersetzung der einer Untersuchung zugrunde liegenden Forschungsprobleme in Fragen.“³⁷ Es lassen sich dabei gewisse formale Kriterien bezüglich der Fragen und der Gestaltung des Fragebogens formulieren. Fragen sollen einfach und kurz sein, sich auf konkrete Sachverhalte beziehen, dem Sprachniveau des Befragten angepasst sein, keine Suggestivfragen sein, neutral formuliert sein, keine hypothetischen Formulierungen enthalten, einen Sachverhalt einschließen, keine doppelte Verneinung beinhalten und den Befragten nicht überfordern. Darüber hinaus sollten die Fragen formal balanciert sein und eindeutige Wörter enthalten. „Für den Entwurf eines Fragebogens steht nun genauso wenig wie für die Formulierung eine einzelne Theorie zur Verfügung. Es gibt also keine wissenschaftlichen Prinzipien, deren Befolgung einen „optimalen“ Fragebogen garantieren, Fragebogendesign ist eher als „Kunst“ denn als Wissenschaft zu verstehen.“³⁸

Es lassen sich im Fragebogen Einleitungsfragen, die für ein positives Klima sorgen sollen und Übergangsfragen, die zwischen den Themenkomplexen überleiten sollen, unterscheiden. Fragen sollten zu Themenbereichen zusammengefasst werden.

Ausgehend von den o.g. Kriterien und Empfehlungen wurde ein Fragebogen entwickelt. Fragebögen bieten die Möglichkeit sich intensiv mit einem Thema zu beschäftigen. Diese Methode ist stark Erwachsenen orientiert und damit erst ab einer bestimmten Altersgruppe möglich. Innerhalb der Untersuchung wurde ergänzend zum Modellbau eine Befragung der Kinder und Jugendlichen vorgenommen, um weitere Informationen über Freizeitverhalten und Bedürfnisse zu erhalten, die in die Planung integriert werden sollen. Insgesamt waren an der Befragung 22 Kinder und Jugendliche beteiligt (8 Mädchen und 14 Jungen ab 12 Jahren). Die nachstehenden Fragen waren zu beantworten.

5.3.2.4 Gruppendiskussion

Gruppendiskussion ist ein Verfahren der qualitativen Sozialforschung. In Gruppendiskussionen werden Daten unter der Bedingung sozialer Kontrolle, d.h. Gruppenkontrolle, erhoben. Hier besteht der Ansatz, dass neben einer größeren Entsprechung zwischen Methode und sozialer Wirklichkeit sich das Verhältnis zwischen Forschenden und den an der Forschung Teilnehmenden in der Form verändert, dass diese als gleichwertige Partner/-innen am Forschungsprozess teilnehmen.³⁹ Dieser Ansatz kann für die Planungswissenschaften voll unterstützt werden.



Quelle: Kreisverwaltung Mainz-Bingen

5.3.3 Konventionelle Methode - Unterrichtsprojekte

Die Einbindung in den schulischen Bereich bieten die Möglichkeit, viele Kinder und Jugendliche zu erreichen und auch innerhalb einer Altersgruppe zu arbeiten. Gleichzeitig kann hier auf die unterschiedlichen Entwicklungsstufen der Kinder besser eingegangen werden als bei gemischten Altersstufen. Es wird auch die Dominanz einer Altersgruppe ausgeschlossen. Die Leistungen der verschiedenen Gruppen sind dadurch gut vergleichbar und übertragbar.

5.3.4 Neuere Methoden

5.3.4.1 Spurensicherung

Herrenknecht entwickelte eine Methode zur Dorfanalyse, die über eine Befragung von Schlüsselpersonen, die Sammlung von sachlichen Materialien, teilnehmende Beobachtung bis zur Dokumentation von Sachverhalten reicht.

Dieses zunächst nur erwachsenenspezifische Verfahren wird durch die Spurensicherung auch für Kinder und Jugendliche interessant. Hierbei können sich Jugendliche mit ihrem eigenen Lebensort auseinandersetzen, d.h. mit ihrer räumlichen und materiellen Alltagssituation und ihren sozialen und biographischen Rahmenbedingungen.^{39a}

Dieses Vorgehen wird häufiger bei Dorferneuerungsprojekten verwendet, um den Bestand zu untersuchen. Ebenso kann diese Methode für eine Positiv-Negativ-Betrachtung eines bestehenden Neubaugebietes eingesetzt werden, wie dies bei der vorliegenden Untersuchung geschieht.

Beispiel für die Spurensicherung

Als ein Beispiel soll das Projekt des Bundes Deutscher PfadfinderInnen, Landesverband Rheinland-Pfalz, mit seinem Spielmobil DiMiDo und einzelner Städten oder Gemeinden im Landkreis Bad Kreuznach genannt werden.

Hier sollten Kinder die Möglichkeit erhalten an dem Gestaltungsprozess ihrer Umgebung teilzunehmen. Insbesondere sollten jüngere Kinder erreicht werden, indem sie angeleitet wurden, als „Spürnasen“ ihre Gemeinde oder ihren Stadtteil zu erkunden. Im ersten Arbeitsschritt wurde eine Informationsveranstaltung abgehalten, um für das Thema zu werben. Im nächsten Schritt untersuchten die Kinder in kleinen Gruppen die Spiel- und Verkehrssituation in ihrer näheren Umgebung.

In einer Abschlussveranstaltung wurden die Ergebnisse dieser Stadtteil-erkundungen präsentiert und mit den politisch Verantwortlichen diskutiert. Die Versammlung entschied sich für kurzfristig machbare Maßnahmen, die später von Kindern und Erwachsenen gemeinsam realisiert werden (sollen).⁴⁰

5.3.4.2 Zukunftswerkstätten

Eine offiziell verbindliche Definition über den Begriff der Zukunftswerkstätten gibt es nicht. Robert Jungk und Norbert R. Müllert, auf die die Zukunftswerkstatt zurückgeht, geben als einen der Kernsätze an: „Ein Forum, in dem sich Bürger gemeinsam bemühen, wünschbare mögliche, aber auch vorläufig unmögliche Zukünfte zu entwerfen und deren Durchsetzungsmöglichkeiten zu überprüfen, kann Zukunftswerkstatt sein.“⁴¹

Michael Lechler definiert Zukunftswerkstätten als eine „Methodenkombination und Veranstaltungsform, die es Menschen ermöglicht, ihren Beitrag zur Gestaltung von künftigen Verhältnissen selbst zu erarbeiten, anstatt dies bloß den offiziell zuständigen Fachleuten und Repräsentanten zu überlassen.“⁴² Die Arbeit mit Zukunftswerkstätten findet seit nunmehr fast drei Jahrzehnten statt und wird mittlerweile auf unterschiedliche Teilnehmerinnen- und Teilnehmergruppen und Themen angewendet. Es hat sich ein Grundmodell mit drei aufeinander aufbauenden Hauptphasen herausgebildet. Die Zukunftswerkstatt gliedert sich üblicherweise in drei Phasen: Einstiegs-, Phantasie,- und Umsetzungsphase. Diese Methodenkombination kann sowohl für Erwachsene als auch für Kinder angewendet werden.

Zukunftswerkstätten können dabei sowohl bei Einzelprojekten als auch für größere Planungsgebiete angewendet werden.

5.3.4.3 Modellbau

Da im Planungsbereich immer dreidimensionale bzw. gebaute Ergebnisse entstehen, stellt der Modellbau einen starken Praxisbezug dar. Sowohl von Roger Hart, Tony Gibson als auch von der Universität Berlin in Zusammenarbeit mit der Stadt Herten, wurde der Modellbau als Methode in unterschiedlicher Form angewendet und untersucht. Wie Stange feststellt, „legt die Modellbauorientierung die Brauchbarkeit der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen nahe.“⁴³

Auf das Projekt der Stadt Herten wurde bereits in Kap. 1 hingewiesen und soll an dieser Stelle nicht nochmals ausgeführt werden.

5.4 Kritische Beurteilung bzw. Wirksamkeit der Methoden

Im nächsten Schritt werden die Grenzen der einzelnen Methoden aufgezeigt, die nach den eingangs festgelegten planerischen Kriterien überprüft wurden.

Protokoll

Protokolle können von Kindern erst ab etwa der dritten Klasse erstellt werden, und auch dann ist das Ergebnis nicht sehr ergiebig, da noch keine längeren Texte geschrieben werden. Diese Form ist weder kindgerecht noch spielerisch, sondern an der Erwachsenenbeteiligung orientiert. Allerdings können viele Kinder und Jugendliche in einem kurzen Zeitrahmen beschäftigt werden. Es wird außerdem eine gute Artikulationsfähigkeit vorausgesetzt.

Interview

Die Methode „Kinder interviewen Kinder“ ist bereits in den jüngeren Altersgruppen möglich. Die Ergebnisse bedürfen jedoch der Interpretation. Der Aufwand der Dokumentation ist für eine wissenschaftliche Auswertung hoch, da viel Zeit investiert werden muss, um zahlreiche Kinder zu beteiligen.

Fragebögen

Diese Methode ist vor allem in den jüngeren Altersstufen schwierig in der Handhabung, da die Fragen sehr präzise formuliert werden müssen und Interpretationsmöglichkeiten auszuschließen sind. Die Auswertung nimmt viel Zeit in Anspruch. Es ist möglich viele Kinder und Jugendliche einzubinden und damit auch die Ergebnisse objektiv und nachprüfbar zu erstellen. Die Methode ist sehr stark an der Erwachsenenbeteiligung orientiert. Als Ergänzung zu anderen Methoden bietet sich hier eine weitere Informationsquelle, die insbesondere in den höheren Altersstufen Aufklärung über das Freizeitverhalten bringen kann. Als alleinige Informationsquelle ist sie nicht geeignet.

Rollenspiel

Diese Methode ist in allen Altersstufen anwendbar, äußerst kindgerecht und spielerisch, aber mit einer geringen Zahl von Beteiligten verbunden. Es wird außerdem eine große Artikulationsfähigkeit vorausgesetzt, was

wiederum bei Kindergartenkindern noch schwierig sein kann. Probleme werden bei der Übertragbarkeit auf planerische Themen und den Untersuchungsaufwand gesehen.

Gruppendiskussion

Gruppendiskussion ist ein Verfahren der qualitativen Sozialforschung. Die Gruppendiskussion bietet für alle Altersgruppen die Möglichkeit der Beteiligung. Damit können Ergebnisse auch auf ihre Bedeutung innerhalb der Gruppe überprüft werden.

Unterrichtsprojekte

Hier bietet sich der Vorteil, dass bereits eine größere Anzahl von Kindern der selben Altersstufe vorhanden ist. Die Inhalte können daher ganz auf die jeweilige Jahrgangsstufe abgestimmt werden. Auch wird ein Vorteil darum gesehen, dass über die Schule oder den Kindergarten längerfristig in dem Bereich gearbeitet werden kann. Unterrichtsprojekte sind weniger als Methode denn als Möglichkeit einer effektiven Einbindung von Kindern und Jugendlichen zu betrachten.

Spurensicherung

Die Spurensicherung bietet die Möglichkeit mit verschiedenen Methoden zu arbeiten. Zeitgleich können sich viele Kinder mit ihrer bekannten Umgebung auseinandersetzen und die Erkenntnisse können auf Neuplanungen übertragen werden. Es handelt sich um eine kindgerechte und spielerische Vorgehensweise, da alle Altersstufen gerne Detektiv spielen. Allerdings ist auch hier eine gute Artikulationsfähigkeit Voraussetzung, um zu Ergebnissen zu kommen. Die Spurensicherung wird von Jugendlichen nach meiner Erfahrung positiv aufgenommen. Sie können sich in einem bekannten Rahmen bewegen und sich mit diesem auseinandersetzen. Dies liegt zum einen sicher daran, dass Jugendliche entgegen der landläufigen Meinung sehr wohl am Kommunalgeschehen interessiert sind, zum anderen aber auch daran, dass die angesprochenen Orte mit individuellen Alltagserlebnissen verbunden sind. Darauf aufbauend können gemeinsam Ansätze zur Lösung von Problemen entwickelt werden.

Zukunftswerkstätten

Zukunftswerkstätten bieten die Möglichkeit mit verschiedenen Methoden zu arbeiten. Durch ihren Aufbau ist ein langsamer Einstieg in die Materie möglich. Sie können als Basis für eine Planungsbeteiligung angewendet

werden. Die Zukunftswerkstatt bietet bei der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen verschiedene Vorteile:

- ◆ Kinder in neue Themen einzuführen,
- ◆ Ausdauer zu lernen,
- ◆ Kreativität freizusetzen,
- ◆ sich ausdrücken zu lernen,
- ◆ in der Gruppe arbeiten zu lernen,
- ◆ Blickwinkel zu verändern.

Für die Planerinnen und Planer bietet sich die Chance:

- ◆ zielgruppenbezogen zu arbeiten,
- ◆ sich von Regelwerken zu befreien und spontane Ideen zu finden,
- ◆ zukünftige Nutzerinnen und Nutzer direkt in das Projekt einzubinden.

Modellbau

Die Überprüfung der Methoden auf die eingangs festgelegten Kriterien zeigt, dass lediglich beim Modellbau alle Altersstufen spielerisch einbezogen werden können. Gleichzeitig ist es möglich, eine größere Anzahl von Kindern und Jugendlichen und auch artikulationsschwache Kinder einzubinden.

Das Ergebnis zeigt, dass die sozialwissenschaftlichen und pädagogischen Methoden nur begrenzte Erfolge für die Planung erwarten lassen, aber zusätzliche Informationen liefern können. Die anderen Methoden, Gruppendiskussion, Spurensicherung, Zukunftswerkstatt und Modellbau, wurden auf die wissenschaftlichen Kriterien überprüft.

Gruppendiskussion

Mussel hat in ihrer Arbeit überprüft, ob die Kriterien, die für die quantitative Sozialforschung angewendet werden, auch auf die Gruppendiskussion anzuwenden sind. Sie kam zu dem Ergebnis, dass Objektivität auch für die Gruppendiskussion gültig ist, Verlässlichkeit als Bewertung der Gruppendiskussion abgelehnt wird, die Forderung der Gültigkeit (Validität) nur bedingt angewendet werden kann, da es zu formal erscheint. Repräsentativität wird ebenfalls als Kriterium für geeignet gehalten.

	Protokoll	Interview	Fragebogen	Rollenspiel	Gruppendiskussion	Unterricht	Spurensuche	Zukunftswerkstatt	Modellbau
Anwendbarkeit auf Altersstufen									
bedingt	X		X		X				
alle		X		X		X	X	X	X
Kindgerecht & spielerisch									
bedingt	X	X	X		X	X			
voll				X			X	X	X
Beteiligte									
geringe Anzahl	X	X		X					
hohe Anzahl			X		X	X	X	X	X
Artikulation notwendig									
grosse Artikulation	X	X	X	X	X	X	X		
geringe Artikulation									X
An Erwachsenen orientiert									
geringe Orientierung	X	X		X			X	X	x
hohe Orientierung			X		X	X			

Abb. Beurteilung bzw. Wirksamkeit der Methoden

Modellbau, Spurensicherung und Zukunftswerkstatt

Für die o.g. Methoden ist diese Forderung nach Objektivität und Repräsentativität nachzuvollziehen, da hier durch die Modelle usw. sichtbare Ergebnisse vorliegen. Videoaufnahmen und Diskussionsprotokolle vervollständigen dies. Verlässlichkeit als Bewertung ist nur eingeschränkt anwendbar, da im Modellbau auch bei einer Wiederholung mit anderen Ergebnissen zu rechnen ist, wobei jedoch die Grundstruktur der Bedürfnisse gleich ist. Da auch in Modellbau, Spurensicherung und Zukunftswerkstatt durch Gruppendiskussion gemeinsame Ergebnisse entstehen, wird das Kriterium Gültigkeit nur bedingt angewendet werden können.

6

Die empirische Untersuchung wurde so aufgebaut, dass zunächst in allen ausgewählten Altersstufen die verschiedenen Beteiligungsmethoden angewendet wurden, wobei der Schwerpunkt auf dem Modellbau lag.

Die Auswertung der Beteiligung wurde erst vorgenommen, nachdem alle Gruppen beteiligt worden waren. Mit diesem Vorgehen sollte eine Beeinflussung der Kinder und Jugendlichen aufgrund erster Arbeitsergebnisse ausgeschlossen werden.

6.1 Zielsetzung

Im Vordergrund der empirischen Untersuchung standen dabei folgende Ziele:

1. Die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen herauszuarbeiten.

In Kapitel 3 wurden die verschiedenen Altersstufen untersucht. Diese werden auch als Ausgangsbasis für die Beteiligung herangezogen. Damit können homogene Gruppen untersucht werden, die dann im nächsten Schritt untereinander verglichen werden, um festzustellen, ob eine und welche Entwicklung in den einzelnen Altersstufen stattfindet. Dabei wurde ein besonderer Schwerpunkt auf die getrennte Betrachtung und Auswertung der Aussagen von Mädchen und Jungen gelegt. Damit verbunden ist die Frage, inwieweit Kinder und Jugendliche überhaupt in der Lage sind, sich kritisch mit ihrem Umfeld auseinander zu setzen und dies zu äußern.

2. Die Anwendungsgrenze der Methoden für die verbindliche Bauleitplanung prüfen.

Mittels der empirischen Anwendung sollen die Methoden, bei denen die Kinder und Jugendlichen aktiv agieren konnten, auf ihre Anwendungsgrenzen überprüft werden. Da, wie in Kapitel 1 ausgeführt, bisher der Schwerpunkt der planerischen Beteiligung in bestehenden Gebieten durchgeführt wurde, sollte die Untersuchung die Varianten der Beteiligung in einem Neubaugebiet überprüfen. Dazu werden in Kap. 6.3 die

Untersuchungsinhalte näher ausgeführt. Die Arbeitsergebnisse werden anschließend kritisch diskutiert und theoretisch reflektiert, um ableitbare Planungsgrundsätze zu entwickeln.

3. Partnerschaften zwischen Schule und Planung herstellen.

Dahinter steht die Überlegung, dass Schule und Kindergarten einen nicht unerheblichen Einfluss auf Kinder und Jugendliche nehmen können, die dort viel Zeit verbringen. Die Einbindung des Projektes in den Schulalltag sollte zeigen, ob hier Kooperationspartnerschaften für eine Umwelterziehung geschlossen werden können und inwieweit dies von Planerinnen und Planern leistbar ist bzw. welche Voraussetzungen sie haben müssen.

6.2 Vorgehensweise

Die Arbeit steht im Zusammenhang mit zwei Forschungsprojekten, die als Ausgangsbasis dienten und von mir für das Finanzministerium und das Ministerium für Kultur, Jugend, Familie und Frauen in Rheinland-Pfalz durchgeführt wurden. Die vorliegende Untersuchung geht jedoch weit über diese Forschungsprojekte hinaus, stellt Partizipation in einen gesellschaftlichen und historischen Kontext und weist Möglichkeiten für zukünftige Handlungsfelder auf. Das Projekt wurde als Unterrichtsprojekt aufgebaut. Damit war der Vorteil verbunden, dass für eine Altersgruppe immer eine feste Anzahl von Kindern zur Verfügung stand. Bei einer Nachmittagsveranstaltung auf freiwilliger Basis hätte die Gefahr bestanden, dass zum einen der Personenkreis wechselt, zum anderen nur wenige Kinder daran teilgenommen hätten, was eine Übertragbarkeit und Auswertung erschwert. Die Einbindung in den Unterricht ermöglicht außerdem einen festen Zeitplan und bietet die Möglichkeit, auch weiterhin mit dem Thema zu arbeiten. Die Zukunftswerkstätten mit den Kindern und Jugendlichen fanden von Dezember 1996 bis April 1997 statt. Als Altersgruppe wurden die Vorschulkinder eines Kindergartens, die 3., 6., 9. und 12. Klasse ausgewählt. Die Klassenstärke variierte zwischen 13 und 28 Schülerinnen und Schülern. Für den Kindergarten wurde die Gemeinde Appenheim mit ca. 1.400 Einwohnern ausgewählt. Die 3. Klasse ist in Böhl-Iggelheim mit ca. 10.800 Einwohnern, die 6. Klasse an der Hauptschule in Landau mit ca. 40.000 Einwohnern, die 9. Klasse an der

Integrierten Gesamtschule in Kaiserslautern mit ca. 100.000 Einwohnern, die 12. Klasse ein Gymnasium in Neustadt mit 40.000 Einwohnern. Diese Klassenstufen korrespondieren mit den Altersgruppen aus Kapitel 3, in dem die einzelnen Stufen der Kindheit und die entsprechenden Fähigkeiten dargestellt wurden.

Die Gruppen sollten homogen sein, damit sie zum einen über den gleichen Erfahrungshorizont verfügen, zum anderen sollte keine Altersstufe über die andere dominieren, was zum Beispiel der Fall gewesen wäre, wenn Kindergartenkinder und 18-jährige gemeinsam über einen Bereich diskutiert hätten. Daneben sollten die Kinder und Jugendlichen auch aus unterschiedlichen Gemeinden bzw. Städten kommen. Es sollte geprüft werden, ob Schulart und Herkunftsort ihren Niederschlag auch in den Vorstellungen der Kinder und Jugendlichen haben. Die sozialen Verhältnisse der Kinder und Jugendlichen sollten nur dann betrachtet werden, wenn es zu offensichtlichen Übertragungen in die Planung führte. Aus forschungsökonomischen Gründen wurde die Untersuchung in Rheinland-Pfalz durchgeführt.

Es wird in Anlehnung an die Zukunftswerkstatt ein dreistufiger Aufbau der empirischen Untersuchung vorgenommen, die mit unterschiedlichen Methoden, die im Kapitel 5 auf ihre Eignung überprüft wurden, durchgeführt wurde.

6.2.1. Einstiegsphase

Die Einstiegsphase dient zum Kennenlernen, zur Sammlung von Informationen und Schaffung einer Vertrauensbasis zwischen den Kindern/Jugendlichen und der Projektleitung.

Bei allen beteiligten Gruppen wurde über die Kartenarbeit der Einstieg in das Thema Planung gewählt. Da es sich um sehr unterschiedliche Altersstufen handelte, musste diese Phase dem Wissensstand der Kinder angepasst werden.

Im Kindergarten kann z. B. mit den Kindern die eigene Gemeinde gezeichnet werden, mit den wichtigsten Straßen, Gebäuden und Freiflächen. In den Schulen können die Schülerinnen und Schüler zunächst eine Landkarte von Rheinland-Pfalz erarbeiten, den Unterschied zwischen Stadt und Land diskutieren oder ihr näheres Umfeld beschreiben.



Quelle: Skizzen von SchülerInnen aus dem sechsten und neunten Schuljahr während der Kritikphase

Merkmale der Stadt

6.2.2 Kritikphase Methode: Ortsbegehung (Spurensicherung), Gruppendiskussion, Protokolle

An die Einstiegsphase schloss sich eine Kritikphase an, in der sich die Kinder und Jugendlichen mit den Defiziten und Qualitäten in einem bestehenden Neubaugebiet auseinandersetzen sollten. Als Verfahren wurde die Spurensicherung in Form einer Ortsbesichtigung und einer anschließenden Gruppendiskussion gewählt.

Dadurch wurde einerseits das Bewusstsein der Kinder bezüglich der Umwelt- und Umfeldgestaltung intensiviert, andererseits wurden vor der Phantasiephase nochmals die unterschiedlichen Bauformen, Straßentypen und die vorhandenen Grün- und Freiflächen verdeutlicht. In der Gruppendiskussion können die Kinder und Jugendlichen Mängel kritisieren. Bereits durch diese Diskussion werden verschiedene Bedürfnisse herausgearbeitet. Die Kinder der 6. Klasse fertigten zusätzlich Protokolle an, die ihre Eindrücke wiedergaben.

6.2.3 Phantasiephase

Um einen Vergleich zwischen den einzelnen Gruppen durchführen zu können, sollten die Jugendlichen sich immer mit den gleichen Planungsgrundlagen auseinandersetzen. Eine Variation fand insofern statt, als in der 3. Klasse verstärkt auf das Thema Straßenraumgestaltung eingegangen wurde. In der 6. Klasse kam ein Bereich hinzu, der als sozialer Brennpunkt in Landau bekannt ist und in der 9. Klasse das Thema Innenraum (als Mädchentreff) .

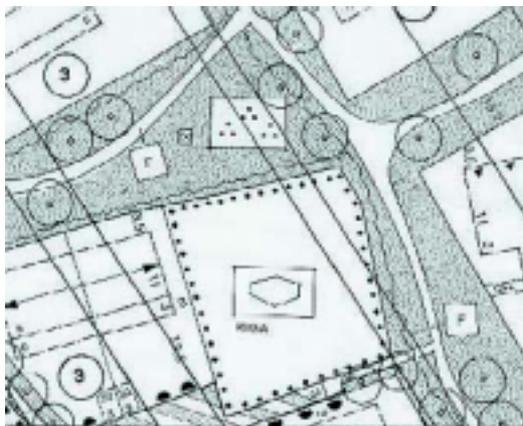
Versuchsablauf

Im Kindergarten und in den Schulklassen fand eine Einteilung in Gruppen statt. Die Gruppenstärke schwankte zwischen 4 und 6 Kindern. Damit gerade der Aspekt des geschlechtstypischen Umganges mit der Planung stärker beobachtet werden konnte, wurde bei der Gruppenzusammensetzung darauf geachtet, dass mindestens eine reine Mädchengruppe vertreten war.

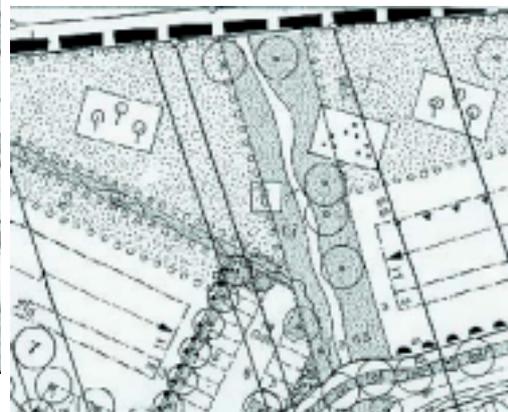
Die Erläuterung für die Planausschnitte wurde auf das Notwendigste beschränkt. Folgende Teilbereiche standen zur Verfügung:

- ◆ Wohnhof, öffentlich mit Hausgruppe oder Reihenhäusern,
- ◆ Grünbereich als Spielbereich,
- ◆ Grünbereich mit Kindergarten oder Schule.

Grünbereich mit Kindergarten oder Schule



Grünbereich als Spielbereich



Zeitraumen

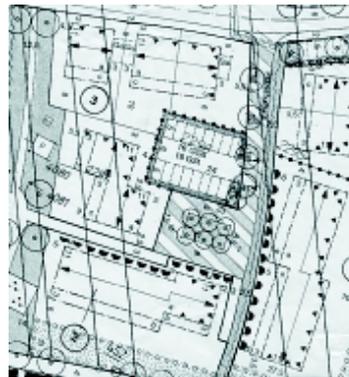
Für die einzelnen Phasen wurden immer die gleichen Zeiten angesetzt:

1. Kennenlernen, Gespräch über Stadtplanung: 1 ½ Stunden
2. Exkursion in ein Neubaugebiet mit Gruppendiskussion: 1 ½ Stunden
3. Modellbauwerkstatt mit Gruppendiskussion: 3 Stunden

Der Ablauf der Veranstaltung war unterschiedlich und dem Lehrplan

angepasst. In zwei Gruppen fand einmal pro Woche ein Termin statt, in einer Gruppe waren es zwei Termine pro Woche und in einer Gruppe vier Termine pro Woche.

Wohnhof mit Hausgruppe oder Reihenhäusern



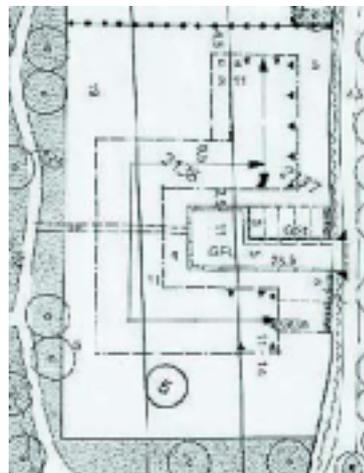
6.2.4 Abschlussbesprechung

Nach Beendigung der Modellbauwerkstatt hatten die Kinder die Möglichkeit sich gegenseitig die Projekte vorzustellen und gemeinsam die Ergebnisse zu diskutieren. Diese Besprechung sollte dazu dienen in der Auseinandersetzung die Ergebnisse zu überprüfen. Im Kindergarten

nutzten die Eltern die Gelegenheit sich die Arbeiten ihrer Kinder anzuschauen.

In der 3.Klasse besuchte der Bürgermeister den Unterricht, um sich über das Projekt zu informieren.

Wohnhof mit Hausgruppe oder Reihenhäusern



Material

Als Materialien standen zur Verfügung:

- ◆ die Wohngebäude waren schematisch vorgefertigt,
- ◆ es standen Schachteln zur Verfügung zum Hausbau,



- ◆ Filz in unterschiedlichen Farben für Wiesen, Wasser, Innenraum usw.,
- ◆ Holzbäume,
- ◆ Naturmaterialien,
- ◆ Farbige Kugeln,
- ◆ Styroporkugeln,
- ◆ Klebefolien in unterschiedlichen Farben,
- ◆ Moos,
- ◆ Plexiglaselemente,
- ◆ Sand,
- ◆ Reißzwecken,
- ◆ Pfeifenreiniger,
- ◆ Watte,
- ◆ Filzstifte,
- ◆ Wasserfarben,
- ◆ Holzmalstifte,
- ◆ Knete.

Einstiegs- und Kritikphase sind für empirische Projekte sehr wichtig, da in dieser Phase bereits viele Informationen über die Einschätzung der Kinder bezüglich ihrer Umwelt gewonnen werden, die in der weiteren Bearbeitung berücksichtigt werden können.

6.3 Bestimmung der Untersuchungsinhalte

„Die für die Planung bedeutsame Frage nach dem Verhältnis zwischen Menschen und der räumlichen Umwelt wird in Bedürfniskonzepten kaum behandelt. Systematische Versuche, die Ergebnisse aus anderen wissenschaftlichen Disziplinen in die Planung zu integrieren, gibt es kaum.“⁴¹ Die Ergebnisse der Untersuchung sollen daher die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen herausarbeiten und deren Planungsrelevanz bzw. die Umsetzungsmöglichkeiten in die Planung diskutieren. Gleichzeitig soll geprüft werden, ob die räumliche Umwelt einen Einfluss auf die Vorstellungen der Kinder und Jugendlichen hat. Im empirischen Teil sollten sowohl der Modellbau als auch die Gruppendiskussion zugrunde gelegt werden.

6.3.1 Städtebauliche Kriterien

Bevor eine Analyse der Beteiligung durchgeführt wird, sind die Inhalte zu bestimmen, die untersucht werden sollen. Um planerische Qualitätsstandards für Kinder und Jugendliche zu entwickeln, sind typische Elemente in Baugebieten zu benennen, die einen Einfluss auf die Qualität der Baugebiete haben und sich unmittelbar auf Kinder und Jugendliche auswirken. Da die Übertragbarkeit der Beteiligungsergebnisse auf neue Baugebiete verfolgt wird, sollen auch die in §9 Baugesetzbuch genannten möglichen Regelungsinhalte der verbindlichen Bauleitplanung auf ihre Wirksamkeit auf Kinder und Jugendliche untersucht werden. Dies steht in einem unmittelbaren Zusammenhang mit den in Kapitel 3 ausgeführten Stufen der Kindheit und dem jeweiligen Entwicklungsstand der Kinder. Die einzelnen Punkte wurden dabei in den klassischen Bereichen Nutzung, Baustruktur, Straßen- und Platzräume, Grün- und Freiflächen und Gestaltung zusammengefasst.

6.3.1.1 Nutzung

„In der Stadtplanung wird unter dem Begriff der „Nutzung“ alles verstanden, was als Nutzung auf unbebauten Flächen, in Gebäuden, auf Anlagen, auf öffentlichen und privaten Freiflächen stattfindet.

Nutzungsdifferenzierungen in Städten sind so alt wie die Städte.⁴² Bereits in den ältesten Städten wurden Tempelbezirke, Vorratsgebäude, Wohnbezirke und Handwerkerviertel unterschieden. Diese Nutzungsdifferenzierung nach Gebieten nahm immer stärker zu, bis es zu der Gliederung entsprechend der heutigen Baunutzungsverordnung kam. Die Nutzungsvielfalt oder auch -beschränkung hat Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche. In diesem Zusammenhang wird der Frage nachgegangen, welche Nutzungsstruktur sich die jeweilige Altersgruppe vorstellt.

6.3.1.2 Baustruktur

Unter der Baustruktur wird die unterschiedliche Anordnung der Gebäude verstanden.

Baublock

Der Baublock gehört zu den ältesten Elementen des Städtebaues und lässt sich seit etwa 5000 Jahren nachweisen. Kennzeichen des Baublockes ist, dass er als Grundtypus auf vier Seiten von Straßen umgeben ist und die Frontseiten zur Straße weisen. In seiner Ausprägung kann er mit vier Seiten einen Innenhof umschließen, mindestens aber mit zwei Seiten. Blöcke werden meist in Städten gebaut und sind in Dörfern nicht zu finden.

Hof

„Der Hof ist in seiner städtebaulichen Form eine Umkehrung des Blockes.“⁴³ Eine Sonderform bildet das Hofhaus, das ebenso wie der Hof raumbildend und addierbar ist. Die Gebäude werden vom Hof erschlossen. Häufig wird der Hof vom öffentlichen Verkehr abgesondert und durch eine Sackgasse oder private Erschließungsstraße erschlossen. Der Hof ist nur eingeschränkt der Öffentlichkeit zugänglich und sollte deutlich breiter ausgebildet sein als die Straße. Auf die unterschiedlichen Formen der Höfe soll nicht näher eingegangen werden. Höfe eignen sich in besonderer Weise für „soziale Außenraum-Aktivitäten der Bewohner.“⁴⁴ Durch die introvertierte Lage sind Höfe besonders für Kinder interessant, da sie hier geschützter spielen können. Insbesondere bei einer geschlossenen Bauweise sind hier auch Experimente mit anderen Wohnformen möglich, z.B. dass sich mehrere Eigentümer zu einem gemeinsamen Bauen zusammenschließen. Es ist durchaus auch eine offene Bebauung bei Höfen möglich. Höfe sind sowohl in städtischen als auch in ländlichen Bereichen zu finden.

Reihe

„Eine Reihenbebauung entsteht durch die lineare Addition von Parzellen, auf denen die Bauten offen oder geschlossen aneinander gereiht werden. ... Die Reihe ist städtebaulich das am vielfältigsten anwendbare Bebauungssystem. Das Prinzip der linearen Addition der Parzellen lässt auch die Bauweise offen.“⁵ Reihenbebauungen sind sowohl in Städten als auch in Dörfern zu finden. Sehr gerade und ungegliederte Reihen können für Kinder Probleme mit der Orientierung bringen. Gerade in der Reihenbebauung wird die Bedeutung des Straßenraumes deutlich, der zusätzliche Monotonie erzeugen kann. Insbesondere die Bebauung mit Reihenhäusern in der Reihe ermöglicht eine kostengünstige Bauweise.

Solitär oder Einzelbebauung

Solitäre sind Bauten, die aufgrund ihrer Konzeption keinen Anschluss an eine Nachbarbebauung zulassen oder auch erwünschen. Kennzeichen sind die in der Regel größeren Grundstücksflächen und die alle Seiten umfassenden Freiflächen. Solitäre sind sowohl in Städten als auch in ihrer typischen Ausbildung als freistehendes Einfamilienhaus im ländlichen Raum zu finden. Wie Curdes ausführt, lassen sich sechs Formen der städtebaulichen Anordnung unterscheiden:

- als kompositorische Elemente zur Akzentuierung der Stadt- und Siedlungsstruktur,
- als kompositorische Elemente zur Akzentuierung der Landschaft,
- als Elemente offener Bebauung,
- als Elemente lockerer Einzelhausbebauungen wie bei Streusiedlung, Agrarlandschaft,
- als zufällige Reste oder Vorboten geschlossener Besiedlung an der Peripherie und in Umbruchzonen und an städtebaulich zufälligen Standorten.⁶

Gruppe

„Unter Cluster- oder Gruppenbauweise werden Anordnungen von Gebäuden verstanden, deren Hauptmerkmal die kompositorische Anordnung nach einer inneren Logik ist.“⁷ Häufig handelt es sich auch um Wohnsiedlungsprojekte, die in einem Zuge gebaut werden.

6.3.1.3 Bautypologie/Gestaltung

„Merkmal eines Gebäudes ist seine äußere Gestalt. Es ist als ein konkretes Element der Umwelt erkennbar, mit klaren äußeren Grenzen, einer - häufig geometrischen - Figur.“⁸ In den verschiedenen Perioden der Architektur lassen sich für bestimmte Bauaufgaben ähnliche Lösungen feststellen. Wie Curdes ausführt, lässt sich auch bei Einfamilienhäusern der Gegenwart eine solche Typenbildung beobachten.

Bei der Beteiligung war von Interesse, ob nur die Individualität des Einzelhauses oder auch Typenhäuser entstehen. Noch stärker ausgedrückt, ob die Kinder eher als Erwachsene Reihenhäuser akzeptieren um damit auch zu einem kosten- und flächensparenden Bauen zu kommen.

6.3.1.4 Straßen- und Platzräume (Stadträume)

Unter Stadtraum ist der von Gebäuden freigelassene Raum in der städtischen und dörflichen Besiedlung zu verstehen. Hier wird unter den Begriff die Straßen und Plätze gefasst, die unterschiedliche Bedeutung in den Siedlungen haben.

Straßen

Straßen sind die prägenden Elemente unserer Städte und Dörfer. Sie haben ästhetische, soziale und technische Funktionen.

Für Kinder und Jugendliche aber auch für alle Bevölkerungsgruppen, die sich den ganzen Tag in einem Wohngebiet aufhalten, sind die ästhetischen und sozialen Funktionen von besonderer Bedeutung. „Die Wechselwirkung von Erschließung und Baustruktur und die Bildung von Außenräumen ist eine wesentliche Bedingung für die Qualität von Wohngebieten. Der Konflikt zwischen Bebauung und Verkehrserschließung wurde bisher in der Weise geregelt, dass der schwächere Verkehrsteilnehmer dem stärkeren weichen musste. In den Neubaugebieten führt eine ausschließlich auf günstige Erschließung und wirtschaftliche Flächennutzung und -disposition bezogene Bebauungsplanung zur beklagten Unwirtlichkeit, zu Monotonie und gestalterischer Verarmung. Der städtebauliche Maßstab wird durch rationelle Erschließungssysteme, an denen sich die Parzellierung orientiert, oder aber durch Größe und Potenz des Maßnahmenträgers geprägt.

Das Wohnumfeld degeneriert zu Restflächen und -räumen, die nach der Erschließung und Parzellierung übrigbleiben und mit denen nur wenig angefangen werden kann.⁹ Diese Auswirkungen sind natürlich auf Kinder und Jugendliche noch größer als auf Erwachsene. Daher sollte in dieser Untersuchung festgestellt werden, wie diese Altersgruppe, die in den Baugebieten vorgefundenen Straßen- und Platzräume beurteilt und welche Ideen für neue Baugebiete entwickelt werden.

Plätze

Straßenräume sind durch ihre lineare Ausrichtung geprägt. Die ursprüngliche Bedeutung des Wortes „platea“ (lat.) ist „breiter Raum“ zwischen den Häuserreihen. Dies bedeutet, dass ein Raum zur Verfügung steht, der über das Notwendige hinausgeht und für verschiedene Zwecke genutzt werden kann. Plätze hatten im Laufe der Geschichte unterschiedliche Funktionen. Während im Mittelalter Plätze für die Bürger nutzbar und auch der Ort gemeinschaftlicher Entscheidungen waren, wurden sie im Absolutismus zur Demonstration der Macht benutzt. Im 19. Jahrhundert entwickelte sich der „Boulevardplatz“, der die Entwicklung der Gesellschaft, die pausenlos in Bewegung ist, widerspiegelt. Mit der aufgelockerten Stadt, der Nutzungstrennung und der Weiträumigkeit der Quartiere verloren auch die Plätze an Bedeutung.

Mit den gesellschaftlichen Veränderungen - Tertiärisierung und Zunahme der Freizeit - kommt auch den Plätzen eine neue Bedeutung zu. „Es findet eine verstärkte Aneignung der öffentlichen Räume durch mobile Gesellschaftsgruppen und Gruppen mit disponiblen Zeitbudget statt. Irgendwo braucht jede Gesellschaft einen Brennpunkt, der öffentliche Veranstaltungen, zwanglosen Aufenthalt und Symbole des Gemeinwesens vereint.“¹⁰

Beobachtet man die Freizeitaktivitäten der Jugendlichen so wird deutlich, dass insbesondere durch Sportarten wie Inline-Skaten, Skateboardfahren und Basketballspielen die Plätze mit neuen Funktionen belegt werden. Unter die o.g. Plätze werden in dieser Untersuchung nicht die Sport- und Grünflächen gerechnet, die gesondert behandelt werden.

6.3.1.5 Grün- und Freiflächen

Das Baugesetzbuch differenziert zwischen „öffentlichen“ und „privaten“ Grünflächen. Diese können wiederum in Parkanlagen, Dauerkleingärten, Sport-, Spiel-, Zelt- und Badeplätze, Friedhöfe unterschieden werden. Unter den privaten Grünflächen sind auch Hausgärten zu verstehen, nicht jedoch die Freiflächen an den Häusern, die nicht überbaut werden dürfen.

Öffentliche Grünflächen

„Es bestreitet niemand, dass das öffentliche Grün ein bedeutender Standortfaktor für eine Kommune ist, die Immobilienpreise wesentlich bestimmt und wichtige soziale Funktionen hat.“¹¹ Trotzdem wird in den Kommunen bei jedem Baugebungsplan diskutiert, ob nicht die öffentlichen Grünflächen - wohnungsnah - zugunsten von Bauplätzen aufgegeben werden. Gerade im ländlichen Bereich wird die Meinung vertreten, dass es genügend Grünflächen gibt, was jedoch bei einem genaueren Hinsehen nicht stimmt, da auch hier viele Flächen durch Gebäude oder Straßen versiegelt wurden. Öffentliche Grünflächen übernehmen dabei verschiedene Funktionen:

- ökologische Ausgleichfunktion
- soziale Funktion
- gesundheitliche Funktion
- ästhetische Funktion usw.

Diese Aufzählung ist keineswegs abschließend, da besonders die planerische Seite der Grünflächen und nicht die ökologische oder landschaftsplanerische betrachtet werden soll. Für Kinder und Jugendliche spielt besonders die soziale und gesundheitliche Komponente eine wesentliche Rolle. In dem Projekt soll daher festgestellt werden, wie diese Altersgruppe öffentliche Grünflächen einschätzt und welche Gestaltungsvorstellungen dazu entwickelt werden.

Private Freiflächen

Unter diesem Begriff werden die privaten Flächen am Haus verstanden, die unmittelbar und wohnungsnah zur Verfügung stehen und nicht überbaut werden dürfen. Diese Flächen werden insbesondere von Kleinkindern als erste Erfahrungsbereiche genutzt, da sie meist gefahrlos zu erreichen sind.

6.3.1.6 Gebäudeanordnung „Soziale Raumprägung“

„Die Gebäude sind die Hüllen von Nutzungen. Mit der Anordnung von Gebäuden im Raum und der Zuordnung der Zugänge und Freiräume zu Gebäuden werden die Beziehungen zwischen Gebäuden und Gebäudeumgebung festgelegt. Je nach der Art der Gebäudenutzung und ihrer Ausrichtung auf die Gebäudeumgebung sind die Ansprüche an die Umgebung unterschiedlich. Unter Sozialräumen verstehen wir die unterschiedliche soziale Topologie von Stadträumen. Diese werden in der raumbezogenen Sozial- und in der Planungswissenschaft mit den drei grundlegenden Kategorien „öffentlich“, „halböffentlich“ und „privat“ gekennzeichnet.“¹² Diese Einteilung ist nicht durch das Baugesetzbuch abgesichert. Mit der Untersuchung der Anordnung der Gebäude können verschiedene Phasen der Privat- bzw. Zurückgezogenheit der Kinder und Jugendlichen ermittelt werden. Die Gebäudeanordnung kann über die Bauweisen, die überbaubaren und die nicht überbaubaren Grundstücksflächen sowie die Stellung der baulichen Anlagen festgelegt werden.

6.3.2 Unterschiede und Gemeinsamkeiten von Mädchen und Jungen

Wie bereits in Kapitel 1 ausgeführt, sollten die möglichen Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen Mädchen und Jungen in der Arbeit herausgestellt werden, um zu einer Einschätzung bezüglich der zukünftigen Planungen zu kommen. Dazu wird zum einen das soziale Verhalten innerhalb der einzelnen Altersgruppen untersucht werden, zum anderen werden die städtebaulichen Ergebnisse einander gegenüber gestellt. Unter diesen Gesichtspunkten erfolgt die Zusammenstellung der Ergebnisse bevor eine Auswertung vorgenommen wird.

7

Ausgangspunkt für die Empfehlungen und Handlungsfelder war die Beteiligung der Kinder und Jugendlichen an einem konkreten Projekt.

Im empirischen Teil der Arbeit wird mit den Kindern und Jugendlichen in den einzelnen Altersstufen gearbeitet. Die Zukunftswerkstatt mit ihren einzelnen Phasen sollte die Kinder und Jugendlichen für Planungsaufgaben sensibilisieren aber auch konkrete Ergebnisse bringen, die umgesetzt werden können.

Aufgabe der Kinder und Jugendlichen war es, ein Wohngebiet oder eine Grünfläche nach ihren Vorstellungen und Bedürfnissen zu gestalten. In den folgenden Ausführungen werden die Ergebnisse nach den in Kapitel 6 aufgeführten Kriterien untersucht. Festgehalten wurden dabei sowohl die Ergebnisse aus der Kritikphase, die in verbaler Form oder als Wandzeitung vorlagen und die Modelle, als dreidimensionales Dokument. Die Altersstufen werden im ersten Schritt getrennt betrachtet, um zunächst Tendenzen innerhalb einer homogenen Gruppe festzustellen.



Quelle: Eigenes Fotoarchiv

7.1 Kindergartenkinder

Gemeinde Appenheim, 1400 Einwohner

Nutzung, Baustruktur und Gestaltung

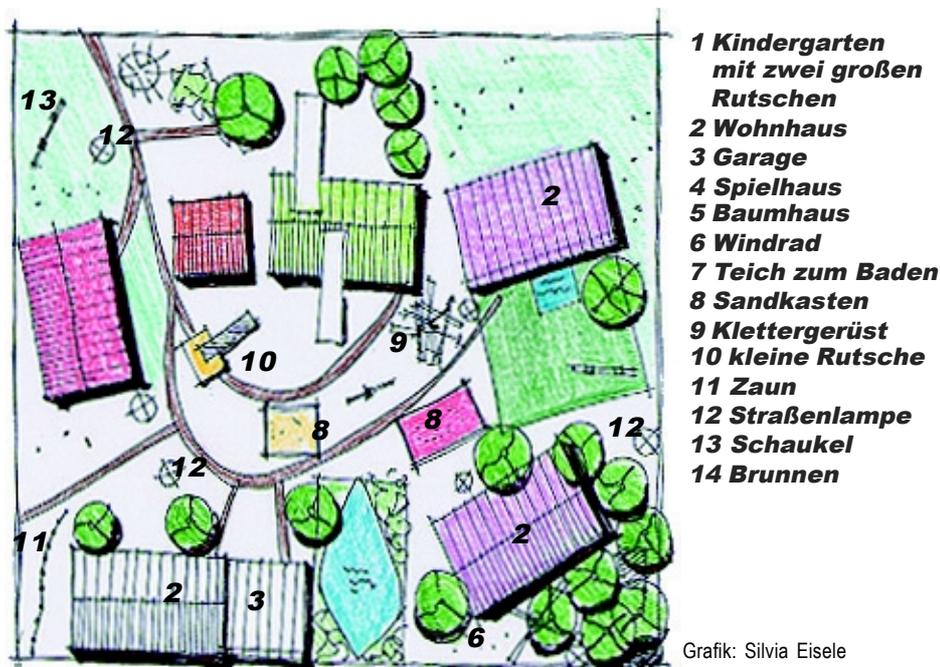


Quelle: Eigenes Fotoarchiv

Im Kindergarten beteiligen sich 9 Mädchen und 7 Jungen an dem Projekt. Die Kindergartenkinder beschäftigen sich zunächst mit der Gestaltung eines Einzel-

hauses, das sie als ihr eigenes Haus identifizieren. In diese Gebäude investieren die Kinder viel Zeit und Phantasie. Die meisten Gebäude werden sehr realitätsnah gestaltet mit roten Dächern, Fenstern und Türen. Die Kinder bauen zunächst die ihnen vertrauten Elemente.

Freifläche 2: Kindergarten in Appenheim 1 Mädchen/ 4 Jungen



Städtebauliche Grundstrukturen lassen sich bei den Modellen nicht erkennen. Festzustellen ist jedoch, dass die Kinder die Gebäude sehr eng gruppierten. Es wurden keine Reihen- oder Hochhäuser eingearbeitet, im Gegenteil, vorgefertigte zusammenhängende Grundformen wurden zerschnitten in freistehende Einfamilienhäuser. Auffällig ist, dass die Gebäude der Jungen starke Ähnlichkeiten aufweisen.

Erst in einem zweiten Arbeitsschritt wurde mit der Bearbeitung der öffentlichen Gebäude und Straßen begonnen. Der individuelle Gestaltungsdrang ging vor der Gruppenarbeit.

Straßen- und Platzräume

Erschließung

Innerhalb der Konzepte ist kein klares Erschließungsmuster zu erkennen. Erst nach mehrmaligem Nachfragen werden Wege und Straßen eingetragen, wobei festzustellen ist, dass der Erschließungsaufwand gegenüber dem vorliegenden Planausschnitt drastisch reduziert wird. Parkplatz und Wendehammer werden zugunsten einer Freifläche umgestaltet. Auch bei der Freifläche wird die Straße überplant.

Stellplätze und Garagen

Das Auto spielt für Kindergartenkinder eine zentrale Rolle. Fast jedes Kind baut eine Garage und der öffentliche Parkplatz - in der Freifläche - wird erst sehr spät in Frage gestellt.

Platzräume

Der zur Beplanung anstehende Wohnhof wurde als grüner Platz ausgebildet mit einem angrenzenden Spielplatz.

Grün- und Freifläche

Öffentliche Grünflächen

Bäume und Grünflächen spielen für Kinder eine ganz wichtige Rolle. Der Anteil der Grünflächen ist in allen Modellen sehr hoch.

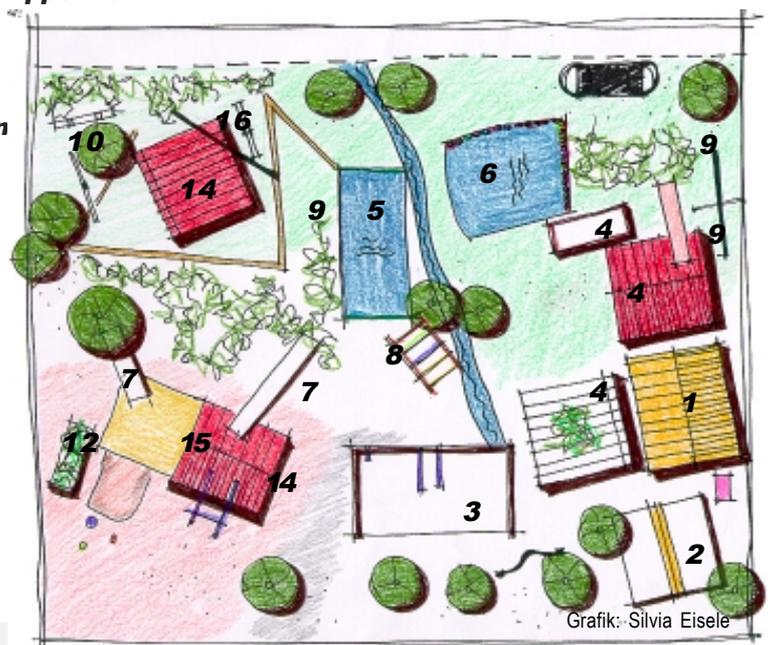
Die Kinder greifen das Thema jedoch spät und erst nach Aufforderung auf und sind noch nicht in der Lage, sich über die Gestaltung der öffentlichen Flächen abzustimmen.

Es findet eine Addition von Einzelementen statt und die Kinder greifen Elemente immer wieder auf. Spielgeräte werden dabei sowohl im öffentlichen als auch im privaten Bereich plaziert. In allen drei Modellen werden Wasserflächen angeordnet, sowohl öffentlich als Teich oder Schwimmbad, als auch auf den privaten Grundstücken.

Freifläche 1: Kindergarten in Appenheim

6 Mädchen

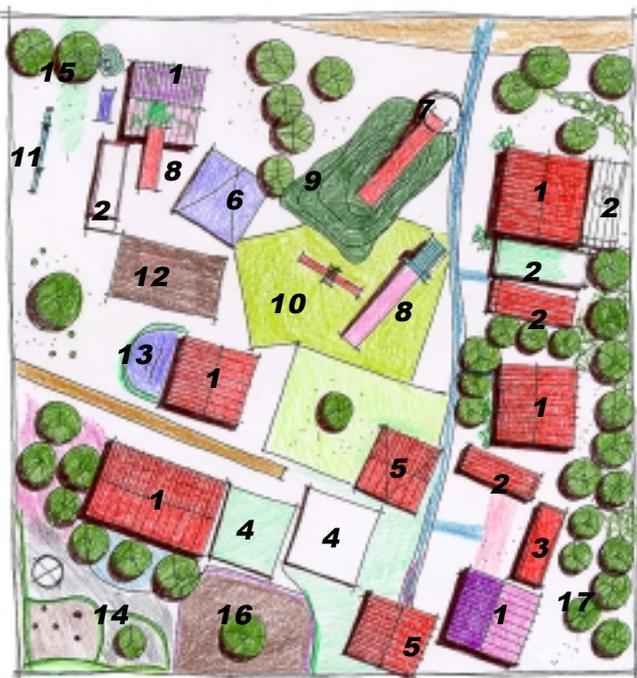
- 1 Wohnhaus mit Scheune und Garage
- 2 Zelt (Zeltplatz)
- 3 Fahrradparkplatz
- 4 Hundehütte
- 5 Schwimmbad
- 6 Teich mit Eingrünung
- 7 Rutschbahn
- 8 Liege
- 9 Regenbogen
- 10 Schaukel
- 11 Brücke
- 12 Tunnel
- 13 Briefkasten
- 14 Spielhäuser
- 15 Sandkasten
- 16 Balancierstange



Wohnhof: Kindergarten in Appenheim

2 Mädchen/ 4 Jungen

- 1 Wohnhaus
- 2 Garage
- 3 Hundehütte
- 4 Stellplätze
- 5 Zelt
- 6 große, breite Rutsch
- 7 Rutschbahn mit Turm
- 8 Tunnelrutsche
- 9 Erdhügel
- 10 Wippe
- 11 Schaukel
- 12 Spielfeld
- 13 Teich
- 14 Garten
- 15 Affenschaukel
- 16 großer Sandspielplatz



Private Freiflächen

Allen Gebäuden werden private Grünflächen zugeordnet, die zum Teil durch Zäune markiert werden.

Verwendetes Material

Kinder dieser Altersstufe bauen ihre Umgebung sehr naturgetreu auf. Abstrakte Formen werden kaum, vielmehr wird das zur Verfügung stehende Naturmaterial verwendet. Auch die Gebäude werden mit Fenstern, Türen, Schornsteinen versehen z.T. aus Knete oder Papier. Einige Gebäude erhalten eine Dachbegrünung.

Besonders auffällig ist die Verwendung von vielen und sehr bunten Materialien, was sich letztlich in einem farbigen Modell widerspiegelt.



Quelle: Eigenes Fotoarchiv

Dimensionierung

Die Kinder haben Probleme, die richtigen Proportionen zwischen den einzelnen Elementen herzustellen.

7

7.2 Drittes Schuljahr

Gemeinde Böhl-Iggelheim, 11.000 Einwohner

Nutzung, Baustruktur und Gestaltung

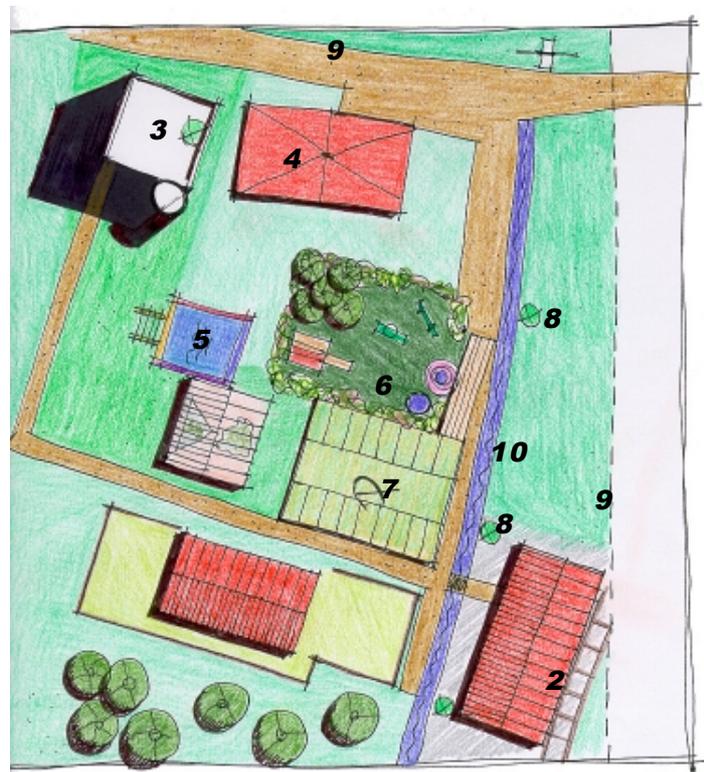
Diese Klasse setzt sich aus 24 Kindern, 10 Mädchen und 14 Jungen, zusammen. Im Vergleich zu den Kindergartenkindern hat bei dieser Altersgruppe das eigene Haus an Bedeutung verloren. Deutlich wird dies darin, dass kaum private Wohnhäuser entstehen. Die Gemeinschaftseinrichtungen treten in den Vordergrund. Dies betrifft sowohl die Freiflächen als auch den Wohnhof. Die von den Kindern gewählten soziokulturellen Einrichtungen und Infrastruktureinrichtungen (z.B. Pferdestall, Schule, Bahnhof, Parkhaus) unterscheiden sich deutlich von den wenigen Wohnhäusern.

Die Erweiterung des Erfahrungshorizontes spiegelt sich in dem Erscheinungsbild der verwendeten Gebäudetypen wider. Es werden sowohl Hochhäuser als auch freie Formen verwendet.

Gruppe: Wohnhof 3. Klasse in Böhl-Iggelheim

4 Mädchen/ 2 Jungen

- 1 Wohnhaus
- 2 Bahnhof
- 3 Hochhaus/ Hotel
- 4 Parkdeck
- 5 Schwimmbad
- 6 Spielplatz
- 7 Parkplatz
- 8 Straßenlampen
- 9 Gleise
- 10 Bach



Grafik: Silvia Eisele

Auffällig ist auch bei dieser Gruppe, dass die überwiegende Anzahl der Gebäude ein Satteldach in roter Farbe erhält. Das Pultdach kommt lediglich bei der Schule zum Einsatz und wird hier mit Solarzellen und Grün kombiniert. Neben 2-geschossigen Gebäuden wurde in dieser Klasse auch ein Hochhaus integriert.



Quelle: Eigenes Fotoarchiv

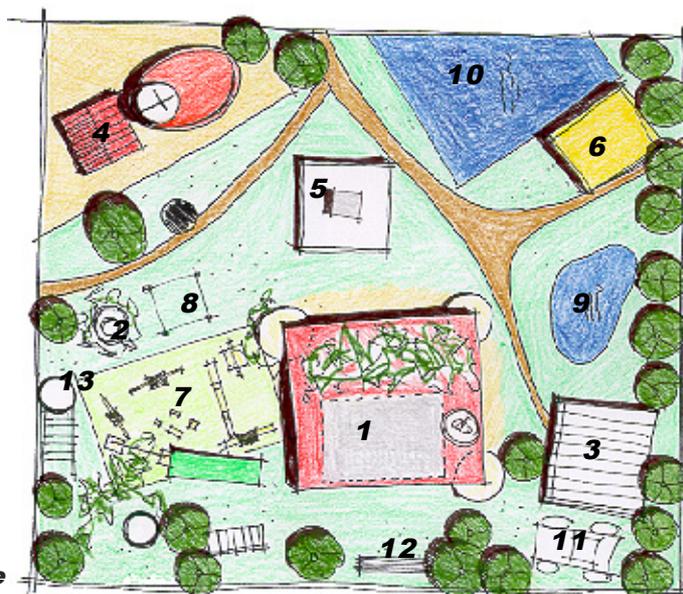
Interessanterweise gibt es in der Gemeinde Türme, d. h. den Kindern ist diese Bauform bekannt. Die Fassaden der Gebäude spielen eine wichtige Rolle und werden intensiv gestaltet, bis hin zu den Gardinen im Kindergarten.



Quelle: Eigenes Fotoarchiv

**Gruppe: Freifläche 2 3.Klasse in Böhl-Iggelheim
6 Jungen**

- 1 Schule
 - 2 Kirche
 - 3 Feuerwehr
 - 4 Hundehütte
 - 5 Schwimmbad
 - 6 Gewächshaus
 - 7 Spielplatz
 - 8 Sandkasten
 - 9 Teich
 - 10 See mit Booten
 - 11 Feuerwehrauto
 - 12 Fahrradstellplatz
 - 13 Telefonzelle
- Solarzellen auf Schwimmbad, Schule und Feuerwehr
Beschilderung der Wege und autofreie Zone



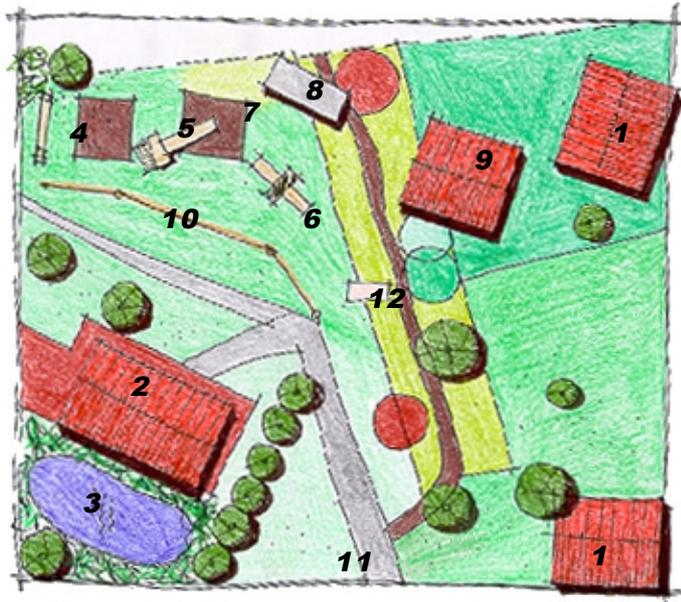
Grafik: Silvia Eisele

Gruppe: Freifläche 1

3. Klasse in Böhl-Iggelheim

6 Mädchen

- 1 Wohnhaus / Pferdestall**
- 2 Kindergarten**
- 3 Badesee**
- 4 Schaukel**
- 5 Rutsche**
- 6 Wippe**
- 7 Sandkasten**
- 8 Tunnel**
- 9 Pferdestall**
- 10 Balancierstange**
- 11 Schild: autofreie Zone**
- 12 Tisch**



Straßen- und Platzräume

Erschließung

Die Erschließungsstruktur im Gebiet ist klar ablesbar. Zwischen den einzelnen Gebäuden werden Wege angelegt. Die Straßen und Wegeflächen werden gegenüber den vorgegebenen Konzepten zugunsten einer Grünfläche reduziert. Eine Arbeitsgruppe beschäftigt sich intensiv mit einem Straßenabschnitt. Dabei wurde der Straßenraum von den Kindern nicht zum Spielen umgestaltet, vielmehr ordneten sie die Spielbereiche in den Randzonen an.

Stellplätze und Garagen

Bei der Gestaltung der Freiflächen schließen die Kinder den Autoverkehr durch entsprechende Verbotsschilder aus.

Die Wohnhofgruppe baut ein Parkdeck und erhält den Parkplatz in der Mitte.



Quelle: Eigenes Fotoarchiv

Grün- und Freiflächen

Öffentliche Grünflächen

Die öffentlichen Spiel- und Freiflächen spielen für die Kinder eine wichtige Rolle. Der Anteil dieser Flächen ist sehr groß, die privaten Freiflächen sind fast völlig verschwunden. In jeder Arbeitsgruppe wird ein Spielplatz in das Modell integriert. Die Jungen verwenden eine weitaus größere Anzahl von Spielgeräten und bauen mehr Gebäude ein als die Mädchen. Hier spielen auch die technischen Elemente z.B. Strommasten, Gleise, Feuer-



Quelle: Eigenes Fotoarchiv

wehr, Bahnhof und Parkdeck eine große Rolle. Für die Mädchen spielen Pferde und Tiere eine wichtige Rolle bei der Freizeitgestaltung.

In allen Modellen werden Wasserflächen als Schwimmbad, Badesee oder Teich integriert.

Verwendetes Material

Die Kinder bauen ihre Umgebung so naturgetreu wie möglich. Alle Gebäude sind sehr realistisch mit Fenstern, Türen und Schornsteinen als wesentliche Gestaltungselemente ausgestattet.

Für Bäume werden meist Naturmaterialien verwendet oder die Kugeln werden grün eingefärbt. Eine weitergehende Abstrahierung ist nicht festzustellen.

Dimensionierung

Die Kinder hatten Probleme die richtigen Proportionen zwischen den einzelnen Elementen herzustellen.

Konzeptfindung

Die Kinder sind in der Lage im Dialog miteinander Konzepte zu entwickeln und sich bezüglich der Gestaltung der Flächen und Gebäude sowie deren Funktionen abzustimmen.

7.3 Sechstes Schuljahr, Hauptschule

Stadt Landau, 40.000 Einwohner

Nutzung, Baustruktur und Gestaltung

26 Kinder waren in Landau, davon 11 Mädchen, in das Projekt involviert. Die Kinder behielten die städtebauliche Form des Wohnhofes bei. In die Freiflächen wurden zahlreiche Gebäude integriert. Innerhalb des Gebietes fand eine Durchmischung von Wohnen und Freizeiteinrichtungen statt, dazu gehören z. B. Kiosk, Jugendhaus, Jugenddisco und Schwimmbad.

Die Altersgruppe löst sich von ihrem eigenen Wohnhaus zugunsten von Einrichtungen, in denen sie gemeinsame Aktivitäten verrichten kann. Das Bedürfnis nach Gemeinsamkeit zeigt sich auch in der Gebäudekörperstellung. Eine unmittelbare Nachbarschaft wird besonders von Jungen gewünscht. Die meisten Häuser erhalten ein rotes Satteldach und die Wände werden farbig zum Teil mit Fenstern und Türen, zum Teil als Flächen gestaltet. Es werden sowohl Einfamilienhäuser als auch Reihenhäuser bis max. zwei Geschosse verwendet. Höhere Geschossigkeiten wurden nicht verwendet.



Quelle: Eigenes Fotoarchiv

Straßen- und Platzräume

Erschließung

In zwei Konzepten ist ein klares Erschließungsmuster zu erkennen. Die Erschließungsstraßen werden jedoch in keinem Fall als Spielstraßen entwickelt oder sind zum Aufenthalt ausgelegt.



Quelle: Eigenes Fotoarchiv

Gruppe: Wohnhof

6. Klasse in Landau

7 Mädchen

1 Wohnhaus

2 Jugendhaus

3 Jugenddisco

4 Schwimmbad

5 Basketballfeld

6 Spielplatz

7 Straßenlampe



Grafik: Silvia Eisele

Die Kinder greifen das städtebauliche Grundmuster auf und ergänzen es nach ihren Vorstellungen. Dabei gehen sie realistisch mit der notwendigen Erschließung um, reduzieren jedoch den Erschließungsaufwand zu Gunsten der Freiflächen. Aufgrund ihrer eigenen Mobilität, die in diesem Alter durch das Fahrrad, zu Fuß gehen und den Bus erreicht wird, ist diese Altersgruppe nicht auf Straßen fixiert sind, sondern entwickelt zahlreiche Wege, die die Freizeiteinrichtungen erschließen.

Stellplätze

Garagen und Stellplätze werden in den Modellen nicht berücksichtigt.

Grün- und Freiflächen Öffentliche Grünflächen

In alle drei Modellen werden öffentliche Spielflächen integriert, mit sehr unterschiedlicher Ausstattung.

Bei den Gruppen lassen sich folgende Punkte feststellen:

- ◆ Der Fußballplatz steht für die Jungen an erster Stelle, während für die Mädchen ein Basketballspielfeld als wünschenswert formuliert wird.
- ◆ Die Ausstattung der Spielplätze von Jungen und Mädchen weisen deutliche Unterschiede auf. Während die Mädchen ihren Bereich mit Rutsche, Wippe und Schaukel ausstatten, wird von den Jungen lediglich eine Rutsche eingebaut.

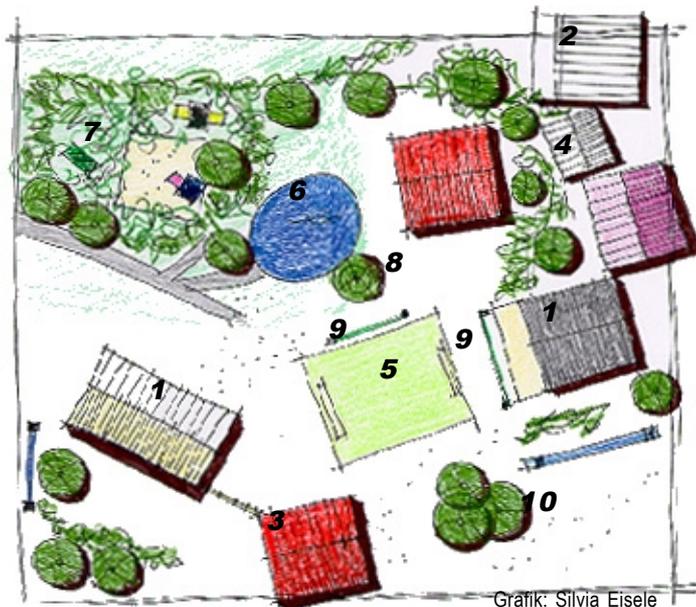
Es sind ausgeprägte geschlechtstypische Vorlieben hinsichtlich der Freiraumnutzung vorhanden auf die in Kap. 8 detailliert eingegangen wird und die bei der Freiflächengestaltung berücksichtigt werden müssen. In zwei Modellen wurden Wasserflächen eingebunden als Schwimmbad oder Teich.

Private Freiflächen

Durch die Konzentration auf Freizeiteinrichtungen und öffentliche Spielflächen spielen die privaten Freiflächen nur eine untergeordnete Rolle. Sie werden auch nicht gegeneinander abgeschirmt.

Gruppe: Freifläche 1
6. Klasse in Landau
4 Mädchen/ 2 Jungen

- 1 Wohnhaus**
- 2 Kneipe**
- 3 Kirche**
- 4 Kletterhaus**
- 5 Fußballplatz**
- 6 Teich**
- 7 Spielplatz**
- 8 Schaukel**
- 9 Rutsche**
- 10 Bauhof**



Gräfik: Silvia Eisele

Verwendetes Material

Auch hier ist die Vorliebe für Naturmaterialien noch deutlich erkennbar. Auffällig ist die Verwendung von vielen farbigen Materialien.



Quelle: Eigenes Fotoarchiv

Dimensionierung

Die Kinder sind in der Lage, die unterschiedlichen Elemente in entsprechenden Abmessungen zuzuordnen.

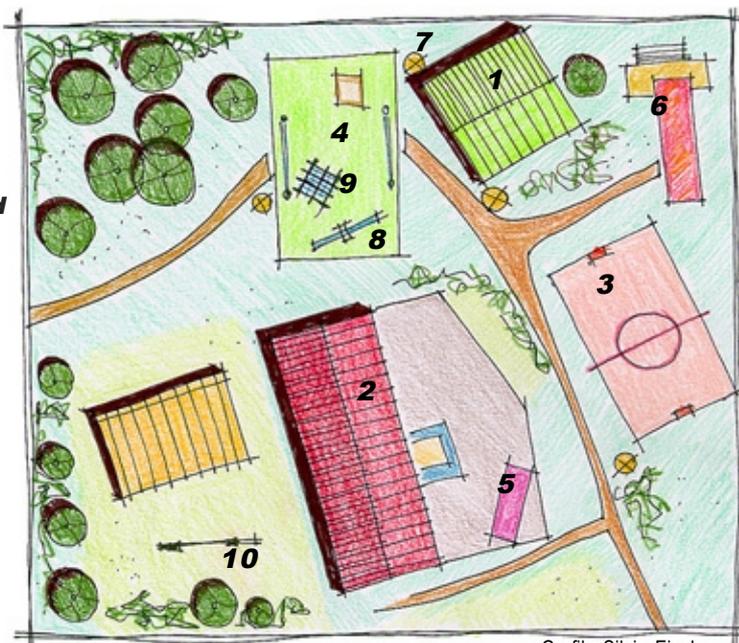
Konzeptfindung

Die Diskussion innerhalb der Gruppen war zum Teil sehr emotional und führte auch zu heftigen Auseinandersetzungen.

Gruppe Freifläche 2: Hauptschule in Landau

6 Jungen

- 1 Kindergarten
- 2 Kiosk
- 3 Basketballfeld
- 4 Spielplatz
- 5 Röhre
- 6 Rutsche
- 7 Lampen
- 8 Wippe
- 9 Klettergerüst
- 10 Schaukel



Grafik: Silvia Eisele

7.4 Neuntes Schuljahr, Integrierte Gesamtschule

Stadt Kaiserslautern, 100.000 Einwohner

Nutzung, Baustruktur und Gestaltung

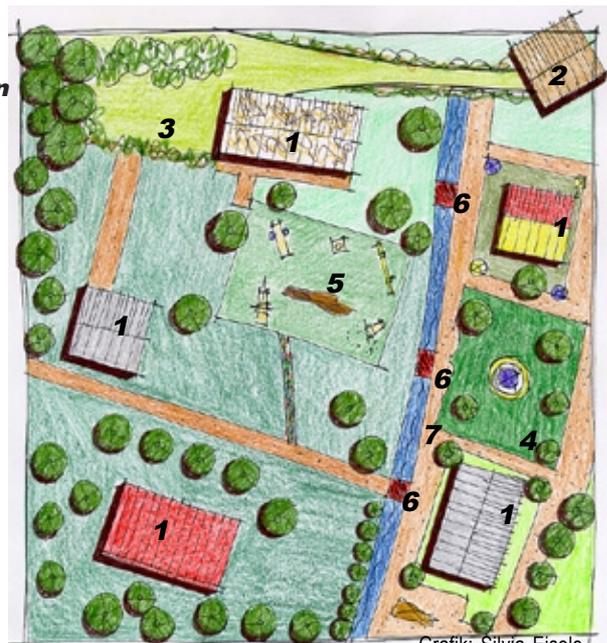
In Kaiserslautern waren 13 Mädchen an dem Modellbau beteiligt. Die Mädchen äußerten in der Kritikphase den Wunsch nach einem eigenen Aufenthaltsraum in der Schule. In der Phantasiephase wurde diese Anregung aufgegriffen.

Bei der Baugebietskonzeption lassen sich städtebauliche Grundstrukturen deutlich ablesen. Der öffentliche Raum, in dem man sich treffen kann und private Rückzugsmöglichkeiten stehen gleichwertig nebeneinander. Neben privaten Wohnhäusern wird auch ein Jugendhaus in die Modelle integriert.

Die Gestaltung der Einzelgebäude spielte für die Mädchen eine wichtige Rolle. Die Mädchen lösten sich dabei von den klassischen Vorstellungen. Es kamen sowohl Sattel- als auch Pultdächer zum Einsatz. Die Dächer werden als Sitzbereiche vorgeschlagen, und mit Solarzellen oder auch als Gründächer ausgebildet. Auf die Gestaltung mittels Fenster und Türen wird verzichtet. Die Schülerinnen legten Wert darauf, dass die Gebäude nicht zu eng standen. Das Einzel- und Reihenhäuser wird gegenüber anderen Bauformen deutlich bevorzugt.

Gruppe: Wohnhof
9.Klasse in Kaiserslautern
4 Mädchen

- 1 Wohnhaus**
- 2 Scheune**
- 3 Schafsweide**
- 4 Dorfplatz mit Brunnen**
- 5 Spielplatz**
- 6 Brücke**
- 7 Wasserlauf**



Grafik: Silvia Eisele

Straßen- und Platzräume

Erschließung

Der Erschließungsaufwand wird in den Modellen reduziert. Die Erschließung der Teilbereiche erfolgt über Fußwege. Auto und Straßenverkehr nehmen eine untergeordnete Stellung innerhalb des Gebietes ein. Die Jugendlichen sind unabhängig und bewegen sich mit dem Bus, dem Fahrrad oder zu Fuß. Den Schülerinnen ist eine Bushaltestelle wichtig, um sich unabhängig von den Eltern bewegen zu können.

In den Wohnhof wird ein zentraler Platz integriert, der als Kommunikationspunkt für die verschiedenen Altersgruppen ausgebildet wird.

Stellplätze und Garagen

Die Rolle des Autos spiegelt sich auch in den Stellplätzen wider. Lediglich die Sammelstellplätze werden erhalten. Garagen und Stellplätze werden nach außen verlagert.

Grün- und Freiflächen

Öffentliche Grünflächen

Wohnungsnaher Gemeinschaftsflächen für unterschiedliche Altersgruppen gehören für die Jugendlichen zum Wohnumfeld. Nach der Abstimmung über die Lage der Flächen werden die einzelnen Teilbereiche ausgestaltet.

Bäume und Grünflächen sind dabei von großer Bedeutung. Die Mädchen ordnen dabei kleinere Ballspielfelder an, um sich austoben zu können. Ebenso wichtig sind ihnen aber auch Nischen und kleinere Sitzbereiche, von denen man ungestört andere Gruppen beobachten kann.



Quelle: Eigenes Fotoarchiv

Gemeinsam Ideen entwickeln und umsetzen fördert den Zusammenhalt. Gerade in Ganztagschulen müssen die Bedürfnisse von Mädchen besonders berücksichtigt werden.

Private Freiflächen

Um die Wohnhäuser werden sehr großzügige private Freiflächen angeordnet.

Verwendetes Material

Die Jugendlichen verwenden sehr viele unterschiedliche Materialien und können auch Materialien umnutzen. Dies fällt besonders bei den Bäumen auf, die sehr intensiv bearbeitet wurden.

Dimensionierung

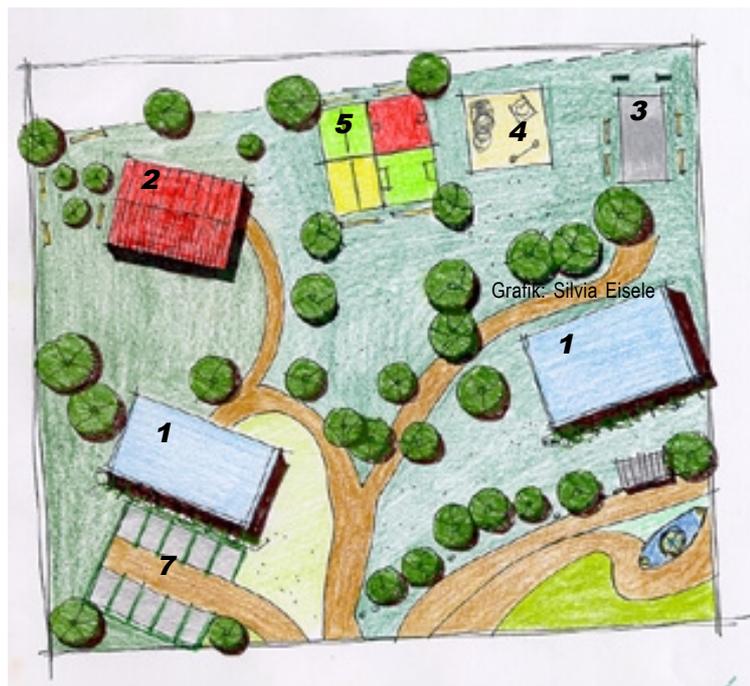
Die Elemente wurden in den richtigen Proportionen zugeordnet.

Konzeptfindung

Funktionen und Gesamtkonzept fanden keine besondere Berücksichtigung, vielmehr stand die Diskussion über Form und Farbe (Details) im Vordergrund. Innerhalb der einzelnen Gruppen fanden rege Diskussionen statt. Die ausländischen Schülerinnen hatten zwar Probleme mit der Sprache, haben sich aber am Modellbau intensiv beteiligt.

Gruppe: Freifläche 1 9. Klasse in Kaiserslautern

- 1 Wohnhaus mit Dachterrasse**
- 2 Jugendräume/ Grillhütte**
- 3 Sitzplätze**
- 4 Bushaltestelle**
- 5 Ballspielfelder für Handball, Basketball, Volleyball und Tennis**
- 6 Verkehrsinsel mit Springbrunnen**
- 7 Parkplatz**



7.5 Zwölftes Schuljahr

Stadt Neustadt, 40.000 Einwohner

Nutzung, Baustruktur und Gestaltung

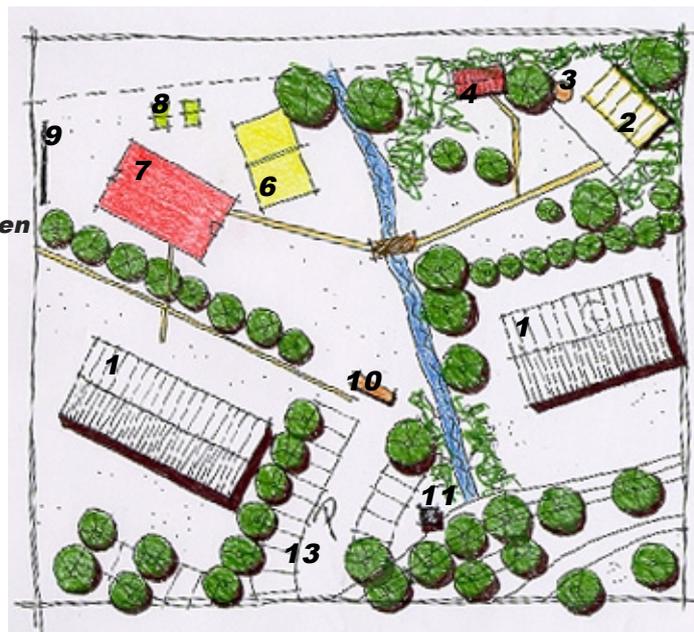
11 Jungen und 5 Mädchen setzten sich mit den Planungsaufgaben auseinander. Bei allen Modellen werden die städtebaulichen Grundstrukturen beibehalten und nur geringfügig modifiziert. In die Freiflächen und die Wohnhöfe integrieren die Jugendlichen ein Cafe und eine Grillhütte als gemeinschaftliche Einrichtungen.

Die Schülerinnen und Schüler der 12. Klasse gehen, ähnlich wie die anderen auch, zunächst daran, die Baukörper zu gestalten. Dabei spielt in einer Gruppe die Dachgestaltung eine wesentliche Rolle, während die Fassaden unwichtig sind. Die Reihenhäuser reduzieren die Jugendlichen deutlich zugunsten der Einfamilienhäuser. Hochhäuser werden nicht in die Modelle eingebaut.

Gruppe: Freifläche 1

12. Klasse Gymnasium Neustadt 6 Jungen

- 1 Wohnhaus
- 2 Grillhütte
- 3 Grillstelle
- 4 Toilettenhaus
- 5 Brücke mit Bach
- 6 Volleyballfeld
- 7 Basketballfeld
- 8 Tischtennisplatten
- 9 Graffitiwand
- 10 Fahrradständer
- 11 Telefonzelle
- 12 Bushaltestelle
- 13 Parkplatz



Grafik: Silvia Eisele

Straßen- und Platzräume

Erschließung

Die vorgeschlagene Erschließungsmöglichkeit wird beibehalten, jedoch in den Wohnhöfen stark reduziert. Während bei einer Gruppe die Autos in den Wohnhof fahren, wird dies von der anderen Gruppe abgelehnt.

Der Platz in diesem Hof soll als Spielfläche für Basketball, Inlineskaten, Fahrradfahren und als Sitzbereich mit Brunnen genutzt werden. Die im Wohnhof 1 entfallenden Stellplätze ersetzt eine Grünanlage. Die Straße wird in diesem Wohnhof nicht als Spielbereich ausgebildet.



Quelle: Eigenes Fotoarchiv

Stellplätze und Garagen

Das Auto als Symbol der Unabhängigkeit spielt für diese Altersgruppe eine wesentliche Rolle. Demzufolge wird jedem Haus eine Garage zugeordnet.

Bei der 2. Wohnhofgruppe werden die Autos aus dem Hof herausgehalten. Auch innerhalb der Freiflächen sollen keine Autos fahren.

Grün- und Freifläche

Öffentliche Grünfläche

Die öffentlichen Grün- und Freiflächen spielen in dieser Gruppe eine ganz unterschiedliche Rolle. Während die Mädchen angeben, dass sie für sie keine Bedeutung haben und ein Aufenthalt im Gebiet völlig abgelehnt wird, gestalten die Jungen die Freifläche und einen Wohnhof nach ihren Bedürfnissen.



Quellen: Eigenes Fotoarchiv

Wesentliche Elemente der Freiflächen sind:

- ◆ Basketballplatz (Fußballplatz stand lange zur Diskussion)
- ◆ Grillhütte mit Grillplatz
- ◆ Tischtennis
- ◆ Volleyball
- ◆ Graffitiwand
- ◆ Rasenflächen
- ◆ öffentliche Toilette
- ◆ Telefon
- ◆ Bushaltestelle
- ◆ Lärmschutz durch Pflanzen



Quelle: Eigenes Fotoarchiv

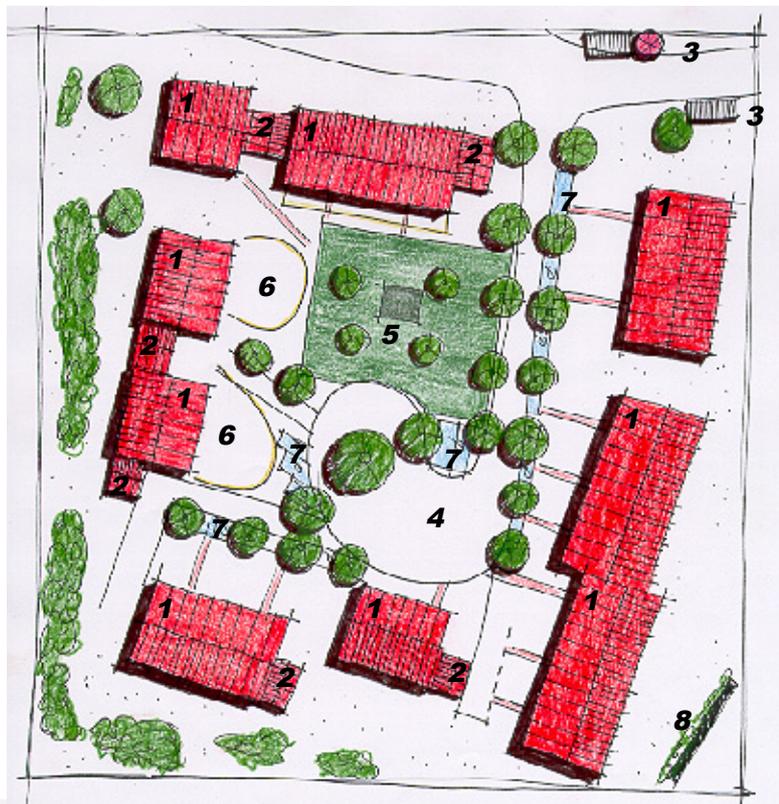
Private Freiflächen

Den Jugendlichen sind die privaten Freiflächen sehr wichtig. Besonders die Mädchen wollen ihre Ruhe und Erholung. Sie grenzen ihre privaten Wohnbereiche mit Einfriedungen ab.

Gruppe: Wohnhof 1 12. Klasse in Neustadt

4 Mädchen/ 2 Jungen

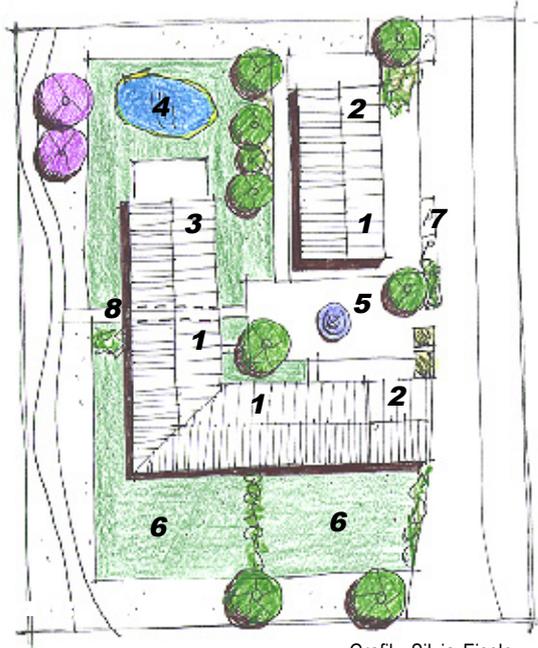
- 1 Wohnhaus**
- 2 Garage**
- 3 Bushaltestelle**
- 4 Wendemöglichkeit für Autos**
- 5 öffentlicher Platz**
- 6 private Vorgärten**
- 7 Parkplätze**
- 8 Schallschutzwand**



Grafik: Silvia Eisele

Gruppe: Wohnhof 2 12. Klasse in Neustadt

1 Mädchen/ 3 Jungen



- 1 Wohnhaus**
- 2 Garage**
- 3 Café mit Terrasse**
- 4 Teich**
- 5 Platz mit Brunnen und Bank
keine Zufahrt für Autos**
- 6 private Gärten**
- 7 öffentliche Parkplätze**
- 8 öffentlicher Durchgang**

Grafik: Silvia Eisele

Verwendetes Material

Während in der mädchen-dominierten Gruppe für Bäume nur Naturmaterialien verwendet werden, spielt dies in den Jungengruppen keine Rolle. Hier kamen auch Styroporkugeln zum Einsatz.

Besonders auffällig ist, dass im Gegensatz zu den anderen Modellen in dieser Gruppe wenig Farbe verwendet wird.

Dimensionierung

Die Jugendlichen haben mit den Proportionen keine Probleme.

Konzeptfindung

Die Jugendlichen diskutieren die Entscheidungen gemeinsam, dazu führen sie z.T. heftige Diskussionen.



Quelle: Eigenes Fotoarchiv

8

Die Ergebnisse aus der Kinder- und Jugendlichenbeteiligung sollen in den nachfolgenden Ausführungen zum einen im Hinblick auf die städtebaulichen, geschlechtstypischen Bedürfnisse zum anderen auf die Fähigkeiten der Kinder und Jugendlichen diskutiert werden.

Im folgenden Kapitel werden zunächst die Ergebnisse der einzelnen Altersstufen nach den in Kapitel 6 aufgeführten Kriterien zusammengeführt. Es soll untersucht werden, ob sich zwischen den einzelnen Altersstufen Entwicklungstendenzen ablesen lassen. Da die Modelle immer mit der ganzen Klasse diskutiert wurden und so von einer homogenen Gruppe oder auch „Peer-group“ gesprochen werden kann, werden die Ergebnisse der Untersuchung als repräsentativ und übertragbar angesehen. Es kann davon ausgegangen werden, dass, wie bereits in Kap. 1 ausgeführt, sich die Bedürfnisse im Dialog und im sozial-räumlichen Kontext entwickelt haben.

Darüber hinaus soll festgestellt werden, welche Abhängigkeiten zwischen den Bedürfnissen und dem äußeren Wohnumfeld bestehen bzw. ob sie sich gegenseitig beeinflussen. Als weiterer Aspekt wird untersucht, ob zwischen den Bedürfnissen und dem Verhalten von Mädchen und Jungen hinsichtlich ihres Umfeldes Unterschiede festzustellen sind, da, wie in Kap. 3 dargestellt, die Erziehung nach wie vor sehr unterschiedlich ist. Im nächsten Schritt werden diese Ergebnisse dann in den städtebaulichen, gesellschaftlichen und soziologischen Zusammenhang gestellt und mit vorhandenen Forschungsergebnissen aus anderen Fachdisziplinen verglichen.

Die Ergebnisse der empirischen Untersuchung werden mit der Zielsetzung aus Kapitel 6 verglichen und diskutiert. Die Ergebnisse sollen als Grundlage für die zu entwickelnden Handlungsfelder dienen.

8.1 Städtebauliche Ergebnisse

8.1.1 Nutzung

8.1.1.1 Ergebnisse aus der Beteiligung

Deutlich wird in den Ergebnissen der Modellbauwerkstatt, dass sich die Bedeutung soziokultureller Einrichtungen und die Nutzungsdurchmischung mit dem Alter der Kinder und Jugendlichen ändert.

Für die Vorschulkinder haben die sozio-kulturellen Einrichtungen, darunter fallen Kindertreffs, Jugendtreffs, -häuser usw., noch keinerlei Bedeutung. Bis auf den Kindergarten werden keine anderen öffentlichen Einrichtungen in die Modelle integriert. Dies ändert sich spätestens ab der 3. Klasse. Die Kinder lösen sich von ihrem eigenen Haus und die öffentlichen Bereiche treten stärker in den Vordergrund. Das Interesse der Kinder an Gemeinschaftseinrichtungen kommt in allen Modellen zum Ausdruck. Räumlichkeiten spielen dabei eine ebenso große Rolle wie Freiflächen. Während noch bis zur 6. Klasse Sporteinrichtungen im Vordergrund stehen, sind für die Teenager Jugendhäuser und Kneipen, oder wie bei den Mädchen der 9. Klasse ein Mädchentreff, ebenso wichtig.

Für die 18-jährigen nimmt die Bedeutung der sozio-kulturellen Einrichtungen im Wohngebiet offenkundig wieder ab, da sie im Verhältnis zu den anderen Gruppen nur wenige in die Modelle integrieren. Andere Nutzungen, die z.B. für die tägliche Versorgung notwendig sind, wie Bäcker, Metzger oder auch Handwerksbetriebe werden nicht in die Modelle integriert. Es lässt sich eine Fixierung auf das Wohnen und die Freizeit- bzw. Spieleinrichtungen feststellen.



Quelle: Kinderzeichnung 3. Klasse

8.1.1.2 Diskussion im städtebaulichen Kontext

Die Ergebnisse spiegeln zum einen die verschiedenen Entwicklungsstufen sowie den Erfahrungs- und Wissensstand, zum anderen die Auswirkungen der Nutzungsdifferenzierung auf Kinder und Jugendliche wider. Für Kindergartenkinder spielt der Kindergarten die zentrale Rolle. Sie sind noch stark an das eigene Zuhause und die Familie gebunden und kennen oft keine anderen Einrichtungen.

Die Zentralisierung von Kindergärten, Schulen und der Verlust von Einkaufsmöglichkeiten im dörflichen Bereich wirkt sich direkt auf die Lebenssituation der Kinder und Jugendlichen aus.

Durch den Verlust der Kindergärten in den kleineren Gemeinden müssen Kinder häufig in Nachbargemeinden untergebracht werden. Dies bedeutet ein frühes Aufstehen und ein Pendeln mit dem Bus oder mit dem Auto. Mit der Verlagerung aus den kleineren Dörfern sind folgende negativen Begleiterscheinungen verbunden:

- ◆ „die Einheit der Lebenswelt wird auseinanderdividiert,
- ◆ flexiblere Tageseinteilungen gehen verloren,
- ◆ Bustransporte werden notwendig,
- ◆ die Überschaubarkeit des Kindergartens geht verloren,
- ◆ Freundschaften im Dorf können nicht so intensiv gepflegt werden,
- ◆ Elternarbeit ist nicht mehr so leicht möglich.“¹

Im städtischen Raum sind Kinder und Jugendliche, falls nicht der Kindergarten oder die Schule in unmittelbarer Nachbarschaft liegen, ebenfalls darauf angewiesen, entweder mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu fahren, oder die Eltern müssen sie chauffieren. Selbstverständlich können Schule oder Kindergarten nicht immer in unmittelbarer Nachbarschaft sein. Es ist jedoch ein Unterschied, ob Kinder im Alter von drei Jahren pendeln müssen, oder erst mit dem Wechsel in die höhere Schule, der zu einem Zeitpunkt erfolgt, an dem die Kinder sowohl psychisch als auch physisch in einem anderen Entwicklungsstand sind. Nicht zuletzt wird den Kindern ein Stück Unabhängigkeit genommen, in dem sie immer zu allen Einrichtungen gefahren werden (müssen). Der ständige Gebrauch des Autos hat wiederum die unter Punkt 8.1.3 aufgeführten Folgen.

Mit fortschreitendem Alter lösen sich die Kinder von ihrem Elternhaus, haben mehr Erfahrungen und lernen neue Einrichtungen z.B. Turnvereine, Sportstätten usw. kennen. Das Ergebnis macht deutlich, wie ausgeprägt der Wunsch nach gemeinsamen Treffpunkten ist. Insbesondere in der Phase zwischen 12 und 16 Jahren spielen Freunde die zentrale Rolle. Treffpunkte außerhalb des Elternhauses, die zu Fuß oder mit dem Fahrrad zu erreichen sind, stehen im Mittelpunkt des Interesses. Gerade für diese Altersgruppe, die wie in Kap. 3 auch als Lücke-Kinder bezeichnet wird, fehlen aber Einrichtungen. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch deren Lage, die oft am Rande des Ortes oder etwas außerhalb gewählt wird. Für die Jugendlichen ist dies mit dem Problem der Erreichbarkeit verbunden. Betrachtet man die Gründe dafür, so wird die Lärmbelästigung durch diese Einrichtungen genannt. Die Kinder und Jugendlichen werden bewusst ausgegrenzt, um die Wünsche der Erwachsenen nach Ruhe und Ungestörtheit zu erfüllen. Sicherlich hängt dies auch mit dem schwierigen Verhältnis zu dieser Gruppe zusammen, was auch dadurch bestätigt wird, dass - wie in Kapitel 1 ausgeführt - die Altersgruppe über 14 Jahre seltener an Projekten beteiligt wird.

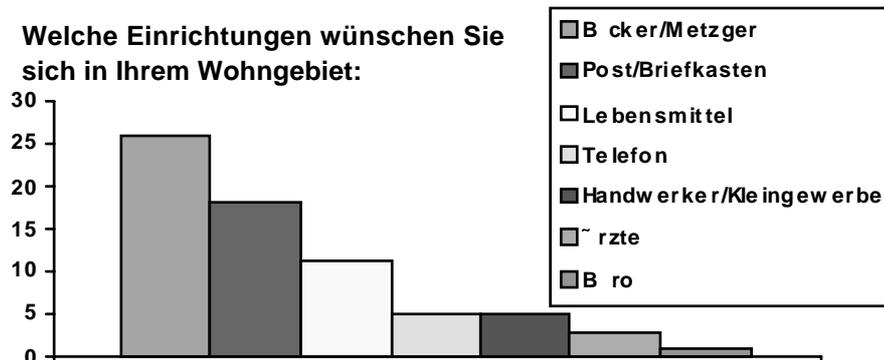
Durch die zunehmende Mobilität der über 18-jährigen Jugendlichen nimmt die Bedeutung der Einrichtungen in unmittelbarer Nachbarschaft ab. Deutlich wird dies insbesondere bei den Mädchen dieser Altersgruppe, die nach eigenen Aussagen keine Einrichtungen und Treffpunkte in ihrer Nachbarschaft wünschen.

Die Summe der genannten Einflussfaktoren führte dazu, dass sich die Lebenssituation der Kinder und Jugendlichen entscheidend verändert hat. Für Kinder wichtige Bereiche werden voneinander getrennt, Lernorte gehen verloren, und sie werden immer stärker aus der Welt der Erwachsenen ausgegrenzt. Diese Entwicklung der Separierung von Nutzungen, die besonders die immobilen Altersgruppen betrifft, ist nicht neu.

Die Funktionstrennung geht zurück auf die Charta von Athen 1933. Die Trennung der einzelnen Funktionen Wohnen, Arbeiten, Infrastruktureinrichtungen und Erholen hat nicht nur für Erwachsene, sondern auch für Kinder Probleme gebracht wie z.B. hohes Verkehrsaufkommen, lange Anfahrtswege und damit verbunden größere Unselbständigkeit.

Die Ausweisung von reinen Wohngebieten verschärft diese Tendenz noch. „Die monofunktionale Ausrichtung vieler Neubausiedlungen ist wesentlicher Grund dafür, dass sich die Handlungen im Wohnquartier auf wenige Tätigkeiten beschränken, wie zum Beispiel Einkaufen, Fernsehen, Putzen, Schlafen. Die Gestaltung der näheren Wohnumwelt stellt jedoch für die Gruppe der Jugendlichen und Kinder eine wesentliche Rahmenbedingung im Sozialisationsprozess dar.“² „Ganz offensichtlich besteht ein deutlicher Widerspruch zwischen der Tendenz, Nutzungen aus Gebieten auszuschließen, und den vitalen Bedürfnissen unmittelbar, möglichst wenig geregelter ökonomischer und sozialer Lebensverwirklichung. Nutzungshomogene Umgebungen führen aber nicht nur zu einer strukturellen und visuellen Verarmung, sie reduzieren auch die Öffentlichkeit.“³

Welche Einrichtungen wünschen Sie sich in Ihrem Wohngebiet?
Befragung von 30 Familien mit Kindern



Quelle: Forschungsprojekt der Gemeinde Böhl-Iggelheim zusammen mit dem Finanzministerium Rheinland-Pfalz 1996

Diese von Curdes genannten vitalen Bedürfnisse kommen auch in den Modellen der Kinder und Jugendlichen zum Ausdruck, die sich ihre Freizeiteinrichtungen in unmittelbarer Nachbarschaft wünschen.

Bei meiner Befragung von 30 Familien und Kindern (1996) in einem reinen Wohngebiet sprachen sich 2/3 der Befragten für die Ansiedlung von kleineren Betrieben aus, sowie für eine bessere Versorgung der Wohngebiete mit Geschäften für den täglichen Bedarf. Dies würde auch ein monostrukturiertes Gebiet verhindern.

Soziokulturelle Einrichtungen spielen aber auch im Zusammenhang mit der heute beklagten Orientierungslosigkeit der Jugend eine wichtige Rolle. Durch die zunehmende Freizeit der Kinder und Jugendlichen, die nicht mehr in die häuslichen Pflichten eingebunden sind, stellt sich vielerorts die Frage nach einer sinnvollen Beschäftigung.

Medien einflussreicher als Eltern

Als Folge der Retriberberlutung haben viele Kinder Schwierigkeiten, sich zu konzentrieren

Die Mikroelektronik Medien nach Ansicht vieler Journalisten bzw. viele Gläubig auf den Nachwuchs von Eltern und Lehrern jeder dritte junge Mensch ist davon überzeugt, dass die neuen Medien ihn stärker beeinflussen als Filme und Fiktionen, heißt es in einer Medienumfrage des Hamburger B.A.T. Freizeit-Forschungsinstituts. Im Gegensatz zu den Eltern, die die aufwachen, das Internet bei den Verbrauchern jedoch gering. Nur zwei Pro-

zent von 3000 Befragten hätten angegeben, gelegentlich prüfen über die Datenanalyse zu sein. In ihrer Freizeit seien die Menschen eher an Entspannung und Zerstreuung interessiert als an Informationen, folgern die Freizeitforscher. Diese Rolle erfüllt das Fernsehen ebenfalls wesentlich besser als der Computer. Eine Änderung des Konsumverhaltens sei erst in Sicht, wenn die Industrie die technische Verbindung von Computer, Fernseher, Video und Stereo-Anlage

anbieten können. Multimedia könne erst dann ein Massenmedium werden, wenn man darauf so einfach wie mit einem Spielzeug umgehen könne. Auf die zunehmende Situationsüberwindung durch die Medien reagieren Kinder und Jugendliche der Studie mit großer Skepsis, da sie sich der Informationsflut verweigern. Immer häufiger werde das Fernsehprogramm gerade bei Nachrichtensendungen angeschaltet. Drei Viertel aller Fernsehschauer wechseln den Kanal

mindestens einmal pro Abend. Bei den Jugendlichen sei dieser Anteil noch deutlich höher. Als Folge der Medienüberflutung könnten sich gerade junge Leute immer schwerer für längere Zeit auf eine Sache konzentrieren. Folge sei „eine neue Überlebensstrategie“, sagen die Hamburger Forscher: (speziell) sollten Gedächtnis- und Informationsverarbeitung nur noch anbereichert auf und seien nicht mehr in der Lage, sie in einen größeren Zusammenhang einzuordnen.

Probleme mit der Artikulation

Fernsehen und „schweigende Familien“ machen Kids zunehmend sprachlos

Die „stille Familien“ und „schweigende Familien“ hemmen zunehmend die Sprechentwicklung der Kinder. Das belegt eine in Leipzig vorgestellte Untersuchung. Ein Viertel aller Kinder von dreieinhalb bis vier Jahren sind in ihrer sprachlichen Entwicklung zurückgeblieben, sagte Prof. Manfred Heinenmann, Direktor der Klinik für Kommunikationsstörungen der Universität Mainz, auf einem interdisziplinären Symposium des Vereins „Mehr Zeit für Kinder“.

Ende der 70er Jahre habe die Quote noch bei vier Prozent gelegen. Grundlage dieser Erkenntnis seien Studien in mehreren Städten

Deutschlands. Vielen Kindern mangle es an Sprachverständnis, Wortschatz, Grammatik und Artikulation. Kinder sollen heute in Deutschland täglich stundenlang schweigend vor dem Fernseher beziehungsweise spielen mit Gameboy oder Computern. Damit gebe nicht nur Zeit für Kommunikation mit Alltagspartnern und Eltern verloren, sondern das Schweigen wirke sich auch negativ auf die Sprachentwicklung aus, sagte Heinenmann.

Weitere Ursachen sind Experten zufolge Vererbung, Überbehütung und allgemeine Überforderungssituationen in der Familie, die

nicht selten zu körperlicher Gewaltanwendung gegenüber den Kindern führen. Wesentlicher Faktor sei aber auch die fehlende sprachliche und gefühlmäßige Zuwendung in „schweigenden Familien“. Gezielten Fördermaßnahmen könnten bei Sprachstörungen helfen, sagt Heinenmann. Die Therapie darf seiner Meinung aber nicht erst im Schulalter beginnen, denn dann sei es für die meisten Patienten bereits zu spät. Er kritisiert, dass in vielen Bundesländern die Sprachheilmaßnahmen für den Vorschulbereich gänzlich abgeschafft oder massiv reduziert wurden.

An dieser Stelle muss auch die Rolle der Medien in die Betrachtungen einbezogen werden.

„Heute haben 18-jährige im Durchschnitt mehr Zeit vor dem Fernsehgerät als in der Schule verbracht: 18 000 TV-Stunden stehen 15 000 Unterrichtsstunden gegenüber.“⁴

Nach dem Spielen steht Fernsehen an zweiter Stelle der Lieblingsbeschäftigung. Hauptgründe dafür sind Langeweile, keine Beschäftigungsmöglichkeit und vielen Kindern hilft das Fernsehen gegen das Alleinsein. Bei den 6- bis 13-jährigen beträgt die durchschnittliche tägliche

Fernsehdauer 2 Stunden 42 Minuten.⁵ Die Auswirkungen werden mittlerweile von vielen Erzieherinnen und Erziehern beklagt. Zu ihnen gehören Sprach-, Lese- und Schreibprobleme, Konzentrations-schwierigkeiten, Passivität und mangelndes Durchhaltevermögen und nicht zuletzt ein Verlust an Kreativität. „Der Einfluss des Fernsehens trifft alle Ebenen: physiologisch, emotional, kognitiv und sozial.“⁶

16 Jugendliche, die an dem Projekt beteiligt waren, sollten selbst einschätzen, ob das Fernsehen ihr Freizeitverhalten beeinflusst. Die Mehrzahl der Jungen ist - im Gegensatz zu den Mädchen - davon überzeugt, dass das Fernsehen sie beeinflusst. Über das eigene Fernsehverhalten befragt, liegt die durchschnittliche Fernsehdauer der Mädchen zwischen zwei bis drei Stunden täglich. Bei den Jungen zeigt sich ein größeres Spektrum, die Angaben liegen zwischen einer und zehn Stunden.

Ergebnisauswertung

Quelle: Allgemeine Zeitung vom 5.7.97

Die durchschnittlich längere Fernsehdauer der Jungen erklärt auch die Einschätzung, dass Fernsehen ihr Freizeitverhalten beeinflusst. Darüber hinaus verändert das Fernsehen auch das Konsumverhalten. Kinder und Jugendliche sind eine begehrte Zielgruppe, der im Jahr immerhin 17 Milliarden DM zur Verfügung stehen. Konsum - in jeder Form - ob Fernsehen, Freizeitaktivitäten, usw. - steht bei Jugendlichen hoch im Kurs. Die eigene Kreativität und das Engagement fallen immer weiter zurück. Doch auf längere Sicht kann mit einem Verlust dieser Qualitäten auch ein Bildungsverlust einhergehen. Alternativen sind notwendig, um für Kinder und Jugendliche eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung anzubieten. Jugendliche benötigen einen Ort, an dem sie einander z.T. auch ohne Kontrolle treffen können, um ihre Erfahrungen zu sammeln. Kommunen haben vielerorts die Bedeutung dieser Räume erkannt. Dies zeigt sich darin, dass in den letzten Jahren zahlreiche Jugendräume und -häuser entstanden sind.

Diese Einrichtungen können folgende Funktionen übernehmen:

- ◆ Kinder und Jugendliche erhalten einen eigenen Raum, in dem sie sich treffen können. In Verbindung mit Vereinen und Verbänden wird erreicht, dass neu zugezogene Kinder und Jugendliche schneller in die Gemeinden integriert werden.
- ◆ Aus der unmittelbaren Mitwirkung der Jugendlichen an ihren Bereichen erwächst ein größeres Verantwortungsgefühl. Die Jugendlichen sollten, soweit möglich, bei der Herstellung der Räume beteiligt werden. Erfahrungen aus anderen Städten zeigen, dass dadurch der Vandalismus abnimmt. Darüber hinaus entwickeln „Kinder und Jugendliche ein geringeres Gewaltpotential, wenn sie ernst genommen werden, sich austoben können und eigene Räume haben.“⁷ Prof. Stange weist darauf hin, dass „unnötige Kosten entstehen, wenn Jugendliche nicht an Projekten beteiligt werden, da Bereiche nicht akzeptiert werden und in der Folge umgeplant werden müssen.“⁸
- ◆ Mädchen brauchen eigene Räume oder Öffnungszeiten, an denen nur sie diese Einrichtungen benutzen können. Wie wichtig den Mädchen dieser Aspekt ist, zeigt sich darin, dass in der 9. Klasse ein Innenraum als Themenschwerpunkt gewählt wurde.

8.1.2 Baustruktur und Gestaltung

8.1.2.1 Ergebnisse aus der Beteiligung

Kinder übernehmen sowohl bei der Baustruktur als auch bei der Gestaltung der Häuser die ihnen bekannten Merkmale und Erfahrungen.

Bauform und sozialer Einfluss

Jugendliche aus sozialen Brennpunkten übertragen ihre Erfahrungen und sind nicht in der Lage andere Ideen zu entwickeln. Dies wurde in Landau ganz deutlich. Hier beschäftigte sich eine Gruppe von Jugendlichen, die aus einem sozialen Brennpunkt kam, mit einem real existierenden Gebiet. Die Baukörper wurden dabei in Anlehnung an das Bekannte sehr desolat gebaut. Bereits in Kapitel 1 wurde auf die Bedeutung der Architektur im Zusammenhang mit der Sozialisation hingewiesen.

Bautyp

In allen Gruppen lässt sich feststellen, dass das Einfamilienhaus die vorherrschende Bauform ist. Andere Bauformen wie z.B. Reihenhäuser werden kaum verwendet, vielmehr werden die Reihenhäuser in Einfamilienhäuser aufgeteilt. Beibehalten wird der private Wohnhof mit seiner geschlossenen Bauform, der von der 12. Klasse bearbeitet wurde.

Geschossigkeit und Gestaltung

Mit einer Ausnahme werden in allen Modellen maximal 2-geschossige Gebäude verwendet. Das Hochhaus als Solitär wird nur von den Kindern in Böhl-Iggelheim berücksichtigt. In dieser Gemeinde wird das Ortsbild durch die Türme der Raiffeisenbank geprägt. Bis einschließlich 6. Klasse werden die Gebäude überwiegend mit roten Satteldächern ausgestattet. Erst ab der 9.Klasse ist festzustellen, dass eine stärkere Abstraktionsfähigkeit besteht. Es werden verschiedene Dachformen, z.B. Pultdächer mit Sitzmöglichkeiten oder Solardächer, verwendet. Die Jugendlichen sind experimentierfreudiger und besitzen eine große Liebe zum Detail. Auffällig ist, dass in der der 12. Klasse nur Satteldächer in roter Dacheindeckung verwendet wurden.

Baukörperstellung

Auch bei der Baukörperanordnung lassen sich Entwicklungen ablesen. Während noch die Kindergartenkinder sehr enge Gebäudekonstellationen wählen, wird die Bebauung mit zunehmendem Alter immer lockerer angeordnet. Die 12. Klasse wiederum orientiert sich stark an dem vorgelegten Bebauungsplanentwurf, löst aber die Reihenhäuser zugunsten von Einfamilienhäusern auf und grenzt die Grundstücke durch Zäune ab. In allen Gruppen wird die Wohnhofsituation aufgegriffen, in deren Mitte ein gemeinsamer Spielbereich angeordnet wird. Auffällig ist bei der Baukörperstellung, dass auf lineare Anordnungen verzichtet wird. Deutlich wird in diesen Konzepten, dass auf der einen Seite der Wunsch nach Privatheit besteht und nach einer Abgrenzung zur Nachbarschaft, dass aber auf der anderen Seite viele Gemeinschaftsnutzungen in die Modelle integriert werden.

Dabei lässt sich feststellen, dass es bezüglich der Bauform keine Unterschiede gibt zwischen Kindern aus dem Dorf und aus der Stadt.

8.1.2.2 Diskussion im städtebaulichen Kontext

Bauform und sozialer Einfluss

Kinder und Jugendliche werden stark von ihrer Umwelt und Architektur geprägt, sowohl durch positive als auch negative Erfahrungen. Dieses Ergebnis spiegelt sich ganz deutlich in den Modellen wider. „Architektonisch unterschiedliche Wohnhausformen vermitteln differenzierte Verhaltensmuster sowie Orientierung und Anregungsniveau und beeinflussen damit verschiedene Verhalten. Das Kind, das in einem Hochhaus aufwächst, wird grundsätzlich anderen Sozialisationsbedingungen ausgesetzt, als das in einem Einfamilienhaus auf dem Lande wohnende Kind. Das Verhalten beider ist deshalb sehr verschieden. So lassen sich bereits von der Baustruktur her bestimmte Gebiete benennen, in denen Vandalismus auftaucht.“¹⁰ Die gebaute Umwelt beeinflusst in hohem Maße unser Leben, besonders in der Phase der kindlichen Entwicklung.

Bautyp

Ob ein Kind auf einem Bauernhof aufwächst oder in einem Hochhaus an einer stark befahrenen Straße, macht für die Entwicklung des Kindes einen großen Unterschied.“¹¹ Dies spricht sehr dafür, dass eine qualitätvolle und kindgerechte Architektur gebaut wird, die auch die Phantasie anregt. Das Ergebnis zeigt durch die primäre Verwendung des Einfamilienhauses, dessen Stellenwert. Nach wie vor ist dies im ländlichen Raum die gängige Wohnform und der Wunschtraum vieler Bauherrinnen und Bauherren. Doppelhäuser und Reihenhäuser müssen sich gegen viele Vorurteile durchsetzen.

Dabei sind mit dem Einfamilienhaus erhebliche Nachteile verbunden:

- ◆ Der Flächenverbrauch ist sehr hoch. Dies widerspricht der Forderung des Baugesetzbuches nach einem schonendem Umgang mit Grund und Boden und einer flächensparenden Bauweise .
- ◆ Durch den hohen Flächenverbrauch dieser Bauform entsteht schon bald wieder ein neuer Bedarf für die Ausweisung von Baugebieten.
- ◆ Zum wirtschaftlichen Betreiben benötigen örtliche Geschäfte eine Mindestverdichtung, die durch die Einfamilienhäuser oft nicht gewährleistet werden kann.
- ◆ Die Abstandsflächen, die nach den Landesbauordnungen nach allen Seiten einzuhalten sind, lassen keine sinnvolle Nutzung zu. Es handelt sich meist nur um Restflächen in die höchstens ein Stellplatz integriert wird.
- ◆ Unter ökologischen Gesichtspunkten schneiden Einfamilienhäuser am schlechtesten ab. Die Wärmenutzung ist schwer möglich.
- ◆ Mit den größeren Flächen sind auch höhere Grundstückskosten verbunden. Dies soll an einem Beispiel gezeigt werden. Bei 450qm Grundstück und einem Preis von DM 300,00/m² und einem Gebäudepreis von DM 330.000,00 muss eine Familie DM 450.000,00 finanzieren. Dies ist mit einem durchschnittlichen Verdienst von DM 60.000,00 kaum noch möglich. Bezieht man in diese Überlegungen noch mit ein, dass nach der Geburt der Kinder über Jahre nur ein Verdienst zur Verfügung steht, wird deutlich, dass für viele Familien ein Eigenheim nicht mehr erschwinglich ist.

Um Kindern und Jugendlichen frühzeitig das Spektrum des Bauens und Wohnens zu eröffnen und die Akzeptanz zu erhöhen, müssen alternative Bauformen gezeigt werden.

- ◆ Im Auftrag des Finanzministeriums wurde im Sommer 1996 von mir eine Befragung unter 30 Familien, die in einem Einfamilienhausgebiet leben, in der Gemeinde Appenheim durchgeführt. Das Ergebnis zeigt, dass 50% der Befragten in ein Reihenhaus ziehen würden, allerdings unter der Voraussetzung, dass Einfluss auf den Grundriss genommen werden kann. Dieser Prozentsatz dürfte im städtischen Raum noch größer sein.

Nicht nur in Ballungsräumen, sondern auch im ländlichen Raum muss es aus den o.g. Gründen zu einer Verdichtung der Baugebiete kommen. Dies setzt voraus, dass verdichtete Wohnformen von Bürgerinnen und Bürgern akzeptiert werden. Eine Möglichkeit Akzeptanz zu schaffen ist, dass Ministerien, Bauträger und Industrie diese Wohnformen stärker publizieren, weiterentwickeln und die bestehenden Vorurteile abbauen.

Geschossigkeit und Gestaltung

Die Ergebnisse der Modellbauwerkstatt zeigen, dass die Kinder sich für ihren Wohnbereich eine Geschossigkeit aussuchen, die sie als für sich angemessen empfinden. (Interessant wäre in diesem Zusammenhang eine Untersuchung in einer Großstadt durchzuführen, um das Ergebnis zu überprüfen) „Bauliche Gestaltung kann zwischenmenschliche Kontakte, aber auch schon Aufenthalt im Wohnumfeld fördern. Dass vor allem Mütter von Kleinkindern, die in den oberen Stockwerken von Hochhäusern wohnen, seltener die Wohnungen verlassen um mit ihren Kindern zum Spielen zu gehen, ist naheliegend und auch empirisch belegt. Für die Erschließung der Wohnumwelt durch das Kleinkind ist die Sicht- und Rufkontrolle durch die Mutter in der Wohnung, bzw. ein beliebiger Wechsel des Kindes zwischen Wohnung und Spielplatz, erforderlich.“¹²

Ein Zusammenhang zwischen dem sozialen Einfluss, körperlicher Entwicklung und der Geschossigkeit kann nicht ausgeschlossen werden. Da zum einen, wie oben beschrieben, die Kinder ab etwa dem vierten Obergeschoss weniger draußen spielen, damit weniger körperliche und

geistige Anregungen haben, zum anderen die Architektur und die Gestaltung der Grünflächen in vielen Siedlungen im Hinblick auf eine kindgemäße Entwicklung nicht die notwendigen Voraussetzungen bieten. Neben der Bauform spielt aber auch die Gestaltung der Gebäude eine entscheidende Rolle. Pultdächer, Flachdächer usw. bieten den Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit Alternativen kennenzulernen. Die Verdichtung kommt dabei Kindern und Jugendlichen zugute, die sich eine größere Nachbarschaft wünschen und wird gleichzeitig der Forderung des Baugesetzbuches nach einem schonenden Umgang mit dem Grund und Boden gerecht.

Baukörperstellung

Die in den Lageplänen vorgegebene Wohnhofsituation wurde von den Kindern und Jugendlichen nicht in Frage gestellt. Durch diese Vorgabe war aber auf der anderen Seite eine gewisse Fixierung bereits vorhanden, die unter Umständen das Ergebnis beeinflusst hat. Feststellen lässt sich jedoch, dass Höfe sehr intensiv begrünt wurden bzw. auch als Spielbereiche umgestaltet wurden. Es stellt sich daher die Frage, ob die Kinder andere Bauformen verwenden würden, wenn die Modellbauwerkstätten in stärker verdichteten Städten durchgeführt worden wären.

8.1.3 Straßen- und Platzräume

8.1.3.1 Ergebnisse aus der Beteiligung

Kinder und Jugendliche betrachten den Straßenraum nicht als Aufenthaltsbereich in dem sie spielen können, sondern sehen darin Flächen, die dem Autoverkehr zur Verfügung stehen.

Dies kommt in der Kritikphase und bei der Straßenraumgestaltung im Modellbau zum Ausdruck:

- ◆ Kinder und Jugendliche wünschen sich in ihrem Wohnumfeld möglichst wenig Verkehr, da dieser sie in ihrer Bewegungsfreiheit einengt und zu Lärmbelästigungen führt. Asphaltierte Fahrbahnen setzen sie mit Raserei gleich.
- ◆ Die Probleme der Kinder mit dem Straßenverkehr zeigen sich aber auch darin, dass die 3. Klasse den Straßenraum nicht als Spielbereich umgestaltet, sondern die Spielbereiche vielmehr in der Randlage unterbringt.
- ◆ In den Modellen wurde sowohl der Straßenraum verringert als auch die Sammelstellplatzanlage entfernt. Auch in der Kritikphase gaben die Kinder an sich weniger Autos zu wünschen, mehr Spielstraßen und mehr Grün.
- ◆ Wohnhöfe werden als ideale Erschließungsform gewertet. Wegen des geringen Verkehrsaufkommens und des vorhandenen Wendeplatzes bieten sich hier Voraussetzungen für Straßenfeste, Spiele und Kontakte in der Nachbarschaft.
- ◆ Fuß- und Radwege, abseits der Straßen, werden in allen Modellen angeordnet. Die direkte Verbindung des Wohn- oder Freibereiches ist ein wichtiges Element.
- ◆ Eine zentrale Rolle spielt das Auto für die Kindergartenkinder und die 12. Klasse. Dies lässt sich eindeutig mit der jeweiligen Lebenssituation erklären. Während die Kindergartenkinder noch zu jeder Gelegenheit gefahren werden und meist nur in dieser Form mobil sind, stellt für die 18-Jährigen das Auto das Symbol ihrer eigenen Unabhängigkeit dar. Beide Gruppen wollen auch unbedingt das Auto in einer Garage vor ihrem Haus haben und überplanen die Sammelstellplätze.

- Erst für die 3. - 9. Klasse hat das Auto eine untergeordnete Funktion. Dies lässt sich durch die zunehmende Mobilität der Kinder und Jugendlichen erklären.
- ◆ Platzräume spielen hingegen in allen Modellen eine wichtige Rolle. Sie werden als Kommunikations- und Treffpunkte ausgebildet. Dabei sind die Kinder und Jugendlichen nicht auf ihre Altersgruppe fixiert, sondern planen auch für die anderen Gruppen entsprechende Bereiche ein. Das soziale Verständnis der Jugendlichen ging oft so weit, dass sie zuerst an die Bedürfnisse der anderen dachten, bevor sie sich auf ihre eigenen konzentrierten.
 - ◆ Mit zunehmender Mobilität nahm auch die Bedeutung des öffentlichen Personennahverkehrs zu, was seinen Ausdruck in den Bushaltestellen fand.

8.1.3.2 Diskussion der Ergebnisse im städtebaulichen Kontext

Das Verhältnis der Kinder und Jugendlichen zum Straßenraum zeigt sich deutlich darin, dass die in den Grundlagen vorhandenen Straßen nicht als Spielflächen gestaltet wurden. Der Lebensraum der Kinder hat sich in den letzten Jahren entscheidend verändert. Um dies zu verdeutlichen, sollen die unterschiedlichen Aspekte dargestellt werden. „Nicht nur das Medien- und Konsumverhalten der Kinder hat sich dem Verhalten der Eltern angepasst, vor allem der zunehmende Straßenverkehr, der ein Straßenspiel oftmals verhindert, trägt den größten Teil zum Verschwinden der Straßenspiele bei.“¹³

Ob Kinder zur Schule, zum Kindergarten oder zu Freunden gehen, fast immer müssen sie in alten Ortskernen eine der Haupteerschließungsstraßen oder Ortsdurchfahrten überqueren. In Städten ist dies oft noch gravierender. Durch die extreme Belastung mit Autos, den Mangel an privaten Freiflächen sind Kinder gezwungen auf öffentliche Spielplätze auszuweichen. Dabei können Kinder, wie in Kap.3 gezeigt wird, häufig die Verkehrssituation nicht richtig einschätzen. Kinder empfinden Autos, egal ob sie fahren oder parken, als störend und möchten diese am liebsten aus ihrem unmittelbaren Umfeld ausschließen. Um ihre Sicherheit zu gewährleisten, müssen Kinder, vor allem bis 6 Jahre, fast immer begleitet werden.

Der Straßenraum ist häufig nur noch für den ruhenden und fließenden Verkehr geeignet. Platz für Menschen ist kaum vorhanden, noch weniger für Kinder. Auf ein Kind kommen heute vier Autos.

Selbstverständlich ist in unserer Gesellschaft, dass die Kinder sich an den Verkehr anpassen müssen und nicht umgekehrt. Räumliche Mobilität steht an erster Stelle und verdrängt andere Raumansprüche. Das schnelle Ableiten des Verkehrs, das überwiegend der arbeitenden Bevölkerung zugute kommt, verdrängt den Anspruch der Gruppen, die sich den ganzen Tag in ihrem Wohnumfeld aufhalten. Verkehrsberuhigung, Rückbau von Straßen und Tempo-30-Zonen sind in den vergangenen Jahren immer wieder Schlagworte, die in vielen Städten und Gemeinden zu heftigen Diskussionen Anlass geben.

Das Leitbild der autogerechten Stadt hat den Lebensraum aller Bewohnerinnen und Bewohner entscheidend eingeschränkt, so dass vielerorts heute eine Abkehr davon als notwendig angesehen wird. Dabei ist jedoch die Lobby der Kinder immer noch schwächer als die der Autofahrer. Andere Regelwerke erschweren zudem eine kinder- und familienfreundliche Wohnumfeldgestaltung. Technische Anforderungen an Straßenquerschnitte, die Ver- und Entsorgung, die Beleuchtung, ja selbst Baumstandorte werden in gesetzlichen Bestimmungen fixiert und überlagern andere Ansprüche. Kinder und Jugendliche hingegen brauchen Räume, die auch Nutzungen offenlassen und die sie sich selbst aneignen können. Selbst Neben- und Sackgassen stellen noch ein Risiko dar und rein rechtlich gesehen ist das Spielen auf der Straße sogar verboten. Nicht nur, dass in vielen Wohngebieten höhere Geschwindigkeiten als erlaubt gefahren werden, ein großes Risiko sind auch die parkenden Autos, die das Spielen verhindern.

Die Gefährdung der Kinder drückt sich auch darin aus, dass sich die meisten Unfälle mit Kindern in einem Umkreis von 100m von ihrer Wohnung ereignen. „Rund 70.000 Kinder werden jährlich Opfer von Verkehrsunfällen, häufig mit tödlichem Ausgang.“^{13a} Ein Großteil der Verkehrsunfälle mit Kindern geschieht, weil die Kinder nicht gesehen werden. Parkende Autos, Mülltonnen und Blumenkübel stellen dabei eine große Gefahr dar.

Es wird kaum berichtet über die Angst der Kinder, deren Krankheiten, bedingt durch Abgase und die Todesfälle, die sich im Zusammenhang mit spielenden Kindern ereignen. Vielmehr steht auch hier die Lobby der Autofahrer und der Industrie im Vordergrund.¹⁴

Zudem sind gerade im innerörtlichen Bereich die Gehwege aufgrund der Platzverhältnisse so eng, dass Fußgängerinnen und Fußgänger auf die Fahrbahn ausweichen müssen. Hier sind wiederum Kinder besonders gefährdet.

Gerade auf dem Dorf wird überdurchschnittlich viel Auto gefahren.

Parkplätze sind hier noch keine Mangelware, und bevor zum Bäcker oder Metzger zu Fuß gegangen wird, fährt man mit dem Auto.

Dies erzeugt ein zusätzliches Verkehrsaufkommen. Gleichzeitig sind Straßen und Platzräume wichtige Spiel- und Aufenthaltsräume, sowohl für Kinder, als auch für Erwachsene. Hier können Kontakte geknüpft werden und Kinder können Spiele ausüben (z.B. Ballspielen, Fahrradfahren u.a.), die auf dem Spielplatz nicht möglich sind.

Das Spielen auf der Straße hat andere Qualitäten als das auf dem Spielplatz oder im Garten. Während auf dem Spielplatz Geräte zur Verfügung stehen, die oft die Kreativität entscheidend einengen, lassen sich Straßenspiele in folgende Bereiche einteilen:

- ◆ Spiele mit Kreide,
- ◆ Ballspiele,
- ◆ Spiele mit dem Fahrrad,
- ◆ Stockspiele,
- ◆ Springen,
- ◆ Spiele mit Wasser usw..

Letztendlich übernimmt der Straßenraum eine wichtige nicht zu unterschätzende Funktion für die Entwicklung der Kinder, über die sich gerade auch Planerinnen und Planer im Klaren sein müssen.

- ◆ Hier können sich Kinder ohne Verabredung treffen. Die soziale Komponente zählt zu den wichtigsten Bestandteilen des Straßenspiels. „Sehen und gesehen werden“ ist die Devise.¹⁵
- ◆ Kinder lernen die Fähigkeiten der anderen Kinder schätzen.

- ◆ Die Durchmischung der Altersstufen gibt besonders den kleineren Kindern vielfältige Entwicklungsimpulse. Es wird aber auch gelernt auf Schwächere Rücksicht zu nehmen.
- ◆ Das Spielen im Freien hat eine große Bedeutung für die motorische Entwicklung der Kinder und stabilisiert die Kinder gegenüber Krankheiten.
- ◆ Durch die auf der Straße durchgeführten Spiele mit dem Ball, Hüpfen oder Springen wird Koordinationsvermögen, Geschicklichkeit und Gewandtheit trainiert. Viele Bewegungen, die heute mühsam in Therapien und Schulungen erworben werden, wären auf der Straße einfach zu erlernen. Kinder lernen z.B. bei Kreidespielen, Zeichnen und Malen und verbessern ihre Feinmotorik.
- ◆ Kinder lernen sich mit den Jahreszeiten auseinanderzusetzen. Der Aufenthalt im Freien verändert sich mit den Jahreszeiten. Im Winter werden andere Spiele als im Sommer gespielt.
- ◆ Die Kinder sind eher auf sich selbst gestellt, ohne die ständige Einmischung von Erwachsenen. Sie werden selbständiger und lernen ihre Konflikte auszutragen.
- ◆ Kinder müssen miteinander kooperieren.
- ◆ Sie lernen sich selbst besser kennen und ihre Grenzen abzustecken.¹⁶

Wenn Kinder und Jugendliche ihre unmittelbaren Räume nicht benutzen können, gehen ihnen wichtige Lernorte verloren. Der Erschließungsaufwand für Straßen und Plätze nimmt etwa 12 - 15% der Gesamtfläche von Baugebieten ein, was bedeutet, dass hier große Flächen für Kinder und Jugendliche zur Verfügung stehen könnten.

Wie die Untersuchung zeigt, akzeptieren Kinder und Jugendliche diese Flächen jedoch nicht als Aufenthaltsbereiche. Der Modellbau hat vielmehr zum Ausdruck gebracht, dass diese Flächen eindeutig dem Auto zugeordnet werden und die Kinder und Jugendlichen auf private Flächen oder den Spielplatz ausweichen.

Straßenräume haben aber auch für Erwachsene eine große Bedeutung. Die Straße ist ein wichtiger Kommunikationsraum. Dies dokumentiert sich darin, dass Bewohnerinnen und Bewohner eines Neubaugebietes angeben, dass dies der Ort ist, an dem sie sich am häufigsten mit ihren Nachbarinnen und Nachbarn treffen. Hier unterhält man sich, trifft Leute, beobachtet sie und schaut den Kindern zu. Diese Ausführungen zeigen, dass auf der einen Seite die öffentlichen Straßen- und Platzräume wichtige Funktionen innerhalb der Baugebiete übernehmen können und auch für Kinder und Jugendliche als Entwicklungspotential genutzt werden sollten, dass aber auf der anderen Seite bei dieser Altersgruppe bereits eine große Distanz und Angst vor dem Straßenraum und dem Verkehr steht. Letztendlich müssen hier Lösungsmöglichkeiten gefunden werden.

8.1.4 Grün- und Freiflächen

8.1.4.1 Ergebnisse aus der Beteiligung

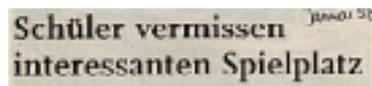
Grün- und Freiflächen in privater oder öffentlicher Form spielen für Kinder und Jugendliche eine unterschiedliche Rolle.

Öffentliche Grünflächen

Bei den Kindergartenkindern kann eine Differenzierung zwischen dem Straßenraum und den Spielplätzen festgestellt werden, die bereits im Vorschulalter häufig besucht werden.

Für Kinder unter 14 Jahren sind Spielplätze von entscheidender Bedeutung. Eine Befragung von 30 Kindern dieser Altersgruppe und deren Eltern im Juni 1996, die im Rahmen eines Forschungsprojektes von mir im Auftrag des Finanzministeriums Rheinland-Pfalz durchgeführt wurde, ergab folgendes Ergebnis:

- ◆ Der Aufenthalt auf den Spielplätzen liegt in der Regel zwischen ein und drei Besuchen pro Woche mit einer durchschnittlichen Aufenthaltsdauer von 1 - 2 Stunden, wobei bei schlechtem Wetter die Besuche eher selten sind.
- ◆ Um einen Spielplatz zu erreichen, nehmen die Befragten eine Fußwegestrecke zwischen 10 und 15 Minuten in Kauf. Dabei dürfen die Kinder nach dem 6. Lebensjahr ohne Begleitung den Spielplatz benutzen und alleine nach Hause gehen. Bis zu diesem Zeitpunkt zeigen die Eltern auch ein starkes Interesse mit ihren Kindern auf dem Spielplatz zu spielen, wenn entsprechende Geräte vorhanden sind.
- ◆ Wichtiger als die Spielgeräte ist jedoch, dass Kinder sich ohne Gefahr treffen können. Die Spielgeräte sind meist nur eindimensional nutzbar und vor allem sind sie nicht veränderbar.



Schüler vermissen
interessanten Spielplatz

Quelle: Allgemeine Zeitung 21.01.1997

Dies erklärt auch, warum das Interesse an Spielplätzen nach einer gewissen Zeit immer stärker abnimmt. Allerdings werden Kinder bis zur Grundschule fast immer dorthin begleitet. Ab der Schulzeit nimmt auch der Straßenraum an Bedeutung zu.

- ◆ Die Freibereiche werden bei jeder Altersgruppe um ein typisches Element erweitert. Für Kinder und Jugendliche aller Altersstufen ist Wasser ein wichtiges Element. Dies wird in Form von Schwimmbad oder Teich in fast allen Modellen verwendet.



In den Jungengruppen werden außerdem verwendet Schule, Feuerwehr, Hundehütte, Gewächshäuser, Baumhäuser, Windräder, Waldstadion, Ballspielfelder, Telefonmasten

Quelle: Kinderzeichnung 3. Klasse

- ◆ Auffallend ist, dass sich die Mädchen ab dem 12. Lebensjahr immer stärker aus dem öffentlichen Raum zurückziehen, bis ihr Interesse an einem Aufenthalt im Freien völlig verloren gegangen ist. Darüber hinaus wird eine starke Ablehnung gegen öffentliche Räume deutlich. Im Gegensatz dazu ist für Jungen das Spielen im Freien bis zur Volljährigkeit von großem Interesse, sowohl hinsichtlich der sportlichen als auch der sozialen Gegebenheiten.

Obwohl die Jugendlichen immer wieder zum Ausdruck bringen, dass sie sich entweder zu Hause oder außerhalb des Wohngebietes aufhalten, zeigen Spurensicherung und Modellbauerwerkstatt, dass durchaus Aktivitäten im direkten Umfeld stattfinden. Insgesamt ist der Wunsch nach großzügigem und weitläufigem Grün in den Wohngebieten festzustellen. Die intensive Begrünung des Wohngebietes ist nach Aussage der 18-jährigen Jugendlichen vor allem für andere Bewohnergruppen als Kommunikationsraum von Bedeutung.

Ausstattung

Die Ausstattung der Spielplätze ist in den verschiedenen Altersstufen sehr unterschiedlich. Während bis zur sechsten Klasse Spielgeräte eine große Rolle spielen, gewinnen für die 9. Klasse kleinere Ballspielfelder an Bedeutung. In der 12. Klasse ist eine Konzentration auf Spielplätze mit der dazugehörigen Ausstattung festzustellen, z. B. Basketball, Tischtennis, Volleyballfeld und Grillhütte mit Toilette. Deutlich ablesbar ist bei der Ausstattung der Spielplätze, dass in den Jungengruppen Schaukeln, Wippen und Sandkisten seltener verwendet werden, als in den Mädchengruppen. Unverständlich ist bei der Vorliebe der Mädchen für Schaukeln, dass nachweislich immer noch öffentliche Spielplätze ohne Schaukeln gebaut werden.

Private Freiflächen

Privat nutzbare Grünbereiche sind für Kinder und Jugendliche wichtig, da sie sich hier oft aufhalten. Besonders für die Kindergartenkinder und die 12. Klasse haben diese Flächen eine große Bedeutung, während sie für die anderen am Projekt beteiligten Gruppen weniger bedeutsam sind, dies zeigt sich an dem geringen Anteil der privaten Flächen.

Offene Vorgartenzonen ohne Hecken und Mauern werden überwiegend begrüßt, sie verhindern das gegenseitige Abschotten der Nachbarn. Andererseits ist aber auch die Abgrenzung der Wohngärten untereinander ein wichtiges Anliegen der Jugendlichen; sie möchten die Privatsphäre geschützt sehen. Aus diesem Grund wurden Sichtschutzpflanzungen zwischen den einzelnen Grundstücken vorgesehen. Bei direkt angrenzenden Fußwegen wurde dies in besonderer Weise als notwendig angesehen.

8.1.4.2 Diskussion der Ergebnisse im städtebaulichen Kontext

Öffentliche Grünflächen

„Kinder brauchen Freiräume, um sich gesund zu entwickeln. Kluge Köpfe haben einmal gesagt, dass Kinder mit so vielen Freiheiten wie möglich und so vielen Einschränkungen wie nötig bedacht werden sollten.“¹⁷ Grünflächen, und dazu zählen auch Ausgleichsflächen, fallen in der Diskussion innerhalb der Bauleitplanung schnell den wirtschaftlichen Aspekten zum Opfer.

Folgende Argumente werden dabei verwendet:

- ◆ Durch die Ausweisung von Grünflächen minimiert sich die Anzahl der Grundstücke und damit der Gewinn für die Eigentümerinnen und Eigentümer.
- ◆ Gerade im ländlichen Raum wird häufig argumentiert, dass genügend Freiflächen zur Verfügung stehen, dabei sind auch hier in den letzten Jahren viele Flächen versiegelt worden.
- ◆ Ausgleichsflächen werden immer noch als Luxus angesehen und treten oft in der Abwägung gegenüber anderen Aspekten zurück.
- ◆ Viele Gemeinden berücksichtigen mehr die Interessen der Grundstückseigentümerinnen und -eigentümer, als die der zukünftigen Bewohnerinnen und Bewohner. Neubürgerinnen und Neubürger akzeptiert man aus wirtschaftlichen Interessen, vergisst aber nicht selten die notwendigen Folgeinvestitionen und Versorgungseinrichtungen für neue Siedlungsbereiche.

Dabei spielt die Integration von öffentlichen Flächen auch in Gebieten mit einer großen Anzahl von Einfamilienhäusern eine wichtige Rolle.

Hier können Kinder viel lernen:

- ◆ Spiel mit anderen Kindern und Freundschaften schließen,
- ◆ Einüben sozialer Verhaltensmuster,
- ◆ Entdecken und Erforschen der näheren Umgebung,
- ◆ Experimentieren,
- ◆ Verändern des Spielortes,
- ◆ Abenteuer erleben,
- ◆ Tätigkeiten schöpferischer und kreativer Art,
- ◆ Erleben des eigenen Körpers im Spiel und in der Bewegung,

- ◆ Anpassung an die Umwelt Ausleben der Phantasie,
- ◆ Bewertung der eigenen Kreativität,
- ◆ Erlernen von Fertigkeiten,
- ◆ Erlernen von Bewegungsformen, Fähigkeiten und Geschicklichkeit,
- ◆ Einüben von Rollen,
- ◆ Kennenlernen und Umsetzung von Spielregeln,
- ◆ Spaß haben, um das emotionale Gleichgewicht zu entdecken.¹⁸

Kinderspielplätze waren zunächst nur eine großstädtische Einrichtung, die die Kinder vor der Unwirtlichkeit und Verkehrsgefährlichkeit beschützen sollten. Planerisches Kennzeichen ist dabei, dass es sich häufig um Restflächen handelt, dreieckig in einer Randlage, die sich kaum als Baugrundstück eignen. Mit dieser Einrichtung wurden die Kinder aber auch aus der Welt der Erwachsenen ausgegrenzt und in eigene Bereiche verwiesen. Ein weiteres Merkmal der Spielplätze ist häufig ihre Ideen- und Lieblosigkeit. Selbst die neuesten Einrichtungen gehen selten auf die unterschiedlichen Bedürfnisse von Jungen und Mädchen ein, die mittlerweile kaum mehr angezweifelt werden. Der Bolzplatz ist nach wie vor die gängigste Form der Grünanlage, die fast ausschließlich von Jungen benutzt wird.

Wie eine Untersuchung des Ministeriums für Umwelt und Forsten Rheinland-Pfalz anhand von zwei Gemeinden zeigt, haben Landkinder im Außenbereich immer noch etwas bessere Spielmöglichkeiten als Stadtkinder. „Die Unterschiede werden jedoch kleiner, da die Urbanisierung des ländlichen Raumes doch schon recht weit fortgeschritten ist.“¹⁹ Danach können in den untersuchten Gemeinden etwa 50% der Kinder zwischen 5 und 10 Jahren ohne Bedenken und ohne Aufsicht draußen spielen. Landgemeinden haben eine größere Zahl von verschiedenartigen Spielorten. Während die Stadtkinder, vor allem in den Innenstädten, häufig auf Spielplätze angewiesen sind, stehen Landkindern die privaten Räume wie Hof und Garten zur Verfügung. Sicherlich sind in den vergangenen Jahren im ländlichen Bereiche Freiflächen dem steigenden Verkehrsaufkommen zum Opfer gefallen und ein gefahrloses Spielen ist nicht mehr überall möglich. Gerade dies spricht jedoch auch hier dafür geeignete Freiflächen als Treffpunkte anzubieten.

Dabei muss man aber ganz deutlich nach Altersgruppen differenzieren. Während vor allem kleinere Kinder und Kinder bis 12 Jahre sich auf Spielplätzen aufhalten, geht der Besuch der über 12-jährigen schlagartig zurück. Gerade diese Altersgruppe benötigt aber, wie bereits dargestellt, öffentliche Räume und Flächen als Treffpunkte mit Gleichaltrigen. „Für das ältere Kind ist die unmittelbare Wohnumgebung eine wesentliche Grundlage für die Kommunikation mit Gleichaltrigen und eine über die Wohnung hinausgehende Erweiterung des Erfahrungsbereiches. Für Kinder über zehn Jahre, die stärkere Kontakte mit Freunden und einen Rückzug in ihre eigene Welt brauchen, stehen wenig geeignete Spielzonen und Spielflächen zur Verfügung. Bedauerlich ist, dass viele heutige Spielplätze modernen pädagogischen Anforderungen nicht gerecht werden. Insbesondere ist ihre Gestaltung mit den weitgehend mechanisch festinstallierten Spielgeräten weder auf die schöpferische Phantasie der Kinder abgestellt, noch werden gruppenbezogene Spielaktivitäten initiiert, die dem kindlichen Bedürfnis nach Bewegung und gemeinsamem Erleben entsprechen.“²⁰ Zwar werden mittlerweile auch Naturspielplätze eingerichtet, genauso groß ist aber auch die Zahl der unattraktiven und geradezu „kinderunfreundlichen“ Spielplätze, so dass hier ein dringender Handlungsbedarf zu verzeichnen ist.

Halböffentliche Bereiche

Diese Bezeichnung findet im Baugesetzbuch keinen Niederschlag. Es sind dies fast immer Bereiche, die von vielen Bewohnerinnen und Bewohnern benutzt werden können, dazu gehören z.B. Wege, Eingänge, Eingangshallen aber auch Vorgartenzonen. Halböffentliche Freibereiche haben einen besonderen Stellenwert, da sie eine Übergangschwelle von drinnen nach draußen bilden. Sie bieten Schutz und Kontaktmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche. Im ländlichen Raum sind diese Übergangszonen häufig nicht nutzbar, da die Gehwege gering sind und oft noch durch Treppen und parkende Fahrzeuge verengt werden. Es wird daher in Zukunft darum gehen, vorhandene Potentiale zu schützen und in eine Gesamtkonzeption zu integrieren, um sie speziell für Kinder wieder nutzbar zu machen.

Private Freiflächen

Die Bedeutung der privaten Flächen wurde besonders bei den Kindergartenkindern und in der 12. Klasse sehr deutlich, während sie bei der 3., 6. und 9. Klasse nur eine untergeordnete Rolle spielen. „Für das Kleinkind ist das hausbezogene, räumliche Verhalten ausschlaggebend, das unmittelbare, engste Wohnumfeld zwischen Wohnung, Haustür... der räumliche Bereich, der Schutz, direkten Kontakt zur Wohnung, erreichbare Nähe, Hör- und Sehweite garantiert.“²¹ Dieser unmittelbare geschützte Freibereich wird von Kleinkindern benötigt, um über diese Erfahrungen Sicherheit zu erlangen und von dort aus ihre Erfahrungen zu erweitern. Gärten sind gleichzeitig soziale Räume, in denen man seine eigenen Grenzen erfahren kann.“ Zu den Grundbedingungen der menschlichen Existenz, der Entfaltung der Persönlichkeit, gehört die Überschaubarkeit und die Verständlichkeit des sozialen Raumes.“

Die nächste Altersstufe benötigt hingegen „quartiersbezogene, blockbezogene Bereiche. Das weitere Wohnumfeld für ältere Kinder sollte ein Ort mit funktionalen Raumteilen sein, mit flexiblen Gestaltungsmöglichkeiten, der Rückzugsmöglichkeit und Überblick auf das soziale Geschehen bietet, an dem man ungestört allein sein kann, den man mit Freunden zum Verstecken braucht, wo territoriales Verhalten ungestört entwickelt werden kann.“²² Die Loslösung von der Familie und die Fixierung auf Freunde wird in den Altersstufen bis 18 Jahre ganz deutlich. Danach gewinnt der eigene Garten wieder zunehmend an Bedeutung. Er wird gleichgesetzt mit Ruhe und Erholung, Abschirmung und Rückzugsmöglichkeit.

Wie in der Untersuchung festgestellt wurde, haben die verschiedenen stadtplanerischen Elemente z.B. Straßen, Plätze, Grünflächen und Baustruktur unterschiedliche Bedeutung für Kinder und Jugendliche. Im nächsten Kapitel werden aufgrund dieser Ergebnisse Empfehlungen für den städtebaulichen Entwurf abgeleitet.

8.2 Unterschiede und Gemeinsamkeiten bei Jungen und Mädchen

8.2.1 Ergebnisse aus der Beteiligung

Vorliegende Forschungsergebnisse lassen den Rückschluss zu, dass die soziologischen und gesellschaftlichen Einflüsse die Ursache für die Entwicklung von geschlechtstypischem Rollenverhalten sind. Biologische Gründe dafür können weitestgehend ausgeschlossen werden. Dieses Rollenverhalten spiegelt sich auch in den Modellbauergebnissen wider. Diese wurden im Hinblick auf

- ◆ das Verhältnis von Jungen und Mädchen untereinander,
- ◆ zwischen den einzelnen Gruppen und
- ◆ in Bezug auf die Unterschiede bei den städtebaulichen Leistungen untersucht.

Die Ergebnisse werden dabei mit vorhandenen Forschungsergebnissen abgeglichen.

Kindergarten

Soziales Verhalten

Die in der Einstiegsphase geführten Gespräche zeigen, dass bereits im Kindergartenalter eine vorgefasste Meinung von Jungen gegenüber Mädchen vorhanden ist. Die Jungen betrachten die Mädchen als schwächer und fühlen sich ihnen gegenüber überlegen. Stark ausgeprägt ist in diesem Alter das Spielen in gleichgeschlechtlichen Gruppen. Auch bei der Gruppenbildung kommt dies zum Ausdruck. Durch dieses Verhalten wird, wie in Kap.3 dargestellt, das Rollenverhalten unterstützt. Hinzukommt, dass viele Erzieherinnen sich nicht bewusst sind, wie sie durch eigenes Verhalten das klassische Rollenbild unterstützen.

Bereits im Kindergarten wird folgendes deutlich, Jungen

- ◆ sind lauter und fordern dadurch mehr Aufmerksamkeit,
- ◆ melden sich auch ohne Wissen zu Wort.

Mädchen geraten dadurch häufig in eine Verteidigungsposition. Dieses Verhalten lässt sich bis zur 9. Klasse beobachten.

Mädchen verhalten sich in gemischten Gruppen, wenn sie in der Minderheit sind, sehr zurückhaltend, was sich mit dem bis zu diesem Zeitpunkt erlernten Dominanzverhalten der Jungen erklären lässt.

Mädchen, die eine ausgeprägte Persönlichkeit haben, lassen sich schwer in Gruppenprozesse einbeziehen, zeigen dabei aber oft vielfältigere Ideen und mehr Phantasie bei der Gestaltung der Modelle. Folglich unterscheiden sich die Gebäude der Mädchen deutlich von den Jungengebäuden, die sich sehr ähnlich sind.

Städtebauliche Ergebnisse

Grünflächen und Spielplätze werden von Jungen und Mädchen dieser Altersgruppen unterschiedlich benutzt. Während für Jungen der Bolzplatz im Vordergrund steht, werden von den Mädchen nur die Spielhäuser benutzt.

Bei der Ausstattung der Spielplätze lassen sich große Unterschiede zwischen Mädchen und Jungen feststellen. Schaukeln, Sandkasten, Balancierstange werden von Jungen bei der Gestaltung nicht benutzt, während sie von Mädchen häufig verwendet werden. Es gibt Untersuchungen die zeigen, dass

„die Schaukel für Jungen zwischen 5 und 7 Jahren an Bedeutung verliert, während sie für Mädchen bis zur Pubertät interessant ist.“²³



Quellen: Eigenes Fotoarchiv

Drittes Schuljahr

Soziales Verhalten

Auffallend ist auch in dieser Altersstufe, dass Jungen die Klasse durch ihr Dominanzverhalten kontrollieren wollen. Dies war auch in der Modellbauphase zu beobachten, bei der Jungen ständig versuchten, mehr Aufmerksamkeit zu erzielen, während die Mädchen sehr selbständig arbeiteten.

Städtebauliches Ergebnis

Die Modelle dieser Klasse waren sehr technisch ausgestaltet mit Hochhäusern, Bahnhof, Gleisen, Parkhaus und Masten.

Bei der Freiflächengruppe, die sich aus sechs Jungen zusammensetzte, entstand ein Abenteuerspielplatz mit Baumhäusern, Masten und vielen unterschiedlichen Spielgeräten.

Im Vordergrund der Mädchengruppe standen ein Kindergarten, ein Pferdestall und zwei Wohnhäuser. Pferde und Schafe ergänzten dieses Ensemble. Dieser nur bei Mädchen auftretende Wunsch nach einem Reitstall korrespondiert mit einer Untersuchung von Flade/Kustor, die dies mit dem „Wunsch der Mädchen hier Fähigkeiten auszuprobieren, wie z.B. Verantwortung zu übernehmen, sich auszutoben und sich körperlich stark zu fühlen“²⁴ erklären.

Bei der Gestaltung des Spielbereiches wählen die Mädchen Balancierstangen, eine Schaukel, einen Tunnel und eine Rutsche. Auf die Idee einen Fußballplatz zu gestalten, kommen die Mädchen nicht.

Wichtig war allen Kindern, dass keine Autos in das Gebiet hineinfahren dürfen.

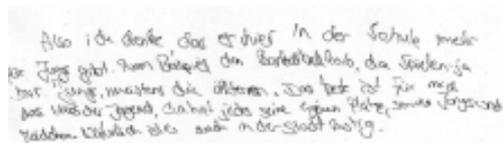
Sechstes Schuljahr

Soziales Verhalten

Das in den jüngeren Gruppen beobachtete Verhalten war in dieser Altersgruppe noch stärker ausgeprägt. Das Aggressionsverhalten der Jungen ging soweit, dass sie auch zu körperlichen Attacken übergingen und es immer wieder zu Schlichtungen kommen musste.

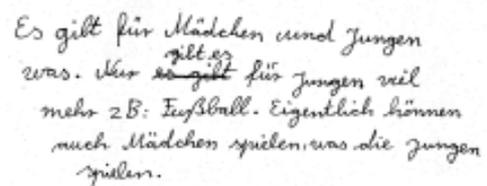
In den Jungengruppen waren Auseinandersetzungen, die sie scheinbar gewohnt sind, kein Problem. Die Kinder stellen dies auch nicht als negativ dar. Die Mädchengruppe hatte hingegen Probleme mit Auseinandersetzungen. Demzufolge wurde hier auch der Wunsch nach kleineren Gruppen geäußert. Dies lässt sich darauf zurückführen, dass die Mädchen einen großen Drang nach Harmonie empfinden und es nicht gewohnt sind, Konflikte offen auszutragen. Hinzukommt, dass gerade Mädchen häufig nur in Zweier-Gruppen spielen.

In dieser Klasse wurde die Frage nach einer möglichen Benachteiligung von Mädchen in Bezug auf die Freiflächen oder sonstige Einrichtungen gestellt:



Also ich denke das es hier in der Schule mehr für Jungs gibt zum Beispiel das Basketballfeld, das Fußballfeld, das Tischtennis, meistens die Mädchen. Das heißt das für mich das Mädchen weniger dabei sind wie zum Beispiel Tennis, Tischtennis, Fußball, das sind mehr Jungs dabei.

Quelle: Skizze 6. Klasse



Es gibt für Mädchen und Jungen
gilt es
was. Aber es gibt für Jungen viel
mehr z.B.: Fußball. Eigentlich können
auch Mädchen spielen, was die Jungen
spielen.

Städtebauliche Ergebnisse

Fußballspielen und die damit verbundenen Freiflächen werden den Jungen zugeordnet und von Mädchen nicht genannt. Die Folge dieses Verhaltens, das ab dem Kleinkindalter forciert wird ist, dass den Jungen weitaus größere Flächen zur Verfügung stehen und die Mädchen räumlich begrenzt werden. Dies wirkt sich wiederum negativ auf das räumliche Vorstellungsvermögen aus. Tanzen und Volleyball sind typische Mädchensportarten, die räumlich weitaus begrenzter sind als Fußballspielen. Das in der Schule zur Verfügung stehende Basketballfeld wird auch weitestgehend von Jungen benutzt. Letztendlich hatten die Mädchen das Gefühl, benachteiligt zu werden.

Neuntes Schuljahr

In dieser Klasse waren nur Mädchen vertreten, so dass das Ergebnis nicht mit dem Verhalten der Jungen abgeglichen werden kann.

Städtebauliches Ergebnis und soziales Verhalten

Die Freizeit, die den Mädchen aufgrund der Ganztagsbetreuung zur Verfügung steht, ist relativ eingeschränkt. Als Aufenthaltsorte wurden genannt: Plätze, der Spielplatz und hier insbesondere der Bolzplatz, allerdings weniger zum Spielen als zum Reden, Beobachten und eventuell Basketballspielen. Viel wichtiger als Fußballfelder sind für die

Es gibt Plätze
aber die Mädchen
gehen fast nicht hin.
Aber die Jungen spielen
immer Fußball dort.
Wenn alle Mädchen aber
auch hingehen
würden, könnten
sie auch dort
spielen. Zwar
nicht was die
Jungen aber
sie könnten ihre
Spiele spielen.

Quelle: Skizze 6. Klasse

Schülerinnen kleine Spielfelder, auf denen man Tennis, Volleyball usw. spielen kann. Besonders fehlt den Mädchen die Möglichkeit sich auszutoben und geeignete Sportangebote in der Schule. Die Untersuchung zeigt, dass die Mädchen sich ab etwa dem 11. Lebensjahr aus dem öffentlichen Raum zurückziehen und ihre Aktivitäten in den Innenraum verlagern.

Diese Aussagen werden auch von den Sozialwissenschaftlerinnen Benard/Schlaffer untermauert, die feststellen, dass für „Mädchen ab 10 Jahre der Spaß in öffentlichen Parks und Spielplätzen aufhört.“²⁵ Der Kleinkindbereich ist uninteressant und die Angebote für Basketball oder Fußball sind traditionell von Jungen belagert, die sich

auch ihren Raum nicht streitig machen lassen.

Wie andere wissenschaftliche Untersuchungen z.B. von Valentine zeigen, werden Kinder bis zum 11./12. Lebensjahr noch relativ gleich behandelt. Während ab diesem Alter die Regeln für Jungen gelockert werden, werden sie für Mädchen oft restriktiver gehandhabt mit der Begründung, dass sie durch sexuelle Übergriffe von Fremden eher gefährdet sind. In der Folge lässt sich feststellen, dass (siehe auch Nissen) Mädchen seltener draußen spielen, weil sie sich bedroht fühlen.

Bei dieser Argumentation wird übersehen, dass die meisten sexuellen Übergriffe (80%) nicht durch Fremde, sondern im eigenen Freundes- und Familienkreis geschehen. Weiterhin wird von Mädchen spätestens ab 12 Jahren ein eher "damenhaftes Verhalten"²⁶ erwartet. Der soziale Druck, sich männlich oder weiblich zu verhalten, wird mit zunehmendem Alter immer größer.

Gerade für Schülerinnen der Gesamtschule ist es wichtig (da die Kinder hier sehr viel Zeit verbringen), dass es hinsichtlich der Freizeitmöglichkeiten für Jungen und Mädchen ein ausgewogenes Verhältnis gibt und es nicht zu einer Benachteiligung der Mädchen kommt.

Zwölftes Schuljahr

Städtebauliches Ergebnis und soziales Verhalten

Die Mädchen aus dieser Klasse geben an, kein Interesse an ihrem Wohngebiet zu haben und sich auch nicht im Freien zu irgendwelchen sportlichen Aktivitäten aufhalten zu wollen. Die Mädchen betätigen sich sportlich innerhalb der Vereine. Mädchen im Alter von 18 Jahren wollen keine Aufenthaltsbereiche in ihrem Gebiet, sondern bevorzugen private Grünflächen. Der Rückzug der Mädchen aus dem öffentlichen Raum, der bereits im Kindergarten zu beobachten ist, ist in diesem Alter abgeschlossen.

Dies steht im krassen Gegensatz zu den Angaben der Jungen, die sich einen großen Spiel- und Freizeitplatz bauen. Das eigene Haus mit Garten und viel Ruhe spielt nach Aussagen der Jugendlichen eine ebenso wichtige Rolle. Die Jugendlichen zeigen ein ausgesprochen soziales Verhalten, da sie für die anderen Altersgruppen mitplanen und deren Bedürfnisse integrieren.

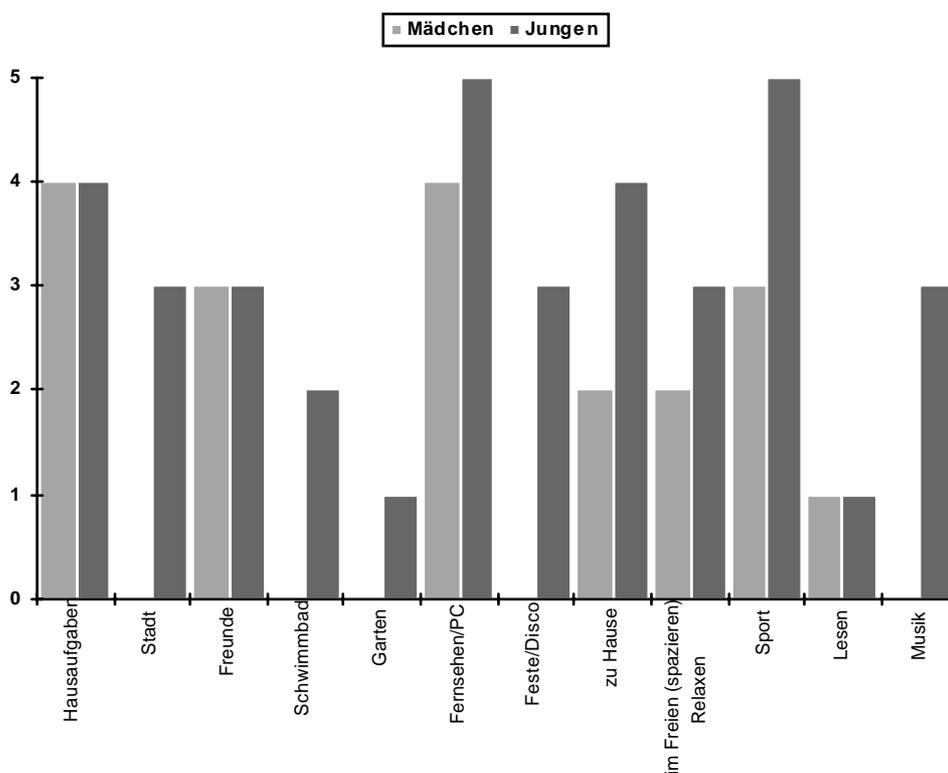
Ein weiteres Merkmal in dieser Gruppe ist, dass die Mädchen angeben, kaum Zeit für ihre Freundinnen/Freunde zu haben, da sie viel Zeit für die Schule verwenden müssen, und sich nur am Wochenende mit ihnen treffen, während die Jungen, die dasselbe Lernpensum haben, angeben, bis zu 10 Stunden täglich mit ihren Freunden zu verbringen. Hier wird bereits sehr früh eine Beziehungskette bzw. ein Netzwerk aufgebaut.

Ergänzend zum Modellbau wurde eine Befragung der Kinder und Jugendlichen vorgenommen, um weitere Informationen über Freizeitverhalten und Bedürfnisse zu erhalten, die in die Planung integriert werden sollen. Insgesamt waren an der Befragung 22 Jugendliche beteiligt (8 Mädchen und 14 Jungen) im Alter 12 bis 18 Jahre. Die nachstehenden Fragen waren zu beantworten.

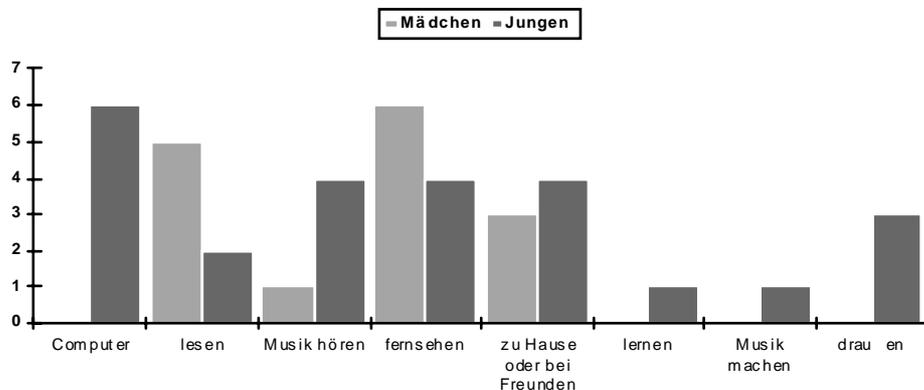
Auswertung der Fragebogen

Was machst Du nach der Schule?

Fernsehen, Hausaufgaben machen, Sport treiben und Jobben sind von Jungen und Mädchen etwa gleichwertig genannt worden. Auffällig ist, dass Aktivitäten, die in das weitere Umfeld gehen, wie Schwimmbad, Stadt, Party, Disco, Weinfest, ausschließlich von den Jungen genannt wurden.



Was machst Du bei schlechtem Wetter?



Es ist auffallend, dass außer Lesen, Musik hören und Fernsehen, was gleichwertig genannt wurde, bei den Jungen noch die Beschäftigung mit dem Computer hinzukommt. Bei schlechtem Wetter halten sich nur Jungen im Freien auf.

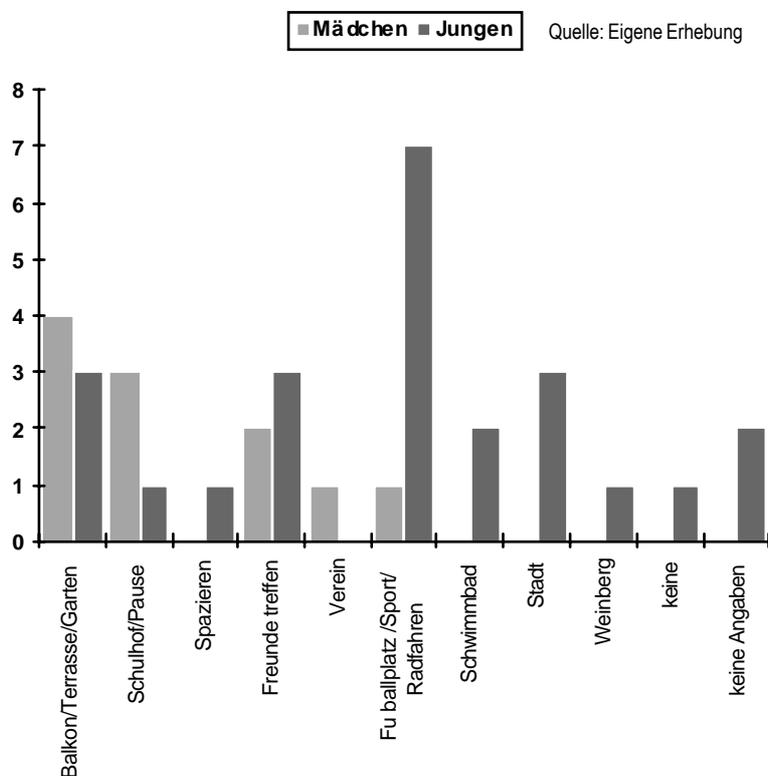
Was sind Eure beliebtesten Treffpunkte?

Jungen und Mädchen wählen unterschiedliche Treffpunkte. Während sich Mädchen in Café's, Kneipen, Discos und auf Weinfesten treffen, rangiert bei Jungen die Stadt allgemein und das eigene zu Hause an vorderster Stelle. Berücksichtigt man nun, dass vor allem bei den Mädchen aus der 12. Klasse kein Interesse am eigenen Wohngebiet besteht, so lässt sich dies mit einer Flucht aus dem Gebiet erklären.

Es gibt einen Unterschied zwischen den Aktivitäten nach der Schule und den Treffpunkten. Anscheinend sind die Aktivitäten der Mädchen auf das Wochenende begrenzt. Wochentags investieren die Mädchen mehr Zeit in ihre Hausaufgaben, was die meist besseren schulischen Leistungen erklärt.

Auch die Zeit, die mit Freundinnen verbracht wird, ist sehr unterschiedlich. Mit zunehmendem Alter wird die Zeit, die Mädchen mit ihren Freundinnen verbringen, immer weniger.

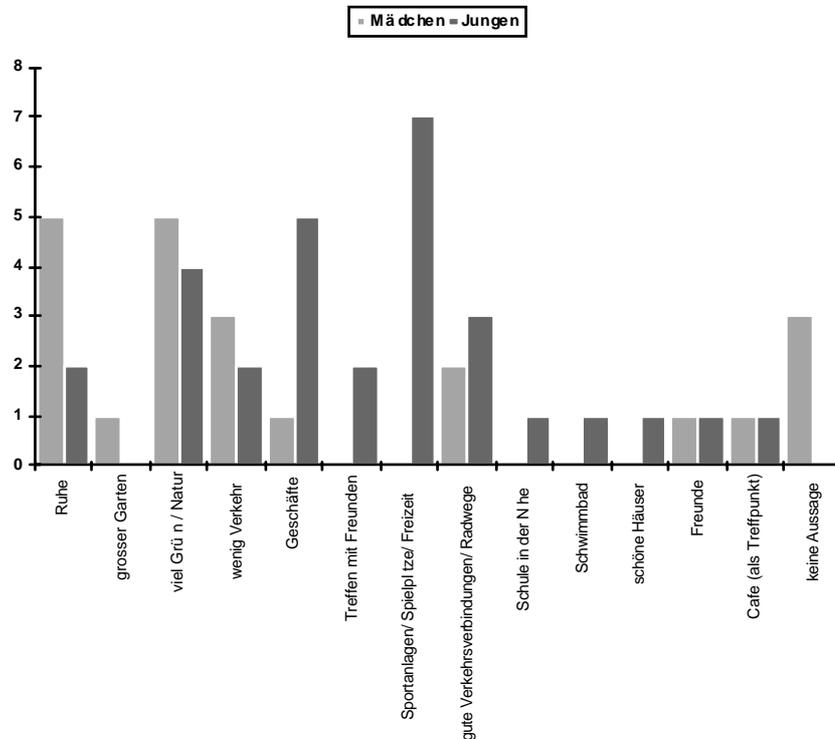
Jungen hingegen treffen sich viel häufiger mit ihren Freunden, die meisten sogar täglich zwischen 4 und 10 Stunden.



Aufenthalt im Freien und wichtigste Ausstattung des Wohngebietes

Jungen verbringen viel Zeit im Freien. Hinsichtlich der Aktivitäten sind zwischen Jungen und Mädchen deutliche Unterschiede festzustellen. Mädchen nennen eher ruhigere Beschäftigungen wie spazieren gehen, Aufenthalt im Garten oder auf dem Balkon, relaxen und Freunde treffen. Im Gegensatz dazu wollen Jungen aktiven Betätigungen nachgehen, wie Radfahren, Schwimmen und Fußball. Eine an die Mädchen gerichtete Zusatzfrage, warum sie ihre Freizeit nicht im Freien verbringen, wurde von der Hälfte gar nicht beantwortet. Die andere Hälfte gab an, kein Interesse daran zu haben oder die Zeit anders zu nutzen.

Interessanterweise ist auch bei den wichtigsten Dingen im Wohngebiet ein deutlicher Unterschied zwischen aktivem und passivem Verhalten von Mädchen und Jungen zu sehen. So ist für die Mädchen Ruhe und viel Grün von großer Bedeutung, wohingegen für die Jungen das wichtigste im Wohngebiet Sportanlagen und Spielplätze sowie Geschäfte sind.



Aus den vorgenannten Untersuchungen lassen sich folgende Punkte zusammenfassen:

Jungen haben einen wesentlich größeren Aktionsradius als Mädchen. Dies zeigen die Befragungen eindeutig, die damit Untersuchungen von Maccoby untermauern. Jungen halten sich aber auch wesentlich länger im Freien auf. Mädchen fühlen sich benachteiligt und ziehen sich ab dem 12. Lebensjahr immer stärker aus dem öffentlichen Raum zurück bis sie völlig daraus verschwunden sind. Dies führt in der Folge dazu, dass Mädchen durch weniger Umwelterfahrungen und einen geringeren Aktionsradius über ein schlechteres räumliches Vorstellungsvermögen (RVV) verfügen. Computerspielen in der Freizeit und damit die Möglichkeit, neue technische Bereiche kennenzulernen, wird nur von Jungen angegeben, was zur Folge hat, dass Mädchen mit einem erheblichen Rückstand in technische Berufszweige einsteigen. Während Jungen aktive sportliche Tätigkeiten vorziehen, stehen bei Mädchen passive Verhaltensweisen im Vordergrund (Sitzen, Beobachten).

Die Vorstellungen zu den Platzgestaltungen sind zwischen Mädchen und Jungen verschieden. Für Mädchen sind Schaukeln, Balancierstangen und Sandkasten bis in die sechste Klasse von Interesse, während bei Jungen der Bolzplatz dominiert.

Mädchen und Jungen haben grundverschiedene Sozialverhalten, die auch dadurch gekennzeichnet sind, dass Jungen vielmehr Zeit miteinander verbringen und dies nicht nur am Wochenende. Der Aufbau von sozialen Netzwerken, die gerade auch in der politischen Arbeit von großer Bedeutung sind, wird von Jungen bereits sehr frühzeitig gelernt und angewendet. Unterstützt wird dies auch durch die Mannschaftssportarten wie Fußball und Basketball.

Das Ergebnis macht deutlich, dass Mädchen und Jungen verschiedene Vorstellungen von ihrer Umwelt entwickeln und diese bei der Planungskonzeption bzw. auch der Beteiligung zu berücksichtigen sind. Die Ergebnisse der Modellbauwerkstätten und der Befragung wurden durch die Gruppendiskussion und durch andere Forschungsergebnisse auf ihre Gültigkeit überprüft.

8.3 Gegenüberstellung der Zielsetzungen und der Beteiligungsergebnisse

In den nachfolgenden Ausführungen sollen die Zielsetzungen den Ergebnissen gegenüber gestellt werden.

8.3.1 Fähigkeiten der Kinder und Jugendlichen

Bei der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen kann nicht erwartet werden, dass diese Konzepte in planerischer Qualität entwickeln. Oft arbeiten die Kinder Defizite im öffentlichen Raum heraus, die dann einer Interpretation bedürfen. Dafür müssen umfangreiche Erfahrungen über und mit Kindern und Jugendlichen vorliegen oder Pädagoginnen und Pädagogen in das Projekt involviert werden. Trotzdem verfügen die Kinder und Jugendlichen über Fähigkeiten, die in der Planung genutzt werden können.

In Kap. 3 wurden die kognitive und konstruktivistische Theorie bezüglich der Entwicklung von Kindern und Jugendlichen vorgestellt. Während die kognitive Theorie von einer geringen räumlichen Fähigkeit ausgeht, deuten andere Untersuchungen, die auch zur konstruktivistischen Theorie führten, auf Fähigkeiten zur räumlichen Koordination, die angeboren sind und durch Exploration weiterentwickelt werden.

Diese Erkenntnisse decken sich mit den Ergebnissen aus der vorliegenden Untersuchung. Die Kinder erhielten Kartenausschnitte aus einem Bebauungsplan, die nach der Planzeichenverordnung gezeichnet waren und mit denen sie arbeiten mussten. Dabei konnte Folgendes festgestellt werden.

Kindergartenkinder

Die Kindergartenkinder waren ohne Vorbereitung in der Lage, die Bedeutung der Symbole zu erkennen, z.B. was die Pfeilrichtung bedeutet, an welcher Stelle Parkplätze eingezeichnet sind, welches Symbol für Grünflächen und Wege steht.

Dies zeigt zum einen, dass Stadtplanerinnen und Stadtplaner bereits mit Kindergartenkindern arbeiten können, zum anderen aber auch, dass Kinder sehr früh in der Lage sind, Karten zu lesen und es durchaus möglich ist, das in diesem Alter vorhandene Wissen weiterzuentwickeln. Gerade Vorschulkinder nehmen spielerisch die Ideen auf. Kindergartenkinder können

- ◆ Gestaltungswünsche bezüglich des Außenraumes ausdrücken,
- ◆ Gebäude gestalten,
- ◆ die Bedeutung von Autos abschätzen.

Lediglich die Größenverhältnisse und die Notwendigkeit einer Erschließung konnten noch nicht abgeschätzt werden. Kindergartenkinder sind stark mit ihren Wohnungen und ihrem unmittelbaren Nahbereich verbunden. Wie die Untersuchung gezeigt hat, sind sie nur in der Lage die bisher gemachten Erfahrungen in den Modellbau umzusetzen. Sie sind nicht nur fähig, sich mit bestehenden Gebieten auseinanderzusetzen, sondern auch Ideen für neue Gebiete zu entwickeln. Aber nicht nur die Kindergartenkinder, als jüngste Gruppe, sondern auch alle anderen waren in der Lage, die Pläne zu lesen bzw. brauchten nur wenige Erläuterungen.

Ab der 3. Klasse können Kinder:

- ◆ Gestaltungswünsche und Bedürfnisse formulieren,
- ◆ Gebäude gestalten,
- ◆ Erschließungen logisch aufbauen,
- ◆ Dimensionen und Proportionen abschätzen,
- ◆ für andere Altersgruppen mitüberlegen.

Erst in der 3.Klasse waren die Kinder in der Lage, ein zusammenhängendes Erschließungssystem zu konstruieren. Ab der 6. Klasse beginnen die Jugendlichen, in Gruppen zusammenzuarbeiten.

Insgesamt konnte festgestellt werden, dass die Fähigkeiten und Kompetenzen der Kinder wesentlich besser sind, als in den zum Vergleich herangezogenen Untersuchungen.

Die Kinder waren in der Lage, sowohl Kritik an bestehenden Gebieten zu üben als auch Ideen für ein Neubaugebiet zu entwickeln. Gerade dieser Schritt weg von der Kritik hin zur Entwicklung eigener Vorstellungen ist für Kinder und Jugendliche ein großer Sprung. Je jünger die Kinder sind, um so stärker ist die Interpretationsnotwendigkeit der Ergebnisse. Dennoch sprechen sowohl die Leistungsfähigkeit der Kinder, gesellschaftliche Aspekte, als auch die Ergebnisse der Modellbauphase für eine Beteiligung.

8.3.2 Bedürfnisse der Altersstufen

In den folgenden Ausführungen werden die Bedürfnisse der einzelnen Altersgruppen zusammengestellt, um einen Überblick über die Kindheit und Jugend zu erreichen. In allen Altersgruppen wird deutlich, dass der Außenraum bzw. das Wohnumfeld eine entscheidende Rolle für die Kinder und Jugendlichen spielt. Festgestellt wurde, dass sich die Vorstellungen zur Raumausstattung mit dem Alter verändern bzw. jede Altersstufe neue Elemente einbringt. Alle beteiligten Altersstufen waren in der Lage ihre Bedürfnisse zum Ausdruck zu bringen. „Je mehr Bewegungsfreiheit, Kommunikations- und Handlungschancen die einzelnen Zonen für Kinder bereithalten, desto stärker wird deren Entwicklung in jeder Hinsicht gefördert. Kinderunfreundliche, reizarme Umwelten behindern Kinder, ebenso wie großzügige Räume, variantenreiche Mannigfaltigkeit und nichtrestriktives Erwachsenenverhalten Kindern günstige Entwicklungsspielräume gewähren.“²⁷ Wie stark der Einfluss des Wohnumfeldes ist, belegt eine Gruppe Jugendlicher, die einen sozialen Brennpunkt in der Stadt Landau umgestalten sollten. Die Baukörperformen und Gestaltung der Jugendlichen aus diesen Brennpunkten wurden in Anlehnung an das Bekannte konstruiert. Die Kinder waren nicht in der Lage sich davon zu lösen. Jugendliche aus sozial schwachen Familien und aus diesen Brennpunkten sind besonders häufig in Hauptschulen anzutreffen. Dort wurden aber auch Gewaltbereitschaft, Verhaltensauffälligkeiten und die damit verbundenen therapeutischen Betreuungsnotwendigkeiten deutlich. Ziel muss es sein, besonders in sozialen Brennpunkten, mit Jugendlichen zu arbeiten, um hier Alternativen zu eröffnen.

Das soziale Umfeld und die Schulform, in der sich die Problemfälle häufen, müssen sowohl therapeutisch als auch finanziell unterstützt werden. Die Verschärfung von sozialen, wirtschaftlichen und städtebaulichen Problemen in vielen Stadtteilen hat für Kinder und Jugendliche weitreichende Konsequenzen. Beteiligung und Kooperation mit dieser Altersgruppe in den gefährdeten Gebieten und Schulen wird eine zentrale Aufgabe für die Stadtplanung sein. Gemeinden und Städte müssen ihrer Vorsorgepflicht verstärkt nachkommen, sich um soziale Brennpunkte kümmern und der zunehmenden Verwahrlosung begegnen. Diese Ergebnisse belegen auch die Bedeutung der „Sozialen Stadt“ als Forschungsfeld der nächsten Jahre.

Die Relevanz der Umwelt wird auch von Baacke betont, der davon ausgeht, dass der Entwicklungsstand in einem engen Zusammenhang mit den Ansprüchen steht, die Kinder und Jugendliche an ihre Umwelt haben. Baacke unterscheidet in Anlehnung an Bronfenbrenner vier sozialökologische Zonen, von denen zwei für die Altersgruppe bis sechs Jahre relevant sind.

„Das ökologische Zentrum ist die Familie, das „Zuhause“: Der Ort, an dem sich das Kind/die Kinder und die wichtigsten und unmittelbarsten Bezugspersonen vorwiegend tagsüber und nachts aufhalten.“²⁸ Diese Zone ist vor allem für das Kind bis zu drei Jahren von Bedeutung, in der sie es, wie bereits dargestellt, seine Erfahrungen machen kann. Der zweite Bereich ist „der ökologische Nahraum, die „Nachbarschaft“, der Stadtteil, das Viertel, die „Wohngegend“, das „Dorf“: der Ort, in dem das Kind die ersten Außenbeziehungen aufnimmt.“²⁹

Ab dieser Altersgruppe gewinnt die dritte sozialökologische Zone an Bedeutung. Die ökologischen Ausschnitte sind die Orte, in denen der Umgang durch funktionsspezifische Aufgaben geregelt wird. Der wichtigste Ort dieser Art ist die Schule. Diese Bereiche werden ab dem Schuleintritt interessant und systematisch erweitert. Wie Baacke ausführt, zerfällt für Kinder in diesem Alter die Ganzheit der Welt in funktionsspezifische Räume. „Die Zone der ökologischen Peripherie ist die gelegentlicher Kontakte, zusätzlicher, ungeplanter Begegnungen, jenseits der Routinisierung, die die anderen drei Zonen ermöglichen, ja fordern.“³⁰ Bei diesen Zonen und der Einteilung der Altersgruppen wird noch nicht unterschieden zwischen Jungen und Mädchen.

Die Differenzierung zwischen beiden Geschlechtern wird im nächsten Abschnitt näher beleuchtet. Soziologisch wird die Bedeutung des Nahraums durch Treinen und Fried gestützt. Danach ist Raum:

- auch unabhängig von den sozialen Interaktionen, die Menschen in einem Raum erfahren, bedeutsam,
- gehen Menschen eine wichtige räumliche Bindung mit ihrem Umfeld ein,
- besteht eine räumliche Identität, die ein Bestandteil der Identität der Person ist,
- ist der Nahraum nicht für alle Schichten gleich bedeutsam.

Der Nahraum stellt heute für viele Menschen nur einen Teil ihres Lebensraumes dar. Aufgrund der Trennung der Funktionen verringert sich der Austausch mit dem Nahraum.³¹ Darauf wurde unter Punkt 8.1 bereits hingewiesen.

Die Identifizierung mit dem Raum und die Bedeutung desselben, hat nach Christine Mussel alters-, sozial- und gruppenspezifische Unterschiede aufzuweisen. Sie greift dabei auf eine Untersuchung von Muchow zurück, die belegt (in ihrer Untersuchung unter Hamburger Großstadtkindern), dass der Nahraum eine große Bedeutung als nach draußen verlegtes Zuhause, als Schutzraum hat, der dazu beiträgt, dass Kinder sich als Subjekte entwickeln können, in dem sie stabil, sicher und selbstbewusst werden und lernen, sich in der Welt zurechtzufinden. Neuere Ergebnisse aus der Entwicklungspsychologie, siehe dazu auch Kap. 3, weisen darauf hin, dass Kinder durch räumliche Umweltbedingungen in ihrer räumlichen Orientierung beeinflusst werden. Folgt man dieser Argumentation so wird deutlich, dass dem Nahraum für Kinder und Jugendliche eine besondere Bedeutung zukommt, die mit zur Identitätsbildung beiträgt.³² „Psychologen rechnen mit Persönlichkeitsdefiziten, wenn sich die Möglichkeit von Eigenaktivität im Lebensbereich von Kindern und Jugendlichen zunehmend beschränkt.“³³ Besonders von Defiziten im Nahraum betroffen sind die Bevölkerungsgruppen, die diese nicht durch Mobilität ausgleichen können. Nach Flade sind insbesondere Kinder aus beengten Wohnverhältnissen auf Spielplätze angewiesen und nach Fried sind vor allem unterprivilegierte Schichten für ihre psychische Stabilität auf den vertrauten städtischen Raum angewiesen.

Aufgrund der mangelnden Mobilität bestimmter sozialer Gruppen wie Frauen, Kinder und Jugendliche sind diese in besonderem Maße auf eine gute Ausstattung des Wohnumfeldes nach ihren Bedürfnissen angewiesen. Dies bedeutet, dass die Aufgabenverteilung bei der Umsetzung der Bauleitplanung, dass also Tiefbauingenieure die Ausgestaltung der Straßen übernehmen, grundsätzlich in Frage gestellt werden muss. Nicht nur in den Altersstufen konnten verschiedene Bedürfnisse festgestellt werden, sondern auch zwischen Mädchen und Jungen.

8.3.3 Verhalten von Mädchen und Jungen

Mädchen werden von Geburt an anders behandelt als Jungen. Sicherlich sind sich viele nicht darüber im Klaren, wo sie Ihre Unterscheidungen vornehmen, und wie sie mit ihrem eigenem Vorbild die klassischen Rollenbilder auch weiterhin verfestigen. Die im Kindergarten vorgefundenen Verhaltensweisen, die mit dem von frühester Kindheit vorgelebten Rollenverhalten zusammenhängen, treten in den späteren Jahren noch stärker hervor. Deutlich zum Ausdruck kam auch bei den Gesprächen mit Erzieherinnen und Erziehern, dass kaum Kenntnisse über Rollenverhalten vorlagen und wie dieses unbewusst unterstützt wird. Die Kinder werden ab dem Kindergarten in ihre Rolle als Mädchen und Jungen gepresst. Folgende Beispiele können dafür herangezogen werden:

- ◆ im Kindergarten werden eher die Mädchen zu Aufräumarbeiten herangezogen („können das besser“),
- ◆ Jungen erhalten größere Sandspielsachen wie Bagger und Traktoren, für Mädchen bleibt die Schaufel. Sie stehen in der zweiten Reihe.
- ◆ Jungen brauchen auf dem Schulhof mehr Platz, während die Mädchen in der Ecke stehen.

In der durchgeführten Untersuchung werden die Verhaltensmuster von Jungen und Mädchen deutlich. Durch ihre Lautstärke spielen sich Jungen immer wieder in den Vordergrund, sie sind aggressiver und fordern damit mehr Zeit von den Erzieherinnen und Erziehern.

Bei Aufzählungen wird nicht die alphabetische Reihenfolge gewählt, sondern die Jungen werden zuerst aufgeführt. Mädchen erhalten weniger Aufmerksamkeit und werden in technischen und naturwissenschaftlichen Bereichen weniger zur Mitarbeit ermutigt.

Auch diese Beobachtung lässt sich damit erklären, dass von Geburt an Jungen mehr Zeit und Aufmerksamkeit geschenkt wird, die sie ihr Leben lang einfordern.

Sicherlich ist nicht jeder Punkt als Benachteiligung zu sehen. In der Summe machen sie aber deutlich, dass Mädchen in der zweiten Reihe stehen. Und diese Empfindungen der Mädchen kommen auch deutlich in ihren Kommentaren zum Ausdruck.

In gemischten Gruppen, bei denen die Jungen in der Mehrzahl waren, bestimmten sie die Inhalte und das Vorgehen während des Modellbauprojektes. Diese Erkenntnisse aus meiner Untersuchungen decken sich mit Forschungsergebnissen von Maccoby, bei denen festgestellt wurde, dass „in gemischt geschlechtlichen Gruppen Jungen dominieren. Mädchen, die kleinere Gruppen oder das Zusammensein mit der besten Freundin bevorzugen, sind nach den vorliegenden Ergebnissen in Sprache und Verhalten kooperativ, konfliktvermeidend, wenig dominant, ohne dabei aber ihre Ziele aus den Augen zu verlieren. In Interaktionen mit Jungen werden sie mit einem Interaktionsstil konfrontiert, der kompetitiv und aggressiv ist und der es Mädchen schwer macht, ihre Bedürfnisse gegenüber Jungen durchzusetzen.“³⁴ Dies erklärt auch, warum die Mädchen der sechsten Klasse sich kleinere Gruppen wünschen. Maccoby macht auch darauf aufmerksam, dass bei „Jungen und Mädchen ab dem Vorschulalter eine Tendenz zur Geschlechtersegregation besteht.“³⁵ „Offensichtlich dringen Mädchen mit ihrer Art, andere zu beeinflussen, um eine dominante Position zu bekommen, nicht durch. Angesichts solcher Erfahrungen ist es wahrscheinlich, dass Mädchen mit Dominanzwünschen gemischt geschlechtliche Gruppen meiden.“³⁶ Dies zeigt sich z.B. auch darin, dass in allen Klassen mindestens eine reine Mädchengruppe und eine reine Jungengruppe entsteht. Ergebnis der vorliegenden Untersuchung ist aber auch, dass sich das Dominanzverhalten ändert, sobald die Mädchen in der Mehrzahl sind. Das stadtplanerische Ergebnis aus der Kinder- und Jugendlichenbeteiligung spiegelt auf jeden Fall das soziale Verhalten wider.

8.3.4 Kritische Auseinandersetzung mit den gewählten Methoden

8.3.4.1 Anwendungsmöglichkeit

In der Untersuchung wurden verschiedene Methoden angewendet, die in enger Verbindung miteinander stehen und dem jeweiligen Verfahrensschritt angepasst wurden.

◆ Fragebogen

Insgesamt erhielten 22 Kinder und Jugendliche Fragebögen (siehe 8.2). Durch diese Ergebnisse konnte ein umfassenderes Bild bezüglich des Freizeitverhaltens ermittelt und auch der Stellenwert der öffentlichen Grün- und Freiflächen überprüft werden. Diese Form der Beteiligung ist dann sinnvoll, wenn die Kinder und Jugendlichen bereits kompliziertere Zusammenhänge erfassen können. Nach meiner Einschätzung sollte dies erst ab der 6. Klasse erfolgen. Vorher können die Fragen in Form eines Interviews gestellt werden.

◆ Protokolle

Für die Ermittlung der Bedürfnisse und Vorstellungen zur Gestaltung von Wohngebieten sind Protokolle keine geeignete Beteiligungsmethode, da sie die Kinder und Jugendlichen überfordern.

◆ Spurensicherung in Form einer Ortsbegehung

Diese Form wurde von den Kindern und Jugendlichen positiv aufgenommen. Im Kindergarten waren die Kinder jedoch noch nicht in der Lage sich kritisch mit dem Wohnumfeld auseinander zu setzen. Dies konnte erst in der 3. Klasse festgestellt werden. Der Vorteil ist in der Auseinandersetzung mit dem Bekannten zu sehen und der gleichzeitigen Sensibilisierung. Es wurden hier bereits wichtige Defizite aufgezeigt.

◆ Modellbau

Durch den Modellbau war es möglich die Kinder in spielerischer Form an stadtplanerische Themen heranzuführen. Alle Kinder waren gleichzeitig mit einer Aufgabe betraut, mussten sich miteinander abstimmen und zu einem gemeinsamen Ergebnis kommen. Auch die artikulationschwächeren Kinder hatten die Möglichkeit mitzuarbeiten.

8.3.4.2 Äußere Rahmenbedingungen

Das Beteiligungsverfahren war in Anlehnung an die Zukunftswerkstatt in drei Phasen aufgebaut. Die Einstiegsphase war zum Kennenlernen und zur Einschätzung der Klasse und der Gruppen sehr wichtig. In der Kritikphase konnten bereits erste Defizite und Mängel festgestellt werden, die durch die Diskussion in der Gruppe auch bestätigt werden konnten. Die Umsetzungsphase war durch eine Präsentationsphase ersetzt worden. Die Einbindung des Projektes in den Unterricht hat sich als richtig erwiesen, da dadurch konstant mit den Kindern gearbeitet werden konnte. Von der Arbeitseinteilung war die Arbeit im Block am effektivsten, da dadurch weniger Leerlauf entstand und in kurzer Zeit ein Ergebnis sichtbar wurde. Die Vorgaben für den Modellbau waren durch den Bebauungsplanausschnitt eng gefasst. Dies bedeutete, dass sich die Kinder und Jugendlichen zuerst mit den Vorgaben auseinandersetzen mussten, diese aus ihrer Sicht bewerteten und dann in die Phantasiephase einsteigen konnten. Auf der einen Seite ist dadurch eine Kritik an den Vorschlägen möglich auf der anderen Seite besteht die Gefahr, dass der Einfluss auf die Vorstellungen groß ist. In dieser Untersuchung wurden die Gebäude durch einfache Bauformen vorgefertigt, darauf sollte jedoch verzichtet werden, da damit die Gefahr der Beeinflussung größer ist. Obwohl verschiedene Stadt- und Gemeindegrößen gewählt wurden, lassen sich bei der Wahl der Baukörperformen und Geschossigkeit keine Unterschiede feststellen. Dies kann jedoch für größere Städte nicht ausgeschlossen werden. Um diesen Einfluss gänzlich auszuschließen wäre eine freie Fläche notwendig gewesen. Da sich aber die Gruppen bis auf eine von den Vorgaben lösten, kann der Einfluss als gering eingeschätzt werden. Auch die Ergebnisse aus der Modellbauphase können als gesichert gelten, da die einzelnen Gruppenergebnisse mit allen Schülerinnen und Schülern diskutiert wurden und dadurch eine Überprüfung stattfand.

8.3.4.3 Einschätzung der Kinder und Jugendlichen

In der Vorstellungsphase wurden die Kinder und Jugendlichen gebeten das Vorgehen zu beurteilen. Die Beteiligung von Jugendlichen an der Planung fand mit Ausnahme eines Mädchens die Zustimmung aller. Als Methode sahen die Jugendlichen Umfragen und den Modellbau als geeignet an. Kurse in der Schule und andere Vorgehensweisen fanden weniger Zuspruch.

Über die Hälfte der Jugendlichen gab an, dass ein großes Interesse an einer Mitwirkungsmöglichkeit besteht. Dies zeigt, dass Jugendliche an ihrer Umgebung regen Anteil nehmen. Wie dieses Interesse für die Planung und Politik genutzt werden kann, wird eine Aufgabe der Planerinnen und Planern sein. Die Ergebnisse der Befragung wurden in die Handlungsfelder eingearbeitet.

9

Aufgrund der vorliegenden Untersuchungen und Ergebnisse wurden unterschiedliche Handlungsfelder entwickelt, die nicht nur die Partizipation von Kindern und Jugendlichen an städtebaulichen Projekten für die Zukunft sichern, sondern auch die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen in angemessener Weise in die Bauleitplanung integrieren sollen.

Handlungsfelder

Die Beteiligungskultur in Deutschland hat sich in den letzten Jahrzehnten aufgrund der Veränderungen im Bildungs-, Wirtschafts,- und Beschäftigungsbereich, durch die Verstärkung der Gesellschaft und die Veränderungen des politischen Systems entscheidend verändert.

Es haben sich auch in der Planung Methoden und Formen entwickelt, die den Bürgerinnen und Bürgern Mitwirkungsmöglichkeiten eröffnen. Trotzdem werden diese nur in einem geringen Umfang angewendet. Ein Grund dafür sind die höheren Kosten, die über die Honorarverordnung für Architekten und Ingenieure nicht abgedeckt sind und die Unkenntnis vieler Planerinnen und Planer bezüglich der Beteiligungsformen und dem Umgang mit Kindern und Jugendlichen.

Die Bedeutung der Kinder und Jugendlichen hat sich im letzten Jahrhundert grundlegend verändert. Die Kinderzahl ging stark zurück, die Stellung innerhalb der Familie wurde neu definiert und die Kenntnisse über die einzelnen Stufen der Kindheit durch die Forschung intensiv durchleuchtet. Mit dieser Wissenserweiterung ist verbunden, dass den Kindern und Jugendlichen immer größere Rechte eingeräumt werden, die in den Gesetzen verankert sind. Von der UN-Kinderrechtskonvention, über das Grundgesetz, das Bürgerliche Gesetzbuch bis hin zur Gemeindeordnung z. B von Rheinland-Pfalz lassen sich Anforderungen zur Beteiligung in gesetzlichen Regelungen finden.

Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen hat im politischen und soziologischen Bereich an Interesse gewonnen. Damit soll der viel diskutierten Politikmüdigkeit entgegengewirkt werden und Kinder und Jugendliche bereits in frühen Jahren in kindgemäßer Form an unterschiedliche Themen herangeführt werden.

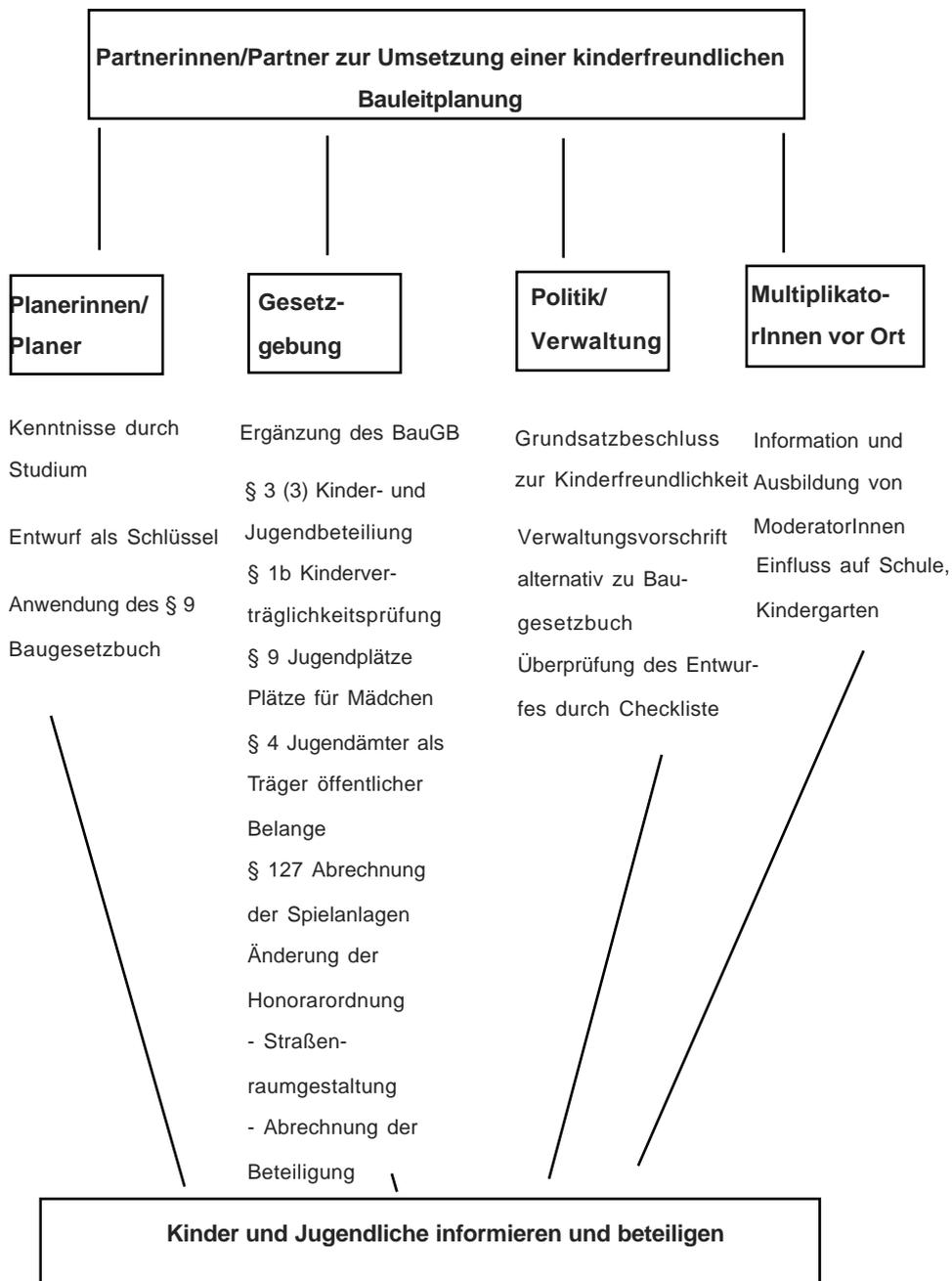


Abb. Partnerinnen/Partner zur Umsetzung einer kinderfreundlichen Bauleitplanung

Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ist dabei sowohl aufgrund ihrer Fähigkeiten möglich, wie die vorhergehenden Ausführungen gezeigt haben, als auch aus gesellschaftlichen, bildungswissenschaftlichen, emanzipatorischen Gründen notwendig. Ein entscheidender Punkt ist, dass die am Planungsprozess Beteiligten und die Verantwortlichen für Schule, Beruf und Politik sich ihrer Aufgabe bewusst werden. Dies ist sicherlich in größeren Kommunen eher der Fall, als im ländlichen Raum. Die Handlungsfelder, die aufgrund der Untersuchung gesehen werden, greifen damit in die verschiedenen Ebenen ein und erfordern, dass diverse Partnerinnen und Partner in den Prozess involviert werden, um so zu sichern, dass sich die Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen verbessern und sie langfristig bereit sind, eigene Aufgaben in der Gesellschaft zu übernehmen und sich aktiv an der Gestaltung ihrer Umwelt zu beteiligen.

Nachfolgend werden die in Kap. 1 formulierten Thesen aufgegriffen und daraus die Handlungsfelder abgeleitet.

- ◆ Sensibilisierung, Ausbildung und Bildung in verschiedenen Bereichen vor und während der Partizipation
Planung und Architektur sind wichtige Lebensbereiche aller Bewohnerinnen und Bewohner. Es ist daher notwendig, hier entsprechende Inhalte zu vermitteln. Die Grundlagen müssen an Hochschulen geschaffen werden, damit die Planerinnen und Planer sensibler mit diesem Thema umgehen und sich ihrer sozio-politischen Rolle stärker bewusst werden. Ebenso sollen Erzieherinnen und Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer, Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen und die Kinder bzw. Jugendliche in den Schulen verstärkt für die Gestaltung des räumlichen Umfeldes und die Partizipation sensibilisiert werden.

- ◆ Gesetzliche Grundlagen ausschöpfen durch qualitätvolle Planung
Planung muss weit über den ästhetischen, technischen und gesetzlichen Rahmen hinausgehen und verstärkt die sozialen und gesellschaftlichen Komponenten einbeziehen. Dazu werden die einzelnen Festsetzungsmöglichkeiten des Baugesetzbuches auf ihre Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche untersucht und Empfehlungen gegeben.

◆ Prüfverfahren einführen

Da nicht vorausgesetzt werden kann, dass alle Planerinnen und Planer sich mit den Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen auseinandersetzen, wird auf die Möglichkeit eines Prüfverfahrens eingegangen.

◆ Beteiligungsverfahren für unterschiedliche Planungsaufgaben

In den Städten und Gemeinden stellen sich für die Planerinnen und Planer die verschiedensten Aufgaben. Diese werden in den nachfolgenden Ausführungen unterschieden in Planungen im Bestand und die Neuplanung und eine Vorgehensweise dazu ausgeführt.

9.1 Sensibilisierung der Erwachsenen

9.1.1 Politische Gremien und Verwaltung

Methode: Vorträge, Seminare, Arbeitskreise

Erwachsene bestimmen lange Jahre über das Leben der Kinder. Sie entscheiden über die Vergabe der finanziellen Mittel, zahlen Abgaben und erwarten von der Kommune entsprechende Gegenleistungen. Ihre eigene Vorstellungswelt wird durch Erfahrungen aus ihrer Kindheit und den damit verbundenen Umwelterfahrungen geprägt. Vieles geht jedoch im Laufe der Jahre verloren und mancher kann sich nicht mehr erinnern, wie laut und lärmend es in der eigenen Vergangenheit zugegangen ist.¹ Das herkömmliche Bauleitplanverfahren setzt voraus, dass alle Beteiligten sich für die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen einsetzen und damit über entsprechende Kenntnisse verfügen.

Die Gemeinde ist Trägerin der Bauleitplanung. In Ausschüssen und im Rat wird beraten und der Satzungsbeschluss gefasst. Hier kann unmittelbar Einfluss auf die Inhalte genommen werden. Die Verwaltung ist entweder planende Behörde oder koordiniert die freiberuflichen Planerinnen/Planer, bereitet Beschlüsse vor und betreut das Verfahren. Die Vernetzung zwischen Verwaltung und Politik ist dabei noch stärker als zu den freien Planerinnen und Planern. Beide Bereiche werden nur durch Erwachsene repräsentiert. Kinder und Jugendliche sind auf ihre Hilfe angewiesen. Aufgabe ist es daher zum einen, Erwachsene auf die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen und eine Beteiligung durch geeignete Methoden (siehe Kap.4) aufmerksam zu machen und zum anderen,

Verwaltungsabläufe zu öffnen und transparenter zu gestalten. Es muss deutlich gemacht werden, dass nicht allein der monetäre Aspekt für eine Gemeinde im Vordergrund stehen darf, sondern es vielmehr Aufgabe der Gesellschaft ist, Kindern eine lebenswerte Umwelt zu schaffen.

9.1.2 Ausbildung der Planerinnen und Planer

Methode: Unterricht, Projektarbeit

Planungsprozesse haben in den letzten 60 Jahren eine entscheidende Veränderung erfahren. Die an diesem Prozess Beteiligten müssen heute mit einer breiten Öffentlichkeit rechnen und ihre Entwürfe zur Diskussion stellen. Zu beteiligen sind dabei nicht nur Verwaltung, Gremien und Erwachsene, sondern in einem zunehmenden Maße auch Kinder und Jugendliche, die als Fachleute in eigener Sache zu hören sind. Um diesen Anforderungen gerecht zu werden, muss an den Universitäten und Fachhochschulen auf folgende Aspekte eingegangen werden:

- ◆ **Soziale Aspekte**
In der städtebaulichen Ausbildung stehen bisher die technischen und ästhetischen (entwurfsbezogenen) Aspekte im Vordergrund. Um den sozialen und gesellschaftlichen Bereich stärker zu akzentuieren, müssen die Lehrinhalte ausgeweitet werden. Dies kann nicht anhand von Daten und Zahlen geschehen, sondern muss in Projekten trainiert werden. Die Bedürfnisse der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen müssen vermittelt werden. Weder haben Frauen und Männer noch Jungen und Mädchen die gleichen Bedürfnisse, noch sind in der Kindheit und Jugend homogene Wünsche festzustellen. Wie eine Umfrage im Sommer 1998 unter den Fachbereichen Architektur und Raum- und Umweltplanung an Universitäten und Fachhochschulen in Rheinland-Pfalz ergeben hat, wird an den wenigsten das Fach Soziologie unterrichtet, das sich mit diesem Themenkomplex beschäftigt. Eine zentrale Rolle bei der Erarbeitung der Bauleitplanungen kommt den Planerinnen und Planern zu. Damit wird deutlich, dass diese über ein entsprechendes Fachwissen verfügen müssen.

◆ Methoden und Formen der Partizipation

Planerinnen und Planer sind selten geneigt, ihre Projekte oder Entwürfe in Frage zu stellen. Arbeitet man mit Kindern und Jugendlichen, so ist gerade dies immer wieder notwendig. Nicht notwendig hingegen ist, dass Projekte bis in alle Einzelheiten durchgestaltet sind. Vielmehr benötigt gerade diese Altersgruppe Freiräume um eigene Ideen entwickeln zu können.

Eine Vermittlung dieser Beteiligungsvielfalt sollte Gegenstand der Ausbildung sein. Methoden zur Durchführung von Bürgerinnen-, Bürger- und Kinderbeteiligung sind Absolventinnen/Absolventen in Raumplanung, Architektur und Pädagogik so gut wie unbekannt. Planen und insbesondere Stadtplanung hat sehr viel mit Öffentlichkeitsarbeit zu tun. Aus meiner Sicht sollte daher die Arbeit mit verschiedenen Gruppen und das Vermitteln von unterschiedlichen Methoden der Beteiligung ein wesentlicher Bestandteil der Ausbildung sein. Vorstellbar ist in diesem Zusammenhang, dass im Rahmen der Entwurfsarbeit Kontakt mit örtlichen Gruppen aufgenommen wird. Es reicht nicht aus, wenn man für Kinder und Jugendliche plant, die Arbeiten in Bauausschüssen und Gemeinderäten zu präsentieren. Vielmehr ist eine Schulung notwendig, die auf die späteren Nutzergruppen eingeht. Es stehen hier andere Formen und Methoden im Vordergrund als ein reiner Sachvortrag.

Da die Rolle der Planerinnen und Planer in Zukunft sehr stark durch Moderation geprägt wird, bei der es darum geht die verschiedenen Planungsbeteiligten zusammenzuführen, ist dies ein grundlegendes Ausbildungselement. Den Konzeptentwicklerinnen und -entwicklern muss auch deutlich werden, dass nicht ihre Fachkompetenz in Frage gestellt wird, wenn es zu Änderungen ihrer Entwürfe kommt. Vielmehr ist Planung als ein lebendiger Prozess zu sehen, in den die Betroffenen einzubinden sind. Damit verbunden ist auch, dass die Instrumente der Öffentlichkeitsarbeit bekannt sind und auch genutzt werden können.

9.1.3 Stadtplanung als Querschnittsaufgabe im Lehrplan von Schulen und Kindergärten

Methode: Unterrichtsprojekt

Weiterbildung von Pädagoginnen/Pädagogen

Der tägliche Umgang mit Kindern und Jugendlichen bietet für Pädagoginnen und Pädagogen die Möglichkeit, mit dieser Gruppe zu arbeiten und ihnen die entsprechenden Lehrinhalte im Stadtplanungs- und Umweltbereich zu vermitteln. Dazu ist es jedoch unbedingt notwendig, dass sowohl durch Studium als auch Fort- und Weiterbildung nicht nur auf die Altersgruppen und deren Bedürfnisse hingewiesen wird, sondern auch auf die unterschiedliche Behandlung von Jungen und Mädchen durch die Unterrichtenden, durch die das geschlechtstypische Rollenverhalten noch unterstützt wird. Es wird davon ausgegangen, dass in vielen Bereichen aus Unkenntnis und durch die eigene traditionelle Erziehung, Mädchen gegenüber Jungen benachteiligt werden. Dies wurde von den Mädchen in der 6. und 9. Klasse deutlich zum Ausdruck gebracht.

Kindergärtnerinnen /Kindergärtner und Lehrerinnen / Lehrer, aber auch Eltern müssen sich ihrer unterschiedlichen Verhaltensmuster und ihrer Vorurteile gegenüber Mädchen und Jungen bewusst werden. Vielfach sind sich die Betreuenden nicht darüber im Klaren, dass sie die Kinder von Geburt an in bestimmte Rollen pressen, die sie nur schwer ändern können. Kinder und Jugendliche sind von frühester Kindheit mit Planen und Bauen vertraut. In unterschiedlicher Form wird das Thema spätestens in der Schule aufgegriffen. In der 3. und 4. Klasse wird mit den Kindern über die Wohnung gesprochen, in der Mittelstufe kommt im Kunstunterricht das Thema Architektur zur Sprache. In der Oberstufe beschäftigt sich der Erdkundeunterricht mit den unterschiedlichen Planungsstufen. Hier sind zahlreiche Ansatzpunkte für Planungsthemen und Beteiligung vorhanden, die einen konkreten Bezug zum Ort herstellen können.



Quelle: eigenes Fotoarchiv

9.2 Umsetzung der Bedürfnisse von Mädchen und Jungen in die Bauleitplanung

Zur Sicherung der Belange von Kindern und Jugendlichen ist neben dem Verwaltungshandeln, das den Bereich der Exekutive abdeckt, im Bereich der Legislativen ein Handlungsbedarf. Zwar gibt es, wie in Kap. 3 dargestellt, gesetzliche Grundlagen, auf deren Basis eine Beteiligung durchgeführt werden kann, diese werden jedoch noch zuwenig angewendet und betreffen nicht explizit die Bauleitplanung, für die das Baugesetzbuch anzuwenden ist. Für dieses gilt, dass zum einen die vorhandenen Möglichkeiten ausgeschöpft werden müssen, zum andern aber auch Ergänzungen notwendig sind.

Die Vorstellungen und Bedürfnisse der einzelnen Altersstufen wurden in den Modellen deutlich zum Ausdruck gebracht. Es konnte eine Entwicklung zwischen den Altersstufen festgestellt werden, die sich insbesondere in den Vorstellungen zu den öffentlichen Räumen ausdrückt. Es soll dabei nochmals betont werden, dass die Einteilung der Altersstufen nicht nach soziologischen Gesichtspunkten erfolgte, sondern die planungspraktischen Anforderungen und die Handhabbarkeit für die Praxis im Vordergrund standen. Deutlich wurde in den Ergebnissen auch, dass sowohl zwischen den Bedürfnissen der Mädchen und Jungen Unterschiede bestehen als auch, dass sich Mädchen benachteiligt fühlen und sich im Laufe der Kindheit immer stärker aus dem öffentlichen Raum zurückziehen.

Letztendlich sind aus diesen Erkenntnissen für die Planerinnen und Planer als Entwurfsverfasser die Konsequenzen zu ziehen und das Baugesetzbuch auf die entsprechenden Festsetzungsmöglichkeiten zu prüfen und diese natürlich auch auszuschöpfen. Es soll in den nachfolgenden Ausführungen aber auch auf die Ergänzungen des Baugesetzbuches eingegangen werden.

Das Baugesetzbuch, als Grundlage für die Bauleitplanung, bietet mit § 9 die Möglichkeit die Bedürfnisse eines kinder- und familienfreundliches Umfeldes zu realisieren.

9.2.1 Möglichkeiten des Baugesetzbuches

Die Ergebnisse der Beteiligung werden nachfolgend auf ihre Umsetzungsmöglichkeiten in die verbindliche Bauleitplanung überprüft. Dazu werden die einzelnen Festsetzungsmöglichkeiten des § 9(1) Baugesetzbuches auf ihre Relevanz für Kinder und Jugendliche untersucht. Das Baugesetzbuch ist dabei immer in Verbindung mit der Baunutzungsverordnung zu sehen. Aus den gewonnenen Erkenntnissen lassen sich folgende Aspekte für die Bauleitplanung formulieren:

1. Art und Maß der baulichen Nutzung

Nutzungsmischung

Allgemeine Wohngebiete ausweisen bzw. reine Wohngebiete mit Zulassung der Ausnahmen nach § 3 Abs.3 und 4 Baugesetzbuch

Mischgebiete ausweisen mit Nutzungszonierungen

Ansiedlung von Quartiersläden durch entsprechende Verdichtung ermöglichen

Die Lebenswelt von Kindern und Erwachsenen wurde in den letzten Jahren zunehmend voneinander separiert. Das Erleben des direkten Wohnumfeldes in möglichst vielfältiger Weise setzt eine gewisse Nutzungsmischung von Wohnen und Arbeiten voraus. Im Gegensatz zu reinen Wohngebieten können allgemeine Wohngebiete diese Anforderungen erfüllen. Ziel ist die Ansiedlung von Läden und Handwerksbetrieben, um Kindern möglichst frühzeitig häusliche Aufgaben wie das Einkaufen sowie die damit verbundenen Kontakte zu ermöglichen.

Dies erfordert eine Mindestnutzungsdichte in den Gebieten. Je höher die Nutzungsdichte im Wohngebiet ausfällt, desto besser sind die Voraussetzungen für die Ansiedlung von Läden.

Eine stärkere Nutzungsdurchmischung ist in Mischgebieten möglich.

Durch Nutzungszonierung innerhalb des Gebietes sollen Konflikte weitgehend vermieden werden.

2. die Bauweise, die überbaubaren und die nicht überbaubaren Grundstücksflächen sowie die Stellung der baulichen Anlagen

kosten- und flächensparende Wohnformen wählen

Ressourcenschonung durch verdichtete Wohnformen betreiben

Bauformen und Nutzungsdichte mischen, um einseitige Sozialstrukturen zu vermeiden

Durchmischung von Einfamilien-/Doppel-/Reihenhäusern

Diese Festsetzung eröffnet die Möglichkeit durch die Anordnung des Baufensters auf dem Baugrundstück verschiedene Raumzonen zu schaffen z.B. die Anordnung von privaten und halböffentlichen Bereichen. Durch die Stellung der baulichen Anlagen werden Räume geschaffen, es besteht dabei ein großer Unterschied, ob die Gebäude in der Reihe oder in der Gruppe angeordnet werden, beides hat Auswirkungen auf die Kontaktmöglichkeiten innerhalb des Wohngebietes.

Eine Ausweisung von Wohngebieten mit nur einer Wohnform (beispielsweise Einzel-/ Doppelhäuser oder mehrgeschossiger Mietwohnungsbau) führt zu einseitigen Sozialstrukturen. Die kostenintensive Einzel-/ Doppelhausbebauung ist für viele junge Familien zunehmend nicht mehr finanzierbar, vor allem, wenn nur ein Verdienst zur Verfügung steht. Die Ausweisung lockerer Wohnbebauung ist außerdem aufgrund des hohen Erschließungs- und Flächenaufwandes bei gleichzeitig niedriger Einwohnerzahl besonders flächen- und kostenintensiv.

Schon bald entsteht weiterer Wohnbedarf, der wiederum durch Inanspruchnahme unbelasteter Freiräume - oftmals wohnungsnahe Erholungsflächen in Ortsrandlage - gedeckt werden muss.

Es müssen kosten- und flächensparende Wohnformen wie beispielsweise Reihenhäuser, Mehrfamilienhäuser ermöglicht werden, damit das Eigenheim noch erschwinglich ist. Eine Durchmischung der Baugebiete mit unterschiedlichen Wohnformen hat auch eine soziale Durchmischung zur Folge. Begleitend zu den Bebauungsplanfestsetzungen sollen die Gemeinden über entsprechende Wohnformen informieren.

Um eine qualitativ hochwertige Architektur zu sichern hat die Gemeinde verschiedene Möglichkeiten:

- “ Die Gemeinde regelt über den Bebauungsplan die gestalterischen Punkte durch entsprechende Festsetzungen.
- “ Über Beratung und eventuelle finanzielle Anreize sollen Eigentümerinnen/Eigentümer und Architektinnen/Architekten für mehr architektonische Qualitäten im Einfamilienhaus sorgen.

Gerade von Architektinnen/Architekten und der Verwaltung wird immer wieder auf das Thema schlanke Bebauungspläne hingewiesen. Einfamilienhäuser gehören nach § 65a der rheinland-pfälzischen Landesbauordnung zu den genehmigungsfreien Vorhaben. Durch eine Reglementierung im Bebauungsplan sind die Architektinnen und Architekten stärker gebunden und die Verwaltung befürchtet mehr Befreiungsanträge bearbeiten zu müssen. Es ist klar, dass bei einer stärkeren Reglementierung auf der einen Seite weder die „große Architektur“ möglich ist, die es sowieso in den wenigsten Einfamilienhausgebieten gibt, auf der anderen Seite wird damit ein Mindestmaß an architektonischer Qualität in den Baugebieten erreicht.

Es darf nicht verkannt werden, dass Einfamilienhäuser nicht unbedingt zu den besonders großen Leistungen der Architektur zählen. Dies hängt nicht zuletzt auch damit zusammen, dass viele Bauherrinnen und Bauherrn große Eigenleistungen erbringen, damit der Traum vom eigenen Haus in Erfüllung gehen kann. Dazu gehört auch, dass die Planungen von den Bauherrinnen und Bauherrn selbst durchgeführt werden. Letztlich würde einiges dafür sprechen die Bodenpreise zugunsten einer besseren Architekturqualität zu senken und entsprechende Festsetzungen in die Bebauungspläne aufzunehmen.

3. für die Größe, Breite und Tiefe der Baugrundstücke Mindestmaße und aus Gründen des sparsamen Umgangs mit Grund und Boden für Wohnbaugrundstücke auch Höchstmaße

Mindest- und Höchstgrundstücksgröße festlegen

Reihenhäuser: maximal 250qm

Doppelhäuser: maximal 375qm

freistehende Einfamilienhäuser: maximal 500qm

Zu große Grundstücke können von vielen Familien nicht finanziert werden, entsprechen aber auch nicht dem Bedürfnis von Kindern und Jugendlichen sich im öffentlichen Bereich z.B. auf dem Spielplatz, in den Grünanlagen, dem Jugendhaus usw. zu treffen. Zu kleine Grundstücke hingegen sind mit dem Nachteil verbunden, dass sie - insbesondere im Reihenhausbau - nicht mehr kindgerecht nutzbar sind. Oft ist nicht mal die Anlage einer Sandkiste möglich.

Es ist daher sinnvoll sowohl ein Mindest- als auch ein Höchstmaß für die Grundstücke festzulegen, um eine Finanzierbarkeit zu ermöglichen und für die Kinder eine entsprechende Freifläche am Haus zu sichern.

4. die Flächen für Nebenanlagen, die auf Grund anderer Vorschriften für die Nutzung von Grundstücken erforderlich sind, wie Spiel-, Freizeit- und Erholungsflächen sowie die Flächen für Stellplätze und Garagen mit ihren Zufahrten

Einfahrtsbeschränkungen

Viele Genehmigungsbehörden fordern von den Bauwilligen zwei Stellplätze pro Wohneinheit zuzüglich der Besucherstellplätze. Dies bedeutet, dass in den Gebieten große Flächen für den ruhenden Verkehr zur Verfügung stehen müssen. Die Gebiete werden von versiegelten Flächen dominiert, die von Kindern und Jugendlichen nicht benutzt werden können.

Damit Kinder und Jugendliche sich gern in den wohnungsnahen privaten Freibereichen und Vorzonen aufhalten, sollen Stellplätze und Garagen aufgewertet werden. Dies kann z.B. durch Randeingrünung, Rasenpflaster, Baumpflanzungen, Dach- und Fassadenbegrünung geschehen. Gemeinschaftsstellplätze sollen zusätzlich durch eine Niveauabsenkung um etwa 0,5 m eingefügt werden.

Auf keinen Fall sollte bei größeren Wohnungsbauvorhaben auf die notwendigen Kleinkinderspielplätze verzichtet werden.

5. die Flächen für den Gemeinbedarf sowie für Sport- und Spielanlagen

Gemeinbedarfsflächen wie Kindergarten, Schule, Jugendzentren etc. gezielt ausweisen

gute Erreichbarkeit durch zentrale Lage oder entsprechende Wege sichern

Soziale Infrastruktureinrichtungen wie Kindergarten, Schule, Jugendzentrum etc. sind grundsätzlich in allgemeinen Wohngebieten bzw. Mischgebieten zulässig und bei den zu erwartenden Kinder- und Jugendlichenzahlen, aber auch ab einer bestimmten Baugebietsgröße, notwendig.

Aus diesem Grunde sollten entsprechende Flächen im Gebiet auch unter dem Gesichtspunkt der Bodenbevorratung ausgewiesen werden.

Eine zentrale Lage im Wohngebiet und eine gute fußläufige Anbindung ermöglichen eine frühe Selbständigkeit.

Maximale Wegeentfernungen zu Kindergärten und Grundschulen sollen 500 m nicht überschreiten. Dies setzt bereits eine entsprechende Konzeption im Flächennutzungsplan voraus. Zum anderen spielt die Lage der soziokulturellen Infrastruktureinrichtungen, zu denen Jugendzentren und Jugendcafés und -treffs gehören, eine große Rolle. Diese sollen, wenn sie nicht im Gebiet untergebracht werden können sowohl durch Fuß- und Radwege als auch mit dem öffentlichen Personennahverkehr erreichbar sein. Die Ausweisung dieser Flächen sollte als Gemeinbedarfsfläche im Bebauungsplan gesichert werden.

Jugendliche brauchen auf jeden Fall einen Aufenthaltsbereich im Freien. Je nach Ausstattung des Bereiches sollten die lärmintensiven Aktionen eher am Rande der Wohnbereiche stattfinden, um nicht mit anderen Nutzungen in Konflikt zu geraten. Andere Tätigkeiten wie z.B. Sitzen, Beobachten usw., die besonders von Mädchen genannt werden, sind auch in Kombination mit anderen Plätzen möglich, da der Tagesrhythmus von Kindern und Jugendlichen verschieden ist.

Neben den privaten Cafés und Kneipen sind von der Kommune oder von Vereinen und Kirchen organisierte Einrichtungen wichtig, da die Jugendlichen noch nicht über größere finanzielle Mittel verfügen.

6. die höchstzulässige Zahl der Wohnungen in Wohngebäuden

zulässige Wohnungen in Wohngebäuden begrenzen

Die Zahl der Wohnungen pro Wohngebäude spielt eine Rolle für die Wohndichte und BewohnerInnenstruktur. Kleine Wohnungen sind für Singles geeignet, während größere Wohnungen von Familien bevorzugt werden. Aus Gründen der Gewinnmaximierung fallen oft gerade die Wohnungen für Familien beengt aus.

Um gesunde Wohnverhältnisse zu gewährleisten, soll bei jeder Planung überlegt werden, inwieweit es sinnvoll ist, die Zahl der zulässigen Wohnungen in Wohngebäuden zu begrenzen.

7. die Flächen, auf denen ganz oder teilweise nur Wohngebäude, die mit Mitteln des sozialen Wohnungsbaus gefördert werden könnten, errichtet werden dürfen

Diese Festsetzung verlangt, dass Gebäude so zu errichten sind, dass die Wohnungen nach Art, Größe, Zimmerzahl, Zimmergröße und Ausstattung die Anforderungen des II. Wohnungsbaugesetzes erfüllen sowie die Förderbestimmungen der Länder. Diese Vorschrift kann besonders für Familien interessant sein, da durch das II. Wohnungsbaugesetz eine Mindestanforderung an die Wohnungen gestellt wird.

8. einzelne Flächen, auf denen ganz oder teilweise nur Wohngebäude errichtet werden dürfen, die für Personengruppen mit besonderem Wohnbedarf bestimmt sind

Diese Festsetzung ermöglicht Flächen für kinderreiche Familien auszuweisen. Kinderreiche Familien sind nach dem II. Wohnungsbaugesetz solche mit drei und mehr Kindern. „Bei der Besonderheit des Wohnbedarfs kommt es daher auf Art, Größe, Zuschnitt und Ausstattung der Wohnung und die Ausrichtung auf die besonderen Bedürfnisse der Zielgruppen an; außerdem sind die Art des Zugangs zu Gebäude und Wohnung und die Außenanlagen von Bedeutung.“² Es dürfen jedoch nur untergeordnete Flächen ausgewiesen werden. Diese Festsetzung ermöglicht gezielt Flächen für Familien auszuweisen.

9. der besondere Nutzungszweck von Flächen

10. die Flächen, die von der Bebauung freizuhalten sind, und ihre Nutzung

Die Festsetzungen 9 und 10 sind für Kinder von geringer Bedeutung, durch die Nr. 10 können aber z. B. Vorgärten, die zur Bewahrung des Straßenbildes von einer Bebauung freizuhalten sind, festgesetzt werden.

11. die Verkehrsflächen sowie Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung, wie Fußgängerbereiche, Flächen für das Parken von Fahrzeugen sowie den Anschluss anderer Flächen an die Verkehrsflächen

Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung sind z.B.:

- Fußgängerbereiche
- verkehrsberuhigte Straßen,
- Marktflächen
- Omnibusanlagen
- Parkstreifen, Parkbuchten und Parkflächen erhalten den Zusatz P
- Haltestellen für Straßenbahn und Bus
- Einfahrtsbereiche
- Bereiche ohne Ein- und Ausfahrt

Die Angst der Eltern, ihr Kind draußen spielen zu lassen, ist sehr groß. Dies führt dazu, dass Eltern den Aktionsradius ihrer Kinder einschränken. Dies geschieht bei Mädchen stärker als bei Jungen. Ein wirksames Gegenmittel ist, die Räume überschaubar zu machen und Spielplätze in Rufweite zu ermöglichen.

Straßenspiele tragen wesentlich zu einer ganzheitlichen Entwicklung der Kinder bei. Der Straßenraum als Spielraum wird nur von Kindern bis zum Alter von 12-14 Jahren genutzt. Auch kann deutlich festgestellt werden, dass mehr Jungen als Mädchen den Straßenraum benutzen. Um dem entgegenzuwirken, muss der Straßenraum attraktiver sein.

Basketballkörbe, Sitzbereiche und Spielelemente können zusätzlich in die Hauptfußwegebeziehungen integriert werden.

Damit die Straße als Spiel- und Aufenthaltsraum genutzt werden kann, müssen bei der Konzeption von neuen Baugebieten folgende Punkte beachtet werden:

Um eine möglichst gefahrlose Nutzung des Wohngebietes zu ermöglichen, soll die Erschließung so erfolgen, dass Durchgangsverkehr gar nicht erst entsteht. Die im Gebiet notwendigen Hauptsammelstraßen sollten geschwungen geführt werden, um die Geschwindigkeit zu reduzieren. Eine möglichst gefahrlose Benutzung der Straße ist dann möglich, wenn die Querschnitte minimal gewählt werden. Dies bedeutet reduzierte Fahrbahnquerschnitte und ausreichende Gehwegbreiten (mind. 1,50 m bis 2,0 m), die beispielbar sind.

Wohnhöfe sind geeigneter als lineare Straßen. Durch das geringe Verkehrsaufkommen sind sie für sportliche und spielerische Aktivitäten besonders geeignet. Die Ausweisung als Tempo-30-Zone oder Spielstraße muss sofort erfolgen.

Infrastruktureinrichtungen wie Schule und Kindergarten sollten auf keinen Fall an einer Hauptverkehrsstraße liegen, um die Gefährdung der Kinder zu reduzieren, müssen aber zu Fuß gut erreichbar sein. Sackgassen sind generell mit Fußwegen weiterzuführen. Zur Reduzierung des Autoverkehrs sind Fuß- und Radwege zu einem geschlossenen Netz zu verbinden.

Parkplätze auf dem Gehweg sollten gänzlich tabu sein. Private Stellplätze tragen dazu bei, dass der Freiraum für Kinder und Jugendliche beeinträchtigt wird, aus diesem Grunde sind nach Möglichkeit autofreie Zonen oder Sammelstellplatzanlagen auszuweisen. Der Wunsch nach Garagen unmittelbar am Haus und die gleichzeitige Reduzierung der Straßenflächen stellt einen Konflikt dar. Parkplätze sollten daher aus Wohnhöfen herausgezogen werden und in einer Randlage angeordnet werden. Stellplätze und Garagen sind abzuschirmen.

Es wird also in Zukunft darum gehen, Straßenräume nicht mehr nur als Bereiche zur Fortbewegung für das Auto zu sehen und dieses Feld den Tiefbauingenieurinnen und -ingenieuren zu überlassen. Vielmehr muss der Gestaltung dieser Räume eine zentrale Bedeutung zukommen. Dies betrifft sowohl die grundsätzliche Straßenführung im Rahmen der Bauleitplanung insbesondere aber auch die Bauausführung. Ziel muss sein, den gestalterischen Aspekten gegenüber den technischen einen höheren Stellenwert einzuräumen. Stadtplanerinnen und Stadtplaner sind meist nach dem Satzungsbeschluss vom weiteren Bebauungsplanablauf ausgeschlossen.

Nach der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure sind Straßenplanungen Ingenieurleistungen, die meist von Tiefbauingenieurinnen und -ingenieuren erbracht werden. Hier muss eine Umverteilung der Aufgaben stattfinden bzw. die Planerinnen und Planer oder auch Soziologinnen und Soziologen sollten bei der Wohnumfeldgestaltung viel stärker involviert werden. Denn wie gezeigt, hat der Straßenraum eine wichtige Funktion für alle Bewohnerinnen- und Bewohnergruppen.

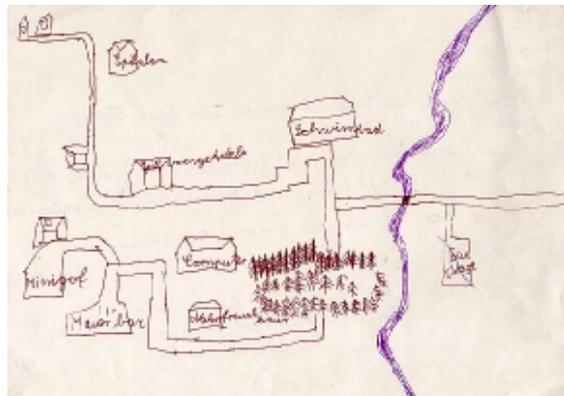
12. die Versorgungsflächen

13. die Führung der Versorgungsanlagen und -leitungen

14. die Flächen für die Abfall- und Abwasserbeseitigung, einschließlich der Rückhaltung und Versickerung von Niederschlagswasser, sowie für Ablagerungen

Die Nummern 12 bis 14 sind für die Umsetzung der Kinder und Jugendlichenbelange in die verbindliche Bauleitplanung von geringerer Bedeutung. Lediglich die Rückhaltung des Niederschlagswassers kann bei der Gestaltung von Freiflächen von Belang sein.

Verbindungswege sind für Kinder aller Altersstufen zur Entwicklung der Selbständigkeit wichtig.



Quelle: Kinderzeichnung 3. Klasse

15. die öffentlichen und privaten Grünflächen, wie Parkanlagen, Dauerkleingärten, Sport-, Spiel-, Zelt- und Badeplätze, Friedhöfe Größe der öffentlichen Grünflächen aus der Nutzungsdichte ableiten

städtebauliche Orientierungswerte beachten

Spielplätze mit und ohne Altersbeschränkungen und für unterschiedliche Altersstufen ausweisen

aktuelle und traditionelle Spiele fördern

Mädchen besonders berücksichtigen

Die Bedeutung der Grün- und Freiflächen für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen wurde in den vorherigen Kapiteln deutlich. Für die Bauleitplanung hat dies folgende Konsequenzen:

Eine gute Lage und Anbindung der Freiflächen ist Voraussetzung, um den Verkehr zwischen Wohnen und Spielen so gering wie möglich zu halten. Freibereiche müssen zentral gelegen und gut erreichbar sein, d.h. es werden Fuß- und Radwege benötigt, die alle wichtigen Bereiche miteinander verbinden.

Es müssen Spielplätze und Freibereiche für unterschiedliche Altersstufen geschaffen werden, insbesondere die Altersgruppe ab 12 Jahren benötigt diese Flächen. Ältere Jugendliche wünschen sich eigene Aufenthaltsbereiche in zentraler, aber sichtgeschützter Lage (Hecken, Mauern, Tore) zum ungestörten Treffen mit Gleichaltrigen. Diese können unter anderem in öffentliche Grünanlagen integriert werden.

Mädchen und Jungen haben unterschiedliche Bedürfnisse, die bei der Freiflächenplanung berücksichtigt werden müssen. Mädchen brauchen eigene Freibereiche.

Bei den Freiflächen spielt die Ausstattung und Gestaltung eine besondere Rolle, die zwar über den Bebauungsplan nicht geregelt werden kann, auf die aber an dieser Stelle besonders hingewiesen werden soll. Flächen müssen so gestaltet werden, dass sie zu unterschiedlichen Zeiten genutzt werden können. Kinder verlassen den Spielplatz um 18 Uhr, während Jugendliche vor allem in den Sommermonaten sich ab 18 Uhr im Freien aufhalten. Die Spielplätze müssen phantasievoller werden. Wasser und natürliche Elemente sind wesentliche Bestandteile der Spielplätze.

Um dem ökologischen Aspekt stärker gerecht zu werden, kann auch Regenwasser in die Freiflächenplanung integriert werden.

Hinsichtlich der Ausstattung sind nutzungsneutrale Felder anzubieten. Auf reine Bolzplätze sollte weitestgehend verzichtet und multifunktionale Spielfelder angeboten werden. Darüber hinaus sind möglichst viele Sitzbereiche anzuordnen, da vor allem Mädchen sich gerne zusammensetzen, reden und anderen zuschauen. Kleinere Ballspielfelder z.B. für Basket- und Volleyball sind sowohl für Jungen als auch für Mädchen interessant. Öffentliche Grünanlagen sollen nach Ansicht der Jungen und Mädchen folgende Angebote enthalten:

- ◆ Fußballplatz, wenn dies von der Größe möglich ist (wird nur von Jungen gewünscht),
- ◆ Basketballplatz,
- ◆ Volleyballfeld,
- ◆ Tischtennis,
- ◆ Grillplatz mit entsprechender Bepflanzung,
- ◆ Graffitiwand,
- ◆ eingegrünte Toilette, Telefonzelle und Bushaltestelle am Rand der Grünanlage,
- ◆ Fahrradunterstellmöglichkeit,
- ◆ Fußwege,
- ◆ große Rasenflächen für sportliche Aktivitäten.

Bei einer Entscheidung zugunsten von Bolzplätzen ist darauf zu achten, dass diese einsehbar und vor allem gut erreichbar sind. Rasenflächen sind geeigneter als Schotterflächen. Auffällig ist bei der Materialwahl der Spielgeräte, dass die Kinder und Jugendlichen durchweg sehr farbenfrohe Geräte gewählt haben.



Wippe, Schaukel, Zelte, Sandkasten und Sitzmöglichkeiten sind für Mädchen aller Altersklassen wichtig

Quellen: Kinderzeichnung 3. Klasse

Industrie und Hersteller sollten ihre Geräte dahingehend überprüfen. Die aktuellen Sporttrends wie Skateboardfahren, Inlineskaten sind auch bei der Materialwahl der Straßen zu berücksichtigen.

16. die Wasserflächen sowie die Flächen für die Wasserwirtschaft, für Hochwasserschutzanlagen und für die Regelung des Wasserabflusses

17. die Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen oder für die Gewinnung von Steinen, Erden und anderen Bodenschätzen

**18. a) die Flächen für die Landwirtschaft
b) Wald**

19. die Flächen für die Errichtung von Anlagen für die Kleintierhaltung wie Ausstellungs- und Zuchtanlagen, Zwinger, Koppeln und dergleichen

Die unter Punkt 16 bis 19 aufgeführten Punkte sind von geringer Bedeutung für Kinder und Jugendliche

20. die Flächen oder Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft

Diese Festsetzung hat zusammen mit der Festsetzung Nr. 15 große Bedeutung für Kinder und Jugendliche und wurde bereits näher ausgeführt.

21. die mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zugunsten der Allgemeinheit, eines Erschließungsträgers oder eines beschränkten Personenkreises zu belastenden Flächen

Diese Festsetzung ist dann für Kinder und Jugendliche von Bedeutung, wenn private Erschließungsanlagen ausgewiesen werden.

22. die Flächen für Gemeinschaftsanlagen für bestimmte räumliche Bereiche wie Kinderspielplätze, Freizeiteinrichtungen, Stellplätze und Garagen

Diese Festsetzung bietet die Möglichkeit einer zentralen Ausweisung von Kinderspielplätzen, die landesrechtlich notwendig sind. Der räumliche Umfang der Gemeinschaftsanlage richtet sich nach der Funktion und nach der städtebaulichen Notwendigkeit. Nicht geregelt sind im Bebauungsplan die Eigentumsverhältnisse.

23. Gebiete, in denen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes bestimmte luftverunreinigende Stoffe nicht oder nur beschränkt verwendet werden dürfen

Diese Vorschrift gewinnt in Gebieten mit hoher Luftverschmutzung an Bedeutung.

24. die von der Bebauung freizuhaltenden Schutzflächen und ihre Nutzung, die Flächen für besondere Anlagen und Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes sowie die zum Schutz vor solchen Einwirkungen oder zur Vermeidung oder Minderung solcher Einwirkungen zu treffenden baulichen und sonstigen technischen Vorkehrungen

Das Bundesimmissionsschutzgesetz und die sonstigen technischen Regelwerke können nicht unmittelbar in die Bauleitplanung übertragen werden. So kann z.B. ein Kinderspielplatz von einer Wohnbebauung durch einen Lärmschutzwall abgeschirmt werden. Zwar muss der Lärm im Baugebiet geduldet werden, trotzdem kann die Gemeinde zum Schutz der Wohnbebauung Lärmschutzwälle vorsehen und auf die Erschließungskosten umlegen.³ Durch die Anwendung dieser Vorschrift können auch Einwendungen der Anwohner entgegengewirkt werden.

25. für einzelne Flächen oder für ein Bebauungsplangebiet oder Teile davon sowie für Teile baulicher Anlagen mit Ausnahme der für landwirtschaftliche Nutzungen oder Wald festgesetzten Flächen

- a) das Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen,
- b) Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie von Gewässern

Baum-/ Strauchpflanzungen in öffentlichen Grün- und Freibereichen vorsehen

Übergang öffentlicher Grünflächen in die freie Landschaft gewährleisten Baum- und Strauchbestand erhalten und ins Konzept integrieren

naturbelassene Bereiche als Abenteuerspielplätze nutzen
Sträucher und Bäume sind wichtige Gestaltungselemente, die wesentlich zur Raumbildung beitragen und von Kindern und Jugendlichen in vielfältiger Weise in das Spiel einbezogen werden können, z.B. Klettern und Versteckspielen. Vor allem an heißen Sommertagen kommt der Bepflanzung eine kleinklimatische Bedeutung zu und kann als Sonnenschutz eingesetzt werden.

Naturhecken, wilde Wiesen, wuchernde Bepflanzung bieten die Grundlage für Abenteuerspielplätze. Bei der Bepflanzung ist auf Artenreichtum, Widerstandsfähigkeit, Standorteigenschaften und die Ungiftigkeit der Pflanzen zu achten.

9.2.2 Integration der Bedürfnisse von Mädchen in die Bauleitplanung

Die Untersuchung hat gezeigt, dass die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen sich innerhalb der gewählten Altersstufen deutlich unterscheiden, aber auch zwischen Mädchen und Jungen verschieden sind. Diese letztgenannte Feststellung hängt dabei im Wesentlichen mit der Sozialisation der Mädchen zusammen, die in allen Altersstufen zum Ausdruck kommt. Trotz der in den letzten Jahren intensiv geführten Diskussionen über die Bedürfnisse von Mädchen und jungen Frauen fühlen sich diese gegenüber Jungen benachteiligt. Mädchen ziehen sich ab dem 12. Lebensjahr immer stärker aus dem öffentlichen Raum zurück und dieser Rückzug ist bis zum 18. Lebensjahr abgeschlossen. Die räumliche Entwicklung der Mädchen wird zu einem sehr frühen Zeitpunkt eingeschränkt. Ein Grund dafür ist, dass Eltern große Ängste um ihre Kinder haben, vor allem auch in sexueller Hinsicht. Dies hat zur Folge, dass Mädchen einen wesentlich kleineren Aktionsradius haben als Jungen und sich zudem eher passiv verhalten.

Die unter dem Sicherheitsaspekt vorgenommenen Einschränkungen verhindern, dass Mädchen die gleichen Umwelterfahrungen machen wie Jungen. Die räumliche Beschränkung der Mädchen wird sich in den späteren Jahren fortsetzen, bis sie völlig aus dem öffentlichen Raum verschwunden sind. Daraus lassen sich die folgenden Thesen ableiten:

1. Mit diesem Rückzug ist ein Defizit an räumlichen Erfahrungen und räumlichem Vorstellungsvermögen verbunden, das zwar durch Training ausgeglichen werden kann, aber eines zusätzlichen Aufwandes bedarf. In der Folge gehen Mädchen mit schlechteren Bedingungen z.B. in ein Architekturstudium.⁴ Fehlende Bewegungsmöglichkeiten für Mädchen engen damit folglich auch ihr berufliches Spektrum ein.

2. Raumvorstellungsvermögen, mathematische Fähigkeiten, Selbstsicherheit und Raumeignung werden von mir in einem engen Zusammenhang gesehen.

Nur Jungen nennen Computerspielen und die damit verbundene Beschäftigung mit technischen Aspekten als Freizeitbeschäftigung, was wiederum zu einem Rückstand der Mädchen im technischen Bereich führt. Die Wahl der Leistungskurse, Mädchen sind seltener in den naturwissenschaftlichen Gebieten vertreten, wirkt sich ebenfalls auf die späteren schlechteren Berufsbedingungen aus.

Die Rolle der Stadtplanung kann darin gesehen werden, für Mädchen und Jungen die gleichen Ausgangsbedingungen im öffentlichen Raum zu schaffen, damit Mädchen den gleichen räumlichen Aktionsradius erhalten wie Jungen und damit auch ihr Raumvorstellungsvermögen verbessert wird. Dies bedeutet, dass auf die unterschiedlichen Bedürfnisse Rücksicht genommen werden muss und nicht ein Geschlecht im öffentlichen Raum benachteiligt wird.

In den städtebaulichen Konzepten der letzten Jahre kommt zum Ausdruck, dass die wenigsten Planerinnen und Planer Kenntnisse von diesen Bedürfnissen haben und nach technischen bzw. graphischen Gesichtspunkten Konzepte entwickelt werden.

Für die Planung können die Forderungen nicht alleine auf die Bauleitplanung bezogen werden, sondern umfassen auch die Ausstattung.

- ◆ Wegebeziehungen für Kinder müssen sicher und attraktiv gestaltet werden, damit Eltern ihren Kindern die Chance geben, die Umgebung selbständig zu erkunden.
- ◆ Es bedeutet auch, dass unbedingt auf die Wünsche der Mädchen eingegangen werden muss. Die ausschließliche Fixierung auf Bolzplätze und der Verzicht auf Wippe, Balancierstange und Schaukel bei der

Ausstattung von Spielplätzen benachteiligt die Mädchen in eklatanter Art und Weise und unterstützt die Dominanz der Jungen und deren in der Erziehung gefördertes Spielverhalten.

- ◆ Es muss grundsätzlich eine größere Anzahl von Spielgeräten und unterschiedliche multifunktionale Ballspielfelder angeboten werden. Um hier den Mädchen eine Chance auf Gleichbehandlung zu bieten, ist bei der Freiflächenplanung auf eine vielschichtige Gestaltung zu achten. Eine zeitweise Betreuung der Spielflächen würde die Position der Mädchen stärken.
- ◆ Mädchen müssen hinsichtlich ihrer sportlichen Betätigung unterstützt werden. Der Rückzug aus dem öffentlichen Raum schwächt ihre Position. Bereiche sollten daher immer wieder auf ihre Benutzbarkeit überprüft werden und sich den Altersstrukturen anpassen. Planungen müssen demzufolge nicht bis in alle Einzelheiten durchgestaltet werden sondern vielmehr „weiße“ Flecken haben, die im Laufe der Zeit gefüllt werden können.
- ◆ Insbesondere Mädchen legen großen Wert auf saubere Spiel- und Aufenthaltsbereiche. Dies bedeutet, dass auch der Pflege dieser Bereiche eine Bedeutung zukommt.
- ◆ Es sollte durchaus geprüft werden, wie das Angebot der örtlichen Vereine durch Reitmöglichkeiten erweitert werden kann.
- ◆ Die Beteiligung von Mädchen und Jungen muss auch unter diesem Aspekt vorgenommen werden, dass Mädchen immer wieder aufgefordert werden, ihre Wünsche zum Ausdruck zu bringen.

9.2.3 Ergänzungen des § 9 Baugesetzbuch

Die in § 9 aufgeführten Festsetzungsmöglichkeiten sind dahingehend zu ergänzen, dass im Bebauungsplan nicht nur Kinderspielplätze, sondern auch „Jugendplätze“, darunter sind Plätze für Jugendliche über 14 Jahre zu verstehen, festgesetzt werden können. Damit verbunden muss auch die Planzeichenverordnung entsprechend erweitert werden. Ziel einer solchen Festsetzung ist es, für alle Altersstufen Freiflächen zur Verfügung zu stellen und diese auch vom Rat in der Satzung beschließen zu lassen. Damit wird die Bindungspflicht für die Gemeinde erhöht. Die Gemeinde sollte folgerichtig auch wieder die Möglichkeit haben, solche Anlagen gemäß § 127 Baugesetzbuch, über den Erschließungsbeitrag abzurechnen.

Eine Differenzierung zwischen den Bedürfnissen von Jungen und Mädchen und deren ausdrückliche Berücksichtigung ist ebenfalls eine Forderung, die in das Gesetz aufgenommen werden sollte. Zur Zeit obliegt dies allein den Planerinnen und Planern, was nicht ausreichend ist.

9.3 Kinderverträglichkeitsprüfung

Natürlich stellt sich die Frage, wieso überhaupt eine Kinderverträglichkeitsprüfung benötigt wird, wo es doch schon genug Prüfverfahren z.B. zur Umweltverträglichkeit, Sozialverträglichkeit usw. gibt.

Kinderverträglichkeitsprüfungen setzen jedoch an einem anderen Punkt an. „Bauen für Kinder heißt, Bedürfnisse zu artikulieren, die unausgesprochen sind, heißt, Normen einer Begriffswelt festzulegen, die nicht nicht mehr die eigenen sind, aber mit diesen in Übereinstimmung gebracht werden müssen. Worauf es ankommt, ist, die Seele der heutigen Kinder zu erspüren, ihre Bedürfnisse zu erfahren und für alles Unerkannte und Ungeahnte genügend Raum zur Entfaltung zu lassen. Deswegen darf eine „Kinderfreundlichkeitsprüfung“ nicht zu einer schematischen Abhakliste geraten.“⁵ Ein Prüfverfahren sichert die Interessen der Kinder und Jugendlichen auf einer verbindlichen Ebene.

Die Anwendung des § 9 Baugesetzbuch zugunsten der Kinder und Jugendlichen setzt ein fundiertes Wissen der Planerinnen und Planer voraus. Da dies aber nicht immer vorhanden ist, besteht die Möglichkeit den Entwurf einer Prüfung zu unterziehen. Dabei sind zwei Verfahrensweisen denkbar. Zum einen könnte die Prüfung über eine Verwaltungsvorschrift erfolgen, zum anderen ist auch eine Integration der „Kinderverträglichkeitsprüfung“ in das Baugesetzbuch möglich.

9.3.1 Gesetzliche Verankerung im Baugesetzbuch

Um die Gemeinden im Rahmen der Bauleitplanung zu verpflichten, die Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche darzustellen oder in Eigenverantwortung einen Kriterienkatalog zu erstellen, der den Belangen Rechnung trägt, ist die Einführung eines eigenen Paragraphen möglich. Im Falle einer Klage muss dieser dann Gegenstand der Abwägung sein und kann gerichtlich überprüft werden.

Ähnlich der Verankerung der umweltschützenden Belange wäre es möglich die Belange der Kinder und Jugendlichen gesetzlich zu fixieren. Dies könnte folgendermaßen aussehen:

§1b Belange von Kindern und Jugendlichen in der Abwägung

(1) In der Abwägung nach § 1 Abs. 6 sind auch zu berücksichtigen

1. die unterschiedlichen Altersstufen von Kindern und Jugendlichen
2. die Bedürfnisse von Jungen und Mädchen sind besonders zu behandeln.

(2) die Auswirkungen der Planung sind mit den Fachbehörden (Jugendhilfe) zu erörtern und als schriftliche Stellungnahme der Begründung beizufügen.

Diese „Kinderverträglichkeitsprüfung“ sollte die unter 9.1 genannten Empfehlungen enthalten.

9.3.2 Verwaltungsvorschrift

Prüfverfahren, die in der Verwaltung ansetzen, sind in den letzten Jahren immer wieder diskutiert worden. Als Familien- oder Kinderfreundlichkeitsprüfungen werden Prüfverfahren bezeichnet, mit denen Kommunen bei ihrer Entscheidungsfindung sicherstellen, dass die Interessen von Familien und Kindern bewusst und nachvollziehbar berücksichtigt werden.

Diese Prüfungen heben sich von den üblichen Mitzeichnungs- und Beteiligungsverfahren in den Kommunalverwaltungen dadurch ab, dass Prüfgegenstände sowie familien- und kinderbezogenen Prüfkriterien vorgegeben werden. Für die Durchführung werden ferner auch Zuständigkeiten und Bearbeitungsabläufe festgelegt. ⁶ Kinderfreundlichkeitsprüfungen werden mittlerweile von verschiedenen Städten und Kommunen wie z.B. Düsseldorf, Essen oder Mannheim durchgeführt. Auffällig ist dabei, dass die Verfahren fast ausschließlich in Großstädten angewendet werden. Im ländlichen Raum kommt dieses Instrument kaum zum Einsatz. Dabei wäre dies im Hinblick auf die Veränderungen des ländlichen Raumes ein wichtiger Ansatzpunkt zur Sicherung und Entwicklung vorhandener Potentiale. In Rheinland-Pfalz bietet sich hier insbesondere die Dorferneuerung an, bei der in Schwerpunktgemeinden Arbeitskreise gebildet werden.

9.3.3 Anwendungsbereich

Kinderverträglichkeitsprüfungen können die unterschiedlichsten Anwendungsbereiche umfassen. Neben Kreisen, Gemeinden und Städten sind ebenso die Arbeitswelt, Wohnungswirtschaft und Bildungseinrichtungen vorstellbar. Dabei soll durch ein solches Prüfverfahren keineswegs der Arbeitsaufwand der Verwaltung erhöht werden.

„Prinzipiell wird für die Durchführung einer Kinderfreundlichkeitsprüfung der politische Wille in der Kommune benötigt. Verwaltungsspitze und die politischen Mehrheitsfraktionen müssen sich hinter ein solches Vorgehen stellen, damit eine politisch legitimierte Grundlage vorliegt.“⁷ Sicherlich ist es auch sinnvoll, dass ein Amt oder eine Stabsstelle die Koordination des Verfahrens übernimmt.

Kinderfreundlichkeitsprüfungen gehen auf unterschiedliche Handlungsfelder ein.

1. Gestaltungsmöglichkeiten in **kommunaler** Zuständigkeit.

- ◆ Prüfung des Umgangs mit der Querschnittsaufgabe,
- ◆ Prüfung von mittelfristigen Planungen, dazu gehören auch Flächennutzungsplan, Verkehrsplan usw.,
- ◆ Prüfung von konkreten Maßnahmen z.B. Wohnumfeldgestaltung, Verkehrsberuhigung, Schulstandorte,
- ◆ Prüfung des Verwaltungshandelns, der Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung, der Öffentlichkeitsarbeit.

2. Prüfung von Planungen und Maßnahmen bei Trägern, auf die Kommunen **Einfluss** haben.⁸

Hinsichtlich der unterschiedlichen Beteiligten, die innerhalb der Kommunen die Kinderfreundlichkeit stärken sollen, müssen Prüflisten auch die einzelnen Aspekte berücksichtigen.

Allerdings soll nochmals darauf hingewiesen werden, dass gerade die gebaute Umwelt für Kinder und Jugendlichen von entscheidender Bedeutung ist und daher innerhalb des gesamten Verfahrens eine wichtige Rolle einnimmt.

Anhand der Aufgabenfelder wird deutlich, dass auch unterschiedliche Verfahren angewendet werden müssen. Für den städtebaulichen Bereich ist die Prüfung formlos durch eine/n Fachfrau/-mann möglich oder die Bearbeitung mittels Prüflisten. Voraussetzung zur Durchführung dieser Prüfungen ist der politische Wille zur Anwendung und Umsetzung dieses Instrumentes.

Es sollen die unterschiedlichen Akteurinnen und Akteure in einer Gemeinde in das Verfahren involviert werden. Dazu zählen Bürgerinnen und Bürger, Politikerinnen und Politiker, Verwaltung, Medien, Vereine, Verbände, Schulen, Planerinnen und Planer, usw.. Die Bündelung der Maßnahmen muss damit verbunden sein. Kinderverträglichkeitsprüfungen gehen damit weit über den städtebaulichen Aspekt hinaus.

9.3.4 Rolle der einzelnen Akteurinnen und Akteure

9.3.4.1 Politikerinnen und Politiker

Zur Umsetzung der Kinderverträglichkeitsprüfung bedarf es, wie bereits erwähnt, eines politischen Rückhaltes innerhalb der Gemeinde. Aufgabe der Politik ist es, für die jeweilige Kommune einen ordnenden Rahmen zu schaffen, zu dem auch gehört, dass für die Zukunft ein kinder- und jugendfreundliches Wohnumfeld erhalten wird oder neu entsteht. Auf dieser Ebene ist es wichtig, dass den verschiedenen Parteien immer wieder verdeutlicht wird, dass diese Zukunftsaufgabe nur bewältigt werden kann, wenn alle gemeinsam an einem Strang ziehen. Die Parteien sind mitverantwortlich, dass für die nächste Generation die bestmöglichen Umwelt- und Lebensbedingungen geschaffen werden und erhalten bleiben. Darüber hinaus wird über Etatmittel entschieden und der Verwaltung politische Weisungen erteilt. Die Politikerinnen und Politiker müssen sich daher für die Umsetzung der Belange von Kindern und Jugendlichen aktiv einsetzen.

9.3.4.2 Verwaltung

Der Verwaltung kommt bei der Umsetzung dieser Belange eine wichtige Rolle zu. Zum einen muss sie den Weisungen der Politik Folge leisten, zum anderen als Fachamt die Interessen der Kinder vertreten.

In der Praxis bieten sich zwei Möglichkeiten an, wie die Verwaltung die Umsetzung der Belange von Kindern und Jugendlichen erreichen kann.

- ◆ **Ämterinterne Prüfung**
Darunter ist zu verstehen, dass jedes Amt für seinen Bereich eine Prüfung im Hinblick auf die Kinder- und Jugendlichenbelange durchführt. Dies bedeutet jedoch auch, dass jedes Fachamt nur für seinen Bereich prüfen kann. Auf der anderen Seite ist das Verfahren jedoch leichter in den täglichen Ablauf einzubinden.
- ◆ **Prüfung durch eine zentrale Stabsstelle**
Dies bedeutet, dass ein Amt die Federführung übernimmt. Der Vorteil dieser Organisationsform ist darin zu sehen, dass eher eine Querschnittsaufgabe wahrgenommen werden kann. Eine Moderation ist leichter möglich und eine Stabsstelle ist eher unabhängig.⁹ Abgesehen von der Organisationsform ist es notwendig, dass sowohl die Amtsleitung als auch die Verwaltungsspitze hinter dem Konzept stehen. Darüber hinaus ist eine Schulung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter insbesondere in den Fachämtern, die für die Bauleitplanung verantwortlich sind notwendig. In diesen Schulungen sollen einerseits Kenntnisse über die unterschiedlichen Bedürfnisse von Mädchen und Jungen aber auch die Prinzipien für die Entwurfsgestaltung vermittelt werden.

9.4 Aufbau eines Verfahrens zur Sensibilisierung der Erwachsenen und Beteiligung von Kindern und Jugendlichen

9.4.1 Vorbehalte

Im Gegensatz zur politischen Ebene, auf der sich unterschiedliche Beteiligungsformen herausgebildet haben, tun sich Planerinnen und Planer schwer, Kinder und Jugendliche in ihre Arbeit zu integrieren. Dies liegt zum einen daran, dass in der Ausbildung in Raumplanung und Architektur nur wenig über den Umgang mit Kindern und Jugendlichen vermittelt wird, zum anderen wird das Verständnis dieser Bevölkerungsgruppe für ihre Umwelt unterschätzt. Kinder und Jugendliche stehen ihrer Umwelt meist aufgeschlossen gegenüber und es gibt gesetzliche Grundlagen, die eine Beteiligung von Kindern und Jugendlichen zum Ziel haben.

Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen stößt nach wie vor auf viele Vorbehalte. Vor allem in Bundesländern, in denen bisher nur wenige Projekte durchgeführt wurden, lässt sich dies mit mangelnden Kenntnissen über die Fähigkeiten der Kinder und Jugendlichen erklären.

Als Gründe, die gegen eine Beteiligung sprechen, werden genannt:

- ◆ „Kinder können das noch nicht - Jugendliche wollen das nicht mehr.“¹⁰ Dem kann entgegen gehalten werden, dass selbst Gemeinderatsmitglieder (also Erwachsene), wie meine langjährigen Erfahrungen aus Sitzungen zeigen, oft nicht in der Lage sind, Planungszusammenhänge zu begreifen und trotzdem Entscheidungen über die Entwicklung ihres Ortes treffen.

Die politischen Vertreterinnen und Vertreter sind zudem oft nicht bereit, überhaupt die Sitzungsvorlagen zu lesen, die ihnen als Vorbereitung zur Verfügung stehen. Über diese Problematik wird jedoch selten berichtet. Dem steht gegenüber, dass Kinder und Jugendliche bereit sind sich intensiv mit den ihnen überantworteten Problemen auseinanderzusetzen.

- ◆ **Ineffizienz**
Der Beteiligung wird oft entgegengehalten, dass sie das ohnehin komplizierte Verfahren nur verlängere und letztlich auch verteuere. Wie bereits unter Kap. 5 ausgeführt, ist bei einer größeren Beteiligung jedoch das Informationsniveau bedeutend höher. Meistens wissen Kinder genauso gut bzw. besser als Experten, was für sie wichtig ist.
- ◆ **Innovationslücke**
Besonders von Fachleuten wird oft gegen eine Beteiligung angeführt, dass nichts „Neues“ herauskäme. Viele Beispiele belegen jedoch, dass Kinder unbefangener an Projekte herangehen und daher andere Lösungsmöglichkeiten finden. Und selbstverständlich ist es ein Unterschied, ob die Kinder die Projekte vorgesetzt bekommen oder eigenverantwortlich mitentwickeln können. Die Identifikation ist darüber hinaus bedeutend höher, ebenso das Verantwortungsgefühl der Kinder.
- ◆ **Komplexität**
Kinder sollen nicht in der Lage sein, komplexe Zusammenhänge zu begreifen. Die Frage stellt sich, warum Kinder etwas leisten sollen, wozu wie oben bereits dargestellt, selbst Erwachsene nicht in der Lage sind.
- ◆ **Beteiligung als „Alibi“**
Die Erfahrungen insbesondere mit Jugendgemeinderäten, deren Inhalte und Effektivität stark angezweifelt werden, lässt bei vielen Erwachsenen Zweifel an dem Sinn einer Beteiligung entstehen. Selbstverständlich darf die Teilnahme von Kindern an Planungsprozessen nicht nach dem Motto geschehen, dass kurz vor der Bürgermeisterwahl „mal etwas vorgezeigt“ werden soll. Dies würde auch bei den Kindern Frustration erzeugen und die Ernsthaftigkeit der Bemühungen stark in Zweifel ziehen.¹¹
- ◆ **Kosten**
Nicht selten werden gegen eine Beteiligung von Kindern und Jugendlichen die höheren Kosten angeführt. Untersuchungen dazu und Erfahrungen haben gezeigt, dass die Verantwortung für selbst erarbeitete Projekte wesentlich größer und der Vandalismus bei solchen Projekten kleiner ist. Damit sind die Folgekosten geringer, was die höheren Anfangskosten rechtfertigt.

9.4.2 Chancen der Beteiligung

„Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen.... ausgeübt.“¹² Mit dem Wahlalter wird festgelegt, ab welchem Alter Kinder ihre verbrieften Rechte ausüben dürfen. Dabei gelten die Grundrechte, die das Grundgesetz garantiert von Anfang an unabhängig vom Wahlalter.¹³ Das in der Demokratie allen Bürgerinnen und Bürgern garantierte Mitwirkungsrecht wird auch für Kinder und Jugendliche am ehesten realisiert, wenn eigene Partizipationsmöglichkeiten für sie geschaffen werden.¹⁴ „Demokratie ist aber nicht nur eine Staatsform, sondern eine Lebensform, die den Anspruch hat, dass unterschiedliche Menschen mit unterschiedlichen Erfahrungen und Kompetenzen gleichberechtigt, frei und solidarisch zusammenleben.“¹⁵ Es kann nicht vorausgesetzt werden, dass Kinder und Jugendliche plötzlich im Alter von 16 bzw. 18 Jahren zur Wahl gehen und sich für Dinge engagieren, wenn ihnen dies in den Jahren davor nicht möglich war und sie keine Übung darin haben.

Umgekehrt brauchen Kinder aber auch Demokratie. Kinder sind Subjekte, und die Kindheit hat einen eigenen Wert. Kinder haben ihre eigenen Bedürfnisse, Interessen und Kompetenzen. Erwachsene können diese nur durch Identifikation wahrnehmen und können eine Beteiligung nicht ersetzen.¹⁶

Beteiligung von Kindern kommt aber auch den anderen Bevölkerungsgruppen z.B. älteren Menschen zugute. Darüber hinaus konnte in allen Gruppen festgestellt werden, dass Kinder ein intensives Bedürfnis haben, auch für andere Gruppen mitzuplanen (soziale Verantwortung). „Mitbestimmung von Kindern führt zu einer Veränderung von Rolle und Funktion der Erwachsenen bei Entscheidungsprozessen.“¹⁷ Grundvoraussetzung ist jedoch, dass Kinder als Expertinnen und Experten in eigener Sache angesehen werden. Die geistige Entwicklung der Kinder und die Einräumung von Entscheidungsmöglichkeiten stehen damit in einem engen Zusammenhang.

Der Sektor Planung greift somit nicht nur in entscheidender Art und Weise in die Lebenswelt eines jeden ein, sondern bietet auch die Möglichkeit, Kinder und Jugendliche umfangreicher an ihrer Lebenswelt mitarbeiten zu lassen.

Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bietet dagegen eine Vielzahl von Möglichkeiten und Chancen.

- ◆ In einer demokratischen Gesellschaft sind Kinder und Jugendliche ab dem 18. Lebensjahr in die politischen Entscheidungsprozesse eingebunden und sollen ab diesem Zeitpunkt Demokratie mitgestalten. Dies ist jedoch nur dann möglich, wenn sie möglichst frühzeitig in Entscheidungen eingebunden und ihre Wünsche und Anregungen auch respektiert werden. Demokratie darf keine Altersgrenzen kennen und die gemeinsame Erfahrungen von Erwachsenen und Kindern bringt für alle Beteiligten wichtige Ansätze.
- ◆ Kinder sind in der Lage, aktiv an der Gestaltung ihrer Umwelt teilzunehmen. Erwachsene können sich immer nur in die Rolle der Kinder versetzen. „Kinder und Erwachsene machen jeweils ihre eigene Kultur aus. Überraschend ist, dass Erwachsene, obwohl sie selbst einmal Kinder gewesen sind, sich schwer tun, Gedankengänge und Handlungsweisen von Kindern zu verstehen und sich in diese hineinzudenken.“¹⁸ Der Versuch, Kinder in derselben Art und Weise zu beteiligen wie Erwachsene, ist daher nicht sinnvoll.
- ◆ Kinder haben andere Ideen und Vorstellungen, dies zu akzeptieren fällt vielen Erwachsenen schwer. Sie wollen aber auch selbst ihre Interessen einbringen und mitentscheiden. Die Entscheidungen im öffentlichen Bereich und insbesondere in der Planung tangieren Kinder, man denke nur an die Gestaltung von Spielstraßen, Plätzen, Kindergärten und vieles mehr. Planungen für und mit Kindern kommen dabei auch anderen Altersgruppen z.B den Senioren zugute. Die Einbeziehung gerade in konkrete Bauprojekte bringt vielfältigere, vielleicht auch kreativere Planungen hervor, die eher akzeptiert werden und für die Kinder auch mehr Verantwortungsbewusstsein entwickeln.¹⁹

- ◆ Die Arbeit in Schulen und Kindergärten bietet sowohl für Planerinnen /Planer als auch für Pädagoginnen und Pädagogen unterschiedliche Möglichkeiten.
Durch die Arbeit in kleinen Gruppen werden sehr schnell Problemfälle klar. Kinder und Jugendliche, die auch im Normalfall eine Außenseiterrolle einnehmen, können nur schwer integriert werden. Verhaltensmuster und die Stellung einzelner Kinder werden in kurzer Zeit deutlich. Aufgrund dieser Erkenntnisse können pädagogische Maßnahmen getroffen werden. Solche Projekte können dazu dienen Gruppenprozesse in Gang zu setzen. In der nächsten Stufe wäre jetzt eine Arbeit mit den betreffenden Kindern und Jugendlichen möglich. Zum Teil müsste dies auch eine therapeutische Unterstützung erfahren. Projekte bieten die Chance Gruppenprozesse zu unterstützen und in Gang zu bringen.
Projekte sind für Kinder eine Chance, sich kreativ zu betätigen und sich mit Planung zu befassen. Gerade der Modellbau bietet die Möglichkeit, Kinder mit Sprachproblemen in Projekte zu integrieren, da dieser als Ausdrucksmittel zur Verfügung steht.

Das von mir durchgeführte Projekt mit Kindern und Jugendlichen in unterschiedlichen Altersstufen zeigt, dass bereits ab dem Kindergarten Kinder beteiligt werden können und die Kinder dies auch wollen. Kinder begreifen schnell die Aufgabe und können Pläne interpretieren. Das große Interesse der Kinder und die Teilnahmebereitschaft zeigen auch, dass es gute Möglichkeiten gibt, mit ihnen zu arbeiten. Es war auch während der Projektphasen deutlich erkennbar, wie die Kinder sich mit der Aufgabe auseinandersetzen. Für Jugendliche können hier neue Sichtweisen eröffnet werden.

Die Auseinandersetzung mit einem solchen Projekt bietet darüber hinaus unterschiedliche pädagogische Möglichkeiten:

1. Umweltbewusstsein vermitteln

- ◆ Kartenarbeit,
- ◆ Aufgreifen von Themenschwerpunkten z.B. Umweltschutz,
- ◆ Verkehrserziehung,
- ◆ Schulung des Umweltbewusstseins,
- ◆ Eröffnung von Berufsperspektiven.

Die Chance für die Schule liegt darin, dass hier mit einem anderen Medium die Kinder spielerisch an Themen herangeführt werden. Die Weiterarbeit ist auch nach Abschluss des Projektes möglich.

2. Teamarbeit

Ein ganz wesentliches Ergebnis des Projektes ist die Möglichkeit, die sich für Gruppenarbeit bietet. Die Zusammenarbeit in kleinen Gruppen fordert von Kindern:

- ◆ Abstimmung,
- ◆ dem anderen zuhören,
- ◆ abwägen,
- ◆ Kompromisse schließen,
- ◆ Konflikte austragen,
- ◆ Integration von Personen, die vielleicht sonst in der Klasse am Rande stehen.

Gerade in einer Gesellschaft, in der letztendlich nur noch die Leistung des Einzelnen zählt, ist es umso wichtiger, dass Kinder und Jugendliche lernen, in Gruppen zu arbeiten. Ein Vorteil ist vor allem darin zu sehen, dass die Gruppen von Außenstehenden geleitet werden.

Es zeigte sich auch, dass Konflikte, die in der Klasse bestehen in diese Projekte hineingetragen werden. Probleme werden schnell deutlich und es bietet sich die Möglichkeit, hier weiterzuarbeiten. Die Integration von verhaltensauffälligen Kindern und Jugendlichen in eine Gruppe erwies sich als äußerst problematisch.

Die Verhaltensauffälligkeiten hingen letztlich auch mit dem sozialen Umfeld zusammen, das sich wiederum in den von den jeweiligen Jungen angefertigten Modellen spiegelte.

Generell ist festzustellen, dass es Kindern und Jugendlichen mit zunehmendem Alter schwer fällt, sich auf einen kreativen Prozess einzulassen. Erst nachdem eine Hemmschwelle überwunden ist, können die Kinder freier agieren. Um das kreative Potential zu nutzen, sollten daher die Kinder zu einem möglichst frühen Zeitpunkt an stadtplanerische Projekte herangeführt werden.

9.4.3. Aufbau eines Beteiligungsverfahrens

Wegen der unterschiedlichen Altersstufen ist es sinnvoll eine entsprechende Gruppeneinteilung vorzunehmen. Die Projekte sollten an bestehende Institutionen angeschlossen werden also z.B. Schule, Kindergarten, Vereine usw. Dies garantiert Stabilität für die Kinder und die gleichbleibende Zusammensetzung ihrer Gruppe für die Durchführung. Aus den Auswertungen lassen sich für Planungsaufgaben zwei unterschiedliche Vorgehensweisen ableiten. Bei beiden kommt den Planerinnen und Planern eine Schlüsselposition zu.

9.4.3.1. Beteiligung in bestehenden Gebieten

Bei der Umplanung von bestehenden Gebieten sollten die Kinder und Jugendlichen vor Beginn der Planung involviert werden.

Dabei sollte zunächst ein Einführungsgespräch durchgeführt werden.

Bei dem nächsten Termin bietet sich eine Ortsbesichtigung mit anschließender Gruppendiskussion, Eintragung der wichtigsten Spiel- und Aufenthaltsorte und Aufarbeitung der Mängel und Defizite an. Dabei werden die Bereiche herausgearbeitet, die für die verschiedenen Altersgruppen von Bedeutung sind. Nach diesem Punkt sollte der Modellbau eingesetzt werden, da hier alle Altersgruppen aktiv teilnehmen können. Die Ergebnisse sollten in einer Gruppendiskussion überprüft werden. Nach dieser Phase sind die Planerinnen und Planer am Zuge, um die Vorschläge in eine Konzeption zu übertragen. Im nächsten Schritt ist diese Konzeption mit den Kindern und Jugendlichen zu besprechen und ggfls. zu ändern. Parallel zur Beteiligung der Kinder und Jugendlichen ist mit den politischen Vertreterinnen und Vertretern eine Sensibilisierung für diese Themen vorzunehmen. Ein Arbeitskreis kann die Themen aus der Erwachsenenperspektive beleuchten. Damit die Konzeption im Ort auf größere Akzeptanz stößt, ist eine Ausbildung von Moderatoren/Moderatorinnen in Zusammenarbeit mit verschiedenen Bildungsträgern sinnvoll, die sich wiederum in anderen Gruppen für die Belange der Kinder und Jugendlichen einsetzen.



Abb. Beteiligung an bestehenden Gebieten

Nach der Abstimmung des Konzeptes ist eine Prioritätenliste festzulegen, eine Zeitschiene zu fixieren und das weitere Vorgehen abzustimmen (wer macht was, wann). Bei den Haushaltsberatungen sind die Projekte entsprechend zu berücksichtigen.

9.4.3.2 Beteiligung in neuen Siedlungsgebieten

Während in der Dorferneuerung der Schwerpunkt in der Moderation und dem Herausarbeiten von Defiziten und Mängeln liegt, ist in der verbindlichen Bauleitplanung der Schwerpunkt in der Konzeption und dem Rechtsplan zu sehen. Die Moderation in der Dorferneuerung kann durchaus auch von Soziologen/-innen durchgeführt werden, während in der Bauleitplanung aufgrund der gesetzlichen Anforderungen die Planerinnen und Planer gefordert sind. Aus diesem Grunde ist es wichtig, dass die Ausbildung an den Hochschulen entsprechend strukturiert wird. Auf diesen Punkt wurde unter 9.2 detaillierter eingegangen.

In der Bauleitplanung kann nochmals differenziert werden, ob die Eigentümerinnen und Eigentümer bekannt sind oder zum Zeitpunkt der Konzeptentwicklung noch nicht feststehen. Davon hängt es letztlich auch ab, zu welchem Zeitpunkt die Kinder und Jugendlichen eingebunden werden sollen. Stehen die zukünftigen Nutzerinnen/Nutzer bereits fest, können sie bei der Konzeptentwicklung einbezogen werden. Ist dies nicht der Fall dann sollte dies erst nach der ersten Konzeption erfolgen. Da Kinder und Jugendliche von bekannten Dingen ausgehen, empfiehlt es sich, um eine reine Einfamilienhausbebauung mit den dargestellten Nachteilen zu vermeiden, Alternativen aufzuzeigen entweder über Bilder oder durch Ortsbesichtigungen. Die Kinder und Jugendlichen sollten vielfältige Anregungen vor Beginn des Projektes erhalten.

Gesetzliche Grundlagen

Es muss jedoch ganz klar gesagt werden, dass eine Verpflichtung zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen für die Bauleitplanung nach dem Baugesetzbuch nicht abgeleitet werden kann. In § 3 (3) Baugesetzbuch (Bürgerbeteiligung) muss ein Passus über Kinder- und Jugendlichenbeteiligung eingefügt werden, um dies rechtlich abzusichern.

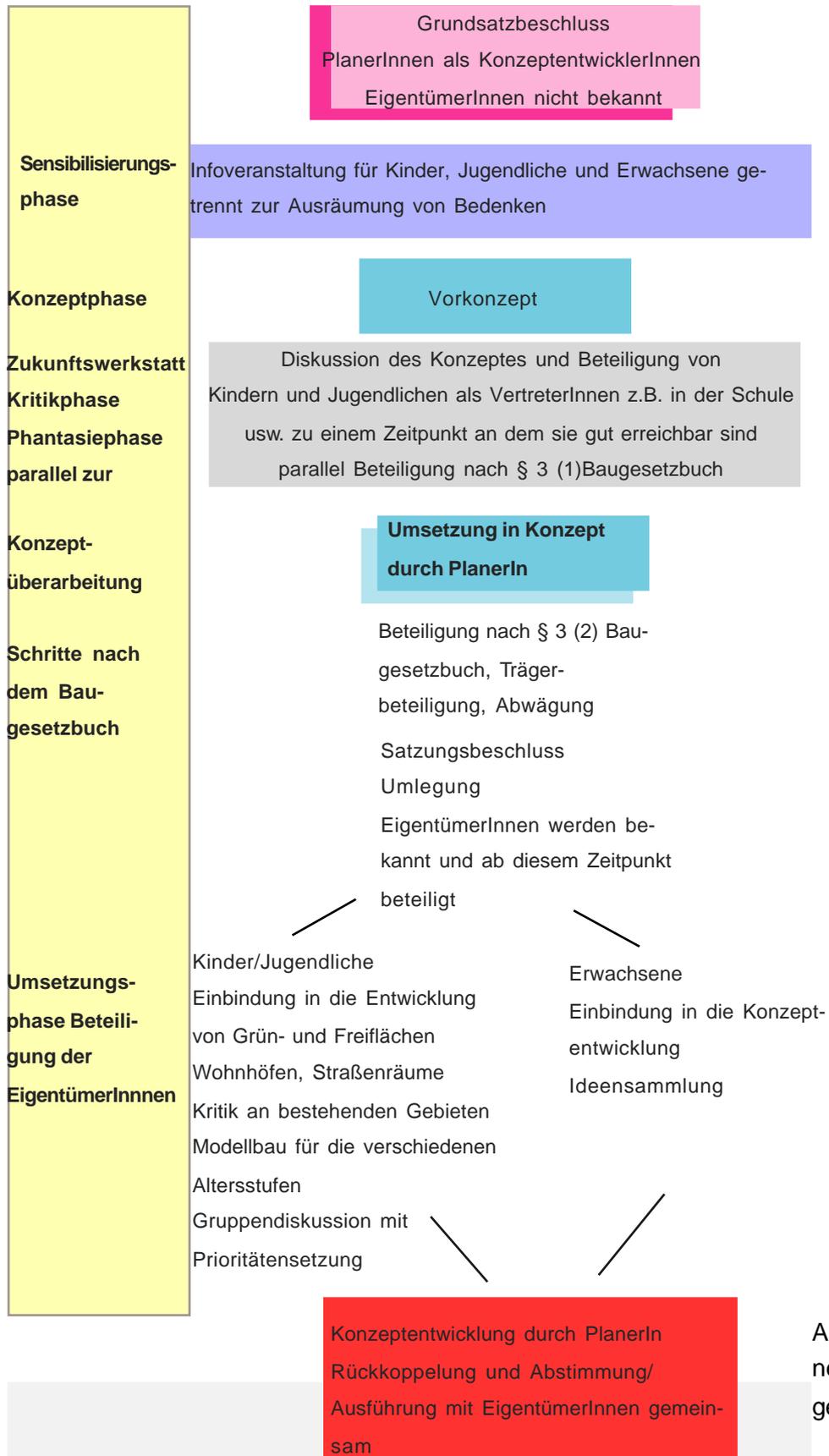


Abb. Beteiligung in neuen Siedlungsgebieten

Sensibilisierungsphase

Zukunftswerkstatt

Kritikphase

Phantasiephase
parallel zur

Beteiligung nach § 3 (1) und (2) Baugesetzbuch und Trägerbeteiligung

PlanerIn als
KonzeptentwicklerIn und
ModeratorIn
EigentümerInnen bekannt

Kinder Informationsveranstaltung Erwachsene

Ortsbesichtigung mit Kritikpunkten an bestehenden Gebieten

Arbeitskreis der Bebauungsplan parallel begleitet

Ideensammlung und Prioritäten

Vorstellungen der Kinder zu Bereichen einzelner Altersstufen herausarbeiten

Modellbau mit diesen Altersstufen

Gruppendiskussion

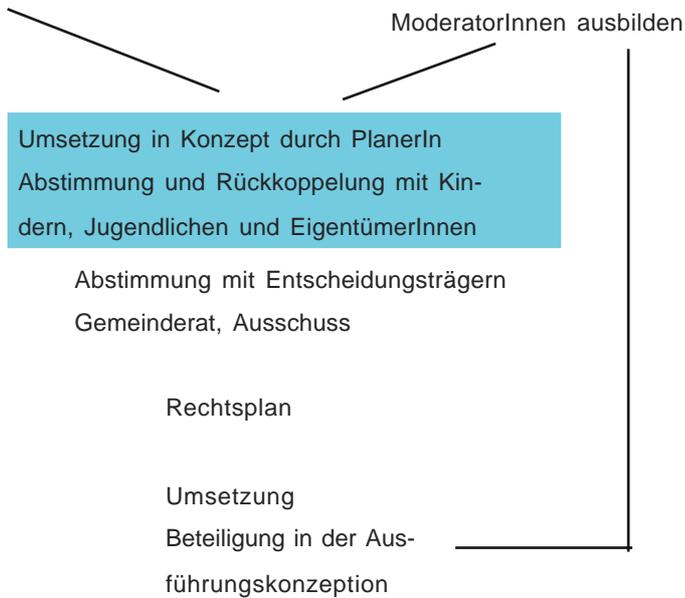


Abb. Beteiligung in neuen Siedlungsgebieten

Planung und insbesondere Stadtplanung spiegelt immer auch die gesellschaftliche Situation wider.

Zunehmende Kritik an den Wohngebieten der vergangenen Jahre, die als Schlafstädte bezeichnet werden, die Probleme der jüngeren Generation, die vom Medienkonsum, über Gewaltbereitschaft bis zur Politikverdrossenheit reichen, machen ein planerisch angemessenes Handeln sowohl bei der Gestaltung der Wohngebiete als auch bei der Beteiligung immer dringlicher. Dies kommt in den Arbeiten der Kinder und Jugendlichen zum Ausdruck.

Im Rahmen der vorliegenden Arbeit wurde eine methodische Vorgehensweise zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen theoretisch entwickelt und praktisch angewendet, um so zur inhaltlichen Definition von Bedürfnissen beizutragen. Die aus forschungsökonomischen Gründen in Rheinland-Pfalz durchgeführten empirischen Beteiligungen bedürfen dabei sicherlich im Hinblick auf die Einbindung von Kindern und Jugendlichen aus Großstädten noch weiterer Untersuchungen. Ebenso besteht im Zusammenhang mit dem Programm der „Sozialen Stadt“, bei der Beteiligung von Kindern aus sozialen Brennpunkten und der Einbindung von ausländischen Jugendlichen Untersuchungsbedarf. Deutlich kamen die Probleme der Mädchen im öffentlichen Raum zum Ausdruck, so dass sowohl bei der Beteiligung als auch in der Bauleitplanung Handlungsbedarf besteht. Es hat sich gezeigt, dass Kinder und Jugendliche als Stellvertreter/-innen ihre Bedürfnisse ausdrücken können.

Bei der Gestaltung der Wohngebiete müssen die ingenieurtechnischen Gesichtspunkte gegenüber den sozialen und kommunikativen Aspekten in den Hintergrund treten, damit sie den Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen entsprechen. Erforderlich ist, dass alle Planungsverantwortlichen von der Politik über die Verwaltung bis zu den Planerinnen und Planern für die Bedürfnisse sensibilisiert und über diese informiert werden und die Möglichkeiten des Baugesetzbuches ausgeschöpft bzw. weitere gesetzliche Grundlagen geschaffen werden. Es wird damit auch ein Beitrag zu einer stärkeren Demokratisierung der Planung geleistet und der Forderung einer nachhaltigen Stadtentwicklung, wie sie z.B. in der Agenda 21 gefordert wird, entsprochen.

Zusammenfassung

- Aanderud, Catharina: Die Gesellschaft verstößt ihre Kinder. Werteverlust und Erziehung. München 1997.
- Apel, P.; Pach, R.: Kinder planen mit. Stadtplanung unter Einbeziehung von Kindern, Unna 1997
- Aries, Philipp: Geschichte der Kindheit, München 1975
- Baacke, Dieter: Die 6 - bis 12jährigen. Einführung in die Probleme des Kindesalters. Weinheim, Basel 1995
- Bartscher Matthias: Partizipation von Kindern in der Kommunalpolitik, Freiburg 1998
- Beck-Gernsheim, Elisabeth: Mutterwerden – der Sprung in ein anderes Leben. Frankfurt am Main 1989.
- Behnken, Imbke (Hrsg.): Stadtgesellschaft und Kindheit im Prozeß der Zivilisation. Opladen 1990.
- Benard, Cheryl; Schläffer, Edit: Let's kill Barbie! Wie aus Mädchen tolle Frauen werden. München 1997.
- Bertelsmann Club Gmbh (Hrsg.): Geschichte des 20. Jahrhunderts Band 1, Gütersloh 1992
- Bischoff, Ariane; Selle, Klaus; Sinnig, Heidi: Informieren – Beteiligen – Kooperieren. Kommunikation in Planungsprozessen. Eine Übersicht zu Formen, Verfahren, Methoden und Techniken. Dortmund 1996.
- Blinkert, Baldo: Aktionsräume von Kindern auf dem Land. Eine Untersuchung im Auftrag des Ministeriums für Umwelt und Forsten. Pfaffenweiler 1997.
- Böhnisch, Lothar; Funk, Heide: Jugend im Abseits? Zur Lebenslage Jugendlicher im ländlichen Raum. München 1989.
- Brockhaus Eberhard: Der kleine Brockhaus, Wiesbaden 1952
- Bröll, H.; Jäde, H.: Das neue Baugesetzbuch im Bild, München 1997
- Bückmann, Walter; Oel, Hans-Walter: Bürgerbeteiligung bei kommunalen Planungen. Beiträge des Instituts für Zukunftsforschung 20. München 1981.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Familien- und Kinderfreundlichkeitsprüfung in den Kommunen: Erfahrungen und Konzepte. Hannover 1998.
- Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau: Lokale Agenda 21. Bonn 1996.

- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: Umweltpolitik, Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro. Dokumente. Agenda 21. Bonn 1997.
- Burmeister, Klaus; Canzler, Weert; Kalinowski, Martin: Zukunftsfähige Gesellschaft. Demokratische Entscheidungen für eine dauerhaft tragfähige Gesellschaft. Bonn 1996.
- Curdes, Gerhard: Bürgerbeteiligung, Stadtraum, Umwelt. Inhaltliche und methodische Schwachstellen der teilräumlichen Planung, Köln 1985
- Curdes, Gerhard: Stadtstruktur und Stadtgestaltung, Köln 1993
- Dahms W., Kette K.: Wohngruppe als Lebensraum, Berlin 1986
- Der Oberstadtdirektor der Stadt Hamm (Hrsg.): Was ist ein kinderfreundliches Wohnumfeld? Dokumentation eines Projekts zur Wohnumfeld-Verbesserung in der Danziger Straße. Hamm 1993.
- Der Oberstadtdirektor der Stadt Hamm (Hrsg.): Bauprojekte auf öffentlichen Spielplätzen mit Kindern, Jugendlichen und Eltern. Erfahrungsbericht 1995/96. Hamm 1997.
- Deutsches Institut für Urbanistik (difu): Bundeswettbewerb "Kinder- und familienfreundliche Gemeinde". Dokumentation. Berlin 1997.
- Deutscher Anschluß für die europäische Kampagne zur Stadterneuerung: Planen mit dem Bürger. Bonn 1992.
- Deutsches Jugendinstitut: Was für Kinder, Wiesbaden 1993
- Deutscher Kinderschutzbund Marburg e.V. und dem Magistrat der Universitätsstadt Marburg – Jugendamt/Jugendhilfeplanung: Prüfverfahren. "Kinderfreundliche Stadtgestaltung" – Kriterien und Vorschläge zur Umsetzung. Marburg 1997.
- Edlinger, Rudolf: Bürgerbeteiligung und Planungsrealität: Erfahrungen, Methoden und Perspektiven, Wien 1989
- Ehrhardt, Ute: Gute Mädchen kommen in den Himmel, böse überall hin. Warum Bravsein uns nicht weiterbringt. Frankfurt am Main 1994.
- Fischer Lexikon in Farbe, Frankfurt 1981
- Flade, Antje; Kustor-Hüttl, Beatrice (Hrsg.): Mädchen in der Stadtplanung. Bolzplätze - und was sonst? Weinheim 1993.
- Flade, Antje. Kustor, Beatrice: Mädchen und Jungen in der Stadt. Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung (Hrsg.) Wiesbaden 1998.

- Flade, Antje; Kustor, Beatrice (Hrsg.): Raus aus dem Haus. Mädchen erobern die Stadt. Frankfurt am Main 1996.
- Funk, Heide: Mädchen in ländlichen Regionen. Theoretische und empirische Ergebnisse zur Modernisierung weiblicher Lebenslagen. München 1993.
- Gabriel, Oskar W.: Bürgerbeteiligung und kommunale Demokratie, München 1983
- Gemeinde Böhl-Iggelheim und Finanzministerium Rheinland-Pfalz, Forschungsprojekt: Kinder- und familiengerechter Städtebau. Planungsbüro B-Plan, Dokumentation. Appenheim 1996 .
- Göckel, Renate: Brave Mädchen holt der Wolf. Schluss mit der weiblichen Selbstverleugnung. Zürich 1998.
- Grabrucker, Marianne: Karrieremütter und Superkids? Berufstätige Frauen und ihre erwachsenen Kinder ziehen Bilanz. Frankfurt am Main 1997.
- Grefe, Christiane: Ende der Spielzeit. Wie wir unsere Kinder verplanen. Berlin 1995.
- Hammerschmidt, Rudolf Günther: Beteiligungsrechte und Rechtsschutz in der städtebaulichen Planung. Frankfurt am Main, Berlin, New York 1984.
- Henkel, Gerhard: Der Ländliche Raum. Gegenwart und Wandlungsprozesse seit dem 19. Jahrhundert in Deutschland. Stuttgart 1995.
- Herriger, Catherine: Die gespaltene Frau. Frauen zwischen altem und neuem Rollenverständnis. München 1996.
- Hessisches Ministerium für Landesentwicklung, Wohnen, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz: Bürgerinnen und Bürger - wirkt mit! Wiesbaden 1992.
- Hessisches Ministerium für Umwelt, Energie, Jugend, Familie und Gesundheit: Hessen 2010. Agenda 21. Global denken, lokal handeln. Wiesbaden 1997.
- Hessisches Ministerium für Landesentwicklung, Wohnen, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz: Stadt für Kinder. Planungshilfen für die städtebauliche Planung. Wiesbaden 1992.
- Hite, Shere: Wie Frauen Frauen sehen. Neue Wege zwischen Zuneigung und Rivalität – Analyse einer Gesellschaft im Umbruch. München, Wien 1997.
- Hohenauer, Peter: Spielplatzgestaltung, naturnah und kindgerecht, Wiesbaden, Berlin 1995

- Hüttenmoser, Marco; Degen-Himmermann, Dorothee: Lebensräume für Kinder. Empirische Untersuchungen zur Bedeutung des Wohnumfeldes für die Entwicklung und den Alltag der Kinder
IES - Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung an der Universität Hannover: Familien- und Kinderfreundlichkeitsprüfung in den Kommunen: Erfahrungen und Konzepte, Hannover 1997
Institut für Wohnen und Umwelt: Kinderfreundliche Straßen, Darmstadt 1987
Institut für Wohnen und Umwelt: Die Stadt als Lebensraum von Kindern, Darmstadt 1987
Jugendwerk der Deutschen Shell: Jugend 97: Zukunftsperspektiven, gesellschaftliches Engagement, Politische Orientierung , Opladen 1997
Jungk, Robert; Müllert, Norbert R.: Zukunftswerkstätten. Wege zur Wiederbelebung der Demokratie, München 1990
Keller, Heidi: Geschlechtsunterschiede. Psychologische und physiologische Grundlagen der Geschlechterdifferenzierung. Weinheim, Basel 1979.
Kinderbüro und Stadtplanungsamt Hamm: Dokumentation. Streifzüge im Hammer Norden. Hamm 1993.
Knemeyer, Franz-Ludwig: Bürgerbeteiligung und Kommunalpolitik. München 1995.
Kromrey, Helmut: Empirische Sozialforschung. Opladen 1998
Kükelhaus, Hugo; zur Lippe, Hugo: Entfaltung der Sinne. Ein Erfahrungsfeld zur Bewegung und Besinnung. Frankfurt am Main 1990
Landschaftsverband Westfalen-Lippe und Deutsches Kinderhilfswerk (Hrsg.): Kids reden mit – Dialog mit Kindern und Jugendlichen. Dokumentation zum Kongreß vom 8. bis 9. Oktober 1996 in Münster.
Leopold, Cornelia; Seidenschwann, Kerstin; Horst, Markus: Raumvorstellungen und Raumdenken – Geschlechtsspezifische Unterschiede. Universität Kaiserslautern 1996.
Lindhardt A.; Kandel, L., Höfler, H.: Kosten- und flächensparendes Bauen. München 1995
Mackoff, Barbara: Was wollen die Mädchen? 7 Strategien zur Erziehung starker und selbstbewußter Töchter. Berlin, Weinheim 1998.
Menzel, P.; Deutsch, M.; Krautter, H.; Rödel, R.: Aktuelles Praxishandbuch der Bauleitplanung, Augsburg 1997

MAGS- Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen: Kinderfreundlichkeit, Düsseldorf 1995

MAGS- Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen: Mehr Demokratie durch Kinderbeteiligung. Chancen und Probleme der Partizipation von Kindern, Düsseldorf 1995

Ministerium für Frauen, Jugend, Wohnungs- und Städtebau des Landes Schleswig-Holstein: Planen mit Phantasie. Zukunftswerkstatt und Planungszirkel für Kinder und Jugendliche. Berlin, Kiel 1996.

Ministerium für Kultur, Jugend, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz: Demokratie braucht Kinder – Kinder brauchen Demokratie. Argumente und Anregungen zur Kinderbeteiligung. Mainz 1998.

Ministerium für Kultur, Jugend, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz: Mädchen mischen mit. Ein Partizipationsmodell für Mädchen im ländlichen Raum. Mainz 1996.

Ministerium für Kultur, Jugend, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz: Kinder und Jugendpolitik des Landes - Landesjugendplan 1998/99 (Durchführungsplan). Mainz 1998.

Ministerium für Kultur, Jugend, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz: Anregungen zur kindgerechten und naturnahen Gestaltung des Außen Geländes von Kindertagesstätten. Mainz 1998.

Ministerium für Kultur, Jugend, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz: Kinderfreundliches Rheinland-Pfalz. Nützliche Tips für engagierte Kommunen. Mainz 1995.

Ministerium für Kultur, Jugend, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz: Aktionsprogramm. Politik für Kinder mit Kindern. 1995.

Ministerium für ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Baden-Württemberg: Dorfentwicklung - auch für Kinder. Stuttgart 1989.

Ministerium für ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Baden-Württemberg: Dorfentwicklung. Stuttgart 1982.

Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft des Landes Nordrhein-Westfalen: Lokale Agenda 21. Frauen gestalten Umwelt und Zukunft. Düsseldorf 1997.

Muchow, Martha: Der Lebensraum des Großstadtkindes. Bensheim 1978

Mussel, Christine: Bedürfnisse in der Planung der Städte. Gesamthochschule Kassel 1992.

- Nave-Her, Rosemarie: Familie heute. Wandel der Familienstrukturen und Folgen für die Erziehung. Darmstadt 1994
- Orenstein, Peggy: Starke Mädchen – brave Mädchen. Was sie in der Schule wirklich lernen. Frankfurt am Main 1996.
- Patz, Anne-Grete und Detlev: Kinder, spielt doch draußen! Kinder und Eltern erobern die Straße als Spielraum. München 1997.
- Piaget, Jean: Der Aufbau der Wirklichkeit beim Kind. Stuttgart 1975
- Pipher, Mary: Pubertätskrisen junger Mädchen und wie Eltern helfen können. Frankfurt am Main 1996.
- Postman, Neil: Das Verschwinden der Kindheit. Frankfurt am Main 1993.
- Projektgruppe Danziger Straße: Dokumentation eines Projektes „Erarbeitung eines kinderfreundlichen Gestaltungsvorschlages für das Wohnumfeld der Häuser Danziger Straße durch die Anwohner. Blanke 1993
- Reiß, Gunther (Hrsg.): Schule und Stadt. Lernorte, Spielräume, Schauplätze für Kinder und Jugendliche. Weinheim, München 1995.
- Rogall, Anne: Eine kindgerechte Stadt. Vom Versuch einer schrittweisen Umsetzung. Kinder als Sensor für eine humanere Stadtgestaltung. Stadt Leun (Hrsg.) Dortmund, Leun 1995.
- Scarr, Sandra: Wenn Mütter arbeiten. Wie Kinder und Beruf sich verbinden lassen. München 1990.
- Schafranski, Franz: Landschaftsästhetik und räumliche Planung - Theoretische Herleitung und exemplarische Anwendung eines Analyseansatzes als Beitrag zur Aufstellung von landschaftsästhetischen Konzepten in der Landschaft. Kaiserslautern 1996
- Schenk, Herrad: Wieviel Mutter braucht der Mensch? Der Mythos von der guten Mutter. Köln 1996.
- Schröder, Richard: Freiräume für Kinder(t)räume! Kinderbeteiligung in der Stadtplanung. Weinheim, Basel: 1996.
- Schröder, Richard: Kinder reden mit! Beteiligung an Politik, Stadtplanung und -gestaltung. LBS-Initiative Junge Familie (Hrsg.) Weinheim, Basel 1995.
- Schneider, Regine: Powerfrauen. Die neuen Vierzigjährigen. Frankfurt am Main 1995.

- Schneider, Regine: Gute Mütter arbeiten. Ein Plädoyer für berufstätige Frauen. Frankfurt am Main 1995.
- Simonis, Heide. Kein Blatt vor den Mund. Für eine aktive Bürgergesellschaft. Hamburg 1997.
- Stadt Frankfurt am Main: Prozesshafte Spielraumgestaltung. Spielplatzaktionswochen unter Beteiligung von Kindern, Eltern und Stadtteilrichtungen. Frankfurt am Main 1993.
- Stadt Hamm: Spielraumentwicklung in Hamm. Hamm 1997
- Stadt Herten: Das Projekt Kinderfreundliches Wohnen. Herten 1989
- Stadt Köln: Interessenvertretung. Kinder planen mit. "Zu Hause in Weidenpesch". Dokumentation eines Projektes über die Mitwirkung von Kindern bei der Gestaltung des Wohnumfeldes. Köln 1996.
- Stadt Köln, Der Oberstadtdirektor Amt für Kinderinteressen Kinder planen mit! Stadt- und Wohnumfeldgestaltung aus Kindersicht.
- Stange,W.; Brunsemann, C.; Garz,K.: Dorf für Kinder - Dorf für alle: Kinderfreundliche Dorferneuerung durch Kinderbeteiligung. März 1999
- Stier, Winfried: Empirische Forschungsmethoden. St.Gallen 1996
- Stiftung Mitarbeit in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Kinderhilfswerk und dem Kinderbeauftragten der Landesregierung Nordrhein-Westfalen: Kinderpolitik. Kinderbeteiligung. Bonn 1993.
- Stiftung Mitarbeit (Hrsg.): Kinder als Mitbürger. Ein dänisches Projekt zur Teilnahme, Mitbestimmung und Mitverantwortung von Kindern am gesellschaftlichen Leben. Bonn 1993.
- Stiftung Mitarbeit (Hrsg.) Bühler, Theo: Bürgerbeteiligung und Demokratie vor Ort. Bonn 1997.
- Stiftung Mitarbeit (Hrsg.) Lechler, Michael: Zukunftswerkstätten. Kreativität und Aktivierung für lokales Bürgerengagement. Bonn 1992.
- Stiftung Mitarbeit: Martin Rüttgers: Kommunale Bürgerbeteiligung auf dem Prüfstand. Bonn 1996.
- Schütz, Yvonne: Die gute Mutter. Zur Geschichte des normativen Musters "Mutterliebe". Bielefeld 1986.
- Zöllner, Ulrike: Die armen Kinder der Reichen. Was macht der Wohlstand aus unseren Kindern? Zürich 1997.

Zeitschriften:

Konrad Adenauer Stiftung: Die frau in unserer zeit. 2/98 und 1/98

Bausteine Kindergarten. Bergmoser, Höller (Hrsg.):

- Durch Stadt und Land, durch Wald und Feld – Wege führen durch die Welt. 11. Jahrgang, Heft 1/1990 *2

- Wir gehen auf Streifzug. 18. Jahrgang, Heft1/1997

Jugendstiftung Baden-Württemberg:Hermann, Michael (Hrsg.) Projekte, Konzepte, Ideen. Spezial. 1995

Spielraum und Freizeitwert Nrn. 3/1991, 6/1992, 6/1993, 3/1996

Kapitel 1

1. BBJ SERVISgGmbH: Mädchen mischen mit. S. 4
2. Knemeyer, Franz-Ludwig: Bürgerbeteiligung und Kommunalpolitik S. 47/48
3. Vgl. ebenda S. 48
4. Ebenda S. 49
5. Ebenda S. 46
6. Gabriel, Oskar W.: Bürgerbeteiligung und kommunale Demokratie S. 75
7. Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau: Kinder und Jugendliche in der Dorferneuerung S. 6
8. Gabriel, Oskar W.: Bürgerbeteiligung und kommunale Demokratie S. 82
9. Vgl. Knemeyer, Franz-Ludwig : Bürgerbeteiligung und Kommunalpolitik S. 52
10. Bischoff, Selle, Sinning: Informieren Beteiligen Kooperieren S. 9
11. Bückmann, Walter; Oel, Hans-Ulrich: Bürgerbeteiligung bei kommunalen Planungen S. 3
12. Vgl. ebenda S. 3
13. Vgl. ebenda S. 20
14. Vgl. ebenda S. 9
15. Bischoff, Selle, Sinning: Informieren Beteiligen Kooperieren S. 10
16. Knemeyer, Franz-Ludwig : Bürgerbeteiligung und Kommunalpolitik S. 52
17. Ebenda S. 55
18. Ebenda S. 70
19. Stiftung Mitarbeit: Bürgerbeteiligung und Demokratie vor Ort S. 101
20. Stange, Brunsemann, Garz: „ Dorf für Kinder - Dorf für alle: Kinderfreundliche Dorferneuerung durch Kinderbeteiligung“ S. 8
21. Stiftung Mitarbeit: Bürgerbeteiligung und Demokratie vor Ort S. 100
22. ebenda S. 101
23. Vgl. Deutsches Kinderhilfswerk und Landesverband Westfalen-Lippe: Kids reden mit S. 26
24. Ministerium für Kultur, Jugend, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz: Kinder- und Jugendpolitik des Landes. Landesjugendplan 1998/99 (Durchführungsplan) S. 7
25. Ebenda S. 7
26. Ministerium für Kultur, Jugend, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz: Landesjugendplan 1998/99 S. 9
27. Vgl. Schröder, Richard: Kinder reden mit S. 47
28. Vgl. Bartscher, Matthias: Partizipation von Kindern in der Kommunalpolitik S. 60
29. Vgl. ebenda S. 60

30. Vgl. Stange, Brunsemann, Garz: "Dorf für Kinder - Dorf für alle: Kinderfreundliche Dorferneuerung durch Kinderbeteiligung" S. 8
31. Curdes, G.: Stadtstruktur und Stadtgestalt S. 10
32. Das neue Fischer Lexikon S. 4929
33. Mussel C.: Bedürfnisse in der Planung S. 72
34. Vgl. Bronfenbrenner in Baacke D.: Die 6- bis 12jährigen S. 89
35. Vgl. Mussel C.: Bedürfnisse in der Planung S. 76
36. Ebenda S. 78
37. Ebenda S. 11
38. Vgl. ebenda S. 12
39. Vgl. ebenda S. 71
40. Grabis, Kauther, Dieckmann: Bau- und Planungsrecht S. 32
41. Ebenda S. 33
42. Vgl. ebenda S. 40
43. Vgl. Markl in Schafranski Franz: Landschaftsästhetik und räumliche Planung S. 24
44. Vgl. Weizäcker ebenda S. 24
45. Ebenda S. 25
46. Kromrey Helmut: Empirische Sozialforschung S. 18
47. Vgl. Elster in Schafranski F.: Landschaftsästhetik und räumliche Planung S. 26

Kapitel 2

1. Baacke, Dieter: Die 6 - bis 12jährigen. Einführung in die Probleme des Kindesalters. S. 50
2. Ebenda S. 70/71
3. Ebenda S. 71
4. Ebenda S. 51
5. Vgl. Beck-Gernsheim, Elisabeth: Mutterwerden - der Sprung in ein anderes Leben S. 111
6. Schneider, Regine: Gute Mütter arbeiten. S. 29 und Beck-Gernsheim, Elisabeth: Mutterwerden - der Sprung in ein anderes Leben S. 112
7. Vgl. ebenda S. 30
8. Vgl. Bertelsmann: Geschichte des 20. Jahrhunderts Band 1 S. 53
9. Ministerium für ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Baden-Württemberg: Dorfentwicklung - auch für Kinder S. 10
10. Vgl. ebenda S. 10
11. Ebenda S. 11
12. Ebenda S. 12
13. Schenk, Herrad: Wieviel Mutter braucht der Mensch S. 30
14. Vgl. ebenda: S. 28
15. Vgl. Aanderud, Catharina: Die gespaltene Frau S. 59

12

16. Vgl. IES: Familien- und Kinderfreundlichkeitsprüfung in den Kommunen: Erfahrungen und Konzepte: S. 7
17. Brüning N., Krumrey H.: Kinder ein Luxus S. 87
18. Vgl. Ministerium für ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Baden-Württemberg: Dorfentwicklung - auch für Kinder S. 10
19. Ministerium für Kultur, Jugend, Familie und Frauen. Kinderfreundliches Rheinland-Pfalz 1995 S.19

Kapitel 3

1. Baacke, Dieter: Die 6 - bis 12jährigen. Einführung in die Probleme des Kindesalters S. 121
2. Schröder, Richard: Freiräume für Kinder(t)räume: S. 24
3. Vgl. ebenda S. 36
4. Ebenda S. 34
5. Vgl. ebenda S. 38
6. Vgl. ebenda S. 39
7. Ebenda S. 33
8. Vgl. Ministerium für Finanzen, Forschungsbericht Böhl-Iggelheim S. 40
9. Vgl. Bergmoser; Höller: Bausteine Kindergarten 1990 S. 5
10. Vgl. Ministerium für ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Baden-Württemberg, Dorfentwicklung S. 59
11. Vgl. Ministerium für ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Baden-Württemberg: Dorfentwicklung S.
12. Vgl. Friedrich, P. et al. in: Flade, Antje; Kustor, Beatrice: Mädchen und Jungen in der Stadtplanung. S. 6
13. Vgl. Flade, Antje; Kustor, Beatrice: Mädchen und Jungen in der Stadtplanung S. 7
14. Vgl. ebenda S. 7
15. Hurrelmann, K. in: Flade, Antje; Kustor, Beatrice: Mädchen und Jungen in der Stadtplanung S. 9
16. Hermann, Michael in: Projekte, Konzepte, Ideen – Spezial S. 7
17. Vgl. Aanderud, Catharina: Die gespaltene Frau S. 11
18. Ministerium für Kultur, Jugend, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz: „Mädchen mischen mit“ S. 4
19. Ebenda S. 6
20. Vgl. Flade, Antje; Kustor, Beatrice: Raus aus dem Haus. S. 14
21. Leopold, Cornelia: Raumvorstellung und Raumdenken - geschlechtsspezifische Unterschiede S. 5
- 21a. Ebenda S. 6
22. Ebenda: S. 8
23. Vgl. ebenda: S. 8
24. Bindel, Rolf in: Keller, Heidi: Geschlechtsunterschied S. 137

25. Vgl. Mackoff, Barbara: Was wollen die Mädchen S. 46
26. Vgl. Maccoby; Jacklin in: Keller, Heidi: Geschlechtsunterschied S. 75 - 80
27. Vgl. Serbin, in: Keller, Heidi: Geschlechtsunterschied S. 83
28. Benard, Cheryl; Schlaffer, Edith : Lets kill Barbie S. 40
29. Vgl. Mackoff, Barbara: Was wollen die Mädchen S. 48
30. Maccoby; Jacklin in: Keller, Heidi: Geschlechtsunterschied S. 85
31. Maccoby in Flade, Antje; Kustor, Beatrice: Raus aus dem Haus S. 16
32. Baron, Grassmann, Loewe, Schilling in: Kinderleicht 2/96
33. Flade, Antje; Kustor, Beatrice: Mädchen in der Stadtplanung. S. 24
34. Vgl. ebenda S. 25
35. Vgl. Rothmund, Hildburg in Keller Heidi: Geschlechtsunterschied S. 169
36. Vgl. Voss, Hans-Georg in: Keller, Heidi: Geschlechtsunterschied S. 210
37. Leopold, Cornelia Raumvorstellung und Raumdenken-geschlechtsspezifische Unterschiede S. 10

Kapitel 4

1. Bischoff, Selle, Sinning: S. 88
2. Ebenda S. 88
3. Vgl. Bischoff, Ariane; Selle, Klaus; Sinnig, Heidi: Informieren-Beteiligen-Kooperieren S. 54
4. Ebenda S. 65
5. Vgl. ebenda S. 66

Kapitel 5

1. Stange W., Brunsemann C., Garz K.: „Dorf für Kinder - Dorf für alle: Kinderfreundliche Dorferneuerung durch Kinderbeteiligung“ S. 8
2. Vgl. Stiftung Mitarbeit: Kinderpolitik Kinderbeteiligung S. 48
3. Vgl. ebenda S. 49
4. Ebenda S. 90
5. Ebenda S. 91
6. Ebenda S. 90
7. Ministerium für Kultur, Jugend, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz: Demokratie braucht Kinder S. 82
8. Ministerium für Kultur, Jugend, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz: Kinderfreundliches Rheinland-Pfalz S. 27
9. Ebenda: Demokratie braucht Kinder S. 83

10. Ministerium für Kultur, Jugend, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz: Demokratie braucht Kinder S. 84
11. Ebenda: S. 84
12. Hessisches Ministerium für Umwelt, Energie, Jugend, Familie und Gesundheit (Hrsg.) Agenda 21 Global denken, lokal handeln S. 25
13. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: Umweltpolitik, S. 222
14. Ebenda S. 222
15. Keating, Michael: Agenda für nachhaltige Entwicklung. S. 44
16. Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau. Lokale Agenda 21 S. 19.
17. Vgl. Hermann, Michael in: Projekte, Konzepte, Ideen S. 57
18. Ebenda S. 19.
19. Vgl. Ministerium für Kultur, Jugend, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz: Demokratie braucht Kinder S. 62
20. Ebenda S. 63
21. Vgl. ebenda S. 62
- 21a. Vgl. ebenda S. 63
22. Vgl. Hermann, Michael in: Projekte, Konzepte, Ideen S. 57
23. Vgl. Ministerium für Kultur, Jugend, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz: Demokratie braucht Kinder S. 82
24. Vgl. Schafranski, F.: Landschaftsästhetik und räumliche Planung S. 90
25. Mussel C.: Bedürfnisse in der Planung der Städte S. 177
26. Ebenda S. 178
27. Schafranski F.: Landschaftsästhetik und räumliche Planung S. 92
28. Vgl. Mussel C.: Bedürfnisse in der Planung der Städte S. 179
29. Ebenda S. 180
30. Schafranski F.: Landschaftsästhetik und räumliche Planung S. 91
- 30a. Vgl. ebenda S. 91
31. Vgl. Stange W., Brunsemann C., Garz K.: „Dorf für Kinder - Dorf für alle: Kinderfreundliche Dorferneuerung durch Kinderbeteiligung“ S. 12
32. Vgl. ebenda S. 12
33. Vgl. Stiftung Mitarbeit Kinderpolitik Kinderbeteiligung S. 91
34. Stier, Winfried: Empirische Forschungsmethoden S. 171
35. Ebenda S. 183
36. Vgl. Bischoff, Selle, Sinning: Informieren – Beteiligen – Kooperieren S. 124
37. Stier, Winfried: Empirische Forschungsmethoden S. 183
38. Ebenda S. 183
39. Vgl. Mussel C.: Bedürfnisse in der Planung S. 174

- 39a. Vgl. Stange W., Brunsemann C., Garz K.: „Dorf für Kinder - Dorf für alle: Kinderfreundliche Dorferneuerung durch Kinderbeteiligung“ S. 14
40. Ministerium für Kultur, Jugend, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz: Demokratie braucht Kinder S. 54
41. Lechler, Michael, Stiftung Mitarbeit (Hrsg) S. 9
42. Ebenda S. 10
43. Stange W., Brunsemann C., Garz K.: „Dorf für Kinder - Dorf für alle“ S. 12

Kapitel 6

1. Mussel C.: Bedürfnisse in der Planung der Städte S.33
2. Curdes G.: Stadtstruktur und Stadtgestaltung S. 176
3. Ebenda S. 160
4. Ebenda S. 217
5. Ebenda S. 221
6. Vgl. ebenda S. 234
7. Ebenda S. 234
8. Ebenda S. 234
9. Dahms W., Kette K.: Wohngruppe als Lebensraum S.9
10. Curdes G.: Stadtstruktur und Stadtgestaltung S. 131
11. Eschenbruch in Spielraum Juni 1999
12. Curdes G.: Stadtstruktur und Stadtgestaltung S. 203

Kapitel 8

1. Ministerium für ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Baden-Württemberg: Dorfentwicklung - auch für Kinder S. 28
2. Dahms W., Kette, K.: Wohngruppe als Lebensraum S. 16
3. Curdes G.: Stadtstruktur und Stadtgestaltung S. 178
4. Aanderud, Catharina: Die gespaltene Frau S. 183
5. Vgl. ebenda S. 183
6. Ebenda S. 184
7. Deutsches Kinderhilfswerk und Landesverband Westfalen-Lippe: Kids reden mit S. 538.
8. Vgl. Stange in: Deutsches Kinderhilfswerk und Landesverband Westfalen-Lippe: Kids reden mit S. 62
9. Ebenda S. 63
10. Dahms W., Kette, K.: Wohngruppe als Lebensraum S. 16
11. Ebenda S. 20
12. Ebenda S. 16
13. Patz, A.; Patz D.; Kinder spielt doch draußen! S. 16

- 13a. Aanderud, Catharina: Die gespaltene Frau S.30
14. Deutsches Kinderhilfswerk und Landesverband Westfalen-Lippe: Kids reden mit S. 73
15. Patz, A.; Patz D.; Kinder spielt doch draußen! S. 58
16. Ebenda S. 42
17. Vgl. ebenda S. 66
18. Vgl. ebenda S. 66
19. Blinkert, B.: Aktionsräume für Kinder auf dem Lande S. 60
20. Dahms W., Kette, K.: Wohngruppe als Lebensraum S. 16
21. Dahms W., Kette, K.: Wohngruppe als Lebensraum S. 11
22. Ebenda S. 14
23. Maccoby in Flade: Mädchen in der Stadtplanung S. 50
24. Ebenda S. 50
25. Benard, Cheryl; Schläffer, Edith : Lets kill Barbie S. 257
26. Ebenda S. 250
27. Baacke, Dieter: Die 6 - bis 12jährigen. Einführung in die Probleme des Kindesalters. S. 91
28. Ebenda S. 87
29. Ebenda S. 87
30. Ebenda S. 90
31. Vgl. Mussel: Bedürfnisse in der Planung der Städte S. 41
32. Ebenda S. 85
33. Ebenda S. 85
34. Flade/Kustor: Mädchen und Jungen in der Stadt S. 9
35. Ebenda S. 9
36. Ebenda S. 9
37. Ebenda S. 9

Kapitel 9

1. Vgl. Spielraum Heft 6/1992 S. 229
2. Brölle,Jäde: Das neue Baugesetzbuch im Bild S. 58 T.4 Kap.4.5.3
3. Menzel, Deutsch, Krautter, Rödel Teil 6/4.24 S. 2
4. Vgl. Leopold, Cornelia: Raumvorstellung und Raumdenken - geschlechtsspezifische Unterschiede S. 10
5. Hrsg. Landschaftsverband Westfalen-Lippe: Kids reden mit S. 60
6. Vgl. Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung GmbH: Familien- und Kinderfreundlichkeitsprüfung in den Kommunen: Erfahrungen und Konzepte S. 83
7. Ebenda S. 5
8. Vgl. Ebenda S. 36

9. Vgl. Ebenda S. 26
10. Deutsches Kinderhilfswerk und Landesverband Westfalen-Lippe:
Kids reden mit. S. 53
11. Vgl. Stange in: Deutsches Kinderhilfswerk und Landesverband
Westfalen-Lippe: Kids reden mit. S. 62
12. Ministerium für Kultur, Jugend, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz:
Demokratie braucht Kinder – Kinder brauchen Demokratie S. 7
13. Vgl. ebenda S. 8
14. Vgl. ebenda S. 8
15. Ebenda S. 10
16. Vgl. ebenda S. 17
17. Ebenda S. 18
18. Ebenda S. 10/11
19. Ministerium für Kultur, Jugend, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz:
Kinderfreundliches Rheinland-Pfalz S. 28